



taz. die tageszeitung

AUSGABE BERLIN | NR. 10096 | 18. WOCHEN | 35. JAHRGANG

FREITAG, 3. MAI 2013 | WWW.TAZ.DE

€ 2,10 AUSLAND € 1,60 DEUTSCHLAND

HEUTE IN DER TAZ



SS-TAPPERT Aus dem Giftschrank: Drei bisher unbekannte Derrick-Folgen > SEITE 20

EZB-DRAGHI Warum die Zentralbank den Leitzins senkt > SEITE 8, 12

CDU-ERHARD Die Legende lebt > SEITE 12

BERLIN Kritik am Wohnungsplan des Senats: Furcht vor Verdrängung > SEITE 22

Fotos oben: ap, Stefan Boness/Ipon

verboten

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Im „Regierungsprogramm“ der CDU steht: Wir wollen eine Gesellschaft, die zusammenhält. Die Basis dafür sind starke Familien. Wir stehen ihnen zur Seite, statt sie zu bevormunden. Deshalb ermöglichen wir ihnen mehr Chancen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mehr Zeit für die Familie insgesamt. [...] Wir wollen flexiblere Übergänge in die Rente und die Überprüfung von gesetzlichen Altersgrenzen. [...] Wir wollen, dass auch ältere Menschen ihren Beruf erfolgreich ausüben können. [...] Die CSU braucht kein solches Programm, denn sie hat

das alles schon umgesetzt.

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 12.604 GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 90 22 38 | 90 fax 030 | 25 10 66 94 anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22
Redaktion: 030 | 259 02-0 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz. die tageszeitung
Postfach 610229, 10923 Berlin
taz im Internet: www.taz.de twitter.com/tazgezwitscher facebook.com/taz.kommune

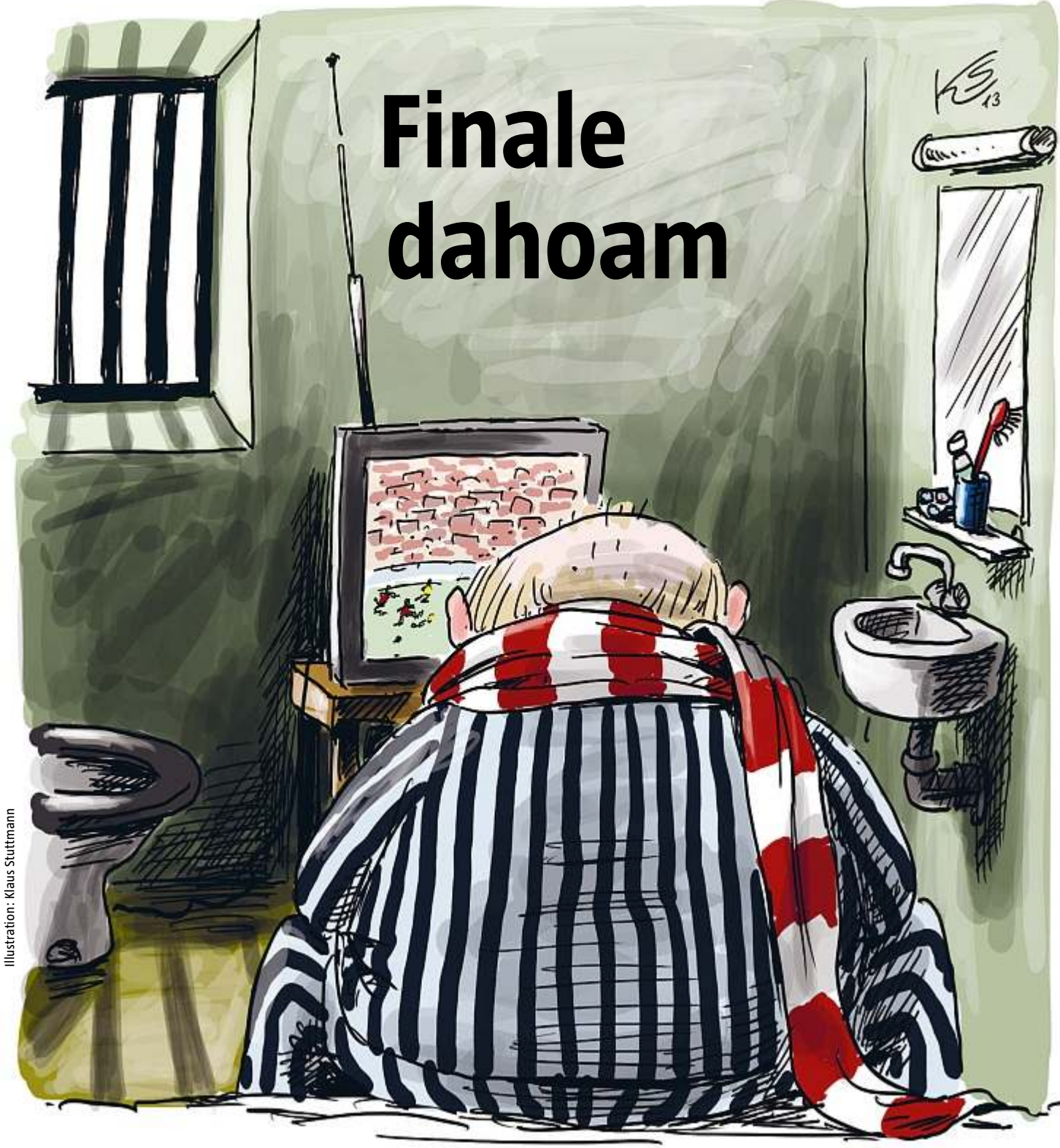


Illustration: Klaus Stüttmann

HOENESS Steuermann unter Druck: Während sein FC Bayern ins Champions-League-Endspiel in London einzieht, gibt der Präsident den reuigen Sünder. Doch kommt er damit bei der Justiz durch? Und wie lange kann er noch im Amt bleiben? > SEITE 5, 14, 19

KOMMENTAR VON KONRAD LITSCHKO ZUM DIESJÄHRIGEN 1. MAI

Die neue Inhaltlichkeit

So sieht's mal aus: Krawalle am 1. Mai sind nicht mehr. Schon in den Vorjahren war die Randalie nur Randerscheinung. In diesem Jahr war der Tag so friedvoll wie noch nie. Es hätte anders kommen können, marschierte doch noch am Vormittag in Berlin-Schöneweide die NPD. Die gut 3.000 Gegen-demonstranten aber bestreikten die Neonazis unaufgeregt sitz-blockierend. Auch die „Revolutionäre 1. Mai Demonstration“ zog – bis auf ein paar Steinwürfe und ein umgekipptes Auto – friedlich an ihr Ziel. Ähnlich beschauliche Bilder auch in Hamburg. Folgerichtig schmückte sich die Polizei am Donnerstag mit einer Erfolgsbilanz. Nur 94 Festnahmen in Berlin, 54 verletzte Beamte – so wenige wie seit Jahren nicht.

Der Mythos Militanz also entschwindet dem 1. Mai. Die Frage ist: Was bleibt dann? In Berlin jedenfalls öffnete es den Blick für politische Anliegen. Kampf gegen Mietsteigerung, streikende Flüchtlinge, Widerstand gegen Neonazis und die sozialen Verwerfungen der EU-Krise – selten war das Angebot inhaltlich breiter. Und es wird angenommen: Mehr und mehr Menschen besuchen die Demonstrationen, schon am Vorabend wurde gegen Gentrifizierung und rechte Szeneläden protestiert. Auch dass die Demo der Autonomen ihre erste Reihe einer Delegation griechischer Oppositionspolitiker überließ, war mehr als eine Geste. So erhielt die Allzeitformel der „internationalen Solidarität“ auch eine Umsetzung. Die Frage nach der Repoli-

tisierung des 1. Mai ist beantwortet. Und doch waren es ausgerechnet die Radikalen selbst, welche die neue Inhaltlichkeit fast in den Hintergrund rückten. In dem sie schwärmten, „endlich“ vor das Brandenburger Tor gelangt zu sein. Ohne zu erklären, was sie dort überhaupt wollten. Für die Szene hat die Diskussion damit erst begonnen: Was unterscheidet sie noch von den anderen Protestlern am 1. Mai? Was bedeutet an dem Tag noch die „Unversöhnlichkeit“ mit dem System? Sollte das bloße Ziel eine zu Ende gebrachte Demonstration sein, hätte man das auch einfacher haben können. Mit einer Bitte um Aufnahme bei den Gewerkschaften. Die versammeln sich auch dort, am Brandenburger Tor. Wie jeden 1. Mai.

Malier trauen dem Frieden noch nicht

SAHARA „Der Krieg ist vorbei“, sagt Frankreich. Es stimmt nur zum Teil

BERLIN taz | Frankreichs Regierung hat die Verhaftung eines zweiten französischen Staatsbürgers in Mali bestätigt. Der Konvertit Gilles Le Guen, der sich in Dschihad-Videos „Abdel Jelil“ nannte, wurde außerhalb von Timbuktu festgenommen, so das Verteidigungsministerium am Mittwoch. Dennoch sei der Krieg in Mali vorbei, behauptete Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian: „Wir haben das gesamte Gebiet befreit; seit einem Monat hat es keine direkten Kämpfe mehr gegeben.“ In Gao, der größten Stadt Nordmalis, trauen die Menschen dem Frieden nicht, schreibt taz-Reporterin Bettina Rühl: Die Bevölkerung lebt in Angst vor Anschlägen. **D.J.** > Reportage SEITE 3

Familienbetrieb CSU wird immer größer

MÜNCHEN **afp** | Die Affäre um die Beschäftigung von Familienangehörigen durch CSU-Politiker weitet sich aus. Neben mehreren Abgeordneten beschäftigten auch bayerische Kabinettsmitglieder enge Verwandte. Justizministerin Beate Merk erklärte, ihre Schwester für die Gestaltung ihres Internetauftritts bezahlt zu haben. Dies sei aber legal gewesen. Landwirtschaftsminister Helmut Brunner stellte seine Frau als Bürokräftin ein. Kulturstaatsekretär Bernd Sibler bestätigte, dass er seine Mutter und später seine Frau angestellt habe.

ANZEIGE

Wenn Revolution und Weltgeist auf der Almwiese landen ...

Ein (selbst-)ironisches Buch für die Generation, die in die Jahre gekommen ist.

REINHARD MOHR
BIN ICH JETZT REAKTIONÄR?
Bekenntnisse eines Altlinken

GÜTERSLOHER VERLAGSHAUS
www.gtvh.de

€ 17,99 (D) / ISBN 978-3-579-06638-7



PORTRAIT



Muss 15 Jahre ins Arbeitslager: US-Bürger Kenneth Bae Foto: ap/dpa

Nordkoreas Faustpfand

Ein US-Bürger koreanischer Abstammung – da liegt es doch nahe, dass er mit seinem Besuch in Nordkorea nichts Geringeres als die kommunistische Führung in Pjöngjang stürzen wollte. So zumindest sieht es offenbar Nordkoreas Oberstes Gericht und hat den 44-jährigen Kenneth Bae wegen „feindseliger Handlungen gegen die Volksrepublik“ nun zu 15 Jahren Arbeitslager verurteilt. Worin diese Handlungen bestehen, blieb unklar. Angeblich soll Bae gestanden haben.

Kenneth Bae, der auf koreanisch Pae Jun-Hoe heißt, hatte Anfang November 2012 fünf europäische Touristen in die nordkoreanische Hafenstadt Rason begleiten wollen. Bae betreibt in China ein Reisebüro. Doch schon an der Grenze nahmen ihn die nordkoreanischen Behörden fest. Bei einem seiner Mitreisenden fanden sie angeblich eine Festplatte mit sensiblen Daten. Über den Inhalt der Daten schwieg sich das nordkoreanische Gericht bis heute aus. Bae soll zudem in den USA einer protestantischen Kirche angehören. Aber das trifft auf viele Koreaner außerhalb Nordkoreas zu.

Bae ist nicht der erste US-Bürger, der in Nordkorea einsitzt. Seit 2009 waren es sechs. Stets gelang es hochrangigen US-Politikern, sie persönlich aus Nordkorea herauszuholen, wobei das Regime die Besuche innenpolitisch als Erfolg verkaufen konnten. Expräsident Bill Clinton bekam im Jahr 2009 zwei Journalistinnen frei, die wegen illegalen Grenzübertretts festgenommen worden waren. 2010 reiste Expräsident Jimmy Carter nach Pjöngjang, um sich für die Freilassung der US-Bürgerin Aijalo Gomes einzusetzen. Carter ist auch in Baes Fall als Vermittler im Gespräch. Bill Richardson, früherer US-Botschafter bei der UNO, hatte sich schon im Januar erfolglos um die Freilassung bemüht.

Doch seitdem eskalierten die Spannungen. Pjöngjang unternahm einen weiteren Atomtest, der UN-Sicherheitsrat verschärfte die Sanktionen gegen Nordkorea. Inzwischen droht Pjöngjang fast täglich mit Atomangriffen auf Südkorea, Japan und die USA. Ob Bae von der Zwangsarbeit im nordkoreanischen Gulag verschont wird, hängt nicht zuletzt davon ab, ob sich der Konflikt auf der koreanischen Halbinsel in den kommenden Wochen entschärft. Derzeit jedoch stehen Baes Chancen schlecht. **FELIX LEE**

taz.blog

Wortistik

Neue Zeiten brauchen neue Wörter. Wahre, gute, schöne Wörter. Wer trennt die Spreu vom Weizen? **Detlef Gürtler** betätigt sich als Wortwart der Nation

blogs.taz.de

NACHRICHTEN

taz intern Plätze beim NSU-Prozess

Am Montag beginnt vor dem Oberlandesgericht München der Prozess gegen die mutmaßliche Neonazi-Terroristin Beate Zschäpe, das letzte lebende Mitglied des NSU, und vier weitere Angeklagte. Mehr als 13 Jahre lang konnte die Terrorzelle NSU unter falschen Identitäten leben und – nach dem bisherigen Ergebnis der Ermittlungen – in ganz Deutschland Morde an neun Migranten und einer Polizistin, zwei Sprengstoffanschläge und 15 Banküberfälle verüben. Die taz hat, wie fast alle überregionalen Tageszeitungen, bei der Verlosung der sicheren Presseplätze bislang keinen Platz erhalten. Allein die *Süddeutsche Zeitung* wird über

ihre wöchentliche Magazin verbindlichen Einlass bekommen. Die taz führt nun Gespräche mit verschiedenen Medien und KollegInnen, die Presseplätze erhalten haben, über eine Poolbildung. „Wir hoffen, dass diese Gespräche zum Erfolg führen und die taz dann aus erster Hand über den Prozess berichten kann“, sagt taz-Chefredakteurin Ines Pohl. Schließlich werde der Prozess zu Recht als einer der wichtigsten in der deutschen Nachkriegsgeschichte bezeichnet. „Wir schließen aber auch weiterhin eine Klage nicht aus“, so Pohl weiter. Der Termin des Prozessbeginns am kommenden Montag werde dadurch nicht beeinflusst.

EINSTURZ IN BANGLADESCH Zahl der Todesopfer auf 430 gestiegen

DHAKA | Acht Tage nach dem Fabrikesturz in Bangladesch bergen Suchtrupps noch immer Leichen aus den Trümmern. Laut Polizei stieg die Zahl der Todesopfer auf 430, 149 Menschen würden noch vermisst. Derweil gerät das deutsche Unternehmen Kik unter Druck. In den Trümmern seien zahlreiche Textilien des Discounters gefunden worden, so die Kampagne für Saubere Kleidung. Kik sei innerhalb von acht Monaten ein drittes Mal in ein schweres Textilfabrikunglück involviert. (epd)

LERNEN SIE UNS KENNEN!

Der taz folgen mehr als 100.000 auf twitter.com/tazgezwitscher und über 35.000 Fans auf facebook.com/taz.kommune. Diskutieren auch Sie mit uns!

Twitter & Facebook

www.taz.de

BEHINDERTE IN USA Arbeiter erhalten 240 Millionen Dollar

WASHINGTON | Wegen jahrelanger Ausbeutung am Arbeitsplatz hat ein US-Gericht 32 geistig Behinderten je 7,5 Millionen Dollar zugesprochen. Die Männer hatten in einer Fleischverarbeitungsfabrik im Ort Atalissa in Iowa gearbeitet. Der Besitzer hatte ihnen einen Stundenlohn von 41 Cent gezahlt und sie in einer insektenbefallenen, verschimmelten Baracke untergebracht, berichteten Medien gestern. Gegen den Mann hatte die US-Bundesbehörde gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz geklagt. (dpa)

Der Schwarze Block reiht sich ein

KAMPFTAG In Berlin erreicht die „Revolutionäre 1. Mai Demo“ erstmals die Stadtmitte, friedlich wie nie. Warum?

AUS BERLIN KONRAD LITSCHKO

„Verfluchte Scheiße“, ruft der junge Mann aus dem Lautsprecherwagen, als in der Abenddämmerung die 1.-Mai-Demo der Berliner Linksradiakalen vors Brandenburger Tor einbiegt. „Wir haben es wirklich erreicht.“ Eben noch hatte er angekündigt, „unsere Wut ins Regierungsviertel zu tragen“. Jetzt aber stoppt der Aufzug vor den Polizeigittern. Brav. Rote Fahnen werden geschwenkt, einige tanzen zu „Bella Ciao“. Kein Stein fliegt, kein Böller, nichts.

Schon zuvor hatte sich über die gut 10.000 Leute eine fast un-

gläubige Stille gelegt. Dann war klar: Erstmals seit vielen Jahren erreicht die „Revolutionäre 1. Mai Demonstration“, bundesweit bekannt für fliegende Flaschen und brennende Autos, tatsächlich das Ende ihrer Route. Von Kreuzberg bis in die Stadtmitte. Und: Auch in Hamburg blieb es vergleichsweise ruhig. Ist der autonome 1. Mai erledigt?

In Berlin geraten die Krawalle schon seit 2010 mehr und mehr zur Randerscheinung. Diesmal blieben auch im Vorfeld Auto-Brandstiftungen und „Chaoten“-Debatten aus. Als sich die Linksradiakalen am Abend in Bewegung setzten, schert nur an einer

Stelle der Schwarze Block aus, Steine fliegen auf Polizisten und in eine Sparkassenfiliale, ein Auto kippt um. Aber dann?

Die Polizei umschließt den Zug mit einem engen Spalier, aber sie lässt ihn weiterlaufen. Die Autonomen ziehen die Vermummung wieder aus dem Gesicht. Selbst als sie das Finanzministerium oder die Hochglanzläden in der Stadtmitte passieren, passiert nichts. Sie wissen: Jetzt gibt's nichts mehr zu holen, ohne gleich verhaftet zu werden.

Der Wandel des 1. Mai aber geht übers Situative hinaus. Nicht zufällig läuft erstmals nicht der Schwarze Block, son-

dern eine Delegation aus Griechenland an der Demospitze. Unvermummt und gemächlich-unaufgeregten Schrittes. Oppositionspolitiker wie Yannis Stathas, Hemd und grauer Vollbart, der die Gewaltfrage absurd findet. „Das ist ein angemessener Widerstand von jungen Leuten für die Menschlichkeit“, sagt der Syriza-Abgeordnete und Gewerkschafter. Er freue sich über die Vernetzung.

Die autonome Szene differenziert sich aus. 2009 flogen zuletzt in Berlin zigfach Steine, auch Brandsätze. In Heiligendamm randalierten Militante gegen den G-8-Gipfel – während

andere mit Fähnchen in Kleingruppen bis vor den Tagungszäun zogen. Interventionistische Linke nennen sie sich. Pragmatische Postautonome, die auf zivilen Ungehorsam setzen. In Dresden blockieren sie mit Bürgern Neonazis, im Wendland schottern sie mit Bauern Castorgleise.

Das färbt nun auch auf den 1. Mai ab. Es waren Interventionisten, die am Vormittag mit einer Betonpyramide einen Aufmarsch der NPD in Berlin-Schönnewide verzögerten. Und die „Revolutionäre Demo“ mausert sich in der Stadt zur größten am 1. Mai, stellt selbst den Aufzug der Gewerkschafter in den Schatten. Mietenprotestler, Kurden, Flüchtlinge, die Ver.di-Jugend und Familien laufen mit. Der Schwarze Block ist nur einer unter vielen. Die Zeit, in der er die Demo bestimmte, ist vorbei.

Nicht allen schmeckt das. In der Nacht zum 2. Mai setzten Linksmilitante einen Kabelschacht an Bahngleisen im Westen der Stadt in Brand. In ihrem Bekennterschreiben kritisieren sie die „Festung Europa“, aber auch die „totgelaufene“ Demo in der „aufstandsgesicherten Regierungsmitte“. Die Polizei hält der Anschlag am Donnerstag nicht davon ab, eine neue Erfolgsbilanz zu verkünden: Nur 54 verletzte Beamte am 1. Mai und dem Vorabend, ein Minusrekord ebenso wie die 94 Festnahmen. Von denen die meisten wohl besoffene Besucher des Kreuzberger Myfestes traf, die nachts noch Flaschen warfen.

Die Autonomen waren da längst im Feierabend. Morgens NPD-Blockade, abends die längste Demo seit Jahren – das steckte nicht wenigen in den Knochen. Auch das war am Ende Teil der Befriedung.



Immerhin einer hat den Durchblick: diverse Teilnehmer der Revolutionären Mai-Proteste am Mittwochabend in Berlin-Mitte Foto: Kay Nietfeld/dpa

THEMA DES TAGES

„Eine Latschdemo wird das nie“

RADIKALE Militante hat und wird es immer geben, sagt Jonas Schiesser, Mitorganisator der Berliner Mai-Demo

taz: Glückwunsch Herr Schiesser, Ihre „Revolutionäre 1. Mai“-Demo ist erstmals bis vors Brandenburger Tor gekommen. Aber was ist daran eigentlich der Erfolg?
Jonas Schiesser: Dass wir mit bis zu 20.000 Leuten bis in die Mitte der Stadt ziehen, ins Herz der Bestie, war von der Gegenseite vorher politisch nicht gewollt. Wir haben unsere Kritik trotzdem an den Ort gebracht, der exemplarisch für das neue deutsche Großmachtstreben steht, für Sozialschweinereien und Militarismus.

Welche Forderung stellt man denn als Autonomer an die Bundesregierung?
Die bedingungslose Kapitulation, wir stellen keine Forderungen. Wichtig war uns das Zeichen, raus aus der Kreuzberger Saufmeile zu kommen, rein ins politische Zentrum des deutschen Imperialismus. Und Ende Mai fahren wir dann nach Frankfurt/Main, um mit dem Blockupy-Protest auch das finanzielle Zentrum des Landes zu stürmen. **Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) feiert den Demozug als den friedlichsten seit**

Gedenken. Sind Sie auf dem Weg zur zweiten DGB-Demo?
Die Glückwünsche kann sich der Senator an den Hut stecken. Mein Eindruck war, dass der militante Ausdruck heftiger war als im Vorjahr, die Sparkasse jedenfalls hat mehr gelitten. Nur haben wir uns diesmal nicht auseinanderprügeln und spalten lassen, in gute griechische Gewerkschafter und böser schwarzer Block. **Trotzdem gab es diesmal nur Minirandale. Befindet sich die autonome Szene im Wandel?** Unsere Demo ist ja schon lange kein reine Autonomendemo

mehr, sondern eine der radikalen Linken in ihrer ganzen Unterschiedlichkeit. Gerade in der Krise rücken da die verschiedenen Akteure wieder näher zusammen, auch nichttraditionale. Aber von den Bratwurstfesten des DGB unterscheiden wir uns bei Weitem, allein schon in der Radikalität der Aussagen. Keine Sorge: Unsere Demo ist 1987 aus einem Kreuzberger Aufstand entstanden und dieses Erbe pflegen wir gerne weiter. Militante hat es hier immer gegeben und wird es immer geben. Eine reine Latschdemo wird das nie.

Und ab jetzt geht's jedes Jahr vors Brandenburger Tor? Wohin es nächstes Mal geht, entscheiden wir im Frühjahr 2014. Aber mir hat der Anblick von 20.000 Linken auf dem Protzboulevard Unter den Linden Lust auf mehr gemacht. **INTERVIEW: KO**

Jonas Schiesser
■ Anfang dreißig, heißt eigentlich anders. Der Autonomer ist seit 1996 auf dem 1. Mai in Berlin dabei. Seit dem Jahr 2007 ist er Mitorganisator der „Revolutionären 1. Mai Demonstration“.

Mali

Die Islamisten setzen jetzt verstärkt auf Anschläge. „Jederzeit kann es den nächsten geben“, sagt Tchico



Die Bevölkerung von Gao ist sich selbst überlassen, die Stadt halb verwaist. Die Verwaltungsangestellten erklären, sie können noch nicht wiederkommen Foto: Reuters

Viele Gebäude sind verwüstet. Niemand wagt, sie zu betreten, aus Furcht vor Minen

hagere junge Mann spricht immer schneller; aufgeregt versucht er, seinen Ruf zu retten. Er ist Automechaniker und habe sich zunächst den Anwerbeversuchen der Mujao verweigert. „Sie wollten, dass ich mitkomme und ihre Fahrzeuge repariere“, erzählt er. Wenig später holten ihn einige Milizionäre mit Waffengewalt aus seiner Werkstatt und nahmen seinen 15-jährigen Assistenten gleich mit.

Der steht jetzt schweigend daneben, wirft nur hin und wieder eine Bemerkung zur Bestätigung ein. Die Milizionäre hätten sie in ein Camp in der Nähe von Tessalit gebracht, noch weiter im Norden von Mali. Dort hätten sie ein Gewehr bekommen und eine kurze militärische Grundausbildung, „aber vor allem haben sie uns gezeigt, wie man Sprengsätze und Sprengstoffgürtel baut“.

Wenn die Geschichte stimmt, dann hatten die beiden wegen ihres Berufs eine gewisse Sonderstellung. Denn Mechaniker wurden gebraucht. „Deshalb wurde ich nicht bestraft, obwohl ich mich weigerte zu kämpfen“, behauptet der Exmilizionär. Nach einigen Wochen bekam er eine zusätzliche Aufgabe: „Die Mujao gaben mir regelmäßig Kokain, das ich in Gao verkaufen musste.“ Es habe sich um kleinere Mengen gehandelt, Säckchen mit Ware im Wert von umgerechnet 300 bis 450 Euro. Die Kunden: vor allem Kämpfer der Mujao. „Viele von denen haben gekokst oder Joints geraucht, obwohl sie alle von sich behaupten, gläubige Muslime zu sein.“

Das Geld musste er nach seiner Rückkehr in das Camp seinem Boss geben. Er selbst bekam einen kleinen Anteil, rund 80 Euro im Monat. Auch größere Kokainkonvois mit Endziel Europa habe er gesehen. „Manchmal musste ich mitten in der Wüste Autos reparieren, die zu so einer Kolonne gehörten.“ Ein solcher Konvoi habe meist aus etwa sechzig Geländewagen bestanden. „Etwa vierzig waren voller Drogen, also Haschisch und Kokain. Die anderen waren schwer bewaffnete Begleitfahrzeuge.“ Seine Geschichte ist, sofern sie stimmt, ein weiterer Beleg dafür, dass die islamistischen Milizen im Norden Malis nicht nur aus ideologischen Gründen kämpfen, sondern auch oder vor allem um die Kontrolle der Routen für den Kokainschmuggel. Die Ware kommt aus Lateinamerika, mit Flugzeugen, die in der Wüste landen, oder über die westafrikanische Küste.

Nach sieben Monaten bei den Mujao wagte der Mechaniker bei einer seiner „Missionen“ die Flucht. Jetzt lebt er in Angst vor der Rache der Islamisten, denen es bis heute immer wieder gelingt, in Gao einzudringen.

Um das zu verhindern, hat sich der Mechaniker einer Bürgerwehr angeschlossen, die jede Nacht in der Stadt patrouilliert. Angeblich sind diese „Patrioten“ unbewaffnet und rufen im Zweifel das malische Militär. Über seine eigenen Überlebenschancen sagt der ehemalige Milizionär: „Ich vertraue auf Gott und die Franzosen.“ Die Franzosen allerdings werden bald abziehen. Nur tausend von ihnen sollen in Mali bleiben.

Basketball am Hinrichtungsplatz

Die Islamisten sind vertrieben, aber nicht besiegt. Die Menschen im Norden von Mali kehren allmählich zum Alltag zurück. Doch die Angst vor der Rache der Milizionäre bleibt

AUS GAO BETTINA RÜHL

Ein metallisches Kratzen dringt in die Ohren. Ein unangenehmes Geräusch. Einerseits. Andererseits ist der Klang beruhigend, weil er so alltäglich ist. So hört es sich an, wenn die Frauen die rußgeschwärzten Töpfe schrubben, in denen sie auf dem offenen Holzkohlefeuer Reis und Soße fürs Mittagessen gekocht haben. Insofern ist der Lärm ein Zeichen dafür, dass das Leben wieder normaler ist in Gao, einer staubigen 100.000-Einwohner-Stadt im Norden von Mali.

In die Alltagsgeräusche mischen sich quäkende Stimmen aus einem Handylautsprecher. Die Bilder, die davon begleitet werden, zeigen die öffentliche Hinrichtung eines Mannes in Gao, vollstreckt im vergangenen Herbst von Mitgliedern der islamistischen Miliz Mujao, der „Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika“.

Die Milizionäre, die Gao mehrere Monate lang beherrscht hatten, warfen dem Mann wiederholten Diebstahl vor. Der Angeklagte kniet auf dem Boden, die Arme auf dem Rücken gefesselt. Sein Gesicht wirkt sanft und überraschend gefasst, jedenfalls soweit man das in dem verpixelten Filmchen erkennen kann.

Oumar Touré, von allen Tchico genannt, erklärt ungerührt, was auf dem Handybildschirm zu sehen ist. Tchico ist auf dem Hof zu Hause, in dessen Ecken die Frauen gerade den Abwasch machen. Sein Cousin und Nachbar Isaac dagegen ist verstummt. Er hatte die Exekution weder vor Ort mit angesehen, noch kannte er die Aufnahmen bisher.

„Das da ist der Prediger der Mujao“, sagt Tchico und zeigt auf

einen Vermummten in militärischer Uniform, der ein Buch in der Hand hält. „Den Koran“, sagt Tchico. „Bevor sie ihn hinrichten, zählen sie alle Verbrechen auf, die er ihrer Meinung nach begangen hat.“ Außer ihm stehen zwei weitere uniformierte Vermummte hinter dem Opfer, die Messer bereits waagrecht in Höhe seines Halses haltend.

Abends kommen Sportler

Als alle Beschuldigungen vorgebracht sind, setzen sie an. Sie säbeln dem Mann den Kopf ab. Das zieht sich eine ganze Weile hin. Es fließt sehr viel Blut. „Tout le monde était là“, sagt Tchico schließlich. Alle haben zugeguckt. Die Hinrichtung geschah auf dem „Platz der Scharia“ im Zentrum von Gao, der inzwischen wieder „Platz der Unabhängigkeit“ heißt. Gegen Abend, wenn die Hitze nicht mehr ganz so lähmend ist, treiben die Menschen hier wie eh und je Sport.

Entlang des Zaunes ziehen Läufer ihre Runden durch den Sand. Auf einem asphaltierten Basketballfeld dribbeln Mädchen und Jungen, daneben wird Fußball trainiert. „Ich bin glücklich, hier wieder spielen zu können“, sagt Mariam Maiga. „Und dass ich wieder mit meinen Freunden und unserem Trainer zusammen sein kann.“ Die 18-Jährige trägt ein gelbes, ärmelloses T-Shirt und eine knielange Sporthose. Zurzeit der Islamisten wäre so viel nackte Haut undenkbar gewesen oder hätte zu schweren Strafen geführt.

Die Wende kam, als die französische Armee Mitte Januar in Mali einmarschierte, um den befürchteten Vormarsch islamistischer Milizen in die Hauptstadt Bamako zu verhindern. Vorher

hatte der malische Übergangspräsident Dioncounda Traoré um Unterstützung gebeten. Die Ankunft der französischen Armee beschleunigte die bereits geplante Entsendung einer afrikanischen Eingreiftruppe. Erste militärische Erfolge stellten sich binnen Wochen ein: Die drei großen Städte in Malis Norden, also Gao, Kidal und Timbuktu, galten nach kurzer Zeit als befreit.

Besiegt sind die Islamisten aber trotzdem noch nicht, sie kämpfen jetzt verstärkt mit Selbstmordanschlägen. „Jederzeit kann es den nächsten geben“, sagt Tchico in seiner nüchternen Art. In den satten Farben der sinkenden Sonne sieht das Zentrum von Gao jetzt fast freundlich aus. Zumindest wenn man den Blick nicht von den Sportlern lässt.

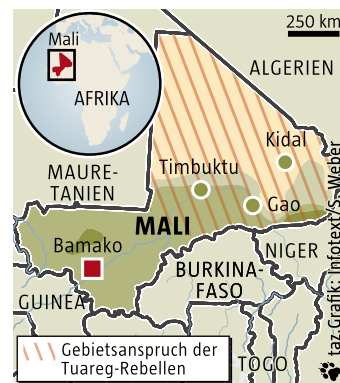
Wer sich von ihnen abwendet, sieht die Spuren des Krieges: An den Fassaden des Polizeikommissariats, des Postamts, am Sitz des Gouverneurs und am Rathaus sind etliche Einschusslöcher zu erkennen. Artilleriegeschosse haben die Gebäude getroffen und zum Teil zerstört. Aus Angst vor Minen und Sprengfallen wagt niemand, sie zu betreten. Zu sehen gäbe es ohnehin nichts als Verwüstung. Tische, Stühle, Regale, Akten, Archivmaterial, alles sei geplündert oder zerstört, sagen die Bewohner von Gao. Verantwortlich dafür ist vor allem die Tuareg-Miliz MNLA, die Gao noch vor den Islamisten erobert hatte und hier immer noch verhasster ist als die Islamisten. „Bei der Mujao war die Grausamkeit berechenbar“, sagt Tchico. „Die MNLA hat willkürlich geplündert, alles gestohlen und hemmungslos vergewaltigt.“

Weil sie buchstäblich weder Tisch noch Stuhl hätten, erklären

die Verwaltungsangestellten des Staates, sie könnten noch nicht nach Gao zurückkehren. So bleibt die Bevölkerung sich selbst überlassen und Gao eine halb verwaiste Stadt, in der sich die Wirtschaft mangels Kunden nicht erholt.

Konvois voll Drogen

Am frühen Abend bekommt Tchico Besuch von zwei entfernten Verwandten. Die beiden waren Mitglieder der Mujao. Ihre Namen wollen sie nicht nennen, sie haben Angst vor Repressionen. Dabei kennt jeder hier ihre Geschichte, in einer Kleinstadt wie Gao spricht sich so etwas schnelle herum. „Meine Familie weist mich seitdem zurück“, sagt der Ältere, der Anfang dreißig ist. „Dabei habe ich nicht getötet. Aber sie glauben mir nicht.“ Der



„Die Islamisten gaben mir regelmäßig Kokain, das ich in Gao verkaufen musste“

EXMILIZIONÄR, ANONYM



Grenzkonflikte

Die Kämpfe in Syrien sind auch für die Nachbarn gefährlich. Die Opposition schießt Raketen auf libanesischen Straßen und Dörfer



Der Krieg rückt näher

LIBANON Einst heirateten die Bewohner auf beiden Seiten der syrischen Grenze untereinander. Sie trieben Handel, man kannte sich gut. Jetzt wachsen Misstrauen und Angst. Viele suchen Schutz bei der schiitischen Hisbollah

AUS HERMEL RAPHAEL THELEN

Bassem Taha sitzt nach vorne gebeugt auf der Kante seines Sessels. „Die Menschen haben Angst wegen der Angriffe“, sagt er. Viel mehr mag er nicht sagen. Seine Schwester, die neben ihm sitzt, hat weniger Bedenken: „Im Fernsehen haben sie einen Bericht über den Raketenangriff gezeigt; platzt es aus ihr raus. „Sie haben verschwiegen, wer sie abgeschossen hat, aber es waren die Dschihadisten.“

Taha ist Ortsvorsteher in Hermel. Die libanesischen Kleinstadt liegt nahe der Grenze zu Syrien. Sie ist eine Hochburg der schiitischen Hisbollah, die zunehmend in den Bürgerkrieg in Syrien involviert ist und auf der Seite der Regierung von Baschar al-Assad gegen die vorwiegend sunnitische syrische Opposition kämpft. Letztere rächt sich, indem sie Hermel mit Raketen beschießt.

Von außen betrachtet, scheint hier alles seinen gewohnten Gang zu gehen: Kinder fahren auf der Straße Fahrrad, Gemüsehändler bieten auf Holzkarren ihr Obst an, und Restaurants servieren frische Kibbeh. Doch die Hisbollah hat ihre Aktivitäten

merklich intensiviert. Als Mischung aus politischer Partei, Wohlfahrtsorganisation und paramilitärischer Truppe genießt sie hohes Ansehen in der Bevölkerung. Ihre gelb-grünen Flaggen säumen die Straßen.

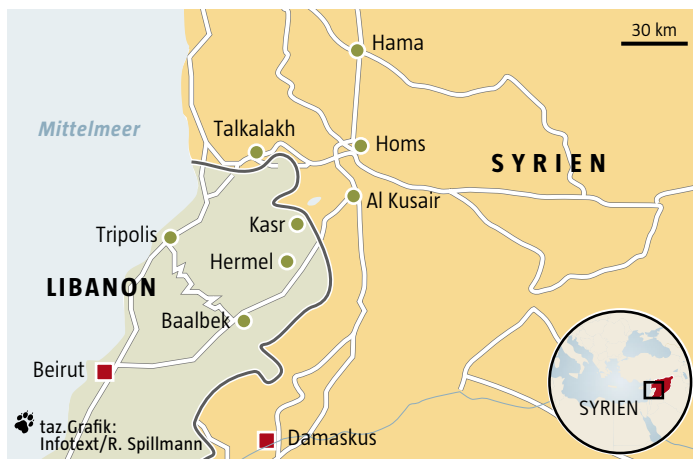
„Das Blut der Märtyrer wird siegen“, steht auf einer Wand gegenüber von Tahas Haus. Gelegentlich sieht man ein Plakat mit dem Porträt von Syriens Präsident Baschar al-Assad. Dessen Baath-Partei ist hier beliebt und engster Partner der Hisbollah.

Ortsvorsteher Taha ist zwar kein Mitglied der Hisbollah, ohne deren Einverständnis könnte er jedoch nicht reden; sie kontrolliert genau, was in ihrer Stadt passiert.

Die offizielle Grenze zwischen beiden Ländern ist praktisch unsichtbar. Nur ein kleiner Fluss zerschneidet das karge, gelbe Grass auf der Hochebene, die sich von hier nach Syrien erstreckt. Al-Kusair auf der anderen Seite wurde vor einem Jahr von syrischen Oppositionellen eingenommen. „Wir hier in Kasr und die Menschen in al-Kusair, drüben in Syrien, waren immer wie eine einzige Gemeinschaft“, sagt Hassan Zeater, Bürgermeister von Kasr, einem Dorf unweit



Zorn und Trauer in Kasr: Ein 13-jähriges libanesisches Kind wird zu Grabe getragen. Es starb, als sein Ort von syrischer Seite beschossen wurde. Foto: afp



von Hermel. „Wenn wir einkaufen wollten, dann sind wir eher rübergefahren statt in eine andere libanesischen Stadt.“

Man kennt sich. Die Familien heirateten über die Grenze hinweg. Schmuggel brachte ein verlässliches Einkommen. Doch seit einem Jahr gibt es nur noch wenig Kontakt. Die Schiiten in Hermel und die Sunniten in al-Kusair erwarten, dass der Konflikt zwischen ihnen eskaliert.

In der libanesischen Politik verläuft der Graben entlang der gleichen Linien wie zwischen Hermel und al-Kusair. Die beiden großen Parteienbündnisse

Frustrierter Vermittler

■ Der internationale Syrienbeauftragte Lakhdar Brahimi will offenbar das Handtuch werfen: Der frühere algerische Außenminister stehe kurz davor, sein Amt als Sondergesandter der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga niederzulegen, sagten UN-Diplomaten am Mittwoch in New York. ■ Sein Rückzug wäre ein weiterer Rückschlag für die Bemühungen um eine diplomatische Lösung des blutigen Konflikts. Brahimi hatte den Auftrag im August von Ex-UN-Generalsekretär Kofi Annan übernommen, der sein Mandat zuvor niedergelegt hatte. US-Außenminister John Kerry versuche aber noch, Brahimi zum Bleiben zu bewegen, hieß es aus Diplomatenkreisen.

■ Anlass ist den Quellen zufolge ein Streit mit der Arabischen Liga. Diese hatte Ende März der syrischen Regierung die Mitgliedschaft entzogen und sie an die Opposition vergeben. Syriens Machthaber Baschar al-Assad kündigte daraufhin jede Kooperation mit Brahimi auf. Dieser habe nun den Eindruck, dass die Liga einen anderen Weg eingeschlagen habe als die UNO, hieß es. (afp, taz)

„8. März“ und „14. März“ unterstützen jeweils eine Seite im syrischen Bürgerkrieg. Offiziell grenzen sie sich gegen den Bürgerkrieg in Syrien ab. Zu frisch sind die Erinnerungen an den eigenen 15-jährigen Bürgerkrieg, der erst 1990 endete; zu groß ist die Angst in der Bevölkerung vor einer Neuaufgabe.

Doch das schiitisch dominierte Bündnis „8. März“ unterstützt offen Baschar al-Assad und das vorwiegend sunnitische Bündnis „14. März“ die Opposition. Mehrere sunnitische Salafistenführer im Libanon haben zum Dschihad gegen Assad und die Hisbollah aufgerufen und Milizen gegründet. Ahrar al-Sham, ein islamistischer Zweig der syrischen Opposition, hat die Gründung eines Ablegers im Libanon bekannt gegeben. Seine Kämpfer können es nicht mit der Hisbollah aufnehmen. All das verstärkt die Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten.

„Die Situation ist immer schlechter geworden, seit die ausländischen Kämpfer nach al-Kusair gekommen sind“, sagt Zeater, der hauptberuflich als Zahnarzt arbeitet. Ein Bild von dem Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah in seiner Praxis zeigt, auf welcher Seite er steht. „Dschihadisten aus Pakistan, Tschetschenien, Libyen und anderen Ländern spielen eine immer größere Rolle.“

In seinen Augen kontrollieren syrische und ausländische Islamisten die Opposition. In wahllosen Massakern würden sie Christen und Schiiten töten. Die Hisbollah greife nur ein, um Unschuldige zu verteidigen. „Wir reagieren bloß auf die Angriffe und greifen nicht selbst an“, sagt Zeater und bläst den Rauch seiner Lightzigarette in die Luft.

Seit einigen Wochen mehrten sich jedoch die Berichte vonseiten der syrischen Opposition, dass sich die Hisbollah auch an Offensiven der syrischen Armee beteilige. An der andauernden Belagerung von al-Kusair seien tausende Hisbollah-Kämpfer beteiligt. Für die syrische Regierung und die Hisbollah ist die Schlacht um al-Kusair von großer strategischer Bedeutung: Die Stadt liegt unweit eines Straßenkreuzes, das sowohl Damaskus

als auch Hermel mit der syrischen Küste verbindet. Für die Versorgung ist der Zugang zu den Häfen unerlässlich. Das gilt sowohl für die syrische Regierung im Kampf gegen die Opposition als auch für die Hisbollah im Kampf gegen Israel.

Im Gegenzug hat die syrische Opposition sich entschlossen, die Hisbollah in ihrer libanesischen Heimat, in Hermel anzugreifen. „Erst vor zwei Tagen sind wieder zwei Raketen in der Nähe eingeschlagen“, berichtet der Zahnarzt. Syriens Opposition schießt nach eigenen Angaben nur auf militärische Stellungen der Hisbollah. Doch die Raketen sind ungenau. Opfer der Angriffe waren Zivilisten. Sicherheitshalter wurden hier die Schulen für einige Tage geschlossen.

Vom libanesischen Staat kommt keine Hilfe

Gleichzeitig sind Tausende syrische Familien nach Hermel geflohen, was die Spannungen zusätzlich verstärkt. „Wir haben Volkskomitees gegründet, um den Flüchtlingen zu helfen“, sagt Taha. „Wir helfen ihnen bei der Evakuierung und bieten Erste Hilfe.“ Die Dörfer sind überfordert, vom libanesischen Staat kommt keine Hilfe. Bis auf ein paar Armeecheckpoints an den Landstraßen hat er sich schon lange von hier zurückgezogen. Ohne die Hisbollah, sagt Taha, können sie nichts ausrichten.

Zeater hofft, dass Syriens Regierungstruppen bald al-Kusair einnehmen, damit Hermel wieder Ruhe hat. „Meine Quellen sagen mir, dass es nicht mehr lange dauern wird, bis die syrische Armee al-Kusair einnimmt. Der Countdown läuft.“ Assads Armee soll bereits mehrere Dörfer in der Gegend eingenommen haben. Oppositionelle fürchten nun Massenfestnahmen.

In dieser Atmosphäre der Angst und des Misstrauens erhält die Hisbollah regen Zulauf. Die Menschen in Hermel rücken näher zusammen. Schon jetzt, sagt der Zahnarzt, verkaufen Bewohner entlang der Grenze ihr Hab und Gut, um sich zu bewaffnen. „Wir erwarten, dass der Krieg kommt. Wir hatten das schon mal für 15 Jahre – in unserem eigenen Bürgerkrieg.“

HeldInnen gesucht

Für den taz Panter Preis 2013 suchen wir die Heldin des Wandels und den Helden des Alltags, die Kollektive und Vernetzten, die Engagierten und die Menschen mit neuen Ideen.

Helfen Sie uns. Nennen Sie uns Ihre HeldInnen, damit wir wahre Heldentaten ans Licht der Öffentlichkeit bringen können!

Der taz Panter Preis ist ein Projekt der taz Panter Stiftung und ist mit zweimal 5.000 Euro dotiert.

taz.panterpreis 2013

Ihr KandidatInnenvorschlag bis 5. Mai an:
taz.die.tageszeitung | Panter Preis | Rudi-Dutschke-Str. 23 | 10969 Berlin | panter@taz.de | www.taz.de/panter



**Uli Hoeneß
in der Zange**

Juristisch sieht es nicht gut aus für den FC-Bayern-Präsidenten, doch ist er als Unternehmenslenker überhaupt noch haltbar?



Strukturen der Zockerei

MANAGEMENT Als Unternehmensführer taugt Uli Hoeneß nicht mehr, sagt Transparency International. Dem FC Bayern München fehlen die Strukturen für gutes Wirtschaften. Hoeneß bekennt sich zur „exzessiven Spielsucht“

VON HOLGER VIETH

Die Korruptionsbekämpfer von Transparency International haben Zweifel an den Führungsqualitäten von Uli Hoeneß. „Die Glaubwürdigkeit von Hoeneß ist sehr erschüttert“, sagte der Geschäftsführer der Organisation, Christian Humborg, am Donnerstag mit Blick auf die Steueraffäre des FC-Bayern-Präsidenten. „Es ist jetzt Aufgabe der Aufsichtsräte der FC Bayern München AG zu prüfen, inwieweit Uli Hoeneß überzeugend die Einhaltung von Recht und Gesetz, neudeutsch Compliance, im Unternehmen zukünftig vorleben und die Umsetzung anleiten kann“, sagte Humborg.

Generell legt Transparency International den deutschen Fußballvereinen nahe, ihre Geschäfte besser zu überwachen. „Es ist ihnen anzuraten, über Compliance-Strukturen nachzudenken“, sagte Humborg. Der Mediendirektor der FC Bayern München AG, Markus Hörwick, hatte in einem Bericht der *Zeit* unlängst erklärt, dass solche Regeln in dem Unternehmen bisher nicht schriftlich festgehalten wurden. Die Mitarbeiter wüssten selbst, wie sie sich korrekt zu verhalten haben.

Hoeneß bezeichnete die von ihm begangene Steuerhinterziehung in einem Interview mit der *Zeit* als „große Torheit“. „Ich habe Riesenmist gebaut, aber ich bin kein schlechter Mensch“, sagte er der Zeitung. Er wolle seinen Fehler nun „so gut wie möglich korrigieren“. Erstmals äußerte er sich zu Hintergründen der Affäre, die ihn im Januar dieses Jahres zu seiner Selbstanzeige brachten.

Ab 2001 habe er mit einem Kredit des früheren Adidas-Vorstandschefs Robert-Louis Dreyfus begonnen, exzessiv an der



Entspannung geht anders: Uli Hoeneß und Karl-Heinz Rummenigge nach dem Sieg von Bayern München über den FC Barcelona Foto: Peter Kneffel/dpa

Ob zwanghaftes Spekulieren an der Börse als Sucht gilt, ist bei Experten umstritten

Börse zu spekulieren. Er habe „richtig gezockt“ und oft Tag und Nacht mit teilweise extremen Summen gehandelt. „Das war der Kick, das pure Adrenalin“, sagte Hoeneß. Nach dem Platzen der Internetblase habe er dann schwere Verluste eingefahren. „Ich war da richtig klamm“, sagte er. Eine Verbindung zwischen

diesen Geschäften und dem FC Bayern schloss er aus. „Dieses Konto war ganz allein Uli Hoeneß.“

Dass er Steuern hinterzogen habe, war ihm nach eigener Aussage immer klar. Er habe gewusst, dass er die Gewinne seiner Börsenspekulationen versteuern musste. Darum sei er stets in Sorge gewesen, der Fall könne öffentlich werden. „Natürlich war diese Angst da, sie war immer da“, bekannte Hoeneß. Gerüchte über weitere, bisher nicht angegebene Nummernkonten in der Schweiz dementierte er.

Hoeneß reagierte auch auf die Kritik von Bundeskanzlerin An-

gela Merkel, die sich „enttäuscht“ vom Bayern-Spitzenfunktionär gezeigt hatte. „Ich würde mir wünschen, dass ich irgendwann die Gelegenheit bekäme, der Bundeskanzlerin in einem persönlichen Gespräch zu erklären, wie es so weit kommen konnte, der ganze Mist“, sagte Hoeneß. In dem Interview rückt sich der Bayern-Präsident selbst in die Nähe eines Spielsüchtigen. Er sei ein paar Jahre lang wohl nah dran gewesen, als krank zu gelten. „Aber inzwischen halte ich mich für kuriert“, betonte Hoeneß.

Strafmildernd würde sich dieser Umstand allerdings nicht

auswirken. Die Fähigkeit, klare Entscheidungen zu treffen, sei bei Spielsüchtigen durchaus gegeben, sagte der Suchtforscher Hans-Jürgen Rumpf von der Universität Lübeck. Da Hoeneß offenbar immer einen Überblick über sein Verhalten gehabt habe, sei er auch voll mündig, erklärte der Professor von der Universität Lübeck. Zudem habe eine eventuell ausgeprägte Spielsucht nichts mit dem Vorwurf der Steuerhinterziehung zu tun, stellte Rumpf klar.

Ob zwanghaftes Spekulieren an der Börse überhaupt als Sucht gelten kann, ist bei Experten umstritten.

Kehren im eigenen Haus

KORRUPT Unternehmen sorgen sich um Image

BERLIN taz | Die Causa Hoeneß ist Tagesgespräch auf den Fluren von Volkswagen, Audi, Hypovereinsbank/UniCredit und der Deutschen Telekom. Denn all diese Unternehmen sind eng mit der FC Bayern München AG verbandelt. Und sie haben strikte Verhaltensregeln, gegen die Uli Hoeneß, Präsident des Sportvereins Bayern München und Aufsichtsratschef der FC Bayern München AG, nach eigener Aussage verstößt.

Die Volkswagen AG verbietet ihren Mitarbeitern zum Beispiel, private Vorteile anzunehmen, die „geeignet sind, eine sachgerechte Entscheidung zu beeinflussen“. Dieser Grundsatz gilt bei VW vom Pförtner bis zu Vorstandschef Martin Winterkorn, der im Aufsichtsrat der FC Bayern München AG sitzt.

Korruption und „Interessenskonflikte“ von Mitarbeitern und Geschäftspartnern verfolgt auch die Hypovereinsbank/UniCredit. Deren Verwaltungsratschef Dieter Rampl sitzt ebenfalls im Aufsichtsrat der FC Bayern AG. Dort trifft er auf Rupert Stadler, Vorstandschef der Audi AG. Der Autokonzern ist genau wie Adidas an der FC Bayern AG mit 9,1 Prozent beteiligt. Haupteigner ist der Fußballverein.

Im eigenen Haus hat Audi schon 2008 eine Compliance-Abteilung gegründet, die die Einhaltung von Gesetz und moralischer Ordnung überwachen soll. Elf Mitarbeiter sorgen dafür, dass die Audi-Angestellten geschult werden und „die Werte im Unternehmen gelebt werden“, wie eine Sprecherin sagt. Für Audi sei „von zentraler Bedeutung“, dass die Unternehmensentscheidungen „mit Gesetzen und Werten in Einklang stehen“.

Beim Volkswagen-Konzern in Wolfsburg gibt es zu Hoeneß „keinen Kommentar“. Öffentlich äußert sich zu dem Fall überhaupt keines der Unternehmen, die mit dem FC Bayern wirtschaftlich verbunden sind. Dabei haben einige der Vorstandschefs wie VW-Mann Winterkorn, Hypovereinsbank-Chef Rampl oder Herbert Hainer, Vorstandschef von Adidas, mit großem Bohei eine „Selbstverpflichtung zum verantwortungsvollen Wirtschaften“ unterzeichnet. Diese Art von Moral-PR und die in den Compliance-Regeln verankerten Grundsätze des guten Wirtschaftens werden von Ratingagenturen als Pluspunkt gewertet. Zudem sind sie Voraussetzung für die Zulassung zum US-amerikanischen Aktienmarkt.

Wie lange sich die Unternehmen den Umgang mit Uli Hoeneß noch leisten, zeigt sich Montag. Dann tagt der Aufsichtsrat der FC Bayern AG. **ULRIKE FOKKEN**

Wer seine Sünden selber schätzt, muss großzügig sein

STEUERRECHT Eine fehlerhafte Selbstanzeige kann wohl nicht mehr korrigiert werden. Das dürfte Uli Hoeneß zum Verhängnis werden

FREIBURG taz | Kann eine fehlerhafte Selbstanzeige geheilt werden? Das ist eine der zentralen Fragen im Fall Hoeneß. Die Chancen stehen dabei nicht gut für den Bayern-Präsidenten.

Uli Hoeneß hat am 12. Januar dem Finanzamt Miesbach mitgeteilt, dass er Steuern hinterzogen hat, aber bereit ist, diese nachzahlen. Eine derartige Selbstanzeige führt im Steuerrecht zur Straffreiheit – wenn die Tat noch nicht entdeckt war und die Selbstanzeige vollständig ist.

Die von Hoeneß' Steuerberater in großer Eile verfasste Selbst-

anzeige war aber offensichtlich nicht vollständig. Hoeneß reichte deshalb im Februar eine zweite, ausführlichere Selbstanzeige nach. Konnte Hoeneß so die Straffreiheit retten? Abstrakt gesehen gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder die zweite Selbstanzeige „heilt“ die Fehler der ersten. Oder die Tat gilt nach der ersten Selbstanzeige als entdeckt. Dann kommt die zweite Selbstanzeige schlicht zu spät.

Der Frankfurter Fachanwalt für Steuerrecht Tobias Schwartz hat sich bereits vor Bekanntwerden des Falles Hoeneß in einem

Fachaufsatz mit dem Thema beschäftigt. Er geht davon aus, dass Steuerbehörden und Strafgerichte die spätere Korrektur einer Selbstanzeige nicht akzeptieren werden. Konkrete Urteile gebe es hierzu bisher aber nicht.

Auch Schwartz kennt das Problem, dass es bei der Selbstanzeige schnell gehen muss. Wenn Mandanten Angst vor Entdeckung haben, ist oft keine Zeit mehr, alle Finanztransaktionen im Detail nachzuvollziehen und alle Fehlerquellen genau zu durchdenken. Dabei könne das durchaus einige Wochen dauern,

etwa wenn jemand mit dem Geld intensiv spekuliert hat (wie Uli Hoeneß) und es um Tausende von Vorgängen geht.

In solchen Fällen helfe nur eines: „Dann muss man die Erträge schätzen und ausreichende Sicherheitszuschläge hinzurechnen“, sagt Anwalt Schwartz. Denn wenn die Selbstanzeige zu niedrig ausfällt, gilt sie als unvollständig und ist damit unwirksam. Fällt die Schätzung dagegen zu hoch aus, sei das kein Problem. Die Straflosigkeit bleibe bestehen und der Betroffene könne für die Berechnung der nachzu-

zahlenden Steuern später eine exakte, in der Regel niedrigere Rechnung vorlegen.

Anders als manche Medien nun behaupten, ist die Erstellung einer wirksamen Selbstanzeige also keine juristische Artistik, die kaum ein Anwalt fehlerlos beherrscht. Mit einer großzügig geschätzten Selbstanzeige kann das Risiko vielmehr stark verringert werden. Und genau deshalb musste sich wohl auch die Rechtsprechung noch nicht mit der Frage beschäftigen, ob eine falsche Selbstanzeige später geheilt werden kann. **CHRISTIAN RATH**

Die Machtfrage

In der taz.am wochenende: morgen am Kiosk oder in Ihrem Briefkasten. www.taz.de/we

Ab Mai gilt das neue Sorgerecht. Ledige Väter haben nun die gleichen Rechte wie die Mütter. Eigentlich gut so. Aber wird das Klappen mit der Demokratie in der Familie?

Jetzt neu!

taz.am wochenende

NACHRICHTEN

GRÜNDUNGSZEIT DER GRÜNEN

Roth unterstützt Pädophilie-Aufarbeitung



Klare Worte: Grünen-Chefin Claudia Roth Foto: dpa

HAMBURG | Grünen-Chefin Claudia Roth hat sich für eine Untersuchung der Pädophilie-Vorwürfe gegen Parteimitglieder aus der Gründungszeit aus-

gesprochen. Der Bundesvorstand begrüße es, wenn unabhängige Wissenschaftler die Schriften und Aktivitäten untersuchen“, sagte Roth. (dpa)

ERZIEHERINNEN-MANGEL

Nur 6.000 Arbeitslose wollen in die Kita

NÜRNBERG | Der Mangel an Kita-Fachkräften kann kurzfristig kaum durch die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen behoben werden. Das geht aus einer Studie des IAB-Instituts in Nürnberg hervor: Der Zusatzbedarf von bis zu 40.000 Vollzeitstellen ab dem Sommer könnte nur etwa zu einem Zehntel durch Arbeitslosengeld-II-Bezieher gedeckt werden. 2011 gab es rund 6.000 Bezieher von Arbeitslosengeld II, die als Berufswunsch eine Tätigkeit in der Kinderbetreuung nannten und den notwendigen Schulabschluss hatten. (epd)

MINDESTLOHN UND FDP

Zastrow kritisiert Rösler

BERLIN | Vor dem Parteitag wächst in der FDP die Kritik an der Mindestlohn-Strategie des Vorsitzenden Philipp Rösler. Er will am Wochenende bei dem Treffen in Nürnberg im Wahlprogramm eine moderate Öffnung für Lohnuntergrenzen in weiteren Branchen durchsetzen. Röslers Stellvertreter, Sachsens FDP-Landeschef Holger Zastrow, entgegnete in der *Stuttgarter Zeitung*, Röslers Sichtweise würde „den Praxistest“ nicht bestehen. Man dürfe „kein Arbeitsplatzvernichtungsprogramm für Ostdeutschland beschließen“. (dpa)

METALL-/ELEKTROINDUSTRIE

Beschäftigte legen die Arbeit nieder

FRANKFURT/M. | Im Tarifstreit in der Metallindustrie hat die Gewerkschaft IG Metall mit bundesweiten Warnstreiks ihrer Forderung nach kräftigen Lohnerhöhungen Nachdruck verliehen. Von der Küste bis zum Bodensee legten Tausende Beschäftigte in vielen Betrieben am Donnerstag stundenlang die Arbeit nieder. Die IG Metall fordert für die 3,7 Millionen Beschäftigten der Branche eine Tarifierhöhung ab Mai um 5,5 Prozent. Die Arbeitgeber boten nach einer Nullrunde von zwei Monaten 2,3 Prozent ab Juli an. (rtr)

DAS WETTER

Norden: Sonnenhut, Süden: Regenschirm

Die Sonne verwöhnt heute nur den Norden und Nordosten, wärmt dort aber nicht so richtig. Am freundlichsten wird es an den Küsten von Nord- und Ostsee bei doch recht frischen 9 bis 14 Grad. In der Südwesthälfte wird es wechselhaft mit vielen Wolken, am Nachmittag kommen dann die Regenschauer und Gewitter. Gegen Abend schüttet es vor allem um den Schwarzwald herum. Die Temperaturen erreichen bei schwachem Nordwind 15 bis 19 Grad.

NSU-Opfer wollen Journalisten helfen

PROZESS Freie Plätze der Nebenkläger sollen weitergereicht werden können. Gericht ist dagegen

FREIBURG taz | Einige Angehörige der NSU-Opfer wollen ihre Sitzplätze im Oberlandesgericht (OLG) an Pressevertreter weitergeben. Doch voraussichtlich wird das OLG dies ablehnen, weil es dem Sicherheitskonzept des Gerichts widerspricht.

Rund 77 Nebenkläger mit 53 Anwälten können ab Montag am Prozess gegen das mutmaßliche NSU-Mitglied Beate Zschäpe mit garantiertem Sitzplatz und eigenen Verfahrensrechten teilnehmen. Von diesem Recht können viele Angehörige der Ermordeten aber nicht Gebrauch machen, schreibt jetzt der Anwalt Yavuz

OLG-Sprecherin Andrea Titz macht aber zumindest den Journalisten wenig Hoffnung, dass sie noch bei den Nebenklägern sitzen können. „Das Sicherheitskonzept des Gerichts sieht eine klare Trennung vor: Unten im Saal sitzen die Verfahrensbeteiligten, oben auf der Empore die Zuschauer und Journalisten.“ Es gebe auch getrennte Eingänge. Dies diene nicht zuletzt dem Schutz der Nebenkläger.

Unterdessen hat das OLG noch einem weiteren Medium einen sicheren Platz auf den Pressebänken zugesprochen. Auch das im Entstehen befindliche linke Magazin *ZOB* aus Berlin kann von dem angeblichen „Jahrhundertprozess“ gegen Beate Zschäpe berichten. Das erneute Losverfahren wurde möglich, weil am Montag ein WDR-Mitarbeiter ausgelost wurde, der seinen Antrag längst zurückgezogen hatte.

Wie erwartet hat das Bundesverfassungsgericht am Donnerstag die Klage des Journalisten Martin Lejeune abgewiesen. Er hatte beim ersten Akkreditierungsverfahren im März einen sicheren Platz im NSU-Prozess ergattert, verlor diesen aber wieder, weil er am Montag nicht ausgelost wurde. Dadurch seien „Grundrechte des Beschwerdeführers nicht verletzt“ worden, entschieden die Richter ohne weitere Begründung. Am Vortag hatte Karlsruhe in einem anderen Verfahren abgelehnt, die Videoübertragung des Verfahrens in einen Nebenraum anzuordnen. **CHRISTIAN RATH**

„Das Konzept ist: unten die Beteiligten, oben die Journalisten“

GERICHTSSPRECHERIN ANDREA TITZ

Narin, der die Familie des in München getöteten Griechen Theodor Boulgarides vertritt.

Sie seien so traumatisiert, dass sie nur in Begleitung von weiteren Verwandten kommen könnten, für die aber kein Platz sei. Sie blieben lieber zu Hause, als in „engsten räumlichen Verhältnissen mit den mutmaßlichen Mördern und Peinigern ihrer Angehörigen zusammengepfercht zu sein“. Die Plätze sollten dann aber an Verwandte anderer Nebenkläger oder eben an Journalisten weitergegeben werden können, beantragte Narin jetzt beim OLG.

Erst zum Arzt, dann abgeschoben

MEDIZIN Ausländer ohne geregelten Aufenthaltsstatus oder Versicherung werden medizinisch unzureichend versorgt, klagt die Ärztekammer

AUS BERLIN HEIKE HAARHOFF

Sie sind nicht krankenversichert oder haben keinen legalen Aufenthaltsstatus, und das hat Auswirkungen auf ihre Gesundheit: Mehr als eine halbe Million Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland leben nach Angaben der Bundesärztekammer mit dem Risiko, im Krankheitsfall nicht angemessen behandelt zu werden. „Wir Ärzte halten das für unerträglich, es widerspricht unserem Ethos, dass Menschen aus Angst vor Abschiebung oder wegen eines fehlenden Versicherungsschutzes gar nicht oder erst sehr spät zum Arzt gehen“, sagte der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesärztekammer, Ulrich Clever, am Donnerstag in Berlin.

In einer Stellungnahme fordern Clever und seine Kollegen von der Zentralen Ethikkommission bei der Bundesärztekammer die Bundesregierung zum Handeln auf: Notwendige Therapien dürften nicht länger an bürokratischen Hürden scheitern. Besonders „bedenklich“ sei, „dass Kindern und Jugendlichen medizinische Versorgung vor-



Anonyme Behandlung ohne Krankenversicherung. Kein Problem – für Schwangere und Notfälle Foto: S. Boness/Ipon

enthalten“ werde, beklagte der Kommissionsvorsitzende und Tübinger Medizinethikprofessor Urban Wiesing: „Das Verfahren muss so gestaltet sein, dass es Eltern möglich ist, ihre Kinder Ärzten vorzustellen, ohne Gefahr zu laufen, ausgewiesen zu werden.“ Die Ärzte sprachen sich für einen anonymen Krankenversicherungsschein aus.

Zwar hätten die rund 35.000 Asylsuchenden, die knapp 50.000 „geduldeten“ Flüchtlinge und die bis zu 600.000 Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus in Deutschland nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Anspruch auf notwendige medizinische Versorgung, sagte Wiesing. Sobald jedoch kein Notfall vorliege, entschieden fak-

„Kranke stehen vor der Entscheidung: Therapie oder Ausweisung?“

URBAN WIESING, ETHIKKOMMISSION

tisch Mitarbeiter des Sozialamts oder Heimleiter von Asylbewerberunterkünften, also medizinisch nicht fachkundige Personen, über die Kostenübernahme und damit über die Behandlung. Ärzte, Kliniken und Labore, die dies für unethisch hielten, würden für ihr Engagement bestraft: „Im Zweifel bleiben wir auf den Kosten sitzen“, sagte Clever.

Ein weiteres Problem sei die Aushebelung der ärztlichen Schweigepflicht. Seit 2010 gelte

zwar eine Rechtsverordnung, wonach Notfallbehandlungen für Menschen ohne Papiere vom Sozialamt bezahlt werden müssen, ohne dass die Daten der Patienten an die Ausländerbehörden weitergegeben werden. Diese Regelung funktioniere aber in der Praxis nicht. Vielen Ärzten und Behörden sei sie schlicht nicht bekannt. Zudem greife sie nur bei medizinischen Notfällen, nicht aber bei planbaren Eingriffen wie Herzoperationen oder Chemotherapien. Bei Letzteren seien die Sozialämter verpflichtet, die Daten an die Meldebehörden oder die Polizei weiterzugeben. Wiesing: „Kranke Menschen stehen dann vor der Entscheidung: Lasse ich mich behandeln oder werde ich ausgewiesen?“

Kaffee trinken und Zeitung lesen ist eine wunderbare Kombination. Eine Zeitung sollte unabhängig sein. Und der Kaffee fair gehandelt.

Kosten Sie den tazpresso am taz-Stand auf dem Kirchentag und lesen Sie dazu eine druckfrische taz.

2. – 4. Mai 2013, Hamburg
Halle B1, Stand D03

Kirchenaustritt für Schulen

RELIGION Ein Drittel der Grundschulen in NRW sind bekenntnisgebunden. Rot-Grün will deren Umwandlung in bekenntnisfreie Schulen erleichtern

BERLIN taz | Wer eine religionsfreie Erziehung für seine Kinder wünscht, muss in Nordrhein-Westfalen stellenweise lange suchen: Ein gutes Drittel aller staatlichen Grundschulen dort ist konfessionell gebunden (taz berichtete am 30.4.). Nun erwägt die rot-grüne Koalition leichte Änderungen an dieser deutschlandweit einmaligen Situation.

Künftig sollen Schulen auf den Willen der Eltern hin leichter in bekenntnisfreie Gemeinschaftsgrundschulen umgewandelt werden können, sagte Sigrid Beer, schulpolitische Sprecherin der Landtagsgrünen. Derzeit müssen zwei Drittel der Eltern für eine Umwandlung stimmen. Beer würde diese Schwelle gern „Richtung 30 Prozent“ absenken.

„Wir sprechen mit den Kirchen darüber, das Quorum zu senken“, sagte sie der taz. Wann die Änderung kommt, ist unklar. Man wolle nicht gegen die Kirchen arbeiten.

Landesweit haben in den vergangenen zehn Jahren 48 Schulen auf Wunsch der Eltern die Bekennnisbindung abgelegt. Das geht aus einer Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der Piratenfraktion hervor. Keine Zahlen gibt es allerdings darüber, wie häufig das Ansinnen scheitert.

Max Ehlers von der landesweiten Elterninitiative „Kurze Beine – kurze Wege“ geht das nicht weit genug. „Man muss die Verfassung ändern und dort streichen, dass es staatliche Grundschulen

gibt, die bekenntnisgebunden sind“, sagt er. Dafür gibt es aber keine Mehrheit im Landtag.

Eltern dürften also auch weiterhin Probleme an einigen Schulen bekommen. Ein muslimischer Vater aus Paderborn etwa konnte seinen Sohn nicht an der nächstgelegenen Grundschule anmelden, weil er nicht darin einwilligen wollte, dass der Junge am katholischen Gottesdienst und Religionsunterricht teilnimmt. Die Landesregierung hält eine solch restriktive Aufnahmepraxis für unproblematisch. „Für die Eltern verbindliche Erklärungen sind rechtlich nicht zu beanstanden“, hieß es auf eine Parlamentsanfrage der Piraten. **BERND KRAMER**

Meinung + Diskussion SEITE 12

Wenig eigenes Leben in der Fremde

ZEITARBEIT Immer mehr Polinnen arbeiten als Hilfspflegerinnen in deutschen Privathaushalten. Die Vermittlungsagenturen versprechen teilweise eine Betreuung rund um die Uhr – die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit sind für die Frauen fließend

VON BARBARA DRIBBUSCH

BERLIN taz | Die alte Mutter von Gertraud Streckfus hatte einen Schlaganfall erlitten und konnte nicht mehr alleine leben in dem großen Haus in der baden-württembergischen Großstadt. Über das Internet stieß Streckfus auf Vermittlungsagenturen, die mit einer „24h“-Versorgung warben. Seit einigen Wochen lebt „Frau Irina“ aus Krakau im Haus der alten Mutter – und wenn sie ihren freien Tag in der Woche hat, kommt eine zweite Helferin, um die Betreuerin zu entlasten.

Damit hat Irina S. sogar noch Glück. Viele osteuropäische Betreuerinnen haben in den Privathaushalten kaum freie Stunden für sich. „Das Problem ist die fehlende Grenze zwischen Arbeit und Freizeit“, berichtet Sylwia Timm, Beraterin im Projekt „Faire Mobilität“ beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin.

Oft wechseln sich die Hilfspflegerinnen in einem Zwei- oder Dreimonatsrhythmus mit einer Kollegin und Landsmännin ab, denn: nur die freie Zeit in der Heimat werde von den Frauen als „das eigene Leben angesehen“, heißt es in einer Studie der Hochschule St. Georgen zu „ausländischen Pflegekräften in Privathaushalten“.

„Mit einer 24-Stunden-Betreuung zu werben, empfinde ich als fast ein bisschen unseriös“, sagt Michaela Niclaus, Chefin der Agentur „Help4Seniors“ in Düsseldorf, die polnische Hilfskräfte vermittelt. Einer ihrer

Agenturen werben mit Billigpreisen von 1.200 Euro brutto – dann sprechen die Frauen aber kaum Deutsch

Kunden hat noch eine zusätzliche Betreuungskraft im Minijob. In einem anderen Fall geht die ältere Dame unter der Woche einen Tag in eine Seniorentagesstätte.

Doch diese Konstruktionen sind teuer und viele Haushalte können sich nur die billigsten Lösungen leisten. Viele der Betreuerinnen aus Osteuropa arbeiten schwarz. Etwas über 4.000 Hilfskräfte aus Polen sind in Privathaushalten direkt legal angestellt. Betreuerinnen kommen ansonsten legal über polnische Zeitarbeitsfirmen, die mit hiesigen Agenturen kooperieren und ihre Betreuungskräfte nach Deutschland entsenden.

Viele verdienen dabei mit: Bekommt eine Hilfspflegerkraft



Nägel lackieren ist lustig – es gibt auch viele Glücksfälle in den Betreuungsverhältnissen Foto: vario images

netto 1.000 Euro monatlich, muss der Kunde in Deutschland um die 1.800 Euro an die polnische Leiharbeitsfirma zahlen. Die Kunden haben zusätzlich noch einige hundert Euro jährlich an Gebühren für die deutsche Vermittlungsagentur zu bezahlen. Kost und Logis müssen für die Betreuerin frei sein. Die Zeitarbeitsfirma in Polen ent-

richtet die Sozialversicherungsbeiträge und Steuern nach polnischem Recht.

Es sei aber immer schwieriger, Betreuerinnen in Polen zu rekrutieren, erklärt Katarzyna Jedrzejek von Aterima med, einer Leiharbeitsfirma in Krakau, der taz. Viele der Betreuerinnen wollten lieber schwarzarbeiten, weil sie hofften, damit mehr zu verdie-

nen. Außerdem hätten die deutschen Kunden immer größere Erwartungen an die betreuerischen Dienstleistungen, so Jedrzejek. „Sie erwarten, dass das Personal Referenzen, Zertifikate und sehr gute Sprachkenntnisse hat.“ Solche Hilfspflegerinnen sind hochbegehrte Mangelware.

Um für die Arbeit als Betreuerin, als „Opiekunka“, von Aterima

vermittelt zu werden, reicht es aus, sich in der Heimat mal selbst um einen pflegebedürftigen Angehörigen gekümmert zu haben. Man muss sich in Deutsch verständigen können, je besser die Sprachkenntnisse, desto höher das Gehalt. Im Internet werben Agenturen mit Billigpreisen von 1.200 Euro brutto – für den Preis sprechen die Frauen dann aber kaum Deutsch.

Nicht jede hält das Heimweh und die Fremde aus. Hinweise auf die billigsten Telefon- und Internettarife für den Kontakt von Deutschland nach Polen nehmen auf der Homepage von Aterima med breiten Raum ein. Betreuerinnen, die sich vielleicht zum ersten Mal mit alzheimerkranken SeniorInnen auseinandersetzen müssen, finden auch über die Homepage Rat: ablenken, ein Wollknäuel zum Aufwickeln geben oder ein Handtuch zum Zusammenfalten, und: bloß nicht diskutieren! Zur Not hilft eine Beratungshotline der Leiharbeitsfirma.

Bei Beraterin Timm landen die Fälle, wo es nicht klappte. In einer Familie habe die erwachsene Tochter die Betreuerin angeschrien und mehrfach beleidigt, sei morgens um sechs Uhr in deren Zimmer gekommen und habe sie aus dem Bett geholt. Die Frau schmiss den Job.

Rechnungsprüfer ohrfeigen Uni

AUDIMAX-NEUBAU Aufträge an gute Bekannte? Die Uni Lüneburg soll fragwürdige Beraterverträge abgeschlossen haben – und dementiert die Vorwürfe

BERLIN taz | Dieser Bericht hat es in sich. Auf 36 Seiten machen Prüfer des Landesrechnungshofs Niedersachsen der Leuphana-Universität Lüneburg schwere Vorwürfe. Das Dokument, das der taz vorliegt, beschäftigt sich mit 21 Beraterverträgen im Umfang von 1,23 Millionen Euro, die die Hochschule im Zuge eines Aula-Neubaus an externe Dienstleister vergeben hat – oft unter fragwürdigen Bedingungen, wie die Prüfer festhalten.

Ihr Fazit: „Im Rahmen der Prüfung ist aufgefallen, dass einzelne Auftragnehmer, zum Beispiel durch besondere Zahlungsmodalitäten oder für uns nicht nachvollziehbare Vergütungen, begünstigt wurden.“

Damit erreicht die Affäre um den vom wirtschaftsnahen Reformpräsidenten Sascha Spoun und seinem Vize Holm Keller angestoßenen Campus-Neubau eine neuen Höhepunkt. Spoun und Keller wollten die einstige Zwangsfusion aus FH und Uni in der Heide zu einem akademischen Leuchtturm entwickeln, verpassten ihr den von Werbeprofis entwickelten Kunstnamen Leuphana und schmiedeten ein viel beachtetes Bachelor-Konzept. Als sichtbare Zeichen für den Aufbruch sollte ein neues Zentralgebäude her, für das der New Yorker Stararchitekt Daniel Libeskind gewonnen werden konnte. Seit 2007 ist Libeskind Professor in Lüneburg. Ist das etwas zu viel Glamour für eine Hochschule in der Provinz?

Bereits vor zwei Jahren hatte der Landesrechnungshof Unregelmäßigkeiten rund um den 60 Millionen Euro teuren Libeskind-Bau moniert. So war Uni-Vize Holm Keller Mitgesellschafter einer inzwischen aufgelösten

Firma namens Proportion GmbH, die Libeskind-Villen vermarktete. Ein Unternehmen, das Fassaden für diese von Keller vermarkteten Häuser fertigte, trat als Sponsor des Audimax-Neubaus auf. Die Prüfer beklagten Wettbewerbsverstöße.

Der neue Bericht des Landesrechnungshofes offenbart nun, unter welchen zweifelhaften Bedingungen die Hochschule rund um den Bau externe Beratungsleistungen einkaufte. So bemängeln die Prüfer, dass die Uni für fast 200.000 Euro den Münchener Architekten Robert Ketterer beauftragte und auf undurchsichtige Art vergütete. Konkrete Leistungsnachweise konnte die Uni den Prüfern offenbar nicht vorlegen, teils wurden Zahlungen entgegen den Gepflogenheiten vorab geleistet, Reisekosten pauschal abgegolten. Ein Jahr lang habe die Uni Ketterer quasi ein „monatliches Gehalt“ in Höhe von 6.104,70 Euro gezahlt. Warum die

Was der teure Architekt konkret leistete, konnte die Uni den Prüfern nicht vorlegen

Hochschule einen Architekten aus München beauftragte und nicht ein womöglich günstigeres örtliches Planungsbüro, bleibt ein Rätsel: „Ungeachtet der Entfernung zu Lüneburg hat der Architekt – bald nach Eintritt des Vizepräsidenten in die Hochschule – verschiedene Projekt-aufträge für die Hochschule übertragen bekommen. Eine frühere Beschäftigung für die Hochschule ist nicht bekannt“, schrei-

ben die Prüfer. Klar ist dagegen: Uni-Vize Holm Keller und Ketterer sind alte Bekannte. Ketterer war Geschäftspartner der von Keller mit betriebenen Proportion GmbH. Mit Ketterer arbeitete der Leuphana-Vize bereits 2001 zusammen, lange vor seiner Zeit an der Uni.

Auch andere Aufträge wirken merkwürdig. Dreimal aufs Neue schloss die Hochschule Verträge mit der Potsdamer Anwaltskanzlei Dombert – obwohl alle Aufträge „ganz überwiegend das Zentralgebäude betrafen und deshalb als Einheit zu werten sind“, so die Prüfer. Der Verdacht: Die Uni könnte den Auftrag gestückelt haben, um jeweils unter der Summe zu bleiben, ab der ein förmliches Vergabeverfahren notwendig gewesen wäre.

Interessant auch: Obwohl Libeskind zum Professor an der Uni Leuphana berufen wurde und in dieser Tätigkeit den Audimax-Bau realisieren sollte, schloss die Hochschule einen Vertrag über 500.000 Euro für „baukünstlerische Beratungsleistungen“ mit dessen New Yorker Büro ab. Eine „redundante Vergütung derselben Leistung“ sei „nicht auszuschließen“, fürchten die Prüfer.

Die Uni möchte auf die Details des Berichts nicht eingehen, weist die Vorwürfe aber zurück. „In zentralen Punkten werden Schlüsse aus der Prüfung gezogen, die nicht zutreffend sind“, so ein Sprecher. Alle Verträge seien „sachlich begründet“. Die niedersächsische Wissenschaftsministerin Gabriele Heinen-Kljajic (Grüne) will Aufklärung: „Bau und Finanzierung des Zentralgebäudes brauchen mehr Transparenz“, sagte sie der taz. „Das gilt es jetzt im Interesse der Universität und des Landes aufzuarbeiten.“

BERND KRAMER



ANZEIGE



Jetzt scannen, lesen und Probeabo bestellen. Oder direkt unter www.brandeins.de



NACHRICHTEN

MEKONG-REGION

Kahlschlag bedroht Artenvielfalt

BANGKOK | In der Mekong-Region in Südostasien droht Abholzung die letzten bewaldeten Rückzugsgebiete zahlreicher Arten zu zerstören. Darauf verweist der WWF in einer neuen Studie. Er zählt zu der Region fünf Länder. Gut die Hälfte, 98 Millionen Hektar, seien noch bewaldet. In Kambodscha sei 1973 bis 2009 ein Fünftel der Wälder abgeholzt worden, in Laos und Birma fast ein Viertel, in Thailand und Vietnam 43 Prozent. Wenn das Abholzungstempo nicht gedrosselt werde, dürften 2030 nur noch 14 Prozent der Waldflächen so intakt sein, dass Arten darin überleben können. (dpa)



Abgeholzt Foto: reuters

ONLINE MIT DER TELEKOM

Auch die Betreiber sollen zahlen

BERLIN | Bei Neukunden der Telekom steht sie nun im Vertrag: die Klausel, die das Unternehmen berechtigt, Viel-Surfer die Internetverbindung zu drosseln. Nur noch Telekom-Dienste können dann in voller Geschwindigkeit besucht werden. Nun kündigte Deutschlandchef Niek Jan van Damme in der Welt an: Auch andere Seiten sollen ohne Beschränkung erreichbar sein, wenn die Betreiber dafür zahlen. Konkrete Verhandlungen gebe es mit Filmdiensten wie Maxdome. Kritiker sehen die Gleichheit der Dienste im Netz gefährdet. (taz)

AKW FESSENHEIM

Genehmigung um zehn Jahre verlängert

BERLIN | Das umstrittene französische Atomkraftwerk Fessenheim nahe der deutschen Grenze bei Freiburg könnte noch weitere zehn Jahre am Netz bleiben. Die französische Atomaufsicht ASN gab bekannt, dass nun auch Reaktorblock 2 eine entsprechende Betriebsgenehmigung erhalte, wenn der Betreiber EDF das Fundament verstärke und das Kühlsystem verbessere. Präsident François Hollande hat allerdings versprochen, das AKW 2016 vom Netz nehmen zu lassen – rechtskräftig beschlossen ist bisher noch nichts. (taz)

PHOTOVOLTAIK

Solarworld macht „Insolvenz light“

BERLIN | Beim letzten großen deutschen Hersteller von Solarmodulen, Solarworld, zeichnet sich eine Rettung ab: Wichtige Gläubiger haben nach Unternehmensangaben einem Schuldschnitt zugestimmt. Sie wollen auf 60 Prozent der langfristigen Verbindlichkeiten verzichten. „Eine Art Insolvenz light“, kommentierte die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz. Solarworld hatte das Jahr 2012 katastrophal schlecht abgeschlossen. Der Umsatz schrumpfte von 1,045 Milliarden auf 606 Millionen. (taz)

ZAHL DES TAGES

2012 schafft es in die Top 10

2012 war eines der wärmsten Jahre seit Beginn der Aufzeichnungen 1850. 14,45 Grad Celsius maßen die Wissenschaftler im Schnitt auf der Erdoberfläche, 0,45 Grad mehr als im Mittel der Jahre 1961 bis 1990, teilte die Weltorganisation für Meteorologie mit. Macht Platz neun in der Liste der Hitzejahre – und das, obwohl das zyklisch auftretende Wetterphänomen La Niña noch extra kühlte. Die zehn wärmsten Jahre traten alle seit 1998 auf.



Briten erden Steuerparadiese

GELD II Banken auf den Kaimaninseln oder den Bermudas sollen Details zu Konten melden müssen

LONDON/BERLIN rtr/taz | Der britische Finanzminister George Osborne hat nach eigenem Bekunden einen wichtigen Sieg im Kampf gegen Steuerflucht und illegale Finanzströme errungen. Britische Überseegebiete wie die Kaimaninseln oder die Bermudas haben einem Abkommen zugestimmt, das sie zu mehr Transparenz angesichts der vermuteten Milliarden Euro an un versteuertem Vermögen verpflichten soll, teilte der Minister mit. Die Gebiete müssen demnach künftig automatisch Details zu Namen und Adressen von Bankkonten sowie über Kon-

tostände und Zahlungsbewegungen bereitstellen. Auch Investmentgesellschaften und andere juristische Personen sollen unter die Regelung fallen. Die Informationen sollen auch Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien zugänglich gemacht werden. Die Länder hatten sich vergangenen Juni darauf verständigt, im Kampf gegen Steuerhinterziehung enger zu kooperieren. Zuletzt hatte sich Luxemburg bereit erklärt, künftig Informationen über Bankkonten von Ausländern an die EU zu liefern. Österreich blockiert als letztes Land der EU.

Am liebsten unverbindlich

GELD I Der Schweizer Außenminister löst eine Debatte um ein neues bilaterales Abkommen gegen Steuerflucht aus. Doch realistisch ist das derzeit nicht

VON MALTE KREUTZFELDT

BERLIN taz | Es war ein ziemlich unverbindlicher Satz, den der Schweizer Außenminister Didier Burkhalter der Bild-Zeitung vom Mittwoch sagte: „Wenn Deutschland nach seiner Ablehnung das Gespräch mit uns suchen will, sind wir offen.“ Doch er genügte, um in Deutschland eine neue Debatte über ein Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz auszulösen. SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück bewertete die Aussage als Bestätigung für die Haltung der Opposition. Die hatte das von der Bundesregierung ausgehandelte Abkommen, das Steuerbetrügern gegen eine einmalige Nachzahlung und künftige Zinsabschläge Straffreiheit und Anonymität gewährt hatte, im November im Bundesrat gestoppt. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hatte damals erklärt, man werde mit der Schweiz „keine bessere Regelung erzielen können“. Das sieht Steinbrück nun widerlegt: „Ich habe schon vor eineinhalb Jahren gesagt, dass die Schweiz dazu bereit sein würde.“ Doch wozu die Schweiz nun wirklich bereit ist, ließ Burkhalter offen. Und ein Sprecher des Staatssekretariats für Internationale Finanzfragen, das zum in



Bei der Anstecknadel hört die Freundschaft noch nicht auf – bei der Steuerflucht schon Foto: dpa

Steuerfragen federführenden Finanzministerium in Bern gehört, ruderte gegenüber der FAZ bereits zurück: „Wir werden sicher nicht von uns aus neue Initiativen in der Steuerfrage entfalten“, erklärte er. Eine Einigung scheint darum wenig wahrscheinlich. Denn SPD und Grüne machten am Donnerstag deutlich, dass sie einem Abkommen nur unter völlig veränderten Bedingungen zustimmen würden. „Vorstellbar ist eine Sonderregelung mit der Schweiz nur zur Bereinigung von Altfällen – und auch dann nicht anonym“, sagte SPD-Fraktionsvize Joachim Poß der taz. Für künftige Fälle sei eine europaweite Regelung notwendig, die einen automatischen Informationsaustausch über Kapitaleinkünfte in der Schweiz sicherstelle. „Das Schweizer Bankgeheimnis darf gegenüber deutschen Behörden nicht mehr gelten“, so Poß.

Noch weiter gehen die Forderungen von Sven Giegold, Steuerexperte der Grünen im Europaparlament. Er stellt auch die Straffreiheit für Fälle aus der Vergangenheit in Frage. „Der Druck auf die Schweiz ist so sehr gewachsen, dass es kaum mehr einen Grund gibt, Altfälle unbe-

„Es gibt kaum mehr einen Grund, Altfälle unbestraft zu lassen“

SVEN GIEGOLD, GRÜNE

strafft zu lassen“, sagte er der taz. Zudem sei es nötig, all jene Auslandsvermögen einzubeziehen, bei denen der eigentliche Besitzer bisher über Trusts und Stiftungen verschleiert wird. Die wären vom geplanten deutsch-schweizerischen Abkommen nicht erfasst worden.

Bisher hatte die Schweiz die Forderung nach einem Ende des Bankgeheimnisses entschieden zurückgewiesen. Ziel des Abkommens mit Deutschland und ähnlicher Verträge mit Großbritannien und Österreich war gerade, die Anonymität der Anleger zu wahren und den von der EU angestrebten automatischen Informationsaustausch zu verhindern. Doch in den letzten Monaten hat sich die Verhandlungsposition der Schweiz verschlechtert. Innerhalb der EU hat Luxemburg seinen Widerstand gegen den Informationsaustausch aufgegeben, auch Österreich scheint zu Zugeständnissen bereit. Damit stünde der Schweiz erstmals eine geschlossen auftretende EU gegenüber. Zudem haben die USA die Schweizer Banken unter Androhung von Sanktionen zur Weitergabe von Informationen über US-Bürger gezwungen.



Ihre Prämie für ein taz Abo: Der rote taz-Backroller

Die wasserdichte Fahrradtasche mit Rollverschluss und mit einem praktischen Befestigungssystem für den Gepäckträger. Mit Schultertragegurt und integrierter Innentasche. Seitliche Reflektoren sorgen für zusätzliche Sicherheit. Perfekt für alle Einkäufe und die Fahrt ins Grüne. Von Ortlieb, mit taz-Logo. Volumen: 20 Liter.



Nach dem taz-Solidarpakt können Sie sich den Preis für Ihr Abo aussuchen. Wer wenig hat, muss wenig zahlen: Ermäßigter Preis 23,90€/Monat, leider ohne Prämie. Wer es sich leisten kann, zahlt mehr: Standardpreis 39,90€/Monat bzw. Politischer Preis 47,90€/Monat. Nachweise sind nicht nötig. Weitere Prämien unter www.taz.de/abomail@taz.de | T (030) 25 90 25 90

Günstiges Geld für die Banken

KRISE Der Leitzins ist auf einem historischen Tief angekommen. Ob die neue Senkung tatsächlich die Konjunktur ankurbelt, ist umstritten. Weitergegeben werden die niedrigen Zinsen jedenfalls nur zum

FRANKFURT/BRATISLAVA dpa | Im Kampf gegen die Rezession macht die Europäische Zentralbank (EZB) das Geld historisch billig. Der ohnehin extrem niedrige Leitzins sinkt um weitere 0,25 Punkte auf das Rekordtief von 0,5 Prozent. Das beschloss der EZB-Rat am Donnerstag bei seiner auswärtigen Sitzung im slowakischen Bratislava, wie die Notenbank in Frankfurt mitteilte. Damit kommen Geschäftsbanken im Euroraum so günstig an Zentralbankgeld wie nie seit Einführung der Gemeinschafts-

währung im Jahr 1999. Der Zinssatz für Geld, das Banken über Nacht bei der EZB parken, bleibt unverändert bei 0 Prozent. Die Währungshüter hoffen, dass die Finanzbranche das billige Geld in Form von Krediten an Unternehmen und Verbraucher weiterreichen wird. Durch Investitionen und Konsum, so die Hoffnung, werde die Konjunktur angekurbelt. Das funktioniert zumindest bislang nicht in dem erwarteten Maß – obwohl das Zinsniveau im Euroraum bereits seit Juli 2012 extrem niedrig ist und die EZB den Banken zusätz-

lich mit langlaufenden Krediten zu extrem günstigen Konditionen unter die Arme griff. Kehrseite der Medaille für Verbraucher: Mit niedrigen Notenbankzinsen sind auch extrem niedrige Zinsen zum Beispiel für Sparkonten verbunden. Ökonomen bezweifeln allerdings, dass noch niedrigere Zinsen die schwächelnde Konjunktur tatsächlich anschieben können. Denn schon jetzt bleiben die Finanzierungsbedingungen in den Krisenländern schwierig. Dort werden die niedrigen Zinsen nicht an Unternehmen wei-

tergegeben. In Ländern wie Portugal, Spanien oder Griechenland müssten Unternehmen bis zu 5 Prozentpunkte mehr für Kredite bezahlen als in Deutschland, betonte der Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR). Ausschlaggebend seien die höheren Risiken, die Banken bei der Kreditvergabe zögern ließen – nicht der Leitzins. „Ein weiterer Zinsschritt dürfte kaum zusätzliche Impulse zur Erleichterung des Kreditzugangs leisten“, hatte der Verband vor der EZB-Sitzung prophezeit. Meinung + Diskussion SEITE 12

„Das ist ein schlechter Witz“

ROHSTOFFE Am Wochenende treffen sich Bürgerinitiativen gegen die Abbaumethode Fracking aus ganz Deutschland. Sie befürchten Zustände wie in den USA

INTERVIEW REIMAR PAUL

taz: Bürgerinitiativen gegen Fracking treffen sich am Wochenende zu einer Konferenz. Kann man schon von einer bundesweiten Anti-Fracking-Bewegung sprechen?

Andy Gheorghiu: Ich denke, dass man die stetig wachsende Gemeinschaft der Anti-Fracking-Organisationen durchaus als bundesweite Bewegung bezeichnen kann. Natürlich arbeitet jede Gruppe speziell an ihrem Standort. Da aber auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene agiert wird und agiert werden muss, ergibt sich die Notwendigkeit einer starken Verflechtung. Dennoch ist jede Gruppe autark. Gibt es denn bundesweite Forderungen?

Ja, die wurden schon im vergangenen Jahr in einer Resolution formuliert. Am Wochenende werden wir sie wahrscheinlich etwas modifizieren. Ohne dem vorgereifen zu wollen, denke ich, dass die Kernforderungen bestehen bleiben. Erstens: bundesweites Fracking-Verbot, egal ob mit oder ohne Einsatz giftiger Chemikalien. Zweitens: bundesweites Verbot des Verpressens von Fracking-Abwässern sowie von radioaktivem und schwermetallhaltigem Lagerstättenwasser. Und schließlich: konsequentes Umsetzen der bereits beschlossenen Klimaschutzziele auf nationaler und europäischer Ebene. Was sind das für Leute, die sich beteiligen?

Die aktiven Mitglieder der Initiativen spiegeln die berühmte Mitte der Gesellschaft wider. Und was die Bevölkerung insgesamt betrifft: Ich habe noch in keinem



Die Apokalypse? Oder doch Fracking? In diesem Fall Letzteres, in Pennsylvania, USA Foto: dpa

Das ist Fracking

■ Methode, Erdöl und Erdgas zu fördern: Eine mit giftigen Chemikalien versetzte Flüssigkeit wird unter Druck in Gestein gepresst, das aufbricht, die Rohstoffe entweichen. Ist wegen hoher Umweltbelastungen umstritten. (ia)

Gespräch gehört, dass jemand, der sich auch nur ein bisschen mit der Materie auseinandergesetzt hat, Fracking für sinnvoll, wirtschaftlich, nachhaltig oder umweltverträglich hält.

Bekommen Sie Unterstützung aus der Politik?

Bei fast allen Parteien gibt es auf kommunaler Ebene ein erstaunlich klares Nein zum Fracking. Die Landtags- und Bundestags-

abgeordneten, die in ihrer Region unmittelbar mit Fracking konfrontiert sind, sprechen sich ebenfalls mehrheitlich gegen das Fracking aus. Leider spiegelt sich das oft nicht in den Parlamenten wieder.

Sondern?

Im November 2012 wurde im Bundestag ein Fracking-Verbotsantrag der Linken mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung von SPD und Grünen abgelehnt.

Umweltminister Peter Altmaier und Wirtschaftsminister Philipp Rösler empfehlen nun Forschungsbohrungen. Können Sie sich damit anfreunden?

Nein. Als ob wir nach dem Häufigen Studien und faktischen Vorfällen immer noch nicht wüss-

ten, was dieses Verfahren für immense Umweltauswirkungen hat. Geld für Forschungsbohrungen ausgeben, während Mittel für den Ausbau der erneuerbaren Energien gestrichen werden, ist als ernst gemeinter Vorschlag ein schlechter Witz. Ganz Nordamerika ist momentan ein Forschungsfeld. Da könnten wir uns mal vor Ort von der Beherrschbarkeit der Technik einen Überblick verschaffen. Natürlich ohne uns vorher anzukündigen.

Andy Gheorghiu

■ Der 38-jährige Verwaltungsfachangestellte ist Mitglied der Bürgerinitiativen „Fracking freies Hessen“ und „Für ein lebenswertes Korbach“.

Ihre Majestät möchte lieber sparen

Offiziell wurde das Delikt der Majestätsbeleidigung schon im Deutschen Reich abgeschafft. Doch wenn es um Kanzlerin Merkel und den Euro geht, leben wir wieder in vor-demokratischen Zeiten. Wer es wagt, Ihre Majestät zu kritisieren und am Merkel'schen Spardogma zu rütteln, wird mit einem öffentlichen Shitstorm nicht unter fünf Tagen bestraft. Und natürlich mit der Verbannung vom Hofe.

Genau das ist jetzt Frankreichs Staatschef Hollande passiert. Weil seine Sozialisten es wagten, Merkel „egoistische Unnachgiebigkeit“ vorzuwerfen und eine „Konfrontation“ zu fordern, feuern deutsche Medien und Politiker aus allen Rohren auf Paris. Dabei war die Analyse, dass Merkel in der Eurokrise vor allem an die deutsche Wirtschaft denkt, völlig richtig. Richtig ist auch, dass Euroland nicht noch mehr Sparprogramme braucht, sondern Wachstum. Die Konjunktur kühlt sich gerade empfindlich ab, nach Volkswagen bekommen auch BMW und Siemens die Krise zu spüren.

Doch in Brüssel gewähren die EU-Granden bereits ein bisschen Gedankenfreiheit. Kommissionspräsident Barroso sprach aus, was viele denken: Der Sparkurs hat seine Grenzen erreicht. Italiens neuer Premier Letta stimmte ein: „Sparprogramme allein töten uns“, sagt er bei seinem Amtsantritt.

Deutet sich also eine Wende an? Fällt beim nächsten EU-Gip-

EUROKOLUMNE

VON ERIC BONSE

Vom Überleben in der Krise

Eric Bonse

■ ist Korrespondent der taz in Brüssel. Sein Schwerpunkt ist die Finanz- und Eurokrise. Die Entwicklungen verfolgt er auf seinem Blog „Lost in Europe“.

■ An dieser Stelle wechseln sich jede Woche unter anderem ab: Gesine Schwan, Rudolf Hickel, Niko Paech und Sabine Reiner.



Foto: Wolfgang Borrs

fel das Merkel'sche Spardogma? Oder müssen die Kritiker so lange warten, bis Ihre Majestät vom obersten Souverän, dem deutschen Bürger, abgestraft wird, wie man in Paris offenbar glaubt? Die Sache ist wohl ein wenig komplizierter. Manches ist schon jetzt in Bewegung gekommen, anderes dürfte noch lange – zu lange – dauern.

Fangen wir mit den guten Nachrichten an: Der Sparkurs wurde bereits gelockert. Spanien und Portugal haben mehr Zeit zur Erfüllung ihrer Defizitziele erhalten, Frankreich dürfte bald folgen. Auch Italien kann mit Nachsicht rechnen, schließlich gibt es so etwas wie einen Amtsbonus für den neuen Premier. Und noch hängt Rom nicht am Tropf der Euroretter, es ist sogar Geberland.

Zu den guten Nachrichten gehört auch, dass sich die Niederlande über Merkels Dogmen hinwegsetzen. Bei Hofe spricht man nicht gerne darüber, in den großen Zeitungen wird selten davon berichtet. Doch kaum, dass der niederländische Finanzminister Dijsselbloem zum neuen Eurogruppenchef ernannt wurde, genehmigte er sich für sein eigenes Land ein milliardenschweres Sparmoratorium.

Wachstum zuerst, heißt die neue Parole in Den Haag – und die Kritiker des Sparkurses in Paris, Rom oder Brüssel können sich darauf berufen. Man denke nur: Ausgerechnet Jeroen Dijsselbloem, der Statthalter Ihrer

Majestät in der Eurogruppe, wird zum Kronzeugen gegen die deutsche Austeritätspolitik!

Wenn Hollande und Letta es geschickt anstellen, können sie mit Dijsselbloem ein Bündnis schmieden. Sie müssen gar nicht die offene Konfrontation mit Merkel suchen, wie dies die französischen Sozialisten zunächst gefordert hatten. Es genügt, Ihre Majestät mit den Realitäten zu konfrontieren: Die Sparvorgaben sind nicht zu halten, ein Land nach dem anderen fällt vom deutschen Dogma ab.

Doch die schlechte Nachricht: All diese Lockerungsübungen werden nicht reichen, um Wachstum zu schaffen und die Eurokrise zu überwinden. Südeuropa steckt nicht nur in einer Rezession, sondern in einer überaus gefährlichen Depression. Die lässt sich nicht mit dem Aufschieben von Sparzielen überwinden. Was wir brauchen, ist eine expansive Finanzpolitik. Zumindest in jenen Ländern, die sich das leisten können – also Deutschland, Österreich, Finnland und vielleicht auch die Niederlande. Die Export- und Überschussländer müssen gegensteuern und mehr aus den Krisenländern importieren. Nur so kann die Konjunktur in Gang kommen.

Doch bis sich diese Einsicht in Berlin durchsetzt, kann es noch lange dauern. Bei Hofe ist sie tabu. Und selbst die Opposition wagt es nicht, in die Richtung zu denken. Irgendwie ist Deutschland doch eine Monarchie.

LESERINNENBRIEFE

taz. die tageszeitung | Rudi-Dutschke-Str. 23 | 10969 Berlin
briefe@taz.de | www.taz.de/Zeitung

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der taz wieder.

Ein paar Zahlen fehlen

■ betr.: „Religiöse Vielfalt trifft in Deutschland auf Skepsis“, taz vom 29. 4. 13

Jeder zweite Deutsche hält den Islam für eine Bedrohung, berichtet ihr über den Religionsmonitor der Bertelsmann-Stiftung, 19 Prozent das Judentum. Zur besseren Einordnung fehlen allerdings ein paar Zahlen: 10 Prozent finden das Christentum bedrohlich (Seite 37 f.), an die 20 Prozent finden generell Religionen eher schädlich. Das halte ich für eine gute ergänzende Vergleichszahl: Von den Befragten finden also (komischerweise) fünfmal so viele den Islam als Religion bedrohlich, wie das Christentum so wahrnehmen. (Ergänzend zur berichteten Aussage, dass 32 Prozent der Befragten in der Türkei das Christentum als Bedrohung wahrnehmen.)

STEFAN DIEFANBACH-TROMMER, Marburg

Gott ein- und Jesus ausatmen

■ betr.: „Soviel wir brauchen“ u. a., Kirchentaz vom 30. 4. 13

Am heutigen Tag der Arbeit konnte ich voller Erstaunen feststellen, zu welcher journalistischen Höchstleistung die MitarbeiterInnen der taz auflaufen können, wenn sie ein hoch interessantes Thema finden. So war ich gewiss, jeden Cent meines Abos gut investiert zu haben, als ich von christlich-korrekten Trinksprüchen und Meditationen, bei denen ich Gott ein- und Jesus ausatmen kann, erfuhr. Wahre Erbauung versprach mir aber eine Ankündigung unter dem Titel „Vom Leiden an der Liebe“. Verursacht durch den gefürchteten Werteverfall, bedroht die Freiheit des Einzelnen mit ihren unüberschaubaren Möglichkeiten die Partnersuche zu erschweren. Danke, liebe taz, für diese wertvollen Informationen. KAI BEIDERWELLEN, Speyer

Bekannte Busen

■ betr.: „Die Freiheit, die sie meinen“, taz vom 29. 4. 13

Der Protest der Femen-Aktivistinnen scheitert an der Unlesbarkeit ihrer Aktionen außerhalb kapitalistischer Verwertungslogik und heteronormativer/sexistischer Deutungsmuster. Im Mediendiskurs erscheint es unmöglich, das Zeichen „nackter Busen“ als subversiv umzudeuten, denn sobald dieser sichtbar wird, muss er rezipiert werden wie normative Codes es vorschreiben. „Der bekannte Busen der attraktiven Ukrainerin“, schreibt die taz. Warum ist ihr Busen bekannt? Weil (taz-)Artikel genau beschreiben, ob die Busen der einzelnen Aktivistinnen dick, dünn, klein, fest, straff, hängender, größer, schöner ... sind. Die Weigerung, vorgeschriebene Deutungsmuster an hier zum Protest eingesetzte nackte weibliche Körperteile abzulehnen, reproduziert eine Gender-Ordnung, in der weibliche Präsenz (in den Medien) immer auch eine ästhetische sein muss.

ARIANE DE WAAL, Bochum

Kopftuch grenzt ab

■ betr.: „Die Freiheit, die sie meinen“, taz vom 29. 4. 13

Die Forderung der Femen-Aktivistinnen „Niemand kann Religion dazu benutzen, um Frauen zu unterdrücken“ kann man nur unterstreichen! Sind die „Muslima-Pride“ wirklich der Meinung, dass Frauen in allen islamisch regierten Ländern die gleichen Rechte haben wie sie? Glauben sie, dass alle Frauen zum Beispiel in Saudi-Arabien oder im Iran freiwillig das Kopftuch tragen? Das Kopftuch steht für eine strenge, konservative Auslegung des Islam. Wenn junge Frauen sich freiwillig dazu bekennen und sich damit von der westlichen Gesellschaft bewusst abgrenzen, müssen sie auch damit rechnen, dass sie dadurch eine Außenseiterrolle einnehmen.

MARGRET GERDES, Hannover

Größter Feind: Baustellen

■ betr.: „Die Ampel ist rot. Ich trete!“, taz vom 27. 4. 13

Danke für Ihren wundervollen Artikel übers Kampfradeln in Berlin. Wirklich ein Scheißwort vom Herrn Ramsauer. Ich möchte Ihnen versichern, dass vielleicht die offiziellen Zahlen zu uns bei ein Prozent liegen, allerdings bin ich überzeugt, dass die Dunkelziffer wesentlich höher ist. Wir sind doch nicht bekloppt und fahren meterlange Umwege über Kopfsteinpflaster, Sand oder Ähnliches, nein, nein geradeaus – aber auf der anderen Straßenseite. Mein größter Feind, noch vor Autos, und allen anderen? Baustellen.

Vielleicht haben Sie ja mal Lust, einen Ausflug nach Potsdam zu unternehmen, ein Paradies für uns, mensch fährt von einer Baustelle in die andere, immer neue Schikanen ergeben sich, es ist wie ein Abenteuerplatz, nur das ich den nicht freiwillig besuche, sondern er mir jeden Tag die Nerven raubt, bis ich dann unbeschadet und glücklich gewonnen zu haben am Ziel bin. C. FUNK, Potsdam

Mehr Raum fürs Radeln

■ betr.: „Die Ampel ist rot. Ich trete!“, taz vom 27. 4. 13

Seit beinahe 30 Jahren fahre ich regelmäßig Rad und seit fast 20 Jahren besitze ich kein Auto mehr. Ja, ich bin auch ein sogenannter Kampfradler. Nicht, weil ich beim Radfahren Aggressionen habe – im Gegenteil. Ich missachte Verkehrsregeln, weil ich in einer der Rad-unfreundlichsten Städte unterwegs bin. Mein ziviler Ungehorsam soll dazu beitragen, dass Radfahrern mehr Raum gewährt wird, dass im städtischen Verkehr die AutofahrerInnen die größte Rücksicht auf andere VerkehrsteilnehmerInnen nehmen müssen und nicht umgekehrt. JÜRGEN KORELL, Wiesbaden

NACHRICHTEN

SCHUSSWAFFEN IN DEN USA

Fünfjähriger tötet seine Schwester

NEW YORK | Mit seinem eigenen Gewehr hat ein Fünfjähriger in den USA seine zweijährige Schwester

Angaben von kentucky.com war die Mutter der Kinder gerade auf der Veranda, als sich der Schuss löste. Das Mädchen sei noch ins Krankenhaus gebracht

erschossen. Der Junge habe mit einem einzelnen Schuss seine Schwester getötet, bestätigte das Sheriffsbüro von Cumberland in Kentucky am Mittwoch den Vorfall vom Tag zuvor. Der lokalen Website kentucky.com zufolge benutzte er dafür sein eigenes Gewehr. Er habe die Waffe der Marke „My First Rifle“ („Mein erstes Gewehr“) im vergangenen Jahr geschenkt bekommen. Nach

worden, konnte aber nur noch für tot erklärt werden. Die Waffe hatte laut den Angaben in einer Ecke gestanden, noch mit einer Kugel in der Kammer. Die Umstände der Tat waren zunächst unklar. (dpa)

Gewehr für Kinder Foto: crickett.com



ITALIEN

Küstenwache rettet 43 Flüchtlinge

ROM | Die italienische Küstenwache hat 43 afghanische Bootsflüchtlinge vor der Küste Kalabriens im Mittelmeer gerettet. Die 17 Kinder, 11 Frauen und 15 Männer waren mit ihrem Segelboot in Seenot geraten, wie die Nachrichtenagentur Ansa am Donnerstag berichtete. Das unter niederländischer Flagge fahrende Schiff hatte am Mittwochabend einen Notruf gesendet. Ein Motorboot der Küstenwache kam den Flüchtlingen zur Hilfe. Sie wurden ans Festland gebracht und medizinisch versorgt. (dpa)

ANSCHLÄGE IM IRAK

700 Gewaltopfer im Monat April

BAGDAD | Der April ist für die Menschen im Irak der tödlichste Monat seit fast fünf Jahren gewesen. 712 Todesopfer und 1.633 Verletzte lautete eine Bilanz, die die Irak-Mission der Vereinten Nationen am Donnerstag in der irakischen Hauptstadt Bagdad veröffentlichte. Noch mehr Opfer von Terroranschlägen oder Gewalttaten habe es zuletzt im Juni 2008 gegeben. In der Phase heftiger bewaffneter Konflikte unter den Religionsgemeinschaften von 2006 bis 2008 kamen zehntausende Menschen ums Leben. (afp)

SUDAN/DARFUR

Dutzende Tote bei Einsturz von Mine

KHARTUM | Beim Einsturz einer Goldmine im Bezirk Dschebel Amir im Norden der Krisenregion Darfur im Sudan sind nach Angaben der Behörden mehr als 60 Menschen ums Leben gekommen. Rettungskräfte suchten nach weiteren Opfern. Den Angaben zufolge ereignete sich das Unglück bereits am Montag. Man kenne nicht die genaue Zahl der Arbeiter, die in dem mehr als 40 Meter tiefen Tunnel gruben, erklärten die Behörden. Die Rettungskräfte könnten sich nur mit einfachem Werkzeug einen Weg zu den Opfern bahnen. (afp)

GRIECHENLAND

Faschistische Essen-Ausgabe gestoppt

ATHEN | Die griechische Polizei hat der rechtsextremen Partei Goldene Morgenröte untersagt, zu Propagandazwecken öffentlich Essen auszugeben. Parteimitglieder hatten am Donnerstagmorgen auf dem Sintagma-Platz in Athen Nahrungsmittelpakete ausschließlich an bedürftige Griechen verteilt. Die Polizei unterband die Aktion. Die Bewegung Goldene Morgenröte ist die drittstärkste Kraft im griechischen Parlament. In einem Bericht des Europarats wird sie als „Neonazi- und gewalttätige politische Partei“ bezeichnet. (ap)

258.000 Tote bei Hungersnot in Somalia?

BERLIN taz | Die Hungersnot in Somalia von 2010-2012 hat möglicherweise 258.000 Menschenleben gefordert. Dies ist das Ergebnis einer Studie der UN-Agrarorganisation FAO und des US-Frühwarnnetzwerks „Fewsnet“, die am Donnerstag veröffentlicht wurde. Demnach gab es von Oktober 2010 bis April 2012 etwa 243.600 bis 272.700 Todesfälle mehr, als unter „normalen Bedingungen“ zu erwarten gewesen wären. Die Zahlen wurden aus über 200 vorliegenden Erhebungen errechnet, meist Haushaltsbefragungen.

Die Methodik, von stichprobenartig erfassten Sterberatern auf reale landesweite Todeszahlen über mehrere Jahre zu schließen, ist umstritten. Eine Untersuchung im Irak, die auf dieser Grundlage 650.000 Kriegsopfer zwischen 2003 und 2006 ermittelte, gilt mittlerweile als diskreditiert. Identisch angelegte Studien über die Demokratische Republik Kongo kommen auf 5,4 Millionen Tote in den Kriegen zwischen 1998 und 2007.

In Somalia stellt sich wie im Kongo das Grundproblem, dass die „normalen“ Sterberatern nur geschätzt werden konnten und daher jede gesicherte Vergleichsbasis für aktuelle Todeszahlen fehlt. Dennoch, so FAO und Fewsnet, sei klar, dass die Sterblichkeit in Somalia 2010-12 „sehr viel höher war als in den fünf Jahren zuvor“. Die Daten bestätigten das Ausmaß der Hungersnot von 2011 und die Unzulänglichkeit der globalen Reaktion. D.J.

Kein Frieden mehr, aber noch kein Krieg

KONGO Die M23-Rebellen verkünden ihren Rückzug aus den Friedensgesprächen mit der Regierung – aus denen sich Letztere längst zurückgezogen hat. Grund: die bevorstehende Ankunft „robuster“ UN-Kampftruppen

VON DOMINIC JOHNSON

BERLIN taz | Im Osten der Demokratischen Republik Kongo stehen die Zeichen wieder einmal auf Sturm. Die Rebellenbewegung M23 (Bewegung des 23. März), die wichtige Teile der Provinz Nordkivu an den Grenzen zu Ruanda und Uganda kontrolliert, erklärte am Mittwochabend den Abbruch der Friedensgespräche mit Kongos Regierung, die mit Unterbrechungen seit Dezember in Ugandas Hauptstadt Kampala laufen.

Als Grund nannte M23-Chefunterhändler René Abandi die beginnende Stationierung einer neuen Kampftruppe der UNO im Ostkongo. Dies ermutige Kongos Regierung zu einer militärischen Lösung. „Sie kommen mit einem Angriffsmandat, das ist nicht gut“, sagte Abandi. „Wir hoffen, dass die Regierung später begreift, dass Krieg die Probleme im Ostkongo nicht lösen kann.“

Die Gespräche in Kampala hatten bisher sowieso nichts gebracht. Die Regierungsdelegation war schon vor Ostern abgereist und ist bisher nicht zurückgekommen. Die Rebellen waren dageblieben und sprachen mit der ugandischen Vermittlung.

Die M23, vor einem Jahr von aus Kongos Armee ausgetretenen Tutsi-Generälen gegründet, hatte im November 2012 Nordkivus Provinzhauptstadt Goma eingenommen. Sie zog sich erst wieder zurück, nachdem Kongos Regierung Verhandlungen zu-



Bald wieder in umgekehrter Richtung unterwegs? M23-Rebellen beim Abzug aus Goma, 1. Dezember Foto: ap

sagte, gemäß einem Friedensplan der in der Internationalen Konferenz der Region der Großen Seen (ICGLR) zusammengeschlossenen Nachbarstaaten.

Mitte März hatte M23-Militärführer Sultani Makenga in einem internen Machtkampf die Kontrolle über die Bewegung übernommen. Er gilt als Vertreter eines gemäßigeren Flügels, der mit Kongos Regierung eine Verhandlungslösung sucht, die ihm und seinen Kameraden eine Führungsrolle in Kongos Armee geben würde. So zog er seine Truppen etwas weiter von Goma zu-

rück, nachdem sie zuvor direkt am Stadtrand gestanden hatten.

Doch daraufhin beschloss der UN-Sicherheitsrat, in Goma eine „Interventionsbrigade“ zum Kampf gegen die M23 zu stationieren. Die Truppe soll „in einer robusten, hochmobilen und vielfältigen Manier die Ausbreitung aller bewaffneten Gruppen verhindern, diese Gruppen neutralisieren und sie entwaffnen“, heißt es in der UN-Resolution 2098 vom 28. März. Nach UN-Angaben werden Südafrika, Tansania und Malawi je 850 Infanteristen stellen. Dazu kommen 529

„Wir hoffen, die Regierung begreift, dass Krieg die Probleme nicht lösen kann“

M23-CHEFDIPLOMAT RENÉ ABANDI

Soldaten für Spezialkräfte, Aufklärung und Artillerie. Sie sollen im Mai in Goma eintreffen.

Es verwundert kaum, dass die M23 das als Kriegserklärung auffasst, zumal es im Widerspruch zum Friedensprozess steht. Man werde sich verteidigen und, da

die Brigade Teil der UN-Mission sei, dabei nicht zwischen der Brigade und anderen UN-Truppen unterscheiden, schrieb M23-Präsident Bertrand Bisimwa Mitte April an UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon. M23-Militärsprecher Vianney Kazarama sagte diese Woche, man sei dabei, Hunderte Soldaten darin auszubilden, „wie zu reagieren ist, falls die Brigade sie jagt, und wie man Hinterhalte legt“. Andere Rebellenvertreter tönten sogar, man sei in der Lage, Goma „innerhalb von 30 Minuten“ erneut einzunehmen.

Nun will die UNO die Wogen glätten. Die neue UN-Sonderbeauftragte für das Afrika der Großen Seen, Mary Robinson, erinnerte bei ihrem Antrittsbesuch in Goma am Dienstag an das „Rahmenabkommen“. Das hatte Kongos Regierung im Februar im Rahmen der Afrikanischen Union geschlossen, und darin ist von international überwachten politischen Reformen die Rede. Von Kongos Regierung ist zu all dem nichts zu hören, außer dass in der Hauptstadt Kinshasa auch keine Rede mehr von einer Rückkehr an den Verhandlungstisch in Kampala ist.

Beobachter bezweifeln zwar, dass die neue UN-Brigade wirklich die M23 angreifen wird, faktisch die stärkste Armee Ostkongos. Es glaubt auch kaum jemand, dass die M23 per Präventivschlag Angriffe auf sich provozieren möchte. Doch von Frieden redet derzeit auch niemand. Meinung + Diskussion SEITE 12



VOM WORT ZUR TAT

» Beim Workshop konnte ich entscheiden, was in die Zeitung und nicht was in die Kaffeemaschine kommt! «

Journalistenausbildung machen viele. Wir nicht. Der taz Panter Stiftung geht es um die grundsätzliche Förderung von Journalismus. Wir holen jährlich 80 junge Menschen in unsere taz Akademie, um ihnen zu vermitteln, dass es ohne unabhängigen Journalismus keine Demokratie gibt.

Bitte unterstützen Sie uns!

taz.panterstiftung

JETZT SPENDEN!
TAZ PANTER STIFTUNG, TEL. 030 - 25 90 22 13,
GLS BANK BOCHUM, BANKLEITZAHL 430 609 67
KONTO-NR. 11 03 71 59 00, WWW.TAZ.DE/STIFTUNG



Rote Karte für US-Hilfswerk

BOLIVIEN Staatspräsident Evo Morales verweist die Organisation USAID des Landes. Angeblich verfolge sie politische Ziele. Washington: Vorwürfe haltlos

BUENOS AIRES taz | „Wir haben beschlossen, USAID aus Bolivien auszuweisen.“ Mit diesen Worten kündigte Boliviens Präsident Evo Morales das Ende der Arbeit der Behörde der Vereinigten Staaten für internationale Entwicklung in seinem Land an. USAID verfolge politische Ziele und keine sozialen, so Morales. Konkrete Angaben zu den Vorwürfen machte er jedoch nicht. Die von der Organisation angeschobenen Projekte übernimmt der Staat.

Seine Entscheidung begründete Morales mit der Äußerung des US-Außenministers John Kerry. Dieser hatte vor dem US-Senat am 18. April gesagt, Lateinamerika sei noch immer der Hinterhof der USA.

USAID ist seit 1964 in Bolivien in den Bereichen Gesundheit,

Bildung und Umwelt aktiv, aber auch in der politischen Bildung. 2008 wurde die Hilfsorganisation von den Kokabauern aus der Provinz Chapare hinausgeworfen. Auch damals war von einer Einmischung in innere Angelegenheiten die Rede. Evo Morales war lange Chef der Organisation der Kleinproduzenten in der Koka-Anbauregion Chapare. Chapare ist eine seiner wichtigsten Unterstützeregionen.

Mit Rauswürfen aus Bolivien haben die USA Erfahrung. Im September 2008 hatte Morales den damaligen US-Botschafter Philip Goldberg des Landes verwiesen. US-Präsident George W. Bush hatte daraufhin Boliviens Botschafter Gustavo Guzmán nach Hause geschickt und Bolivien auf die Liste der Länder ge-

setzt, die den Drogenschmuggel unzureichend bekämpfen. Einen Monat später kündigte Morales die Zusammenarbeit mit der US-Drogenpolizei DEA auf. Die Beamten hätten „politische Spionage“ betrieben und „verbrecherische Banden“ finanziert. Das diplomatische Hickhack zog sich bis Februar 2012 hin, als beide Seiten wieder einen Botschafteraustausch vereinbarten.

US-Außenamtssprecher Patrick Ventrell versuchte denn jetzt auch, den Spieß umzudrehen. Die Vorwürfe an USAID hätten keine Grundlage. Gerade in den letzten fünf Jahren habe die US-Regierung versucht, die Beziehungen zu Bolivien zu normalisieren. Diese Aktion zeige, dass die bolivianische Regierung kein Interesse daran habe. JÜRGEN VOGT

RASMUS CLOSÉS AUS HAMBURG
FREIER MEDIENJOURNALIST
WORKSHOP-TEILNEHMER JUNI 2010

Dorf gegen Weltgericht

LIBYEN In Zintan beginnt der Prozess gegen Seif al-Islam al-Gaddafi. Dahinter steht ein Streit mit dem Internationalen Strafgerichtshof

AUS ZINTAN UND TRIPOLIS
MIRCO KEILBERTH

Seit Donnerstag steht Seif al-Islam al-Gaddafi, Sohn und geplanter Nachfolger von Muammar al-Gaddafi, in der Wüstenstadt Zintan vor Gericht. Angeklagt ist er mangels juristischer Beweise zunächst nicht wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen, sondern eines angeblichen Fluchtversuchs. Nach nur drei Stunden wurde das Verfahren auf den 19. September vertagt.

Wenn es nach der libyschen Regierung gegangen wäre, hätte der Prozess in Tripolis stattgefunden. Im quirligen Vorort Tajoura, versteckt hinter Lagerhäusern, liegt der Betonklotz al-Adath. Das einst größte und wohl verfallenste Gefängnis der libyschen Hauptstadt sollte statt tausend eigentlich nur einen Gefangenen beherbergen, nämlich Seif al-Islam. „So aufwendig wurde wohl kaum ein anderes öffentliches Gebäude in Tripolis renoviert“, sagt einer der zahlrei-

chen Wachposten auf seinem Pick-up mit obligatorischem Luftabwehrgeschütz. Doch der Volleyballplatz und das Fitnesscenter sind seit einem Jahr verwaist, obwohl Seif al-Islam im November 2011 in der Sahara aufgegriffen wurde. Eine Miliz aus dem Wüstenort Zintan hält ihn seitdem an einem unbekanntem Ort fest. „Für die Zintanis ist er ein Faustpfand im Machtkampf um Geld und Macht. Sie argumentieren, dass er im Chaos von Tripolis befreit würde“, sagt einer der Wächter.

Die Staatsanwaltschaft in Tripolis hat gegenwärtig tatsächlich nur wenige Argumente aufzubieten, das Verfahren von Zintan nach Tripolis zu holen. Einer kleinen Gruppe von Milizionären aus dem ganzen Land gelingt es seit Tagen, das Justiz- und Außenministerium zu besetzen und damit lahmzulegen. Sie fordern den Ausschuss sämtlicher ehemaliger Regimeanhänger aus öffentlichen Ämtern. In den Augen vieler Bürger stellt die bis-

jetzt friedliche Aktion der bewaffneten Revolutionäre einen weiteren Rückschlag beim Aufbau von Rechtsstaatlichkeit dar.

Das Verfahren gegen Seif al-Islam al-Gaddafi vor dem Bezirksgericht in Zintan ist der erste große Lackmustest für die Rechtsstaatlichkeit im neuen Libyen. Der Übergangsrat in Bengasi hatte 2011 den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gebeten, mögliche Kriegsverbrechen des Gaddafi-Regimes zu untersuchen. Der ICC, autorisiert vom UN-Sicherheitsrat, erhob daraufhin noch während der Kämpfe Anklage gegen Muammar al-Gaddafi, seinen Sohn und mehrere Generäle.

Doch inzwischen möchte Libyen die noch lebenden Angeklagten, Seif Gaddafi und Exgeheimdienstchef Abdallah Senussi, im eigenen Land aburteilen. Ihnen droht die Todesstrafe. In Den Haag wiederum entscheiden in Kürze drei Richter über die Auslieferung von Gaddafi und Senussi. Daher will die liby-



Seif al-Islam al-Gaddafi nach seiner Festnahme im Süden Libyens am 19. November 2011 Foto: reuters

sche Staatsanwaltschaft vorher Fakten schaffen. Sie will Seif Gaddafi, während des Krieges De-facto-Oberbefehlshaber des Regimes, keine Gelegenheit für Fernsehauftritte aus dem Gerichtssaal in Den Haag geben, so wie Slobodan Milosevic ihn für sich nutzen konnte.

Marika Wierda von der UN-Mission in Libyen sieht durchaus

Fortschritte im Aufbau eines neuen Rechtssystems. „Der sogenannte Hohe Rechtsrat kämpft um die Unabhängigkeit und den Aufbau eines Justizwesens nach internationalem Standard. Justizminister Salah Marghani ist ein anerkannter Menschenrechtsaktivist. Doch er muss bei null anfangen“, sagt sie. Die Zeit drängt nicht nur im Fall Gaddafi.

Mehrere regionale Konflikte zwischen ehemaligen Kriegsgegnern sind nur mit juristischer Aufarbeitung der Kriegsverbrechen zu bewältigen. Übergangsweise versucht sich der Ältestenrat Hukama als Vermittler – zuletzt nach Kämpfen zwischen Milizen aus Zintan und der südlichen Nachbarstadt Mizdah mit über 100 Toten.

Es geht vor allem um Handel und Drogen

USA Barack Obama besucht Mexiko und Costa Rica. Mexiko ist das zweitwichtigste Exportland der USA

AUS WASHINGTON
DOROTHEA HAHN

„Adiós a las armas“ steht auf einem Luftschiff, das Menschenrechtsgruppen über Mexiko kreisen lassen. Es ist ihre Vorbereitung auf den Besuch von US-Präsident Barack Obama. Parallel dazu geben sie bei der Botschaft des Nachbarlandes eine Petition ab, in der 20.000 Menschen verlangen, dass der grenzüberschreitende Schusswaffenhandel endet. „Anders können wir den Horror in unserem Land nicht stoppen“, sagt der Dichter Javier Sicilia. Sein Sohn ist einer der mehr als 70.000 Er-

Rund 34 Millionen Menschen in den USA sind mexikanischen Ursprungs

mordeten der vergangenen sechs Jahre in Mexiko. Aus New York kommt eine andere Bitte an Obama. Human Rights Watch bittet den Präsidenten, in Mexiko das Schweigen über Menschenrechtsverletzungen im Drogenkrieg zu beenden.

Doch auf der offiziellen Tagesordnung der 20-stündigen Visite Obamas beim mexikanischen Präsidenten Enrique Peña Nieto kommen weder Schusswaffen noch Drogenkrieg noch Menschenrechtsverletzungen vor. Stattdessen soll es um Wirtschaft und Handel gehen. Obamas Sprecher Ben Rhodes sagte: „Wenn die mexikanische Wirtschaft wächst, fällt die Notwendigkeit für die Menschen weg, in die USA zu emigrieren, um Arbeit zu finden.“

Während in den USA die Debatte über ein neues Einwanderungsgesetz hochkocht, sucht der US-Präsident südlich der Landes-Grenzen – erst in Mexiko, dann in Costa Rica bei einem Treffen mit mittelamerikani-

schen StaatschefInnen – nach zusätzlichen Argumenten für seine Reform. Dabei wird er die ökonomische Sicherheit in Mexiko, die die Menschen im Lande halten soll, im Vordergrund stehen. Mexiko ist das zweitwichtigste Exportland der USA. Der Handel beider Länder ist – seit Inkrafttreten des Freihandelsabkommens im Jahr 1994 – rasant gewachsen. Heute enthalten 40 Prozent der Exportprodukte von Mexiko in die USA Teile, die aus den USA stammen.

Hinter den Kulissen dürfte es auch um die künftige Zusammenarbeit im Drogenkrieg gehen. Peña Nieto hat fünf Monate nach seinem Amtsantritt keine klare Linie definiert, aber angekündigt, dass es künftig nur noch „eine Türe“ für die zahlreichen US-Agenturen geben soll, die mit den mexikanischen Ermittlern zusammenarbeiten. Alle Fäden sollen künftig über das mächtige Innenministerium in Mexiko-Stadt laufen. Bislang haben die diversen US-Dienste wie CIA, FBI, DEA und andere direkten Zugang zu ihren mexikanischen Partnerorganisationen gehabt. Obama hat dazu erklärt, dass er das neue Vorhaben der mexikanischen Spitze erst aus der Nähe betrachten wolle.

Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind kompliziert. Rund 34 Millionen Menschen in den USA sind mexikanischen Ursprungs. Die Latinos, die in der Mehrzahl aus Mexiko stammen, sind seit den letzten Präsidentschaftswahlen die meist umworbene Wählergruppe im Land. Doch die Meinung der US-AmerikanerInnen über Mexiko ist durchweg negativ. Im Wahlkampf im Vorjahr war weder Mexiko noch Lateinamerika ein Thema. Stattdessen standen Grenzsicherungen und eine Politik gegen die „illegale“ Einwanderung weit oben. Südlich der Grenze sind die USA dagegen seit Amtsantritt von Obama im Jahr 2007 wieder populär geworden.

Den digitalen SPIEGEL entdecken.

5 x den digitalen SPIEGEL mit über 50% Ersparnis testen!



5 Ausgaben für nur € 9,90

Der digitale SPIEGEL. Die neue Art zu lesen.

Der digitale SPIEGEL lässt Sie so tief in ein Thema einsteigen, wie Sie möchten.



Ihre Vorteile im Überblick:

- ✓ 5x den digitalen SPIEGEL für nur € 9,90, Sie sparen über 50 %
- ✓ Noch vor Erscheinen der Print-Ausgabe, immer schon sonntags ab 8 Uhr
- ✓ Mit zusätzlichen Hintergrundberichten, Videos, interaktiven Grafiken u. v. m.
- ✓ Angebot sichern, kostenlose App DER SPIEGEL installieren, einmal anmelden und auf jedem Ihrer Geräte lesen, überall – auch offline
- ✓ Optimierte für Windows 8, Android, iPad/iPhone, Kindle, Blackberry 10 und PC/Mac



Einfach scannen und Testangebot sichern – Nutzen Sie unsere App DER SPIEGEL mit integriertem QR-Code-Scanner!

Jetzt bestellen: **040 3007-4848** oder www.spiegel.de/digitaltaz

DOMINIC JOHNSON ÜBER DIE NEUE ESKALATION IM KONGO

Es wird eng auf dem Holzweg

Frieden in der Demokratischen Republik Kongo erfordert vieles. Man muss in der Lage sein, Probleme zu erkennen und durch Interessenausgleich zu lösen. Man muss das Wohl der Bevölkerung fördern, nicht die eigene Geltungssucht. Man muss Zurückhaltung bei der Wahl der Mittel walten lassen. In all diesen Punkten legen die auf Waffengewalt fixierten Rebellen der Bewegung 23. März (M23) und in noch viel höherem Maße die auf ihre Autorität fixierte Regierung von Präsident Joseph Kabila erhebliche Defizite an den Tag. So ist es nur logisch, dass die kriselnden Friedensgespräche jetzt tatsächlich zusammenzuberechen scheinen.

Erschwerend kommt allerdings hinzu, dass alle Seiten dafür jetzt die UNO verantwortlich machen können. Die Ende März vom UN-Sicherheitsrat beschlossene Entsendung einer „Interventionsbrigade“, die die M23 und andere bewaffnete Gruppen jagen und entwaffnen soll, ist in der aktuel-

len Situation komplett kontraproduktiv. Die UNO müsste den schwächelnden Friedensprozess voranbringen, nicht untergraben. Jetzt aber haben beide Seiten einen Grund, sich auf Krieg vorzubereiten, statt auf Frieden.

Vor allem aber ist der UN-Vorstoß deswegen katastrophal, weil er nicht umsetzbar ist. Selbst wenn nicht 3.000 Soldaten aus Südafrika, Tansania und Malawi, sondern 30.000 aus den USA, Frankreich und Großbritannien im Ostkongo kämpfen sollten – es bringt nichts. Nach zwanzig Jahren des gesellschaftlichen Zerfalls, in denen jede Familie im Ostkongo Krieg erlitten hat, ist das Phänomen der „bewaffneten Gruppen“ integraler Bestandteil von Politik und Gesellschaft geworden. Man kann diesen Zustand nicht durch Hinzufügen weiterer Bewaffneter beenden. Die UNO ist im Kongo auf dem Holzweg. Dass die Kongolesen sich dort bereits befinden, ist keine Rechtfertigung.

Ausland SEITE 10

HERMANNUS PFEIFFER ÜBER DIE SENKUNG DES LEITZINSSATZES DURCH DIE EZB

Götterdämmerung

Wir erinnern uns: Der erste EZB-Präsident Wim Duisenberg, ein niederländischer Sozialdemokrat, wurde noch als „germanischer Geldpolitiker“ beschimpft. Die geradewegs manische Fixierung der Europäischen Zentralbank auf Preisstabilität als selig machendes Heilsversprechen galt als Fortschreibung der engstirnigen Geldpolitik der Deutschen Bundesbank.

Doch die germanische Geldpolitik ist am Ende. Schon der französische, moderat linke Nachfolger Jean-Claude Trichet reagierte auf die Banken- und Finanzkrise seit 2007 mit Lockerungen wie der direkten Staatsfinanzierung und stellte die Krisenbewältigung über die reine neoliberale Lehre. Mit der gestrigen Leitzinssenkung setzt der ausgerechnet von Goldman Sachs kommende Mario Draghi diesen Trend gegen den ausdrücklichen „Rat“ der Kanzlerin Merkel fort.

Nutznießer des neuen Mini-Leitzinses von 0,5 Prozent gibt es viele. So kosten die neuen Staatsanleihen, mit

denen alte Schulden abgelöst und neue gemacht werden, immer weniger Zins – wodurch die Euro-Finanzminister, vor allem Wolfgang Schäuble, Abermilliarden Euro „einsparen“. Der Mini-Leitzins wird so die Kreditvergabe an die Wirtschaft ankurbeln – aber nicht beflügeln.

Jedes neunte kleine oder mittelständische Unternehmen in der Eurozone bekommt laut EZB kein Bankdarlehen mehr. Und das liegt kaum an zu teuren Krediten als vielmehr an tragfähigen Geschäftsmodellen in der Realwirtschaft: Europa, mit Ausnahme des Sonderfalls Deutschland, steckt tief in der Rezession, ganze Volkswirtschaften schrumpfen, an zweistellige Arbeitslosenraten und Jugendmassenarbeitslosigkeit hat sich die Politik offenbar gewöhnt. Leitzinssenkungen und andere Lockerungsmaßnahmen der EZB können niemals ausreichen, um Europa zu retten. Auch der dogmatische Sparkurs der Politik bedarf einer Götterdämmerung.

Wirtschaft + Umwelt SEITE 8

Europa, mit Ausnahme des Sonderfalls Deutschland, steckt tief in der Rezession

BERND KRAMER ÜBER DEN EINFLUSS DER KIRCHEN IN DER BILDUNGSPOLITIK

Unangebrachte Gottesfurcht

Die Kirchen sind auf dem Rückzug? Schön wär's. Zwar kehren immer mehr Menschen den Kirchen den Rücken, zwar sinkt die Zahl der Taufen und die der Messbesucher kontinuierlich. Aber im Gegenzug kapern die Kirchen im großen Stil die Bildungsinstitutionen des Landes. Das Kalkül ist klar: Je jünger, desto formbarer ist ein Mensch. Einer Gesellschaft, die sich als säkular versteht und Religion als Ausdruck einer mündigen Entscheidung des Einzelnen, ist das nicht würdig.

Beispiel Kitas: Sosehr christliche Hardliner auch gegen die Fremdbetreuung von Kleinkindern wettern – vom Ausbau der Plätze profitieren vor allem kirchliche Träger. Der Anteil der unter Dreijährigen in konfessionellen Einrichtungen nahm von 21 Prozent im Jahr 2006 auf jetzt 26 Prozent zu, die Zahl der christlichen Kitas ist um 116 Prozent gestiegen.

Beispiel Schulen: Obwohl die Schülerzahl sinkt, eröffnen kirchliche Trä-

ger neue Einrichtungen. Ihre Chancen wittern sie vor allem im Osten Deutschlands, wo sich der Staat aus der Bildung zurückzieht. Mit Zwangsreligionsunterricht in dünn besiedelten Landstrichen fallen sie über eine eigentlich mehrheitlich konfessionslose Bevölkerung her und bejubeln die ersten Neugebauten.

Besonders rückständig ist NRW: Ein gutes Drittel der Grundschulen ist den Kirchen ausgeliefert. Es geht, wohlgeachtet, um eine staatliche Einrichtung, in die die Kirchen aus ihren eigenen vollen Kassen keinen müden Cent stecken. Dass Missionierung mit Steuermitteln nicht zeitgemäß sein kann, sollte sich von selbst verstehen. Doch was macht Rot-Grün? Verhandelt brav mit den Kirchen, um ja nichts gegen deren Willen zu entscheiden. Mehr Konfrontation mit der Glaubenslobby wäre durchaus angebracht. Bildungspolitik sollte nicht von Gottesfurcht bestimmt sein.

Inland SEITE 6

Ich soll eine rote Linie überschritten haben – seht ihr hier irgendwo eine rote Linie?!



FINANZCASINO VON ULRIKE HERRMANN

Ein deutscher Held

Die Deutschen schwärmen von Ludwig Erhard. Warum nur?

Ein Held kehrt zurück: Ludwig Erhard. Jahrelang hatte fast niemand mehr an diesen einstigen CDU-Wirtschaftsminister und Kanzler gedacht, doch plötzlich sind Linke und Konservative von ihm gleichermaßen begeistert. Sahra Wagenknecht zitiert ihn regelmäßig, und jüngst zierte sein rundes Gesicht die Titelseite des *Handelsblatts*.

Erhard soll vieles sein: ein grandioser Theoretiker der Marktwirtschaft, der Erfinder der Währungsreform von 1948 und natürlich der Vater des „Wirtschaftswunders“ nach dem Zweiten Weltkrieg. In diesem Narrativ ist Erhard ein überragender Denker und Staatsmann, der Deutschland in der Not gerettet und zu neuer ökonomischer Größe geführt hat.

Im Institut für Fertigwaren

Nichts davon stimmt. Erhard war weder ein interessanter Theoretiker noch ein befähigter Praktiker, sondern ein typischer Opportunist, der ohne eigenes Zutun zufällig in ein Amt gespült wurde. Seine einzige Fähigkeit bestand darin, den gekränkten Nationalstolz der Deutschen zu bedienen, die nach den Verbrechen des Zweiten Weltkriegs und des Holocausts dringend eine neue Legende benötigten, um sich selbst noch im Spiegel sehen zu können. Diese Legende lieferte Erhard, indem er sich als den Architekten eines Wirtschaftswunders inszenierte, das angeblich ganz und gar deutsch war. Das Label hieß „soziale Marktwirtschaft“.

Bis heute glauben viele Bundesbürger, dass nur Deutschland ein „Wirtschaftswunder“ erlebt hätte und dass nur hier eine „soziale Marktwirtschaft“ existiert. Dies ist jedoch Unsinn. Frankreich wuchs bis zum Ölpreisschock 1973 ebenfalls stürmisch, obwohl Ludwig Erhard dort nichts zu sagen hatte. Gleiches galt für die anderen westeuropäischen Länder.

Zugegeben, in Frankreich fielen die Wachstumsraten etwas geringer aus als in Deutschland, doch der Grund ist denkbar schlicht. Kein westeuropäisches Land war nach dem Krieg so zerstört wie die Bundesrepublik. Die anderen hatten schon intakte Häuser, sie musste erst welche bauen. Es ist absurd, auf dieses Zusatzwachstum stolz zu sein, das nur die Reparatur einer Katastrophe war. Aber es wundert nicht, dass Erhard diese Zusammenhänge ignorierte: Die Nazizeit hatte er als braver Mitläufer verbracht. Er war nicht unschuldig an dem Untergang, den man nun kollektiv verdrängen wollte.

Während berühmte Theoretiker der Marktwirtschaft wie Wilhelm Röpke oder Alexander Rüstow 1933 in die Türkei flohen, blieb Erhard auf seinem Stuhl im „Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigwaren“ in Nürnberg sitzen und diente weiterhin als wissenschaftlich verbrämter Lobbyist der Industrie. Unter anderem befasste er sich mit der damals dringenden Frage, wie man die besetzten Gebiete Polen, Lothringen und Österreich ökonomisch ins Tausendjährige Reich integrieren könnte.

Der Lückenbüßer

Nach dem Krieg nahm Erhards Karriere erst richtig Schwung auf, als plötzlich ein Lückenbüßer gesucht wurde: Im Januar 1948 wurde der bisherige Wirtschaftsminister in der Bizone, Johannes Semler, entlassen, weil er taktisch unklug die Nahrungsmittelhilfen der USA als „Hühnerfutter“ bezeichnet hatte. (Falls sich langjährige taz-Leser über die Namensgleichheit wundern: Ja, dies war der Vater unseres verstorbenen Kollegen Christian Semler.)

Der amerikanische Oberbefehlshaber Clay entschied sich danach für Erhard, weil man ihm erzählt hatte, dass dieser „sehr gutmütig sei und gern Reden über das freie Unternehmertum halte“. Clay wollte nicht schon wieder einen Deutschen, der unberechenbar störte. So berichtete es jedenfalls später der Harvard-Ökonom John K. Galbraith, der damals für die US-Regierung in Deutschland unterwegs war.

Ludwig Erhard hielt sich für einen großen Denker, der den Deutschen ständig wichtige Einsichten mitzuteilen habe

Ulrike Herrmann

ist Wirtschaftskorrespondentin der taz. Zuletzt schrieb sie an dieser Stelle über die Gemeinsamkeiten der Finanzkrisen von Zypern und Lehman Brothers: „Die Welt von McKinsey“ (*die tageszeitung* vom 30.3.2013).



Foto: Amélie Losier

Erhard war erst fünf Monate im neuen Amt, als die Währungsreform am 20. Juni 1948 in Kraft trat. Selbst wenn er ein ausgewiesener Geldtheoretiker gewesen wäre, hätte er in dieser kurzen Zeit niemals eine neue D-Mark konzipieren und einführen können. Tatsächlich war Erhard auf diesem Gebiet Dilettant, und seine Dienste wurden auch nicht gebraucht. Die Währungsreform wurde stattdessen von einem anderen Deutschen und zwei Amerikanern ausgearbeitet: von Gerhard Colm, der 1933 in die USA emigriert war, Raymond W. Goldsmith und Joseph Dodge. Bei ihren Beratungen war Erhard nicht dabei, und er wurde auch nicht konsultiert. Trotzdem heimste er später ungeniert das Lob ein.

Die Reden aneinandergeliebt

Denn ein großes Talent besaß Erhard tatsächlich: Ohne jede Scham konnte er sich in Szene setzen. Erhard hielt sich für einen großen Denker, der den Deutschen ständig wichtige Einsichten mitzuteilen habe. Ein Dokument dieser Selbstüberschätzung ist sein Buch „Wohlstand für alle“, das 1957 erschien und das in Deutschland neuerdings mit einer Ehrfurcht zitiert wird, als handele es sich um ein bedeutendes theoretisches Werk.

Dabei hat Erhard dieses Buch noch nicht einmal selbst geschrieben. Stattdessen half ihm Wolfram Langer, der damals das Bonner Hauptstadtbüro des *Handelsblatts* leitete. Allzu viel Arbeit hatte Langer allerdings nicht mit dem Buch: Über weite Strecken wurden nur die Reden aneinandergeliebt, die Erhard so gern hielt.

Einige seiner Einsichten klingen sogar gut, wenn man sie ohne den Kontext zitiert. So mahnte Erhard damals immer wieder, dass die Löhne genauso stark steigen müssten wie die Produktivität. Das hören heutige Linke gern angesichts der Stagnation der Reallohne. Doch Erhard sprach in einer Zeit der Vollbeschäftigung, als die Löhne galoppierten. Er wollte den Anstieg der Gehälter bremsen.

Auch als Minister blieb er der Lobbyist der Industrie, der er so lange gewesen war. Dabei kamen manchmal sogar wirkliche Erkenntnisse heraus – wenn sie ihm nützten.

Erhard sei es gegönnt, dass er es mit gedankenfreiem Opportunismus bis zum Kanzler geschafft hat. Aber es ist beängstigend, dass Linke und Konservative glauben, mit seinen Zitatfetzen eine schwere Eurokrise meistern zu können.



MUSIK

Zurückgelehnt

Jiddische Musik ist nicht gleich Klezmer. Es gibt zum Beispiel den Evergreen „Bei mir bistu sheyn“ im Samba-Shuffle. Zu hören auf „Lounge Jewels“, dem neuen Album von Sharon Brauner. Die Berliner Sängerin und Schauspielerin bereitet jiddische Standards für zurückgelehnte Abende im Clubsessel auf **SEITE 16**



Foto: Mathias Bothor

TV-DOKUMENTATION

Zurückgekehrt

Zwei Reporter tauchen für eine Woche in eine fremde Welt ein und machen daraus eine Dokumentation für das Fernsehen. „7 Tage“ gab es beim Norddeutschen Rundfunk schon einmal, ab Sonntag gibt es neue Filme. Im ersten arbeiten die Journalisten in der Gedenkstätte Auschwitz **SEITE 17**

VON JOHANNES THUMFART

Weltweit machte sich unter Bürgerrechtlern Erleichterung breit, als Ende letzter Woche klar wurde, dass der US-amerikanische Senat den Cyber Intelligence Sharing and Protection Act nicht verabschieden will. Das Gesetz – kurz Cisca – sollte es Behörden und Internetunternehmen ermöglichen, zur Abwehr und Prävention unklar definierter Cyberbedrohungen Daten auszutauschen.

Anstatt über das zivile Ministerium für Innere Sicherheit sollte die Kommunikation auch direkt über den Militärnachrichtendienst NSA laufen. Wegen Verletzungen von Persönlichkeitsrechten könnten Internetunternehmen im Rahmen dieser Zusammenarbeit nicht belangt werden. Cisca hätte Bürgerrechte und die Trennung von Institutionen teilweise aufgehoben. Es wäre eine Art permanentes Cyber-Notstandsgesetz gegen wirkliche und angenommene Bedrohungen durch chinesische, russische und iranische Cyberangriffe.

In dieser Form wurde der Gesetzentwurf nicht zur Rechtswirklichkeit. Aber sein Ende wird das nicht sein.

Denn viele große Unternehmen der Digitalindustrie befürworten ihn: darunter der Suchmaschinenkonzern Google, der Computerhersteller Apple und der Telekommunikationsanbieter AT&T. Um das Überwachungsgesetz zu pushen, haben seine Unterstützer von 2011 bis 2012 etwa 605 Millionen Dollar für Lobbyismus ausgegeben.

Zunächst ist Cisca schlicht deshalb in ihrem Interesse, weil es durchaus dazu geeignet ist, mehr Schutz vor Cyberangriffen

zu bieten. Träte es in Kraft, könnten Angreifer leichter lokalisiert werden. Aber das Gesetz wäre auch eine juristische Grundlage für den bereits stattfindenden Datenaustausch zwischen Industrie und Behörden. Andere sehen es als den Versuch einer Institutionalisierung des „militärisch-digitalen Komplexes“, einer immer weiter gehenden Interessenverflechtung zwischen Militär und Digitalindustrie.

Bislang spielt sich der Datenaustausch zwischen Kommunikationsunternehmen und Staat in einer rechtlichen Grauzone ab. Die Behörden können Informationen zwar seit dem Patriot Act von 2001 in Fragen der nationalen Sicherheit auch ohne richterlichen Beschluss verlangen, doch die Verfassungskonformität gilt als strittig.

Das Ausmaß der Telefon- und Internetüberwachung in den USA war nie größer. 2011 hat etwa Google mindestens 10.000 Nachfragen zu Nutzerdaten von amerikanischen Behörden erhalten und 93 Prozent davon beantwortet.

Bei Twitter waren es in derselben Zeit über 1.000. Allein bei den Handy Anbietern gingen 2011 1,3 Millionen Anfragen ein. Bei dem Telefon- und Internetanbieter AT&T kümmern sich derzeit etwa hundert Vollzeitkräfte nur um die Zusammenarbeit mit der Exekutive, siebzig beim Konkurrenten Verizon.

Besonders krass war die Netzüberwachung durch den Militärnachrichtendienst NSA bei AT&T, die 2006 der Whistleblower Mark Klein öffentlich machte, ein ehemaliger Techniker des Unternehmens. Jahrelang hat die Firma in einer ihrer Schaltzentralen einen Raum des Militärnachrichtendienstes NSA ge-

duldet, der in- und ausländischen Internetverkehr abgefangen hat. Nach Aussage eines EXNSA-Mitarbeiters soll es zwanzig weitere solcher Räume in den USA gegeben haben. Ohne richterlichen Beschluss.

Die Electronic Frontier Foundation, eine Organisation für digitale Bürgerrechte, reichte damals eine Sammelklage von AT&T-Kunden gegen das Unternehmen ein. Erfolglos.

Denn ein 2008 erlassener Zusatz zum Foreign Intelligence

Surveillance Act schuf rückwirkend die Rechtsgrundlage. Allerdings setzt das Gesetz eigentlich voraus, dass nur Kommunikation mit dem Ausland überwacht wird, was nicht so war. Die Foundation möchte den Fall wieder aufrollen.

Die ständige Gefahr

ANGRIFF An einem neuen Überwachungsgesetz sind die USA bisher vorbeigeschrammt. Doch Militär und Digitalindustrie arbeiten eng zusammen

Verständlicherweise hat die Digitalindustrie ein Interesse an der praktischen Herstellung ihrer Immunität gegenüber solchen möglicherweise kostspieligen Klagen. Cisca würde diese Immunität explizit gewährleisten. Das Ziel des Gesetzes – Sicherheit – könnte als Begrün-

den letztlich die Interessen der anderen seien. Mehr Cybersicherheit, mehr Überwachung bedeuteten mehr Jobs, die Politiker beim Volk beliebt machten und die heimische Wirtschaft ankurbelten, und mehr lukrative Staatsaufträge, von denen die Industrie lebe. So komme es, ähnlich wie im Kalten Krieg und im Fall des Irakkriegs, zu einer rhetorischen Inflation von Gefahren und einer realen Inflation von Gegenmaßnahmen.

Obwohl auch US-Präsident Barack Obama Cisca kritisch sieht, war besonders seine Regierung

aktiv in der Cyberrüstung. Noch vor seiner Amtseinführung 2009 wurde die Commission on Cybersecurity for the 44th Presidency gegründet, die neben Politikern und Geheimdienstlern Vertreter von Microsoft, AT&T, IBM, Oracle, Sun Microsystems, Cisco, McAfee und des Rüstungsgiganten Lockheed Martin mit einschloss – Produzenten und Zulieferer von Cybersicherheitsprodukten also. Die Kommission kam zu dem Schluss, die Regierung müsse mehr Geld für Cybersicherheit aufbringen, was Obama dann auch tat.

Für 2014 plant Obama zwar eine drastische Kürzung der Militärausgaben, das Budget für den Cyberkrieg soll jedoch um 800 Millionen Dollar erhöht werden. 4.000 neue Stellen in dem Bereich will das Pentagon schaffen. Ebenso gibt das Ministerium für Innere Sicherheit nächstes Jahr 44 Millionen mehr für IT aus, während das sonstige Budget ebenfalls zusammenschumpft.

Bis 2015 dürften die US-amerikanischen Ausgaben für Cybersicherheit 10,5 Milliarden jährlich betragen, weltweit etwa 140 Milliarden Dollar – ein boomendes Geschäft.

Das Budget des Verteidigungsministeriums wird zwar bislang noch klar von Herstellern konventioneller Waffen dominiert, aber bei den Ausgaben des Ministeriums für Innere Sicherheit belegen Technologiefirmen wie IBM, Hewlett Packard und Dell schon jetzt Spitzenplätze. Jüngst verkündete eine wissenschaftliche Leiterin der Air Force, mit Facebook und Google Strategien für Cybersicherheit entwickeln zu wollen.

Bereits 2009 formte Lockheed Martin – das größte konventionelle US-Rüstungsunternehmen

und wichtigster Lieferant der US-Army – eine Cybersecurity Technology Alliance, die gemeinsame Produkte erarbeitet. Mit von der Partie sind Digitalunternehmen wie McAfee, Cisco und Dell.

Das Netzüberwachungsgesetz Cisca hätte eine Institutionalisierung dieser enger werdenden Zusammenarbeit zwischen Militär und Digitalindustrie bedeutet. Dieses Mal konnte sie abgewendet werden. Aber die Bedrohung für die Bürgerrechte ist damit nicht ausgestanden. Sie ist ei-

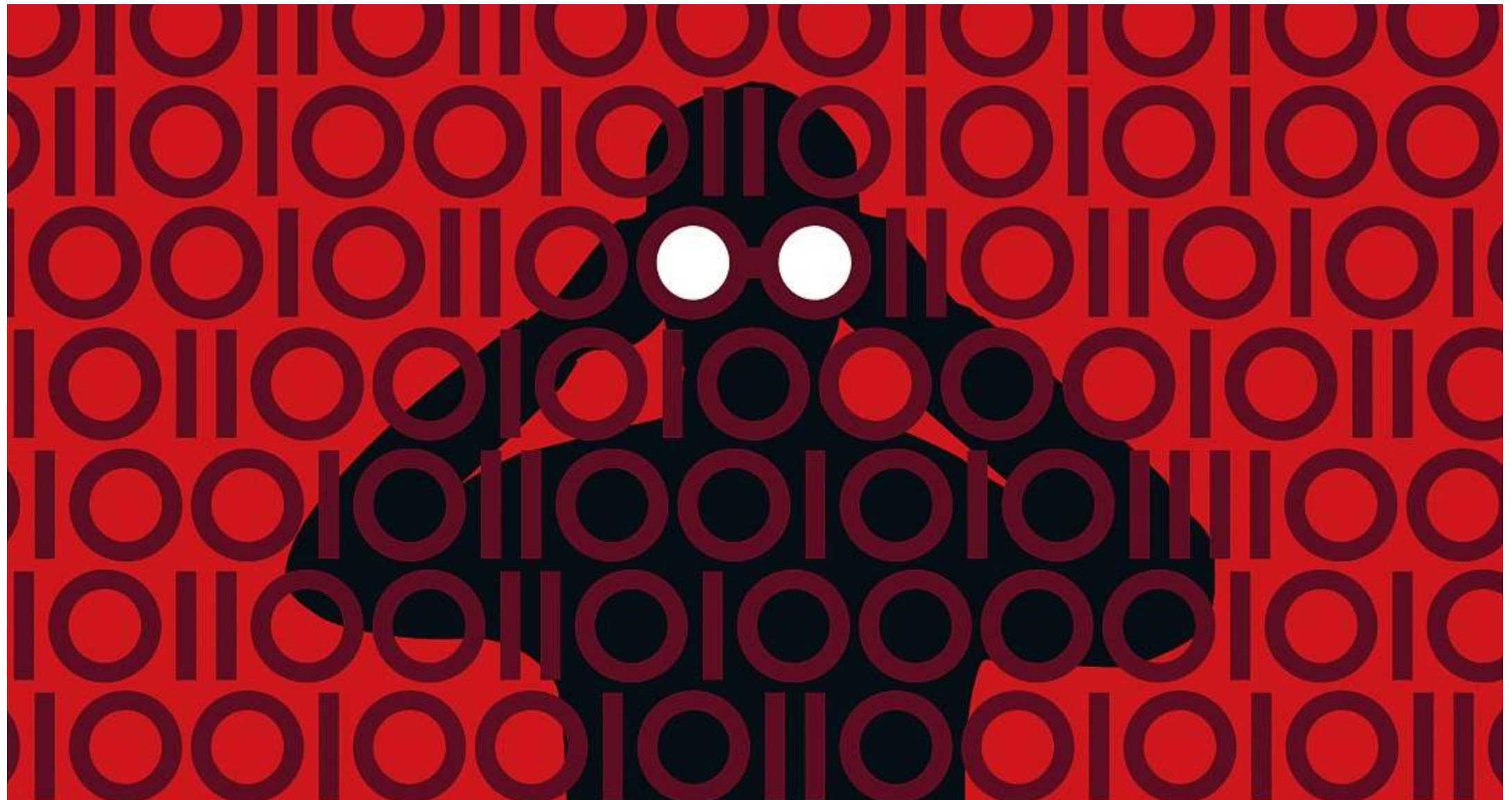
Die Konferenz zum Digitalen

■ **Konferenz:** Die Re:publica ist eine Konferenz in Berlin rund um das Internet – in diesem Jahr vom 6.–8. Mai.

■ **Themen:** Neben anderem wird das Thema Überwachung diskutiert: Es gibt Tipps für den perfekten Überwachungsstaat, Vorträge über regierungsamtliches Datensammeln und Facebooks vermeintlicher Wandel vom „Revolutionismacher zum Revolutionsgegner“ wird hinterfragt. Programm: re-publica.de

ne Folge einer wirtschaftlich bedingten Interessenverflechtung. Die USA haben jahrzehntlang unter anderem auch deswegen Krieg geführt, um den militärisch-industriellen Komplex am Laufen zu halten. Jetzt – im Zeitalter des militärisch-digitalen Komplexes – könnte sich ein solches Vorgehen auch gegen die Privatsphäre der eigenen Bevölkerung richten. Eine europäische Version von Cisca, die EU-Richtlinie zur Cybersicherheit, ist übrigens in Planung.

Quellen sind auf taz.de verlinkt



Führen wirtschaftliche Interessen zu einem Krieg gegen die Privatsphäre der eigenen Bürger? Foto: Patrick George/Getty Images

DIE DREI FRAGEZEICHEN

„Zu hell, zu klein“

■ GIBST DU DIE BRUST? „Tattooing“ heißt eine neue Brust-Mode in Großbritannien, die auch hierzulande Anhängerinnen findet



Ja, das tut schon beim Hingucken ziemlich weh Foto: Reuters

taz: Herr Mischewski, in England geht der Trend dazu, sich die Brustwarzen dunkler machen zu lassen. Auch hier stößt man im Internet in Frauenforen auf die Frage, wie dunklere Brustwarzen zu erzielen seien. Haben Sie eine Erklärung für dieses Schönheitsideal?

Rafael-Peter Mischewski: Ursprünglich kommt die Mikropigmentierung aus dem medizinischen Bereich. Ich arbeite im Brustzentrum – dort hat die Chefarztin jemanden für den Brustwarzen-Bereich gesucht. Den größten Anteil bei uns machen immer noch die Damen aus, die durch Brustkrebs einen Teil der Brustwarze verloren haben. Dazu kommen immer mehr, die aus ästhetischen Gründen eine Verschönerung wollen. Ich habe da zuerst auch nicht dran gedacht – das fing an, dass ich viele Anfragen bekommen habe, von Damen, die sagen, mein Warzenhof ist mir zu hell oder zu klein. Warum, weiß ich nicht.

Was genau ist „Tattooing“ und wie funktioniert es?

Ich kannte den Ausdruck dafür bisher nicht – ich nenne es „kosmetische Warzenhofverdunklung“. Dabei werden mit Nadelstichen Pigmente in die Haut implantiert. Ein bisschen wie ein Tattoo, aber ich nutze den Begriff nicht gern, da hierbei andere Farbpigmente verwendet werden, die eher ein permanentes Make-up sind. Die Pigmente müssen zudem tauglich für MRT-Untersuchungen sein, das heißt, dass sie bei einer Brustkrebs-Vorsorgeuntersuchung keine Komplikationen verursachen dürfen. Sie enthalten keine Metalloxide – das ist unter dem gesundheitlichen Aspekt wichtig.

Wie sieht die „perfekte“ Brust aus?

Die perfekte Brust ... Jede will die perfekte Brust – aber was ist sie? Ich glaube, die gibt es nicht. Jede Dame hat eine individuelle Brust. **INTERVIEW: MARLENE STAIB**

■ Rafael-Peter Mischewski ist Assistent für Brust-OPs und Spezialist für medizinische Retouchierung in Mönchengladbach

Hoeneß' Katzenjammer

ABSOLUTION Katholisch untermauerte Privatmoral: Uli Hoeneß legt in der „Zeit“ eine Beichte ab – und spricht sich dabei gleich selbst von seinen Sünden frei

VON ANDREAS RÜTTENAUER

Er ist ein Konservativer, das hat er oft und gerne von sich gesagt, Katholisch ist er auch, darüber ist viel geschrieben worden. Wie katholisch er lebt, weiß man nicht. Ob er regelmäßig den Gottesdienst besucht, das Sakrament der Kommunion empfängt, beichtet – man weiß es nicht. Über Gott und sein Verhältnis zu ihm hat sich Uli Hoeneß auch nicht im Gespräch mit der Zeit geäußert. Und doch scheint in dem Text ein Weltbild durch, wie es sich viele Katholiken zurechtzimmern. Sündigen, beichten und alles ist wieder gut. Am Ende ist alles Sündige nur menschlich und schon entschuldigt, wenn man es nur zugibt.

Als kleines Kind lernt man das Beichten. Erst wenn man das beherrscht, darf man zur Kommunion. Man muss seine Verfehlungen gestehen und gerne wird erzählt, wie sich die kleinen Buben und Mädchen kleine Sünden ausdenken, damit sie nicht mit leeren Händen in den Beichtstuhl kommen. Und so mancher Pfarrer wird seine Zweifel haben, ob wirklich so viel Kleingeld aus elterlichen Portemonnaies geklaut wird. Egal. Drei Vaterunser und fünf Ave Maria gibt er den Kindern zum Beten auf und dann ist alles wieder gut. Der Pfarrer spricht die kleinen Sünderlein von der Schuld frei. Aber hilft ihnen das wirklich? Klar, sie dürfen jetzt vom Leib Christi kosten. Aber die Diskussion mit den Eltern, die kann der Pfarrer den Kindern nicht nehmen. Und so stampft manch sündiges Kind mit dem Fuß auf den Boden, weil es sich ungerecht behandelt fühlt: Hausarrest! Dabei hatte es doch gebeichtet.

Auch Uli Hoeneß verhält sich wie ein kleines, im katholischen Kinderglauben aufgewachsenes Kind. Er hat sich für die Beichte entschieden, hat gesagt, dass es ihm leid tut, betet eine Litanei von Scham und Selbstzweifel („Ich schlafe schlecht und

schwitze“) herunter und ist sich sicher, dass dann alles wieder gut ist. Aber während die kleinen Kindersünderlein in einen dunklen Kasten steigen müssen, in dem der Mann, dem sie sich anvertrauen müssen, nicht zu sehen ist, läßt Uli Hoeneß seine Beichtväter (Hans Werner Kitz, ein alter Münchner Bayernspezi übrigens, und Stephan Lebert) sowie seine Beichtmutter (Cathrin Gilbert) in das Liebesséparée seines Lieblingsrestaurants in München ein und macht so schon einmal klar, wer hier das Heft des Handelns in der Hand hält. Er wird sogar selbst zum

Beichtvater. Er ist es, der die Schwere seiner Sünde bemisst. Allzu schwer ist die natürlich nicht, schließlich war er als krankhafter Zocker an der Börse nicht ganz Herr seiner Sinne. Das Zockerkonto war in der Schweiz, und die Gewinne, die dort einliefern, hätte er versteuern können,

„Ich bin kein schlechter Mensch“

ULI HOENEß HAT DAS URTEIL ÜBER ULI HOENEß GEFÄLLT

aber, so sagt er: „Ich habe nie un-versteuertes Geld in die Schweiz geschafft.“ Und wenn sich herausstellen sollte, dass die Selbstanzeige nicht ganz korrekt formuliert war, ja, dann kann er doch nichts dafür: „Sollte es Fehler gegeben haben, dann kann ich doch nichts dafür.“

Am Ende verläßt Hoeneß das Beichtséparée sogar noch und steigt, so wie er es über Jahre gewohnt war, hinauf auf die Kanzel und predigt: „Ich habe mich ausdrücklich gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln ausgesprochen. Das finde ich skandalös, wenn auf dem Rücken hungernder Menschen beispielsweise der Reispreis hochgetrieben wird.“ Und wie viel Steuern Uli Hoeneß in seinem Leben gezahlt hat, das posaunt der Präsident des FC Bayern auch noch hinaus: „50 Millionen Euro mindestens.“ Amen. Kein Vaterunser, kein Ave Maria und schon gar nicht muss er auf Knien um die Wallfahrtskirche kriechen. Uli Hoeneß spricht sich selbst von seinen Sünden frei: „Ich bin kein schlechter Mensch.“

Die organisierte Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland mit ihren Regeln und Gesetzen hat in der Welt des Uli Hoeneß keinen Platz. Sie ist etwas, was dem Guten und Wahren, wie er es sich zurechtgelegt hat, von außen übergestülpt worden ist. Seine Absolution soll gelten, auch wenn er dereinst doch verurteilt wird. Uli Hoeneß ist gewiss nicht der Einzige, in Bayern schon gar nicht, der sich seine private, am besten noch katholisch untermauerte Moral zurechtzimmert.

Die kleinen Katholikenkinder lernen früh, wie so etwas gehen kann. Wenn der Vater ihnen eine kräftige Watschn verabreicht, weil sie der Mutter Kleingeld aus dem Geldbeutel gestohlen haben, weiß der Vater sicher, dass das vom Gesetz her verboten ist, und hat dennoch keinen Zweifel, dass richtig ist, was er da tut. Schwerpunkt SEITE 5



Sie ist unschuldig: eine Katze vor Uli Hoeneß' Haus Foto: Rolf H. Seyboldt

SPECHT DER WOCHE Sie verstecken sich



Illustration: Christian Specht

In dem Bild geht's um Videoüberwachung. Die hat bei den Demos am 1. Mai eine große Rolle gespielt. Die Polizei filmt die Demo mit den Kameras auf dem Wagen. Außerdem will sie die Videos einsammeln, die Demonstranten aufgenommen haben. Um an die Leute ranzukommen, die Steine schmeißen und was machen. Damit hat sie einen Überblick über alles, was passiert.

Videos aufnehmen durfte die Polizei schon länger. Die haben schon mal so einen Wagen mit Videoüberwachung gehabt, wie er auf dem Bild ist. Dann haben sie ihn auch eine Zeit lang nicht gehabt, und jetzt hatten sie ihn wieder dabei. Darum habe ich die Idee gehabt, einfach mal so ein Auto mit Kamera auf dem

Dach zu malen. Die Demonstranten sind nicht im Bild, sie haben sich irgendwo versteckt. Und die Polizisten, die sind im Polizeiauto.

Aus dem Bild könnte man auch noch was machen, vielleicht einen Aufkleber basteln. Dafür muss ich noch Leute fragen, die das für mich machen können – den Aufkleber könnte man auch später noch für andere Demonstrationen nehmen.

■ Christian Specht, 44, ist in allen linken Parteien aktiv und einer ihrer kenntnisreichsten Beobachter in Berlin. Er engagiert sich unter anderem in der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik der Linkspartei und hat ein Büro in der taz. Weil er selbst nicht lesen und schreiben kann, hat Marlene Staib für ihn protokolliert.

NOCH NIE HAT SICH EIN GERICHT DERART FÜR DIE MEDIEN INS ZEUG GELEGT

Willkommen zur großen Lotto-Show aus München

Haben Sie das gesehen? Alles schien doch schon so klar – und dann doch Spannung und Zittern bis zur letzten Minute. Wird uns das Glück hold sein? Nur raus mit dem Ding! Raus! Nichts anbrennen lassen. Der Blick auf die Uhr: Wie lange noch? Wir hatten es doch schon in der Hand. Es kann doch nicht alles umsonst gewesen sein!

Und dann: Schluss, aus, vorbei, Brigitte. Die Sieger jubelten, die Verlierer schoben und schieben Frust. Es war das Fernsehende des Jahres: „Die NSU-Tombola – powered by Süddeutsche Klassenlotterie“, natürlich bei Phoenix.

Auch in Mainz hatten sie völlig unerwartet bängen müssen. Dabei war das ZDF doch eigentlich gesetzt. Zwei Plätze waren zu vergeben aus dem Lostopf „Auf Deutsch publizierende Medien mit Sitz im Inland, Untergruppe „Öffentlich-rechtliches Fernsehen“. Allen war klar: Einen wird's

für die ARD geben, einen fürs Zweite. Aber nicht mit dem Oberlandesgericht München! Immer wieder wurde den Richtern vorgeworfen, dass sie sich einen Dreck um die Teilnahme der Öffentlichkeit an dem NSU-Prozess scherten. Dabei ist das Gegenteil Realität: Beim OLG München sorgen sie selbst für die Showelemente. Noch nie hat sich ein Gericht derart für die Medien ins Zeug gelegt.

Dementsprechend blieb das Los, das das ZDF in den Topf geworfen hatte, ungezogen. Die beiden Plätze gingen an die ARD und den WDR, der selbst Teil der ARD ist. Zwei Lose, ein Sieger. Unfair ist das. Höhnisches Gelächter bei den Zuschauern. Die Schurkin: die Losfee. Jeder Entwickler von Fernsehformaten weiß, wie wichtig es ist, einen oder mehrere Buhmänner im Programm zu haben. Bei „Popstars“, „Germany's next Topmodel“ oder „Leopard, Seebär und

FERNSEHEN



JÖRN KRUSE

Foto: Mathias König-schulte

Co.“ ist das stets eine Zicke, die die anderen voll nicht leiden können, weil die sich total unnatürlich und falsch vor der Kamera gibt. Und so.

Und die Pein fürs Publikum ging weiter: In der „Untergruppe Privatrechtliches Fernsehen“ setzten sich Ebru TV und Kabel1 durch. Der eine Kandidat war dem Publikum unbekannt, bei dem anderen hätten sie nie gedacht, dass der überhaupt teilnimmt. Dann der „Privatrechtliche Rundfunk“ (obwohl es eigentlich hätte „Hörfunk“ heißen müssen, doch der Shownotar mit dem roten Telefon schritt

nicht ein), die gezogenen Lose: TOP FM (fragende Blicke), Charivari (wie schreibt man das?) und Radio Lotte Weimar (ah, Radio Lotte! – nie gehört).

Die Zuschauer wüteten. So unfair durfte es nicht zu Ende gehen! Und die Provokationen gingen weiter: Pforzheimer Zeitung, Oberhessische Presse Marburg, Straubinger Tagblatt, RTL2. Wo blieb der Publikumsliebbling ZDF mit seinen Spitzenquoten? Im Sendezentrum in Mainz schwitzten die Hände der Verantwortlichen: Was machen wir, wenn wir nicht vom NSU-Prozess berichten dürfen? Holen wir noch mal die alten „Derrick“-Folgen aus dem Keller?

Dann die Erlösung: Das ZDF ist über den letzten Lostopf doch noch reingerutscht. Gelöste Spannung auf der Showbühne, Konfetti. Am Ende wurde wieder einmal alles gut. Ein herzlicher Dank ans OLG München und alle an der Produktion Beteiligten!

DIE FÜNFTAGEVORSCHAU | KOLUMNE@TAZ.DE

Montag
Barbara Dribbusch
Später

Dienstag
Deniz Yücel
Besser

Freitag
Meike Laaff
Nullen und Einsen

Montag
Maik Söhler
Darum

Dienstag
Julia Seeliger
Alles bio



Links: eine Strategiespielskizze zu „Das Dritte Reich“. Rechts: Roberto Bolaño in seiner Wohnung in der Carrer Tallers, Barcelona, circa 1979 Abbildungen: Heirs of Roberto Bolaño

Macht euch auf den Weg ins Offene

AUS DEM NACHLASS Die Hälfte seines kurzen Lebens verbrachte der chilenische Schriftsteller Roberto Bolaño in Katalonien. Eine beeindruckende Ausstellung in Barcelona widmet sich ihm: „Archivo Bolaño. 1977–2003“

VON CRISTINA NORD

Damit er sich in seinen Manuskripten zurecht fand, versah Roberto Bolaño sie bisweilen mit Skizzen. Wenn er widrigen Umständen etwas abtrotzte, was er für gelungen hielt, malte er einen Oberkörper im Profil. Eine Hand griff nach den langen Haaren und zog den Schopf nach oben, in der Brust war das Herz sichtbar, drumherum winzige Kreise. Dazu notierte er: „Zeilen, die imstande waren, mich an den Haaren zu ziehen und aufzurichten, wenn mein Körper es nicht mehr aushalten wollte.“ An anderen Stellen malte er Linien, die mal gerade, mal gewellt, mal gezackt ausfielen. Darauf befand sich ein mit wenigen Strichen hingeworfenes Boot: Die gerade Linie zeigte ruhige See an, die nächste Wellengang, die dritte stürmische See. Die erste Linie, hielt er fest, beruhige ihn, die zweite beunruhige ihn, die dritte sei „die Verkrampfung. Mein Penis tat mir weh, der Bauch etc.“

Roberto Bolaño schrieb so gewaltige Romane wie „2666“ oder „Die wilden Detektive“ und zahlreiche weitere Bücher wie „Das Dritte Reich“, „Lumpenroman“ oder, gerade ins Deutsche übertragen, „Die Nöte des wahren Polizisten“. Er kam 1953 in Chile zur Welt, als Jugendlicher zog er mit

seiner Familie nach Mexiko. Die meiste Zeit seines kurzen Lebens – er starb im Sommer 2003, während er auf eine Lebertransplantation hoffte – verbrachte er in Katalonien, von 1977 bis 1980 lebte er in Barcelona, dann in Girona, einem pittoresken Städtchen im Landesinnern, schließlich im Küstenort Blanes.

Ich = Arturo Belano

Über sein Leben in diesen Jahren, seine Freundschaften und das allmähliche Entstehen seines noch heute nicht zur Gänze gesichteten Werks legt zurzeit eine beeindruckende Ausstellung in Barcelona Zeugnis ab. Im Centre de Cultura Contemporània de Barcelona (CCCB) sind 230 meist handbeschriebene Seiten aus seinem überbordenden Archiv zu sehen, außerdem Objekte, Fotografien und Bücher, zur Verfügung gestellt hat all dies Bolaños Witwe Carolina López. Passenderweise liegt das CCCB im Ravalviertel, ein paar Schritte von der einstigen Wohnung in der Carrer Tallers 45 entfernt.

Für Aficionados und Philologen ist die Ausstellung ein Fest, und auch für diejenigen, die nicht eingeweiht sind, leistet sie einiges, vorausgesetzt, man kann Spanisch lesen. In den abgedunkelten Räumen im Untergeschoss des CCCB wird greifbar,

wie die Einbildungskraft arbeitet, welche Wege sie geht, woran sie sich nährt. Nachgedruckte Listen aus Notizbüchern geben Auskunft darüber, was Bolaño las, welche Musik er hörte und welche Filme er im Kino sah: im April 1980 zum Beispiel „Dawn of the Dead“ von George Romero. Zeitungsmeldungen wie die von einem Chinesen, der seinen 142. Geburtstag feiert, oder über die Frauenmorde im Norden Mexikos sickern in den fiktiven Kosmos ein, Erfahrungen des Autors verwandeln sich in literarische Begebenheiten, Freunde und Kollegen bekommen neue Namen und werden Romanfiguren. In den Schaukästen zu „Die wilden Detektive“ findet sich eine Liste, die den realen Personen ein fiktives Gegenstück zuweist. An erster Stelle steht: „ich = Arturo Belano“. An zweiter: „Mario Santiago = Ulises Lima“. Mario Santiago (1953 bis 1998) war ein mexikanischer Dichter; gemeinsam mit Bolaño und anderen lancierte er in den 70er Jahren das „Infrarealistische Manifest“, das der Ausstellung das Motto leiht: „Déjenlo todo, nuevamente. Láncense a los caminos“. Lasst von Neuem alles stehen. Macht euch auf den Weg.

Was Bolaño einmal in seinen fiktiven Kosmos eingespeist hat, verwendet er in anderen Zusam-

menhängen wieder. Die Zeichnung der geraden, der gewellten und der gezackten Linie etwa taucht in „Die wilden Detektive“ wieder auf. Dort bilden die drei Linien ein Gedicht namens „Zion“. Dessen Autorin, Cesárea Tinajero, ist eine der vergessenen und verschwundenen Dichter, die im Werk Bolaños so häufig vorkommen, als abwesende, geisterhafte Existenzen. Die übrigen Figuren lenken ihre Energie darauf, den Verschollenen zu finden, sie reisen in die hintersten Winkel der mexikanischen Sonorawüste, doch ihre Suche führt sie nie ans Ziel.

Bolaño war die meiste Zeit seines Lebens kein erfolgreicher Schriftsteller; erst Mitte der 90er Jahre begann sich dies zu ändern, nachdem er „Die Naziliteratur in Amerika“ und „Stern in der Ferne“ bei den spanischen Verlagen Seix Barral und Anagrama veröffentlicht hatte. In den Jahren davor hielt er sich mit Jobs über Wasser, als Verkäufer im Modeschmuckladen seiner Mutter in Blanes oder – wie sein Alter Ego Arturo Belano in „Die wilden Detektive“ – als Nachtwächter auf einem Campingplatz im Küstenort Castelldefels. Auf einer Visitenkarte aus jenen Tagen steht: „Roberto Bolaño, Dichter und Vagabund, Carrer Ample Nr. 13 2º 1º, Blanes, Girona.“

Lange hielt sich Bolaño mit Jobs über Wasser, zum Beispiel als Nachtwächter auf einem Campingplatz

Als junger Mann war er sogar einmal in Haft: 1973 reiste er von Mexiko nach Chile, um die Regierung von Salvador Allende zu unterstützen. Der Putsch vom 11. September 1973 überraschte ihn. Weil er in der Zwischenzeit einen mexikanischen Akzent angenommen hatte, erregte er die Aufmerksamkeit der Polizei; mehrere Monate verbrachte er im Gefängnis, bevor er das Glück hatte, ausreisen zu können.

En passant ist die Ausstellung auch eine über die Produktionsmittel der Literatur, da Bolaño zu einer Zeit aktiv war, als der Computer aufkam. Vieles in den Vitrinen ist handschriftlich notiert, in einer gleichmäßigen, leicht nach links neigenden Schrift. Es gibt erstaunlich wenige Korrekturen, die erste Seite von „Das Dritte Reich“ etwa enthält gerade mal zwei Streichungen. Daneben gibt es die Typoskripte, erst mit mechanischer, später mit elektrischer Schreibmaschine verfasst. Letztere – eine Olivetti – hängt in einem Glaskasten an

der Wand, daneben die Tastatur des Computers, an dem Bolaño arbeitete. Die Gefahr, dass die Gegenstände fetischisiert werden, ist nicht ganz gebannt: Schaut her, das haben die Hände des großen Autors Tag für Tag berührt.

Die Fotografien sind aussagekräftiger; sie zeigen zum Beispiel einen schlanken Mann am Schreibtisch, auf einem einfachen Holzstuhl, vor einem riesigen Bildschirmquader, neben sich den vollen Aschenbecher. Bolaño rauchte Ducados, eine spanische Zigarettenmarke, schwarzen Tabak. In der Vitrine zu „Das Dritte Reich“ liegt die Pappschachtel des Strategiespiels „The Third Reich“, daneben eine Karte, in der Truppenbewegungen und -standorte eingetragen sind. Der Autor war ein ähnlich versierter Strategiespieler wie Udo Berger, der Protagonist von „Das Dritte Reich“. Berger macht mit seiner Freundin Urlaub an der Costa Brava. Während sie an den Strand geht, bleibt er im Hotelzimmer, um sich dem Strategiespiel zu widmen, in dem er den Zweiten Weltkrieg nachträglich für Deutschland entscheiden möchte. Auf einem Foto sieht man Bolaño auf einem Balkon stehen, der Blick geht aufs Meer, rechter Hand ragt aus dem Wasser ein Felsblock auf. So ähnlich kann man sich die Aussicht vom Hotelzimmer Udo Berbers vorstellen.

Die Ausstellung verwandelt sich den mäandernden Texten des Autors in dem Maße an, in dem es hier wie dort Fragen ohne Antwort und Pfade ins Offene gibt. Wie etwa stand der Autor dazu, dass um ihn herum Katalan gesprochen wurde, während er auf Spanisch schrieb? Spielte das eine Rolle? Oder nicht? Dass er vor seinem Tod alleine eine neue Wohnung bezog, wird zwar von seinem Freund Javier Cercas im Katalog erwähnt; dass er einer anderen Frau begegnet war, nicht. Da die Ausstellung in enger Zusammenarbeit mit der Witwe Carolina López entstand, erstaunt die Auslassung nicht. Sie passt zudem zu den Büchern, da auch die nicht alle Informationen preisgeben. So wie die Romane detektivische Instinkte hervorkitzeln, so verspürt man nach Verlassen des CCCB den unwiderstehlichen Drang, sich von Neuem auf den Weg in die Welt Roberto Bolaños zu machen, sei's auf den zahlreichen ihm gewidmeten Internetseiten, sei's in seinen Büchern.

■ „Archivo Bolaño. 1977–2003“. Bis 30. Juni, CCCB – Centre de Cultura Contemporània de Barcelona, Katalog (Spanisch/Englisch) 15 Euro

Aus der raren Gattung der Selbstdenker

NACHRUH Lutz Schulenburg, Verleger und Steuermann der Edition Nautilus, ist gestorben

Vor zehn Tagen feierte er seinen 60. Geburtstag, in einer Rehaklinik in Mecklenburg. Alles schien auf einem sehr guten Weg zu sein, und Mitarbeiter wie Autoren freuten sich auf Lutz Schulenburgs baldige Rückkehr in die Edition Nautilus, die er zusammen mit Hanna Mittelstädt und Pierre Gallissaires in den siebziger Jahren gegründet hatte und die die dogmatischen Irrwege der Linken jener Zeit von Anfang an nicht mitmachte.

Das lag ganz gewiss auch daran, dass Lutz Schulenburg selbst aus einer „echten“ Arbeiterfamilie in Hamburg-Bergedorf kam. Heute ist der Verlag längst aus der anfänglichen Nischenexistenz herausgetreten, und sein literarisches wie sein Sachbuch-



Lutz Schulenburg Foto: Rau/imagoe

programm werden gleichermaßen geschätzt. Dazu haben vor allem das Durchhaltevermögen, das literarische Gespür und das verlagskaufmännische Geschick von Lutz und der „Crew“ der Nautilus beigetragen. Ich selbst war

deshalb auch glücklich, vor fünf Jahren als Autor selbst an Bord gehen zu können.

Nicht zuletzt wegen der durchaus sperrigen und widerspenstigen Gestalt des Verlegers. Lutz Schulenburg zeichnete sich vor allem durch eine Eigenschaft aus, die dringend gebraucht und doch schon Kindern möglichst ausgetrieben wird: Eigensinn. Er gehörte zur rar gestreuten Gattung der Selbstdenker, und man konnte sich mit ihm wunderbar streiten, ohne dass je auch nur eine Spur Rechthaberei dabei aufkam. Auf beiden Seiten nicht: Lutz war ein großartiger Zuhörer, und er war zugleich ein Vertreter der Verfertigung der Gedanken beim Reden und zwang einen deshalb selbst zum genauen Zu-

hören. Sein Eigensinn war jederzeit mit Freundlichkeit und Aufmerksamkeit für den Anderen gepaart. Sein lakonischer – und manchmal auch sarkastischer – Humor war bekannt; ganz zutreffend hat ihn der Verlegerkollege Dietrich zu Klampen in seinem *Börsenblatt*-Glückwunsch zum Sechzigsten einen „fröhlichen Anarchisten“ genannt.

Zusammen mit diesem fröhlichen Anarchisten, der am frühen Morgen des 1. Mai gestorben ist, hatten die Mitarbeiter der Edition Nautilus und alle Autorinnen und Autoren noch unendlich viel vor. Wie groß dieser Verlust ist, hat bis jetzt vermutlich noch keiner von uns wirklich begriffen.

JOCHEN SCHIMMANG

taz.reisen
in die Zivilgesellschaft

REISEN AUF DEM BALKAN
MIT TAZ-KORRESPONDENT UND AUTOR ERICH RATHFELDER

BOSNIEN UND HERZEGOWINA
Sarajevo – Mostar – Banja Luka – Srebrenica
Zivilgesellschaft gegen Nationalismus
17. bis 25. August
ab 1.450 € (DZ/HP/ohne Anreise)

KOSOVO PLUS TIRANA/ALBANIEN
Prishtina – Prizren – Tirana – Peje – Mitrovica
Zivilgesellschaft und „Nation Building“
5. bis 12. Oktober
ab 1.490 € (DZ/HP/ohne Anreise)

Ausführliche Informationen zu diesen und den anderen taz-Reisen unter www.taz.de/tazreisen oder am Telefon (030) 25902-117

Mit großer Geste

JIDDISCHE EVERGREENS Kein nostalgisches Reenactment und trotzdem mit Tanzpalast-Flair: Sharon Brauners neues Album, „Lounge Jewels“

Wer sagt eigentlich, dass jiddische Musik gleichbedeutend mit Klezmer ist? Schließlich wird in Brasilien auch exzellenter Heavy Metal gespielt. Und es gibt den jiddischen Evergreen „Bei mir bistu sheyn“ im Samba-Shuffle. Zu hören auf „Lounge Jewels“, dem neuen Album von Sharon Brauner, auf dem die Berliner Sängerin und Schauspielerin jiddische Standards für zurückgelehnte Abende im Clubsessel aufbereitet.

„Wir hatten die Idee, diese Lieder in die Flaggen der Länder zu hüllen, in die Juden ausgewandert sind“, sagt Brauner. Und die Copacabana war auch darunter. Brauner gelingt dabei ein seltenes Kunststück. Denn einerseits umflort die 14 Interpretationen eine ziemlich erotische Aura. Andererseits evozieren Vortrag und die manchmal etwas zu glatte Produktion das ganze Panoptikum der alten BRD, Café Kranzler inklusive.

Erotisch, weil Brauner ihre Stimme präzise einzusetzen weiß und trotz amtlicher Produktion gekonnt kokettiert mit dem Flair der alten Tanzpaläste, wie sie es vor 1933 in Berlin gab. Sie verirrt sich dabei aber nicht in nostalgischem Reenactment: Ihre Version des „Chassene Walz“ verbindet ganz selbstverständlich Electro-Sounds mit Gramofonkrächzen und verbreitet gerade durch diese Reibung ein heimeliges Gefühl. In puncto Rampenlicht ist Sharon Brauner



Sharon Brauner Foto: Mathias Bothor

familiär vorbelastet. Ihr Onkel, der Filmproduzent Artur Brauner, prägte die bundesdeutsche Fernsehlandschaft entscheidend mit. Die 43-Jährige stand schon als Kind vor der Kamera, besuchte in Berlin eine Musicalschule und ging dann zum Studium ans Strasberg Institute nach New York. Mit den jiddischen Evergreens ist Sharon Brauner von Kindheit an vertraut. Aufnahmen der Berry Sisters lenkten ihre Aufmerksamkeit auf die vielfältigen Interpretationsmöglich-

keiten dieser musikalischen Juwelen. Zunächst hat sie die Songs für ihren Vater gesungen, der jiddisch beim Kartenspielen mit Freunden spricht. Brauner stellt klar, dass Jiddisch in ihrer in Berlin verwurzelten Familie als unfein und altmodisch galt.

Der private Hintergrund ist auf „Lounge Jewels“ immer präsent. So hat Brauner das Familienalbum für das Booklet geöffnet, viele der abgebildeten Fotos stammen von ihrem Vater Wolf Brauner. Diese Herangehensweise ist bewusst gewählt. Ihr Beitrag, ein Stück jüdischer Kulturgeschichte unverkrampft lebendig zu halten, gelingt im Vorbeigehen. Als Politikum will sie ihr Album ausdrücklich nicht verstanden wissen. Die Geschichte schwingt ohnehin mit. Brauner gibt an, sich mit der althergebrachten jüdischen Tradition nicht stark zu identifizieren, sie sei im „Multikulti-Berlin verwurzelt“. Ihr Interesse gilt der Kultur vor 1933. „Natürlich habe ich von meinen Eltern als direkten Überlebenden des Holocaust viel über diese Geschichte erfahren“, sagt sie. Obwohl oder vielleicht gerade weil etliche Verwandte von den Nazis ermordet wurden, bleibt dieser Teil der Geschichte auf dem Album im Hintergrund. Stattdessen fokussiert Brauner auf Lebensfreude, Wärme und seelenvolle Würde, die die jiddischen Lieder zeitlos verströmen.

Das gelingt ihr sehr entspannt. Dabei tauscht sie das Klarinetten-gespickte Folklore-Gewand – sogar die „Tumbalalaika“ swingt mit bisher nicht gehörtem Sexappeal – gegen ein glitzerndes Cocktailkleid, in dem sich auch das Knopfloch für eine Träne findet. Den lichten Erinnerungen an unbeschwerte Kindertage werden in „Belz“ mit großer Geste und würdigem Orchesterarrangement melancholische Töne beigemischt, wozu die aus weiter Ferne lockende Stimme Brauners beiträgt. Stimmakrobatik, fernsehballettkompatible Streicher und das obligatorische Saxofon auf der zweiten Version von „Bay mir bistu sheyn“ duften allerdings ein wenig zu sehr nach Primetime-TV. **SYLVIA PRAHL**

■ Sharon Brauner: „Lounge Jewels. Sharon Brauner sings Yiddish Evergreens“ (Solo Musica/Sony)

■ Live, bis 5. Mai täglich Bar Jeder Vernunft, Berlin

Der Stein ist sein Leben

DENKER Søren Kierkegaard gilt als Wegbereiter der Existenzphilosophie. Leiden kultivierte er als dialektische Erfahrung. Am Sonntag jährt sich sein Geburtstag zum 200. Mal

VON INGEBORG SZÖLLÖSI

Der Prototyp des Menschen, wie ihn sich die Existenzialisten vorstellen, ist Sisyphos. Er „wählt“ – ohne „Wahl“ kein Existenzialismus – die Hölle und wälzt tagein, tagaus seinen Stein auf einen Berg. Oben angekommen, erlebt er jedes Mal, wie der Stein hinunterrollt. Trotzdem wendet sich Sisyphos jedes Mal aufs Neue seinem Stein zu – der Stein ist sein Leben!

Ein glücklicher Mensch

Dass wir ihn uns als glücklichen Menschen vorzustellen haben, suggeriert nicht nur Albert Camus. Kierkegaard, den „Urvater der Existenzialisten“, müssen wir uns auch als einen glücklichen Menschen vorstellen – er „wählt“ in einem geschwätzigen Zeitalter das zurückgezogene Leben, in einem leidenschaftslosen Klima die Leidenschaft. Dafür will er freiwillig „leiden“. Denn ein Mensch muss Verzicht üben, will er „er selbst“ werden. Was daraus folgt, ist eine Revolution: Don Juan wird zum Asketen, der „sich eine Welt schafft ausschließlich für sich selbst, wo das verzweifelte Selbst sich rastlos und tautologisch damit beschäftigt, es selbst sein zu wollen“.

Kierkegaard ist ein Kind alter Eltern: Seine Mutter ist 45, sein Vater 57, als Søren, ihr siebentes Kind, am 5. Mai 1813 zur Welt kommt. Früh fängt er an, zu grübeln. Eine „Seele ohne Sonne“, die seit der frühesten Kindheit ein „Leben ohne Frühling“ führt und von einem „an Wahnsinn grenzenden Leiden“ verzehrt wird, so sein Biograf Georg Brandes. Als 33-Jähriger führt Søren sein Leiden auf ein „Missverhältnis zwischen Leib und Seele“ zurück. Das habe bei ihm eine unheilbare Schwermut zur Folge. Allerdings ließe sich diese auch auf die jütländische Heide zurückführen, aus der seine Vorfahren stammen.

So oder so – das Bild passt: Die Weite der Heide entspricht der Grenzen-, ja Maßlosigkeit des Kierkegaard'schen Denkens. Exzessives Denken bleibt nicht ohne Spuren: Manie und Depression sind bekannte Kollateralschäden. Dass Witz und Ironie, Heiterkeit und Humor in seinem Werk trotzdem vorkommen, zeigt die kürzlich erschienene Reclam-Textsammlung „Kierkegaard zum Vergnügen“.



Søren Kierkegaard, circa 1840 Foto: Archivio GBB Contrasto/laif

Eine Liebesgeschichte entfacht Kierkegaards schriftstellerisches Talent. Als 27-jähriger verlobt sich Kierkegaard mit einem zehn Jahre jüngeren Mädchen aus gutbürgerlichem Kreise. Doch ein Jahr später löst er die Verlobung mit Regine Olsen auf. Was bleibt, ist das, was er als „Pfahl im Fleisch“ braucht, um das sein zu können, was er sein will: Schriftsteller. Von nun an schreibt er wie ein Besessener. In zehn Jahren schreibt er das, was die erste dänische Werkausgabe in 15 umfangreichen Bänden herausgibt. Eine gigantische Leistung. Dass der literarische Nachlass Kierkegaards ebenfalls erstaunlich voluminös ist, belegt die „Deutsche Søren Kierkegaard Edition“, die seit 2005 die „Journale“ publiziert. Soeben ist der erste Band einer Studienausgabe der „Ausgewählten Journale“ erschienen, die seine Notizen und Aufzeichnungen einer breiten Leserschaft zugänglich macht.

Kierkegaard lebt nicht leidenschaftlich, er schreibt leidenschaftlich. Er ist kein Verführer, doch stammt das „Tagebuch des Verführers“ aus seiner Feder. Ein „zeitloses Kunststück“ sei ihm damit gelungen, schreibt Elmar Krekeler in seinem pointiert for-

mulierten Nachwort der im Manesse Verlag erschienenen Neuauflage des Tagebuchs. In unserem „ästhetischen, hedonistisch-pubertären Zeitalter“ sei es aktueller denn je. – Gerade darin ist Kierkegaard groß: Seine Lebenserfahrung spaltet er nicht ab, er integriert sie in die Beschreibung dessen, was er in seinem Hauptwerk „Entweder – Oder“ die „ästhetische“ Lebensführung nennt.

Ähnlich wie nach ihm Nietzsche erschüttert Kierkegaard das Vertrauen in die Ratio der Be-

„Ein Denker, der ohne Paradox ist, ist wie ein Liebhaber ohne Leidenschaft: ein mäßiger Patron. Aber die höchste Potenz jeder Leidenschaft ist immer, ihren eigenen Untergang zu wollen“

SØREN KIERKEGAARD

wusstseinsphilosophen und zerschmettert deren universalistische Weltanschauungssysteme, durch welche diese die Existenz des Einzelnen kühn und kühl übergehen. Philosophie ist für ihn keine Wissenschaft, sondern eine Existenzlehre – dazu bestimmt, das Leben des Einzelnen tiefer zu verstehen. Dem Philosophen empfiehlt er den Weg des Paradoxes: „Denn das Paradox ist die Leidenschaft des Gedankens, und ein Denker, der ohne Paradox ist, ist wie ein Liebhaber ohne Leidenschaft: ein mäßiger Patron. Aber die höchste Potenz jeder Leidenschaft ist immer, ihren eigenen Untergang zu wollen.“

Wandlung zum Mystiker

Verfolgt der Philosoph die „Leidenschaft des Denkens“ beharrlich weiter, stößt er auf etwas, worüber er nicht mehr denken kann – etwas, was über das Denken hinausgeht und trotzdem im Denken begründet ist. Er fasst es als das „Religiöse“ auf, Wittgenstein nennt es später „das Mystische“. In seinen „Stadien auf dem Lebensweg“ erfahren wir, was er in den „Philosophischen Brocken“ nur andeutet. Der Philosoph kommt denkend an eine Grenze, die er als denkender Mensch nicht überschreiten kann, es sei denn er mutiert zum Mystiker. Diese Verwandlung empfiehlt Kierkegaard nicht nur, er vollzieht sie selbst und isoliert sich immer mehr. Kierkegaard wird zum Einsiedler ohne Mönchsorden und ohne Kirche. Dass die Kirche ein Auslaufmodell sei, verkündet er 1850 in seinem letzten großen Werk „Einübung im Christentum“. Blutarmut attestiert er ihr; zur größten Auszeichnung, „sich selbst zu gebären“, verhilft sie mitnichten.

In seinen letzten Lebensjahren spendet ihm die Lektüre eines Gottlosen Trost. Kierkegaard liest Arthur Schopenhauer. Wir können ihn uns dabei als glücklichen Menschen vorstellen.

1855 geht die zehnte Ausgabe seiner Zeitschrift „Der Augenblick“ in Druck, damit ist sein Vermögen verbraucht. Was nun? Die Frage bleibt dem 42-jährigen dänischen Theologen und Philosophen Søren Kierkegaard erspart: Ein Schlaganfall und – wenige Wochen später – der Tod befreien ihn von der Qual der Wahl zwischen Schriftstellerei und Pfarrei.

■ Søren Kierkegaard: „Ausgewählte Journale, Band 1“. Walter de Gruyter Verlag, Berlin/Boston 2013, 656 S., 29,95 Euro

■ Hermann Deuser und Markus Kleinert (Hg.): „Kierkegaard zum Vergnügen“. Reclam Verlag, Stuttgart 2013, 192 S., 5 Euro

■ Søren Kierkegaard: „Tagebuch des Verführers“. Manesse Verlag, Zürich 2013, 317 S., 19,95 Euro

Dienstwagen taz.rad

10%
Rabatt
für taz-AbonnentInnen
und GenossInnen



taz Rad retro 599 €

Jetzt werden Fahrräder steuerlich als Dienstfahrzeug gefördert. Eine gute Idee für mehr Platz auf den Straßen.

www.taz.de/rad taz.die.tageszeitung in Kooperation mit: VELOVILLE

BERICHTIGUNG

Falls jemand nach Lektüre unserer gestrigen Rezension des Dokudramas „Verliebte Feinde“ Lust bekommen hat, mehr über die Schweizer Feministin und Aktivistin für das Frauenwahlrecht in ihrem Heimatland, Iris von Roten, und ihren Mann Peter von Roten, einen katholischen Intellektuellen, zu erfahren: Es gibt eine ausführliche, im Verlag Nagel & Kimche vergangenes Jahr erneut erschienene Doppelbiografie von Wilfried Meichtry.

UNTERM STRICH

Sie hatten nur einen Hit, der war aber richtig toll. Die Rede ist von Kriss Kross und „Jump“, diesem HipHop-Bounce mit dem nervtötenden Synthiehook. Bei Veröffentlichung des Tracks 1992 waren die beiden Rapper Chris Kelly und Chris Smith 13 Jahre alt. Ihre Markenzeichen, verkehrt herum getragene Baggy-Jeans, wurden ebenso berühmt wie ihre Mackdaddy-Gesten. Am Donnerstag fand man den 34-jährigen Chris Kelly zuhause tot auf.



Chris Kelly Foto: J. Phillips/ap

DAS SOLLTEN SIE SEHEN

Geknetet
■ „Der Sinn des Lebens für 9,99 \$“; Trickfilm AUS/IL 2009; R: Tatia Rosenthal
Für nur 9,99 Dollar kann Dave Peck den Sinn des Lebens finden. Zumindest suggeriert das eine Anzeige. Dave, arbeitslos und gerade eh auf der Suche nach dem Sinn des Lebens, greift zu. Gemeinsam mit ihm fahnden diverse Bewohner seines Hauses in Sydney nach ihrem persönlichen Glück. Die Story basiert auf den Geschichten des israelischen Schriftstellers Etgar Keret. Neun Jahre arbeitete Regisseurin Rosenthal an dem Film.



Ist das der Sinn des Lebens? Vielleicht Foto: 3Sat/Rachel Dunn

MEDIENTICKER

GRIMME ONLINE AWARD #aufschrei nominiert
DÜSSELDORF | Die Twitter-Kampagne unter dem Schlagwort „Aufschrei“ ist für den Grimme Online Award nominiert. Mit diesem Hashtag bündelten NutzerInnen ihren Protest gegen Sexismus. Damit hat erstmals ein Twitter-Hashtag Chancen auf die Auszeichnung. Insgesamt sind 28 Online-Angebote für den Preis nominiert worden, darunter der Liveticker des Fußballmagazins *11 Freunde*, der Blogger Richard Gutjahr und die Satireseite „Der Postillon“. (dpa)

BBC-MISSBRAUCHSSKANDAL Geständnis
LONDON | Der frühere BBC-Moderator Stuart Hall hat nach eigenen Worten zwischen 1967 und 1985 insgesamt 13 Mädchen und junge Frauen sexuell bedrängt. Eines der Kinder war erst neun Jahre alt. Der heute 83-Jährige gab vor Gericht im englischen Preston 14 Fälle zu. Am 17. Juni soll Hall seine Strafe erfahren. Hall ist vielen britischen Fernsehzuschauern als Sportkommentator und Macher von Unterhaltungssendungen ein Begriff. (dpa)

Wie schön, eine Grenze!

KLICK Frontex, die Agentur zur Bewachung der EU-Außengrenzen, startet einen Fotowettbewerb

„Ties that Bind: Bridging borders in modern Europe“ – „Schwellen, die verbinden: Vereinde Grenzen im modernen Europa“. So würden wohl die Veranstalter dieses nicht besonders originelle Motto eines Fotowettbewerbs in ihrem Sinne übersetzen. Der Wettbewerb ist Begleitprogramm des Europäischen Tages für den Grenzschutz, einer Konferenz, die am 23. Mai in Warschau stattfindet und auf der Vorträge über „Grenzkontrollen in Zeiten der Krise“ gehalten werden sollen. Veranstalter der Fotoschau wie auch der Konferenz ist Frontex, eine EU-Agentur, die für den Schutz der Außengrenzen der Europäischen Union zuständig ist – und natürlich auch für deren konsequente Schließung.

„Menschenjäger auf Fotosafari“, kommentierten deshalb antirassistische Gruppen im Internet die künstlerischen Ambitionen von Frontex. Stefan Gerbing hingegen würde es begrüßen, wenn sich Frontex in Zukunft ausschließlich auf die Organisation von Fotowettbewerben beschränken würde. Er ist Redakteur bei der Zeitschrift *Prager Frühling*, die der Partei Die Linke nahesteht und zur subversiven Beteiligung an dem Wettbewerb aufgerufen hat.

Dass womöglich ein Foto mit antirassistischem Statement in den Wettbewerb kommen könnte, glaubt er jedoch nicht. „Subversion und Ironie waren dort bisher keine üblichen Mittel der künstlerischen Auseinandersetzung“, betont Gerbing. Außerdem bestehe die Jury aus Frontex-Angestellten.

Der Kritiker will auch das Motto des Wettbewerbs kreativ verändern. „Ties that bind“ kann man mit „Schwellen, die verbinden“ übersetzen. Im Englischen bezeichnet man aber auch Kabelbinder als „ties“ und „bind“ heißt auch „fesseln“.

Der erste Preis des Fotowettbewerbs sind übrigens 500 Euro und eine Einladung zur Konferenz nach Warschau.

PETER NOWAK

Ohne Quotendruck

ZU ZWEIT Der NDR zeigt ab Sonntag (15.30 Uhr) seine Sendereihe „7 Tage“. Nachwuchsreporter tauchen dafür eine Woche lang in eine andere Welt ein. Diesmal in die Gedenkstätte des Konzentrationslagers Auschwitz

VON DANIEL BOUHS

Eigentlich hätte das Format schon längst wieder auf Sendung sein sollen, doch dann fiel den Programmachern im NDR plötzlich ein: Sonntagmorgens zappen auch Kinder durchs Fernsehen. Da macht sich ein Puff-Bericht nun mal nicht gut. Jugendschutz und so. Also geht es erst eine Woche später los, an diesem Sonntag, mit dem Besuch in einem ehemaligen Konzentrationslager. Der gekaufte Sex muss warten, das Grauen nicht.

„7 Tage“ heißt das Format, das der Sender eine „innovative Autoren-Dokumentar-Reihe“ nennt. Im vergangenen Jahr sendete der NDR diese zunächst, ohne die Werbetrommel zu rühren. Die Sendung sollte sich im laufenden Betrieb entwickeln, was geklappt hat. Nun startet die zweite Staffel der Reihe, deren Titel Programm ist: Junge FilmemacherInnen tauchen immer zu zweit für jeweils eine Woche in ein Milieu ein. Einer hält die handliche Kamera, der andere steht davor. So unauffällig wie möglich soll das sein.

Die Autoren des ersten Films leben und arbeiten sieben Tage in Auschwitz, „um zu verstehen, was das ist: Schuld“, wie es in ihrem Film heißt. Der, der nicht die Kamera hält, sondern vor ihr durch die Geschichte führt, streicht wie ein Zivildienstleistender die alten Bauten. Er pflegt das Mahnmal und konserviert

Schuhe, deren Träger hier knapp sieben Jahrzehnte zuvor erst interniert und dann ermordet wurden. Und er spricht mit denen, die seit Jahren hier sind, um die Erinnerung wach zu halten.

Ob die vielen langen Momente bloß gespielt sind, in denen sich der Reporter betroffen und nachdenklich gibt? Der Chef der Sendereihe, Fabian Döring, sagt jedenfalls: „Die Autoren kommen immer anders wieder, als sie ursprünglich ins Projekt reingekommen sind. Die Woche verändert sie.“

Die Reihe ist ein wenig Günter Wallraff, Journalisten also, die in fremde Rollen schlüpfen – nur eben mit offenem Visier. In einem nächsten Teil geht ein Autorentandem „7 Tage unter Penner“. Sie arbeiten in der Bahnhofsmission.

Insgesamt 25 Folgen sind allein für dieses Jahr angesetzt. Aber sonntags um 15.30 Uhr – ernsthaft? Wer soll da einschalten? „Das ist ein Dornröschensplatz“, sagt Redaktionsleiter Döring. „Wenn Vettel in der Formel 1 seine Runden dreht, dann können wir ohnehin nicht punkten.“ Doch das habe auch seinen Vorteil: Quotendruck gebe es hier von vornherein nicht. Sie setzten auf Abrufe im Netz, „von jungen Zuschauern, die nicht den NDR, sondern Inhalte suchen“. Außerdem stehe das Format bereit, wenn eines Tages der öffentlich-rechtliche Jugendkanal kommt.

Aber auch jüngeres Publikum muss irgendwie auf die Reihe



Eine Gruppe junger, orthodoxer Juden trauert am Zaun des KZ Auschwitz Foto: NDR

„Wir gehen vom Bauch in den Kopf und nicht anders herum“

REDAKTIONSLEITER FABIAN DÖRING

aufmerksam werden. Dafür soll N-Joy sorgen, die hauseigene Radio-Jugendwelle des Senders. Döring plant außerdem ein Experiment: „Wir wollen Mediensäulen in norddeutschen Schulen aufbauen, denn unsere Stoffe Nationalsozialismus, Armut und Prostitution sind ja auch etwas für den Unterricht.“ Starten könnte

es in einer Hamburger Schule, die Gespräche dazu laufen.

„7 Tage“ verfolgt also irgendwie auch einen pädagogischen Ansatz. Gleichzeitig versteht sich die Reihe als Gegenentwurf zu den klassischen Ego-Dokumentationen, in denen Reporter Atomkraftlager besuchen oder Biobauernhöfe. „Wir gehen vom Bauch in den Kopf und nicht anders herum, wie etwa Panorama – Die Reporter“, sagt Döring. „Bei uns wird nichts vorher geskriptet, sondern alles entsteht immer spontan vor Ort.“ Was Döring nicht sagt: Das funktioniert natürlich nur, solange seine Sen-

dung klein bleibt. Steigt mit einem besseren Sendeplatz das Risiko, müsste auch er Sicherheit schaffen.

Unterdessen hat er auch für die kurzfristig abgesetzte Puff-Folge eine Lösung gefunden. „7 Tage im Bordell“ läuft nun Ende Juni um 23.30 Uhr – nach der Wiederholung eines „Tatorts“, der passenderweise auch im Rotlichtmilieu spielt. „Das ist jetzt mehr oder minder zufällig ein guter Testballon“, sagt Döring. „Wir werden dann wissen, wie unser Format auch in einem ganz anderen Programmumfeld läuft.“

REPORTER OHNE GRENZEN HAT ÄGYPTENS PRÄSIDENT MURSI IN DIE LISTE DER „FEINDE DER PRESSEFREIHEIT“ AUFGENOMMEN. SO SCHNELL KANN MAN IN DER GUNST SINKEN

ARD	
12.00	Tagesschau
12.15	ARD-Buffet
13.00	ZDF-Mittagsmagazin
14.00	Tagesschau
14.10	Rote Rosen
15.00	Tagesschau
15.10	Sturm der Liebe
16.00	Tagesschau
17.00	Leopard, Seebär & Co.
17.00	Tagesschau
17.15	Brisant
18.00	Verbotene Liebe
18.50	Mord mit Aussicht: Die Saat des Bösen. D 2012
19.45	Wissen vor acht – Werkstatt
20.00	Tagesschau
20.15	Utta Danella – Sturm am Ehemimmel
21.45	Tagesthemen
22.00	Tatort: Im Abschieds. D 2011
23.30	Borgen – Gefährliche Seilschaften 9/10
0.30	Borgen – Gefährliche Seilschaften 10/10
1.30	Tagesschau
1.40	Der Schrei der Eule. Psychothriller, GB/D/F/CDN 2009. Regie: Jamie Thraves. Mit R. D. Reid
3.18	Tagesschau
3.20	Codename: Emerald. Spionagefilm, USA 1985
ZDF	
12.00	heute
12.10	drehscheibe Deutschland
13.00	ZDF-Mittagsmagazin
14.00	heute – in Deutschland
14.15	Die Küchenschlacht
15.00	heute
15.05	Topfgedächter
16.00	heute – in Europa
16.10	SOKO Kitzbühel

17.00	heute
17.10	hallo deutschland
17.45	Leute heute
18.05	SOKO Wien: Der Irrläufer. D/A 2013
SAT.1	
12.00	Richter Alexander Hold
14.00	Niedrig und Kuhn – Kommissare ermitteln
15.00	Familien-Fälle
17.00	Schicksale – und plötzlich ist alles anders
18.00	Niedrig und Kuhn
19.00	K11 – Kommissare im Einsatz
20.00	SAT1 Nachrichten
20.15	The Voice Kids
22.40	Ladykracher
23.10	Pastewka
23.40	Sechserpack
1.05	Die dreisten drei – Comedy WG
2.15	Mensch Markus
3.00	Was guckst du?!
3.40	Die dreisten drei
PRO 7	
12.10	How I Met Your Mother
12.35	Scrubs – Die Anfänger
13.30	Two and a Half Men
14.20	The Big Bang Theory
15.40	How I Met Your Mother
17.00	taff
RTL	
12.00	Punkt 12
14.00	Die Trovatos – Detektive decken auf
15.00	Verdachtsfälle
16.00	Familien im Brennpunkt
17.00	Betrugsfälle
17.30	Unter uns
18.00	Explosiv – Das Magazin
18.30	Exklusiv – Das Star-Magazin
18.45	RTL Aktuell
19.05	Alles was zählt
19.40	Gute Zeiten, schlechte Zeiten
20.15	Wer wird Millionär?
21.15	Let's Dance
0.00	RTL Nachtjournal
0.30	Cindy aus Marzahn & Die jungen Wilden
RTL	
1.30	Familien im Brennpunkt
2.25	RTL Nachtjournal
2.55	Das Strafgericht

9.25	Feuerwehrmann Sam
9.45	Löwenzähnen – Eine Schnüffelnause auf Entdeckungstour
9.55	Au Schwarte! – Die Abenteuer von Ringel, Entje und Hörchen
10.18	Kikaninchen
10.25	Clifford, der kleine rote Hund
10.50	Der kleine Ritter Trenk
11.15	Wickie und die starken Männer
11.40	Das Green Team
12.05	Geronimo Stilton
12.30	Garfield
12.50	Bongo am Okawongo
12.55	Die Schule der kleinen Vampire
13.55	Fluch des Falken
14.08	Logo! Die Welt und ich.
14.10	Schloss Einstein – Seelitz
15.00	Abenteuer Wilder Westen
15.25	Really Me – Der Star bin ich!
15.50	Quatsch Quark Klub
16.10	Logo! Die Welt und ich.
16.15	Die beste Klasse Deutschlands
16.40	Tim und Struppi
17.00	Garfield
17.10	Geronimo Stilton
17.35	Das Green Team
18.00	Sherlock Yack – Der Zoodektive
18.15	Der kleine Ritter Trenk
18.40	Zigby, das Zebra
18.50	Unser Sandmännchen
19.00	Wickie und die starken Männer
ARTE	
12.05	Die Balearischen Inseln (2/2)
12.50	ARTE Journal
13.00	Die Kunst der Keramik
13.10	360° – Geo Reportage
13.55	Saigon – Der Sommer, die Liebe, der Krieg (2/2)
15.30	Im Flieger über ...
16.00	X-enius
16.30	Nächster Halt – Peking (5/5)
16.55	Im Flieger über ...
17.25	Der Erde auf dem Mount Everest?
KI. KA	
8.00	Sesamstraße
8.25	Kleine Prinzessin
8.50	Kleiner Roter Traktor

18.15	China ante portas (2/2)
19.10	ARTE Journal
19.30	Neues aus der Hai-Society
20.15	Fliegende Fische müssen ins Meer. Tragikomödie, CH/D 2011. Regie: Güzin Kar
21.35	Shanghai, wir kommen! Beziehungsdrama, F 2013
23.10	Kurzschluss – Das Magazin
0.20	Wohin ist, der ich war und bin
0.40	Tracks
1.35	U2 – From the Sky down
3.00	Girls, Girls, Girls
3.55	Faszinierende Wildnis
3SAT	
18.30	nano
19.00	heute
19.20	Kulturzeit
20.00	Tagesschau
20.15	Schnäppchenurlaub Türkei
21.00	makro: Blackbox Pakistan
21.30	auslandsjournal extra
22.10	ZIB 2
22.35	Der Sinn des Lebens für 9,99 \$.
23.55	Flucht aus der Sonntagsschule
0.00	Off-White Tulips
0.20	Nach Klara
0.35	10 vor 10
1.05	Willkommen Österreich
1.55	Intensive-Station
2.55	Baustelle Deutschland
BAYERN	
18.00	Abendsschau
18.45	Rundschau
19.00	Unser Land
19.45	Landgasthäuser Bayern
20.15	Um Himmels Willen

21.00	Café Meineid
21.45	Rundschau-Magazin
22.00	Im Schleudergang (5/6)
22.30	Grünwald Freitagscomedy
23.15	Vereinsheim Schwabing
0.00	Rundschau-Nacht
0.10	Rock im Park – The Strangers/Pete Doherty
1.10	Der wilde Wooldboyz Comedy Mix
1.40	Planet Erde
1.45	Kabarett aus Franken
2.30	Grünwald Freitagscomedy
3.15	Vereinsheim Schwabing
WDR	
18.00	Lokalzeit
18.05	hier und heute
18.20	Servicezeit Reportage
18.50	Aktuelle Stunde
19.30	Lokalzeit
20.00	Tagesschau
20.15	Doku am Freitag
21.00	Der Vorkoster
21.45	plaberg persönlich
23.10	WDR aktuell
23.15	WDR-dok
0.00	Künstler in Deutschland
0.45	hier und heute
1.00	Domian
WDR	
18.00	Ländermagazine
18.15	Lust auf Norden
18.45	DAS!
19.30	Ländermagazine
20.00	Tagesschau
20.15	die nordstory
21.15	Die Reportage
21.45	RTL aktuell
22.00	Nieder und Hirschhausen
0.10	NDR Comedy Contest
1.10	Wer's glaubt!
1.25	Zimmer frei!
2.25	die nordstory
3.30	Tagesschau – Vor 20 Jahren: 4. Mai 1993

21.00	Verrückt nach Meer
21.45	hessenschau kompakt
22.00	Tietjen und Hirschhausen
0.10	strassen stars
0.40	Dings vom Dach
1.25	Schlauberger
1.55	Wer weiss es?
RBB	
18.00	rbb um sechs
18.30	zibb
19.30	Abendsschau
20.00	Tagesschau
20.15	Die schönsten Parks und Gärten
20.10	Hallervorden – Sketche
21.45	rbb aktuell
22.00	Riverboat
0.00	Volles Programm Politik
MDR	
18.05	Brisant
18.54	Unser Sandmännchen
19.00	MDR Regional
19.30	MDR aktuell
19.50	Elefant, Tiger & Co.
20.15	Zu Gast bei Semino Rossi
21.45	MDR aktuell
22.00	Riverboat
23.58	MDR aktuell Eins30
0.00	hahaklub
1.00	Mickey & Maria
PHOENIX	
13.15	Selbst ist der Grieche
13.30	Dokumentation
14.00	Vor Ort
15.15	Tahrir – der Platz der Befreiung
16.00	maybrit illner
17.05	Augstein und Blome
17.15	Das neue Berlin
17.45	Vor Ort
18.00	Schätze der Welt – Erbe der Menschheit
18.30	Planspiel Atomkrieg
20.00	Tagesschau
22.30	Das Superkloster
23.00	Der Tag
0.00	Im Dialog

21.00	Rundschau-Magazin
22.00	Im Schleudergang (5/6)
22.30	Grünwald Freitagscomedy
23.15	Vereinsheim Schwabing
0.00	Rundschau-Nacht
0.10	Rock im Park – The Strangers/Pete Doherty
1.10	Der wilde Wooldboyz Comedy Mix
1.40	Planet Erde
1.45	Kabarett aus Franken
2.30	Grünwald Freitagscomedy
3.15	Vereinsheim Schwabing
HESSEN	
18.00	maintower
18.20	Brisant
18.45	hessentipp
19.30	hessenschau
20.00	Tagesschau
20.15	Wandertouren in der Schweiz

MELDUNGEN

MINI-DROHNE

Künstliches Insekt erfolgreich abgehoben

WASHINGTON | US-Forscher haben eine kleine Roboterfliege gebaut. Das zwei Zentimeter lange Kunstinsekt fliege wie sein natürliches Vorbild, berichten die Entwickler um Kevin Ma von der Harvard-Universität im Fachjournal *Science*. Die Erfindung ist demnach der erste derartig kleine Flugroboter mit schlagenden Flügeln und soll Wissenschaftlern unter anderem neue Einblicke in den Insektenflug eröffnen. Die Roboterfliege wiegt bloß 0,08 Gramm. Auch sonst gleicht das künstliche Insekt seinem Vorbild: Es hat zwei vergleichbare Flügel, mit denen es 120 Mal pro Sekunde schlägt – echte Flie-

gen erreichen noch zehn Flügelschläge mehr. Die Roboterflügel holen 110 Grad weit aus, das natürliche Vorbild schafft etwas mehr. Die Forscher ließen ihr Insekt im Labor steigen. Es kann in der Luft auf der Stelle stehen und grundlegende Flugmanöver ausführen. Dabei kommt es mit 19 Milliwatt auf dieselbe Leistung wie eine Stubenfliege. In einem Aspekt unterscheidet sich die Roboterfliege allerdings stark von ihrem Vorbild: Sie benötigt eine externe Energieversorgung und muss daher angekabelt fliegen. Die Forscher möchten jedoch noch eine sehr dicht gepackte Batterie entwickeln. (dpa)

VIRENALARME

Fünf Tote durch neuartige Coronaviren

RIAD | In Saudi-Arabien sind in den vergangenen Tagen fünf Menschen an dem vor einem Jahr entdeckten neuartigen Coronavirus gestorben. Zu den Todesfällen sei es im Osten des Landes gekommen, zwei weitere Erkrankte seien in Behandlung, gab das Gesundheitsministerium bekannt. Mitte März war in München ein Mann aus dem arabischen Raum an dem Virus gestorben, das Ähnlichkeit mit der vor zehn Jahren weltweit grassierenden Atemwegserkrankung Sars hat. Es würden alle Vorichtsmaßnahmen getroffen, um mutmaßliche weitere Erkrankte zu identifizieren, teilten

die Behörden in Riad mit. Wie viele Menschen untersucht werden, blieb aber zunächst unbekannt. Seit der Entdeckung des Virus, das anders als Sars auch zu einem Nierenversagen führt, starben 23 Infizierte. Der in München gestorbene 73-Jährige war zur Behandlung aus Abu Dhabi nach Deutschland gebracht worden. Die WHO warnte unlängst vor der Ausbreitung des Sars-ähnlichen Virus. Patienten mit unerklärlichen Lungenentzündungen oder mit komplizierten Atemwegserkrankungen, die nicht auf Medikamente reagieren, sollten auf das Coronavirus untersucht werden. (afp)

ANTHROPOLOGIE

„Lucy“ kehrt heim nach Äthiopien

ADDIS ABEBA | Unter riesigem Medienrummel ist das weltberühmte Fossil „Lucy“ in seine äthiopische Heimat zurückgekehrt. Nach einer über fünfjährigen Tour durch mehrere amerikanische Museen kam das Skelett diese Woche auf dem Flughafen der Hauptstadt Addis Abeba an. In zwei schwarzen Koffern und unter großen Sicherheitsvorkehrungen wurden die 3,2 Millionen Jahre alten Knochenfunde ins Nationalmuseum gebracht. Dort sollen die Überreste der etwa ein Meter großen weiblichen Kreatur an fünf Tagen öffentlich ausgestellt werden. Auch Lucy-Entdecker Donald Jo-

hanson war zu dem feierlichen Anlass ihrer Heimkehr angereist. Der amerikanische Paläoanthropologe hatte den sensationellen Fund im Jahr 1974 im äthiopischen Afar-Dreieck gemacht. Dadurch wurde erstmals bewiesen, dass die Vorläufer des Menschen bereits vor über drei Millionen Jahren aufrecht gehen konnten. Etwa 40 Prozent des Skeletts dieses *Australopithecus afarensis* wurden gefunden. „Lucy beweist, dass alle Menschen auf der Welt den gleichen Ursprung haben“, sagte Johanson. In ihrer Heimat wird das Fossil „Dinkesh“ genannt, „die Wundersame“. (dpa)

Überleben im Hungerwinter

USA Die ersten Siedler waren Kannibalen

Die ersten dauerhaften englischen Siedler in Amerika sind aus der Not heraus zu Kannibalen geworden. Das berichtet das renommierte US-Forschungsinstitut Smithsonian nach der Untersuchung von Knochen aus dem 17. Jahrhundert. Sie wurden im heutigen Bundesstaat Virginia gefunden. Nach der Analyse aßen die frühen Kolonisten im Hungerwinter 1609/1610 ein 14 Jahre altes Mädchen auf. Axt- und Werkzeugspuren an ihrem Schädel und an ihrem Schienbein ließen keinen anderen Schluss zu, sagen die Forscher. Die Knochen wurden im vergangenen Jahr in Jamestown ausgegraben, der ersten dauerhaft besiedelten Kolonie Nordamerikas.

Die genaue Todesursache des „Jane“ genannten Mädchens habe nicht mehr festgestellt werden können, weil nur ein Zehntel ihrer Knochen gefunden wurde, heißt es in dem Bericht. Mord komme jedoch nicht infrage. Vielleicht sei das Mädchen eines natürlichen Todes gestorben.

Jamestown war 1607 von 104 englischen Siedlern gegründet worden – 13 Jahre bevor die Pilgerväter im heutigen Massachusetts landeten. Doch nur 38 der frühen Kolonisten in Virginia überlebten die ersten neun Monate in der neuen Welt. Die übrigen starben an Krankheiten und vergifteten sich möglicherweise auch durch ihr Trinkwasser. Vor allem aber hungerten sie, weil sie mitten in einer der schwersten Dürren seit Jahrhunderten ankamen. Ohne die Hilfe der Indianer wäre die Kolonie wohl sofort untergegangen. Der harte Winter 1609/1610 raffte dann noch einmal fast alle übrigen Kolonisten dahin. Einer der Anführer der Kolonie, George Percy, überlebte.

Sechzehn Jahre später erinnerte sich Percy, dass die verzweifelten Menschen im Hungerwinter 1609/1610 erst die Pferde, dann Hunde, Ratten und Mäuse und selbst ihre Stiefel gegessen hätten. Ob es auch Kannibalismus gab, wird seit Jahrzehnten unter Wissenschaftlern diskutiert. Nach Ansicht des Smithsonian ist die Frage durch die Untersuchung der Funde nun eindeutig beantwortet.

„Die freigelegten Knochen haben ungewöhnliche Spuren von Schnitten und Hieben, die Versuche, Unsicherheit und den völligen Mangel an Erfahrung beim Schlachten von Tieren zeigen“, sagte Anthropologe Douglas Owsley. „Der klare Vorsatz war aber, den Körper zu zerlegen, das Gehirn zu entnehmen und das Fleisch vom Gesicht zu entfernen und zu essen.“ DPA

Gefahren aus dem Sicherheitslabor

BIOSICHERHEIT Experimente mit Viren lösten eine internationale Debatte über das Missbrauchspotenzial von Forschungsergebnissen aus. Auch der Ethikrat diskutiert darüber, ob etwa Publikationsverbote hilfreich sind

VON ULRIKE BAUREITHEL

Normalerweise dringt das, was in der Abgeschiedenheit eines Forschungslabors passiert, selten an die Öffentlichkeit. Doch was der niederländische Forscher Ron Fouchier und sein Team im September 2011 auf Malta vorstellten, hatte das Potenzial einer Diskurspandemie. Fouchier wollte herausfinden, ob der Vogelgrippevirus H5N1 so mutieren kann, dass er, durch die Luft übertragen, die Ansteckungsfähigkeit des sogenannten Schweinegrippevirus erreicht. Er veränderte das Virus im Labor also gezielt und testete es an Frettchen, die als Modellorganismen bei der Influenzaforschung eingesetzt werden. Die Ergebnisse sollten in renommierten Wissenschaftszeitungen veröffentlicht werden.

Doch das amerikanische Gremium für Biosicherheit stoppte die Publikation und legte den Wissenschaftlern ein einjähriges Forschungsmoratorium auf, mit der Begründung, die Experimente könnten zu bioterroristischen Zwecken missbraucht werden. Die Wissenschaftsgemeinde reagierte gespalten: Müssten im Labor produzierte potenzielle Biowaffen besser kontrolliert werden? Und wie ist das überhaupt möglich, ohne dabei die Forschungs- und Publikationsfreiheit einzuschränken?

Dual Use, also die Möglichkeit, wissenschaftliches und technisches Wissen nicht nur für zivile, sondern auch für militärische oder gar terroristische Zwecke zu nutzen, ist nichts Neues, die Atomkraft ist das prominenteste Beispiel. Aber die Biosicherheit ist, weil auf geringe stoffliche Substanz und kein technisches Großgerät angewiesen, ein besonders sensibles Feld, auf dem auch psychologisch agiert wird – erinnert sei nur an die Anthraxbriefe, die 2001 an amerikanische Regierungsstellen gingen und eine Milzbrandhysterie auslösten.

Wo mit sensiblen mikrobiologischen Substanzen oder Daten hantiert oder gehandelt wird, müssen in Labors nicht nur bestimmte Sicherheitsstandards (Biosafety) eingehalten, sondern es muss auch mitbedacht werden, welche Gefahren das Werkeln zum Beispiel mit Viren oder Bakterien in sich birgt. Biosecurity ist die quasi öffentliche Seite der Biosicherheit.

Vor dem Hintergrund der Debatte über die Vogelgrippeexperimente beauftragte die Bundesregierung deshalb den Deutschen Ethikrat herauszufinden,



Auch die Ergebnisse aus dem Labor können zu einer Bedrohung werden Foto: Olivier Douliery/laif

Aber wer soll darüber entscheiden, ob ein Experiment zugelassen wird?

ob hierzulande diesbezüglich Handlungsbedarf besteht.

Denn egal, ob ein Virus ungewollt aus einem Labor „entwischen“ – wie möglicherweise der Grippevirus von 1918, der 1977 zu einer Pandemie führte – oder schlicht entwendet wird, oder ob ein veröffentlichtes Laborexperiment einigen „Durchgeknallten“ die Vorlage liefert, um die Gesellschaft mit einem Nachbau in Angst und Schrecken

zu versetzen, außerhalb von Wissenschaftskrimis sind solche Szenarien beängstigend.

Andererseits, so der Marburger Virologe Hans-Dieter Klenk, der bei der Ratsanhörung großflächig das aktuelle Gefahrenpotenzial biowissenschaftlicher Forschung absteckte, gebe es bisher auch keine „belastbaren Erfahrungen“, dass durch Experimente wie dem von Fouchier, „etwas Dramatisches passiert sei“. Dann wäre es wohl auch zu spät.

Eingriffe in die Forschungsfreiheit sind nur dann vertretbar, wenn es um den Schutz von Leib und Leben oder der Umwelt geht, allerdings nicht voraussetzungslos in Form eines Kriterienkatalogs, sondern immer bezogen

auf den konkreten Fall, waren sich die Experten einig.

Im Fall des Grippeexperimentes wäre das eine Güterabwägung: Liefert die Forschung ausreichend Erkenntnisse über grippepale Infektionskrankheiten, die die damit verbundenen Gefahren legitimieren? Unter bestimmten Voraussetzungen, befand der in Hannover lehrende Philosoph Torsten Wilholt, seien Einschränkungen der Publikationsfreiheit „nicht völlig ausgeschlossen“.

Aber wer soll darüber entscheiden, ob ein Experiment zugelassen wird oder eine Veröffentlichung Gefahren birgt? Genügen institutionelle Verhaltenskodices wie der vor einigen

Jahren von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) entwickelte, um Wissenschaftler in die Verantwortung nehmen? Oder bedarf es darüber hinaus rechtlicher und institutioneller Absicherungen?

Während die Vizedirektorin der DFG, Elisabeth Kunst, beispielsweise die Zentrale Kommission für die biologische Sicherheit (ZKBS) in der Pflicht sieht, trauen NGO-Vertreter wie Christof Potthoff vom Gen-ethischen Netzwerk (GeN) Überwachungsbehörden aufgrund ihrer personellen Zusammensetzung so wenig wie dem freiwilligen Risikomanagement der Gentech-Industrie. Vielmehr sollten junge Wissenschaftler über die üblichen Sicherheitseinweisungen in Labors hinaus frühzeitig auf Dual-Use-Risiken vorbereitet werden.

Es fehlt, so der allgemeine Tenor, also weniger an gesetzlichen Regelungen als an einer weltweiten Harmonisierung von Sicherheitsanforderungen und vor allem an der Entwicklung einer entspannten Risikokompetenz.

Wenn der Feuerwehmann erst auftritt, setzte die Londoner Kommunikationsforscherin Petra Dickmann das Szenario ins Bild, ist es bereits zu spät. Risikowahrnehmung und -analyse bewege sich nämlich immer auf dem schwankenden Boden aktueller Kontexte und ist, wie das bei der Vogel- oder der Schweinegrippe zu beobachten war, von einer Krisenkommunikation überwölbt, sei es von der Furcht vor einer Pandemie, sei es von der Angst vor Bioterror.

Würde die Bevölkerung aber lernen, dass Risiken höchstens einzudämmen, nicht aber aus der Welt zu schaffen sind, würde sie mit Gefährdungslagen angemessener umgehen und sich vorausschauend in Präventionsdebatten einmischen können.

Nicht die Einschränkung der Forschungs- und Publikationsfreiheit also ist der Weg, sondern eine weniger aufgeregte Risikokommunikation, die sich auch auf Bereiche beziehen sollte, die Dual-Use-anfällig sind, wie die Nanotechnologie, Aerosoltechnik oder alle Forschungssegmente, bei denen es um Eingriffe in den Körper geht.

Dass wir von einem solchen nicht akuten Risikomanagement weit entfernt sind, lässt sich daran erkennen, dass Ron Fouchier mittlerweile wieder an Grippevarianten forscht. Anlass ist die in China neu aufgetretene Variante H7N9. Ob die Gefahr „aus der Natur“ kommt, wie er behauptet, oder aus dem Labor, steht dahin.

Kleine Gewinnwarnung

CHAMPIONS LEAGUE Der FC Bayern blamiert Barcelona. Der Finalgegner Borussia Dortmund ruft dennoch ein gewisses Unbehagen hervor

AUS BARCELONA MAIK ROSNER

Als es auf zwei Uhr zuing, hatten sich viele Spieler des FC Bayern schon aus dem Bankettsaal des Mannschaftshotels Hesperia Tower zurückgezogen. Manche plauderten noch auf den Fluren wie Philipp Lahm und Arjen Robben, andere hatten sich schon ganz verabschiedet und sich sogar dem Vorstandsvorsitzenden widersetzt. „Da wir am Samstag ein ganz leichtes Auswärtsspiel haben, sollten wir es jetzt krachen lassen“, hatte der Partybeauftragte Karl-Heinz Rummenigge in seiner Ansprache mit Blick auf die Bundesligapartie am Samstag bei Borussia Dortmund gesagt, „ich lade ausdrücklich die Mannschaft und auch Jupp dazu ein. Ihr braucht euch nicht vorzubereiten. Wir sind deutscher Meister, mehr geht nicht.“ Die ganz große Sause blieb aber aus. „Die Feierlichkeiten waren schon etwas enttäuschend“, scherzte Thomas Müller am Donnerstag.

Freudig und für ihre Verhältnisse beinahe gelöst waren die Münchner schon nach dem 3:0 beim FC Barcelona und der Aussicht aufs erstmalige Triple. Zugleich ließ sich durchaus heraushören, welche psychischen Ballast die Bayern mit in das erste rein deutsche Endspiel am 25. Mai in London nehmen werden. Zwar war in dieser Saison im Pokal-Viertelfinale ein verdientes 1:0 gegen den BVB gelungen. Und Präsident Uli Hoeneß hatte damals stolz proklamiert: „Die Machtverhältnisse sind jetzt geklärt.“

Doch trotz dieses Zwischenerfolgs, des imposant errungenen Meistertitels und des Gesamteindrucks, dass den Münchnern so langsam die ernst zu nehmenden Gegner ausgehen, waren in der Nacht von Barcelona auch kleine Zwischentöne zu vernehmen, die von einem zumindest mulmigen Gefühl erzählten. Noch immer sind Wunden aus den beiden Vorjahren nicht ganz verheilt, als die Dortmunder die

Bayern das Fürchten lehrten und ihnen eine Schmach nach der anderen beibrachten. Das war sogar an diesem Abend zu spüren, nach einer weiteren Demonstration der Stärke mit den Toren von Robben (48.), Gerard Piqué ins eigene Netz (72.) und Müller (76.).

„Für uns spielt das keine Rolle. Das ist vollkommen egal. Wer der Gegner ist, ist zweitrangig“, behauptete zwar Kapitän Lahm. Der Pott müsse nun einfach her, nach den zwei verlorenen Finalen 2010 und 2012. Müller gab sogar an, ihm sei es „scheißegal“, dass der BVB in drei Wochen dem zweiten Gewinn der Champions League nach 2001 im Wege steht. Doch gerade die kraftvollen Demotivis nährten den Verdacht: Es existiert ein Gefühl des Unbehagens.

Manuel Neuer ließ dieses zumindest ein bisschen erkennen. Dass der FC Bayern nun Favorit auf den Titel sei, könne man „nicht so sagen“, befand der Torwart, „natürlich haben wir im Pokal ge-

gen Borussia Dortmund gewonnen. Aber ich denke, dass man jetzt nicht über Vorteile sprechen kann.“ Vielmehr werde es „ein Duell auf Augenhöhe, und klar haben wir in der Bundesliga die bessere Saison gespielt, aber international hat Dortmund auch sehr gut gespielt. Es wird auf die Tagesform ankommen. Die Chancen stehen fifty-fifty.“ Dass es morgen in Dortmund bereits zum Vorspiel der beiden Finalgegner kommen wird und dabei mit umfangreichen Rotationsmaßnahmen der beiden Trainer Jupp Heynckes und Jürgen Klopp zu rechnen sein dürfte, „ist auch gut so, glaube ich“, sagte Robben, man sollte „den Druck ohnehin nicht noch unnötig erhöhen“.

Es ist in Tagen, in denen wegen der Steueraffäre von Hoeneß das Börsenvokabular bei den Bayern einen recht breiten Raum einnimmt, wohl

so etwas wie eine kleine Gewinnwarnung gewesen, die die Münchner zumindest indirekt formulierten. Sosehr sich Rummenigge auch in Elogen erging, die Mannschaft und „unser Freund Jupp“ habe durch das Gesamtergebnis von 7:0 gegen die einst beste Elf des Planeten „die Fußballgeschichte neu geschrieben“ und sei auch dabei, „die Geschichtsbücher des FC Bayern neu zu schreiben“, so genau wissen sie in München auch, dass eine Finalniederlage gegen den BVB ihre bemerkenswerte Saison ziemlich entwerten würde. „Ich bin überzeugt: Wir packen das. Aber ich möchte gar keine Kampfansage losschicken Richtung Dortmund, dafür sind wir viel zu stilvoll“, sagte Rummenigge noch. Er grinste und fand seine Anspielung auf die jüngste Kritik zum Beiwerk des Wechsels von Mario Götze offenbar ziemlich gelungen. Die ironische Bemerkung erzählte aber auch viel davon, wie sehr die Bayern der BVB beschäftigt.



Nur fliegen ist schöner: Franck Ribéry (l.) schwebt in die Arme von Luiz Gustavo Foto: dpa

Wir sind deutscher Meister, mehr geht nicht

VORSTANDSVORSITZENDER KARL-HEINZ RUMMENIGGE

Mächtiger Mitspieler

TRAINERSUCHE Auch der Boulevard macht sich dafür stark, dass bei Schalke der wenig charismatische Coach Jens Keller vom unerfahrenen Stefan Effenberg abgelöst wird. Der Klub liefert zu wenig Schlagzeilen

GELSENKIRCHEN taz | Extremsituationen in Trainerangelegenheiten sind nichts Neues für die Fußballprofis vom FC Schalke 04. Es ist nicht lange her, da verloren sie Ralf Rangnick, weil der ausgebrannt war, dann überwarf sich Huub Stevens derart mit der Mannschaft, dass eine Trennung die einzige Lösung blieb, und Felix Magath, von dem es heißt, er neige grundsätzlich zum Extrem, haben große Teile des Kaders auch noch lebhaft in Erinnerung. Da erstaunt es kaum, dass sich jetzt wieder eine recht seltene Trainerkonstellation ergeben hat: Vieles deutet darauf hin, dass es die Mannschaft selbst in der Hand hat, ob sie auch mittelfristig unter dem Fußballlehrer Jens Keller, der im Winter als Zwischenlösung auf Stevens folgte, spielen darf. Keller und seine Spieler müssen in den letzten drei Saisonspielen, von denen das erste am heutigen Abend in Mönchengladbach stattfindet, Tabellenplatz vier verteidigen, dann könnte Keller sein Amt behalten. Andernfalls kommt wohl Stefan Effenberg.



Lässiger Schüler: Stefan Effenberg (l.) beim Trainerlehrgang Foto: reuters

Wobei die Effenberg-Sache mächtig an Fahrt aufgenommen hat in dieser Woche. Am Mittwoch hat Manager Horst Heldt sich nach Informationen der WAZ zu einem Vier-Augen-Gespräch mit dem ehemaligen Nationalspieler getroffen. Der Kandidat wurde mit dem Privatjet von Aufsichtsratschef Clemens Tönies eingeflogen, auch der Fleischfabrikant mischt sich ja traditionell ein, wenn der FC Schalke einen Trainer sucht. Und er liebt große Namen. In diesem

Fall gibt es indes einen weiteren Mitspieler, der versucht, Einfluss zu nehmen. Denn eine Entscheidung für Keller, dem es ein wenig an Charisma mangelt, wäre eine Art Schreckensszenario für die Bild-Zeitung.

In den vergangenen Monaten litt die Ausgewogenheit der Berichterstattung in Deutschlands bevölkerungsreichster Region nämlich sehr, weil bei Borussia Dortmund ständig grelle Schlag-

zeilen produziert wurden, während es auf Schalke ganze Wochen gab, in denen es nichts Spannenderes zu berichten gab als das Neueste zur Genesung von Jefferson Farfan (der übrigens auch in Gladbach auszufallen droht). Das Interesse der bedeutsamen königsblauen Fraktion im Revier an einer Zeitung mit solch einem Ungleichgewicht ist naturgemäß nicht besonders groß. Insofern wäre der

glamouröse, polarisierende und meinungsfreudige Effenberg ein Segen. Wie sehr sich das Boulevardblatt für Effenberg einsetzt, lässt sich am Inhalt der jüngsten Veröffentlichungen von Günter Netzer und Oliver Kahn im Bild-Umfeld ablesen.

Netzer behauptet in seiner Kolumne forsch: „Ja, das würde passen!“, und Kahn formulierte auf seinem Blog bei Bild.de: „Ich kann mir gut vorstellen, dass Stefans Sieger-Mentalität für den Klub ein großer Gewinn ist.“ Effenbergs Mangel an Erfahrung könnte aufgefangen werden, indem Peter Herrmann, der gegenwärtige Assistent von Jupp Heynckes, Co-Trainer auf Schalke wird. Wobei Herrmann auch als möglicher Co-Trainer Kellers im gehandelt wird.

Erstaunlich ist, dass all diese Informationen an die Öffentlichkeit gelangten. Heldt sagt dennoch, Keller sei sein „erster Ansprechpartner“, während er Effenberg für einen „Trainer der Zukunft“ halte. Der Manager schätzt Keller sehr, aber er spielt auf Zeit und hält sich alle Optionen offen. Sollte Keller nämlich Platz vier verpassen, wäre er kaum mehr vermittelbar. Der wahre Wunschkandidat Heldts war ohnehin ein anderer: der Freiburger Christian Streich. Im April gab es ein Treffen in Baden-Baden, aber Streich sagte ab. Während die Avancen an Streich geheim blieben, bis das Thema durch war, ist der Fall Effenberg zu einer hübschen Unterhaltungsserie geworden ist. Täglich gibt es eine neue Folge.

DANIEL THEWELEIT

WAS ALLES NICHT FEHLT

Exorbitante Kartennachfrage: Borussia Dortmund erlebt vor dem Champions-League-Endspiel am 25. Mai in London gegen Bayern München einen Ansturm seiner Fans. Am Donnerstag lagen dem BVB 250.000 Ticket-Anfragen für die Partie im Wembleystadion vor. Jeder Klub erhält für das Endspiel rund 25.000 Karten von der Europäischen Fußball-Union.

Ein ominöser Todesfall: Der Torhüter des schwedischen Erstligaklubs AIK Stockholm, Ivan Turina, ist in der Nacht zum Donnerstag gestorben. Der 32-jährige Kroatie sei tot in seinem Bett gefunden worden, teilte ein Polizeisprecher der Zeitung *Aftonbladet* mit. Es gebe keine Anzeichen für ein Verbrechen. Mangelte von einer „krankheitsbedingte Todesursache“ aus.

Beidekt: Deutsche Männer lernen Klugheit
taz.die tageszeitung
Ich teile mir die taz mit 12.500 anderen.
Mehr als 12.500 Genossinnen und Genossen sichern die publizistische und ökonomische Unabhängigkeit ihrer Zeitung. Wer einmal einen Anteil von 500 €* zeichnet, kann Genossin werden.
geno@taz.de
T (030) 25 90 22 13
*auch in 20 Raten zahlbar
www.taz.de/genossenschaft



ACHTUNG, ACHTUNG: DIE INSEKTENDROHNEN KOMMEN!

Jetzt ist man endgültig nirgendwo mehr sicher! US-Forscher haben eine winzige Roboterfliege gebaut, die zwei Zentimeter lang und 0,08 Gramm leicht ist. Das künstliche Insekt fliege wie sein natürliches Vorbild, berichten die Entwickler um Kevin Ma von der Harvard-Universität im Fachjournal *Science*. Die Erfindung ist demnach der erste derartig kleine Flugroboter mit



schlagenden Flügeln und soll Wissenschaftlern unter anderem neue Einblicke in den Insektenflug eröffnen. Doch auch Besorgnis ist angebracht. Diese Miniaturdrohnen könnten schon bald vom Militär und von Geheimdiensten missbraucht werden! Gekonnt schwirren sie einfach zum Fenster herein, verstecken sich im Biomüll und warten nur darauf, eine kleine Mini-Ra-

kete abzufeuern! Auch für die verdeckte Überwachung ist die Roboterfliege prädestiniert. Das Kunstinsekt kann dazu sogar in der Luft auf der Stelle stehen und fast unbemerkt Flugmanöver ausführen. Es ist also allerhöchste Zeit, seine Gegenmaßnahmen aufzurüsten. Die Wahrheit arbeitet deshalb schon fieberhaft an einer atombetriebenen Panzerfliegenklatsche!

DAS WETTER: SUMPFSÜLZE

Man nehme: mindestens 1,5 Kilogramm abgehangenes Morchelfleisch vom Oggerheimer Tafelrind, zirka 300 Gramm Pestwurz, einen halben Liter Schwefelfond, 600 Gramm Grunzblätter, eine Messerspitze Aalblut, Kastanienschalen nach Belieben und zum Würzen Baldrian, Musketenfett und Schlamasselrinde. Das Fleisch würgen und im Bräter ringsherum kohl-

schwarz anbraten, mit Pestwurz abreiben und mit dem Schwefelfond ablöschen. Grunzblätter und Kastanienschalen hinzugeben und bei 800 Grad für gut 2 Stunden in den Ofen geben. Danach herausnehmen und mit Aalblut abschmecken. Fein filetieren und mit Beilagen servieren. Dazu passen besonders gut herzhaftes Schlonzrisotto oder Klößenpommes. Guten Appetit!

Ein Fall für SS-Tappert

GIFTSCHRANK Die drei niemals ausgestrahlten „Derrick“-Episoden

Vier Jahre nach seinem Tod ist enthüllt worden, dass der Schauspieler Horst Tappert als Soldat des SS-Regiments „Totenkopf“ während des Zweiten Weltkrieges an der Ostfront kämpfte. Daraufhin hat der niederländische Fernsehsender Max die Serie „Derrick“, mit der Tappert auch außerhalb Deutschlands berühmt wurde, aus dem Programm gestrichen. Und der Skandal hat erst begonnen. Denn nicht nur Tappert, sondern auch „Derrick“-Erfinder und -Stammautor Herbert Reinecker diente in der Waffen-SS als Propagandajournalist des Nazi-Regimes. Im Sinne einer „umfassenden und kritischen Aufarbeitung der Geschichte“ hat das ZDF beschlossen, seinen Giftschrank zu öffnen. Darin lagern drei „Derrick“-Episoden, die aus guten Gründen nie ausgestrahlt wurden. Die Wahrheit sichtet das brisante Material.

„Tod des Wucherers“
Kredithai Aaron Goldenberg wurde mit einem Hammer erschlagen. Nur zögernd übernimmt Derrick den Fall. Denn er kennt die vielen Münchener Familien, die der skrupellose Raffke ins Elend gestürzt hat. „Mord ist nicht immer gleich Mord“,

sagt der Chefinspektor zu Harry Klein. Trotzdem erfüllt er als guter deutscher Kriminalist seine Pflicht und fährt durch die Gegend, um nachzudenken. Harry klappert inzwischen die Adressen von Goldenbergs Schuldner ab. Dabei überrascht er den Hufschmied Eberhard Horre, wie er Blut von einem Hammer wäscht. Die Beschmutzung sei beim Beschlagen eines nervösen Rennpferdes passiert, erklärt der knorrige Horre. Inspektor Klein findet an diesem Alibi nichts auszusetzen. Auch sein Chef nicht: „So simpel geht es nie zu, wenn Leute vom Stamme Goldenbergs ausgemerzt werden.“ Er fährt wieder viel durch die Gegend und findet den Täter schließlich durch pure Deduktion. Goldenberg war nämlich Mitglied einer Münchner Freimaurerloge, hinter der sich die bayerische Fraktion der Weisen von Zion versteckt. Um Goldenberg, der gern dem Wein zusprach, davon abzuhalten, im Suff die Welt Eroberungspläne der Loge auszulaudern, richteten seine Genossen ihn auf ebenso grausame wie mystische Weise. „Denn der Hammer ist das wichtigste Symbol dieses üblen Vereins“, erläutert Derrick seinem Assistenten und schlägt zur Abwehr okkulten

Mächte ein Hakenkreuz. Aber die Indizien reichen nicht aus, um die Bande dingfest zu machen.

„Angriff aus dem Dunkel“
Oberinspektor Derrick genießt ein Nostalgie-Wochenende im Hotel „Stahlhelm“ am Starnberger See. Im Kreise alter Kameraden vom SD-Polizeibataillon „Siegfried“ gedenkt er der gemeinsamen Abenteuer während des Russlandfeldzugs. Doch der fröhliche Umtrunk endet mit einem Todesfall: Anton Hackbrett, einst Küchenbulle des Bataillons, jetzt Direktor des „Stahlhelm“, wird erschossen im Kühlraum aufgefunden. Derrick tippt zunächst auf den langhaarigen, affektierten Sommelier Henri Dechateau als Täter und lässt ihn in Schutzhaft nehmen. Da ereignet sich der nächste Mord: Diesmal trifft es Emil Holtzwurm, einst Schreibstuhnhengst des Bataillons. Ein langes schwarzes Haar auf Holtzwurms Hemd führt Derrick zum Mörder. Es ist die Kellnerin Gudrun. Sie heißt in Wahrheit Ludmilla und wurde vom KGB nach Deutschland eingeschleust. Ludmillas Motiv: Rache für eine Tante, die als „Flinbloweb aus Odessa“ berüchtigt war und von den Männern des „Siegfried“-Bataillons zur Stre-



Horst Tappert wurde mit seiner Rolle als Ermittler „Derrick“ auch außerhalb Deutschlands recht bekannt. Foto: reuters

cke gebracht wurde. „Man muss die Vergangenheit mal ruhen lassen“, mahnt Derrick, bevor er Ludmilla mittels Genickschuss richtet.

„Absoluter Wahnsinn“
Kommerzienrat Höllriegel ist verzweifelt: Seine Schäferhündin Freya wurde entführt. Er bittet Kriegsfreund Derrick um Hilfe: „Stephan, hier droht eine nationale Katastrophe – die Freya ist direkte Nachfahrin der Blondie von unserem Führer!“ Derrick fackelt nicht lange. Zweifellos

wollen kommunistische Chaoten das Erbgut der edlen Hündin für ihre deutschfeindlichen Umtriebe missbrauchen. Derrick lässt eine Ausgangssperre über München verhängen und vorsorglich alle roten Socken einkerkern. Zugleich verkündet er ein Ultimatum: Sollte Freya nicht bis zum nächsten Morgen in der Polizeidirektion abgeliefert werden, droht jeder Katze in der Stadt ein langer und schmerzhafter Tod durch Erhängen am Fleischerhaken. Derrick weiß nämlich, dass Katzen wegen ih-

res verschlagenen Charakters die Lieblingstiere des Bolschewikenpacks sind. Die Situation spitzt sich dramatisch zu, als Inspektor Harry Klein einer Spur zum sinistren Tierarzt Jossele nachgeht. In dessen Praxis hat sich ein Geheimkommando des Mossad verschant, mit Freya als Geisel. Die Geschichte, die als Zweiteiler angelegt war, doch schon während der Produktion auf Eis gelegt wurde, endet offen: Wird Derrick mit den Dognappern verhandeln oder die Endlösung anordnen? **KAY SOKOLOWSKY**



FORSA-UMFRAGE ZU NÄCHTLICHEN TOILETTENGÄNGEN
Leidende Geschlechter bei Nacht

HERRENBERG taz | „In deutschen Schlafzimmern gibt es Aufklärungsbedarf, zumindest was die nächtlichen Toilettengänge der Männer betrifft“, das schreibt der Arzneikürbisverwurster Granufink und beruft sich auf eine Forsa-Umfrage, bei der Männer und Frauen getrennt voneinander befragt wurden. Die hat herausgefunden: Nur 3 Prozent aller Männer glauben, dass ihre Partnerin durch einen Toilettenbesuch in ihrer Nachtruhe gestört wird. Aber: Fragt man die Frauen, füh-

len sich 25 Prozent gestört. Und während 86 Prozent der Männer davon ausgehen, ihre Partnerschaft sei dadurch nicht beeinträchtigt, sieht mehr als die Hälfte der Frauen das ganz anders. Es sind unhaltbare Zustände in den deutschen Schlafzimmern, wie Granufink weiß: „Beide leiden unter den nächtlichen Ausflügen zum stillen Örtchen, wenn auch jeweils auf ihre Weise.“ Es wird höchste Zeit für ein Comeback des Bettnässens! Was tut man nicht alles für die Liebe.

GURKE DES TAGES

„Käsmann wünscht sich Nervensägen für Gerechtigkeit“, nölte uns gestern die alte Nervbackenagentur epd die Ohren voll. Die ehemalige EKD-Ratsvorsitzende Margot Käsmann hatte während des Kirchentages Christen dazu aufgerufen, ihren Mitmenschen noch mehr auf den Zeiger zu gehen. Sie ist dabei natürlich das allerbeste Beispiel! Käsmann wünscht sich Nervensägen für Gerechtigkeit, aber wir fordern: endlich Gerechtigkeit für Nervensägen!

UHU SCHUHU TRIFFT EULE KEULE

VON JENNI ZYLKA

Man sollte sich seinen Sarg immer in einer Größe aussuchen, die es einem erlaubt, tüchtig drin zu rotieren. Ottfried Preußler ist noch nicht mal kalt, und schon wird der beste Freund vom „Kleinen Gespenst“ bei einer Theateradaption des Preußler-Erfolgsstoffes öffentlich als „Eule Schuhu“ diffamiert. Eule Schuhu! Wenn man juvenilen Zuschauern schon aus übereifrigen Schleichwerbungsvermeidungsgründen das „Uhu Schuhu“ nicht zugesteht, dann könnte man doch wenigstens in der Reimlogik des böhmischen Autors bleiben: Wieso kann das kleine Gespenst nicht mit der „Eule Keule“ nachts auf dem Ast ihres Lieblingsbaums sitzen und über das Schicksal des Städtchens Eulenberg wegen der Belagerung durch General Torstensson spekulieren?

Die Eule Keule stelle ich mir als zerrupften, eventuell ein wenig ungebildet wirkenden, aber mit einem Herz aus Gold ausgestatteten Berliner Nachtvogel vor, der als Küken eine Weile im Knast war, weil er mit Raubvögeln aus der Nachbarschaft umherzog. Aber das alles ist lange her, und die Eule Keule hat dazugelernt. Ihre kriminelle Vergangenheit und die Läuterung machen sie zu einem streetsmartem Vogel, der auch vor ruppigeren Begegnungen mit frechen Spatzen oder eingebildeten Adlern nicht zurückschreckt und sich deutlich gegen die Waldgentrifizierung einsetzt, die in Form eines genau an der Lieblingsbaumstelle geplanten Starbucks droht... ich glaube, ich biete den Stoff gleich mal dem Gripstheater an, der ist gut! Man könnte sogar eine Begegnung zwischen

dem hochnäsigen Uhu Schuhu, gesprochen von Sky DuMont, und der Eule Keule, gesprochen von Martin Semmelrogge, einbauen, und vielleicht könnten Uhu Schuhu und Eule Keule am Ende Freunde werden und gemeinsam das Dach des Starbucks mit Gewölle verschmutzen! Und das kleine Gespenst erschreckt so lange die Münchner Medienarbeitenden um die 30, bis sie ihre Latte macchiatos fallen lassen und verduften! Ha!
Well, I think, I got carried away, wie der gschamige Amerikaner sagt. Jedenfalls ist das Umbenennen von eingeführten Kosennamen meist problematisch und nur selten so egal wie in den Niederlanden, denn Königin Beatrix heißt ja jetzt Prinzessin Twix, sonst ändert sich nix. Aber apropos Amerikaner, manchmal haben sie ja doch Humor:

Habe neulich einen hübschen Kommentar zu der Entdeckung eines angeblichen Alien-Skeletts, dem so genannten Atacama Humanoid in der chilenischen Atacama-Wüste gelesen, das komplett mumifiziert von einem selbst ernannten Ufo-Forscher in verschiedenen Internet-Clips vorgeführt wird und mit nur 15 Zentimeter Länge einer Barbiepuppe genau bis an die viel zu schmale Taille gehen würde: „I would like to see their cute tiny spaceship!“ Das würde ich in der Tat auch sehr gern! Wenn der Atacama Humanoid doch nur schläft und irgendwann aufwacht und nach Hause will, biete ich mich zudem an, ihm ein neues aus Lego bauen. Auf Wunsch sogar einen Millennium-Falken, zwischen Lego und Lucasfilms gibt es selbstverständlich Franchise-Verträge.

Ein Teil unserer Auflage enthält eine Beilage von GEA
taz.die tageszeitung erscheint tägl. Montag bis Samstag, Herausgeb.: taz.die tageszeitung, Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Rudi-Dutschke-Straße 23, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | **Internet:** www.taz.de
Chefredaktion: Ines Pohl
stellv. Reiner Metzger + Sabine am Orde
Chefreporter: Peter Unfried
Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Harkortstraße 81, 22765 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Rudi-Dutschke-Straße 23, 10969 Berlin, 030 | 25 902 0
Verantwortliche i.S. des Pressegesetzes: Ines Pohl
LeserInnenbriefseite: Gabriele v. Thun
Anzeigen Gesamtausgabe: Margit Jöhnk
Berliner Lokalteil: Bert Schulz | alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahlcke | Hamburg
Anzeigen: Andrea Bodirsky | Bremen
Manfred Frenz | Hamburg
RechercheDienst: Di.–Do. 11–15 Uhr
Telefon: 030 | 25 902 284 | **Fax:** 25 902 684
E-Mail: recherche@taz.de | kostenpflichtig
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516
Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandene Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.
Kleinanzeigen: Überregional und Berlin
taz-Kleinanzeigen, Rudi-Dutschke-Straße 23
telefonisch: Mo.–Fr. 9-15 Uhr 030 | 25 902 222
Fax: 030 | 25 902 444 | **E-Mail:** kleinanz@taz.de
Anzeigenverkauf: Überregional und Berlin
taz-Anzeigenabteilung, Rudi-Dutschke-Straße 23
tel.: 030 | 25 902 238 | 290 | 289
Fax: 030 | 25 106 94 | **E-Mail:** anzeigen@taz.de
Lokalteil Hamburg: taz-Entwicklungs GmbH & Co
Harkortstr. 81, 22765 Hamburg, 040 | 38 90 17 12
Lokalteil Bremen: taz-Entwicklungs GmbH & Co |
Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 9 60 26 10
Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Rudi-Dutschke-Straße 23, 10969 Berlin
Geschäftsführer: Karl-Heinz Ruch
Gesellschafter | 99,96%: taz, die tageszeitung
Verlagsgenossenschaft eG, Berlin
Vorstand: Andreas Bull, Kaufmann | Ulrike Herrmann, Journalistin | Jörg Kohn, Schriftsetzer | Tania Martini, Redakteurin | Karl-Heinz Ruch, Kaufmann | alle Berlin
Aufsichtsrat: Astrid Prange de Oliveira, Journalistin, St. Augustin | Johannes Rauschenberger, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Stuttgart | Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin
Druck: Henke Pressdruck GmbH & Co. KG | 13053 Berlin
A. Beig Druckerei GmbH & Co. | 25421 Pinneberg
MDV GmbH | 35390 Gießen
Aboservice: 030 | 25 902 590
9.00–16.30 Uhr | Mo.–Fr.
Fax: 25 902-680 | **E-Mail:** abo@taz.de
Abonummer nicht vergessen!
MfL. Mindestpreis regulär 23,90 €



34. Kirchentag
2013 in Hamburg

Seid Nervensägen!

Margot Käßmann auf dem Kirchentag

In der Atmosphäre sei einer wie der andere. Nicht dass im trüben Hamburger Licht schon vor der Nacht alle Mäuse grau werden – aber alles in allem, um bei der Wahrheit zu bleiben: Es gibt doch Stars. Prominente. Menschen, die stärkere, klarere Stimmen als andere haben. Solche mit Glamourappeal – und so eine ist seit einigen Kirchentagen Margot Käßmann. Einstige Bischöfin von Hannover, Kirchentagsgeneralsekretärin Ende der Neunziger, nunmehr die Beauftragte ihrer Glaubensgemeinschaft für den 500. Geburtstag der Reformation im Jahr 2017. Diese Frau macht dem Publikum Beine.

Sorgt dafür, dass schon eine Stunde vor ihrer Bibelarbeit auf dem Messegelände in Hamburg vor den schweren Türen der Halle Menschen drängeln und um Einlass nachsuchen. Käßmann macht die Hütte zum Meer der Gewogenheit, des Applauses, lässt miteinander baden im Einverständnis, im Nachdenken. Da erzählt diese Königin des Kirchentags: Da gab es mal einen Pastor, der hatte einen Garten mit Apfelbäumen. Als es Erntezeit wurde, fand er viele Früchte geklaut. So stellte er ein Schild in den Garten: Gott sieht alles. Woraufhin Käßmann die Pointe setzte und sagte: Und tags darauf fand der Pastor eine Er-

widerung auf das Warnschild: Ja, kann sein – aber er petzt nicht.

Käßmann kann ein Publikum ohne jeden falschen Ton einnehmen. Sie sprach in ihrer Bibelarbeit (Lk 18,1–8) von einem Richter, der von einer nervigen Frau um ein Urteil gebeten wurde. Sie erläuterte dann: Frauen sind oft nervig, und sie müssen nerven, denn das Mittel der Nerverei sei ein probates in Zeiten, in denen Frauen seltener Gehör fanden (und finden) als Männer. Diese Protestantin plädierte vehement für Streit, für Konflikte, für Auseinandersetzungen – und gegen Harmoniesucht. Nicht wahr, so Käßmann, man hat

das Einverständige, Harmonische gern. Klar, sei auch verständlich. „Seid Nervensägen“ war ihr die angemessenere Botschaft. Nervt, seid exzentrisch, den Comment verletzend, sich gelegentlich auch mal im Ton vergreifend. Und zugleich ließ sie durchschimmern, wie schwer es sei und doch hin und wieder nötig, sich im Zaum zu halten.

Selten so Souveränes erlebt: eine Protestantin voller Sinnlichkeit auf intellektuellen Höhen – und mit starkem Talent zur Selbstonisierung. Kein Wunder, dass sie immer populärer zu werden scheint. Starke Performance. Respekt! **JAN FEDDERSEN**



Margot Käßmann bei der Bibelarbeit
Foto: Christian Charisius/dpa/picture alliance

Geschichten und Handreichungen zum Kirchentag in Hamburg

IN DIESER AUSGABE STILLE DIPLOMATIE Kirchenasyl: professionell und erfolgreich **GOTTES LOHN**
Die Kirche beansprucht als Arbeitgeber eine Sonderrolle **BIBELKUNDE** Schwierige Gerechtigkeit

SCHUTZ Gotteshäuser können geflüchtete Menschen aufnehmen, die der Staat zurück in ihre Herkunftsländer abschieben will. Das Kirchenasyl gibt es in Deutschland seit den achtziger Jahren. Damals war es Protest. Heute bedeutet es Diplomatie

Lieber leiser

VON KRISTIANA LUDWIG UND HANNES VON DER FECHT (FOTOS)

Wenn die Polizisten kommen, dann sollen sie vor dem Altar stehen, und die Glocken sollen läuten. Thomas Heß ist den Ablauf immer wieder durchgegangen. Mit Susan Alviola, die so dünn geworden ist, mit den Kindern Claritze und Alvin, mit den Nachbarn, den Aktivistinnen und mit seiner Frau. Die ganze Nacht haben sie zusammen in der Kammer gegessen, oben im Gemeindehaus seiner Hamburger St.-Stephanus-Kirche. Der Flug nach Manila geht über Amsterdam. Start sei in den frühen Morgenstunden, hatte die Stimme am Telefon gesagt. Doch langsam wird es hell. Niemand steht vor der Tür. Der Anrufer hat gelogen.

Als das Telefon zum zweiten Mal klingelt, ist es die Innenbehörde. Die Abschiebung der philippinischen Familie sei nun doch vom Tisch. Nach 24 Tagen im Kirchenasyl dürften Frau und Kinder in Deutschland bleiben. Bloß ein letztes Gespräch noch. Pastor Heß fährt in die Stadt, ein Tisch im Mövenpick. Der Propst, ein Mann von der Behörde und er. Der dritte Anruf ist von seiner Frau. Der Kellner bittet ihn ans Telefon: Polizisten durchsuchen die Kinderzimmer.

Es ist der 15. November 1984, als Susan Alviola und ihre Kinder durch ein Fenster ins Kirchenschiff klettern. Die Glocken schaltet ein Beamter ab. Mit beiden Händen klammern sie sich an die Holzbänke. Fünfzehn Polizisten tragen sie aus dem Andachtsraum. Um 19 Uhr hebt Flug LH 712 ab.

Zeit gewinnen

Als Heß die philippinische Familie eines Seefahrers bei sich aufnimmt, liegt das erste deutsche Kirchenasyl in Berlin gerade mal ein Jahr zurück. In den USA hatten christliche Gemeinden bereits Ende der siebziger Jahre begonnen, Flüchtlinge aus Lateinamerika zu verstecken. „Sanctuary Movement“ nannten sie sich: die Asylbewegung. Heß ist 33 Jahre alt. Die Hamburger Behörde will keinen Präzedenzfall für ausländische Seefahrer schaffen – Heß will kämpfen. Er sagte: „Wir machen das jetzt.“

Petrus und die Apostel antworteten: Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen.

Im Neubaubüro in der Hamburger Hafencity steht Pastorin Fanny Dethloff zwischen ihren Kakteen und spricht in ein Smartphone. „Es ist einfacher, das Geld bei uns einzuklagen“, sagt sie: „Das wissen die meisten Krankenhäuser, und deswegen gehen sie uns auf den Sack.“ Dethloff, Baumwollkleid, Ohrstecker aus Holz, ist Vorstandsvorsitzende der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Asyl in der Kirche. Gegründet zehn Jahre nach der Ausreise von Susan Alviola.

Dethloffs Zahlen für 2011: Deutschlandweit 69 Personen in Gemeinden untergebracht, 16 Kirchenasyle erfolgreich been-

det, eine Abschiebung. Kirchenasyl heißt für sie: Man braucht ein ganzes Team, um einen Menschen zu bespaßen. Haft de luxe. Die psychische Anstrengung für den Flüchtling ist groß, ebenso wie der Aufwand. Mediziner, Anwälte, Lebensmittel, die Schule für die Kinder. Kirchenasyl bedeutet, Zeit zu gewinnen.

Die evangelische Nordkirche bezahlt neben Dethloffs eigener Stelle als Flüchtlingsbeauftragte mittlerweile Wohnungen, in denen Menschen untertauchen können. Sie finanziert Juristen, die Flüchtlinge beraten. Und solche, die verhandeln können. „Heute reden wir lieber im Hintergrund mit den Behördenvertretern“, sagt Fanny Dethloff der Presse.

Ziviler Ungehorsam? Protest? Man muss mit Medien verantwortlich umgehen. „Stilles Asyl“, sagt sie, wenn sie mit den Behörden spricht, aber nicht mit Journalisten.

Vier Tage im Boot

Die Tür von Nahla Dali* ist bunt besprüht. Eine Comicfigur, ein kleiner Junge – es ist der Eingang zum Jugendtreff. Dali sieht das Graffiti nicht oft. Seit einem Jahr verlässt sie diese Räume, in denen sie nun wohnt, fast nie. In den ersten Monaten ging sie nur zum türkischen Laden an der Ampel, kaufte ein, so schnell sie konnte, und lief zurück. Sie weiß: „Ich bin nicht normal.“ Was passiert, wenn ein Polizist sie kontrolliert, das weiß sie nicht.

Dali wurde in dem Moment zum Flüchtling, als ihr Mann an multipler Sklerose erkrankte. Eigentlich lebten sie bereits weit entfernt von der gefährlichen Heimat Syrien. Verdienten gutes Geld in Saudi-Arabien, er verkaufte Schokoriegel, sie kümmerte sich um die Kinder. Doch als er nicht mehr konnte, konnte sie ihn nicht vertreten. Dali darf in Saudi-Arabien nicht Auto fahren. Sie ist eine Frau.

Vier Tage sitzen sie im Boot nach Italien. In Bayern hält sie die Polizei an. Flüchtlingsheim. Von dort sind es zweieinhalb Kilometer Fußweg zur Schule. Ihre beiden Töchter und sie sind die einzigen Frauen in der Unterkunft. Dali begleitet sie zum Badezimmer, den Flur entlang. So wie ihren Mann, der jetzt Hilfe braucht.

Die letzte Station ihrer Familie ist ein Versteck im Wald. Von hier aus geht es nicht mehr weiter, nur noch zurück.

Auf dem Billardtisch im Jugendtreff liegt ein Deckel aus Holz. Er wurde an die Wand geschoben. Darunter stehen Plastikbagger, für die zwei Kleinen. Die Zimmer sind groß, aber die Stoffe vor den Fenstern lassen wenig Licht in den Keller. Die Wangen der Pastorin schimmern rosa. Draußen war es warm, das spürt man hier nicht.

„Wir haben dich vermisst“, sagt Nahla Dali. „Ich habe gestern nicht geschlafen. Fünfhundert Menschen tot, an einem Tag. Ich habe geträumt, dass meine Mutter stirbt. Dann bin ich aufgewacht.“ Die Pastorin blickt in die dunklen Augen der schmalen



Kämpft für das Kirchenasyl: Pastor Thomas Heß in der ehemaligen St.-Stephanus-Kirche in Hamburg-Eimsbüttel

Dali. „Durch euch ist für mich der Krieg näher“, sagt sie. Dass Dali, ihr Mann und ihre vier Kinder hier im Kirchenanbau leben, wissen die Hamburger Behörden. Die Gemeinden der Stadt gelten als sicher. Alviolas Abschiebung im Herbst 1984 ist bis heute die einzige geblieben. Um welche Gemeinde es sich bei Nahla Dali handelt, soll trotzdem geheim bleiben. Die Pastorin fürchtet Anschläge von Rechtsextremen.

Als die Familie im letzten Jahr kam, waren die alten Frauen aus der Gegend die Ersten, die fragten: Brauchen sie was Warmes? Essen? Decken? Die Kriegsgeneration. Heute bringen sie Geschenke für die Jungs vorbei. „Wenn man die Geschichte mal erzählt, haben viele Leute Mitgefühl“, sagt der Küster. „Sonst sind wir ja hier überannt“, ergänzt er. Von Ausländern.

Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat.

Diplomsozialpädagogin Anne Harms, 45 Jahre alt, früher Menschenrechtsaktivistin, sitzt zwischen weiß beklebten Aktenordnern und einer Orchidee. Der Bleistiftspitzer summt leise unter ihrer Tischplatte. Aus ihrem Büro in Hamburg-Altona leitet sie die kirchliche Hilfsstelle Fluchtzentrum. Gründungsjahr:

Heute reden wir lieber im Hintergrund mit den Vertretern der Behörden

Fanny Dethloff, Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft für Asyl in der Kirche



„Früher war ich naiv“, sagt der Geistliche Heß. Kirchenasyl ist heute professioneller und erfolgreicher

Chronik des Kirchenasyls

- Bereits in griechischen Tempeln konnten sich im 5. Jahrhundert vor Christus Verfolgte unter den Schutz der Götter stellen. 511 schrieb das Kirchenkonzil von Orléans erstmals fest, dass Mörder, Ehebrecher oder Diebe, die das Kirchenasyl aufsuchten, nicht mit Gewalt aus der Kirche abgeführt werden durften.
- In den USA begannen Gemeinden Ende der siebziger Jahre im „Sanctuary Movement“, südamerikanische Flüchtlinge zu verstecken. Die Asylbewegung schwapp-

te in den achtziger Jahren über die Niederlande nach Europa.

■ Beim ersten deutschen Kirchenasyl im Frühling 1983 baten Palästinenser die Heilig-Kreuz-Gemeinde in Berlin-Kreuzberg um Hilfe, weil sie in den libanesischen Bürgerkrieg abgeschoben werden sollten.

■ 2010 protestierten Flüchtlingsbeauftragte aus deutschen und europäischen Kirchen mit ihrer „Charta der neuen Sanctuary-Bewegung“ gegen die europäische Asylpolitik. (klu)

1994. „Politische Kampagnen sind für Gemeinden oft eine Überforderung“, sagt Harms.

Sie ist bereits einige Male zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nach Nürnberg geflogen. „Je stiller die Diplomatie ist, desto erfolgreicher ist sie.“ Fluchtzentrum begann als Initiative. Heute hat die Organisation ein Standing. Man arbeite transparent, sagt Harms, denn die Politik wisse: Bevor die skandalisieren, rufen sie uns an.

Seit Jahrzehnten, sagt auch Christiane Germann vom Nürnberger Bundesamt, stehe man mit Kirchenvertretern im Dialog. Mit Bischöfen, mit der Caritas und der Diakonie, mit der Bundesarbeitsgemeinschaft für Kirchenasyl und in Expertisenrunden: konstruktive, vertrauensvolle Gespräche. „Einzelfälle“, sagt Germann, würden so „im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten auch relativ oft einer Lösung zugeführt“.

Behörden überzeugen

Ob ein Kirchenasyl mit einer Aufenthaltserlaubnis für die Schützlinge endet, hänge „davon ab, ob die Kirchen in der Lage sind, die politisch Verantwortlichen von einer humanitären Lösung zu überzeugen“, glaubt Günter Burkhardt. Er ist der Geschäftsführer der Flüchtlingsorganisation Pro Asyl. Anne Harms sagt, sie werde nicht die Klappe halten, damit der Gesprächsfaden nicht abreiße.

Ein Edelt Grieche ist dort eingezogen, wo früher der Kampfringergrieche war. Eimsbüttel hat sich verändert, seit Thomas Heß die Gemeinde verließ. Die St.-

Stephanus-Kirche ist heute entwidmet. Auf dem rauen Steinboden im Keller liegt jetzt Parkett, der Altar ist verschwunden. Werbegrafiker haben an seiner Stelle graue Sofas aufgestellt, für Kreativrunden. Flachbildschirme und Topfpflanzen im ganzen Kirchenraum.

Als die Bänke noch standen, hatte die Seefahrerfrau Alviola gesagt: „Mein Pastor und mein Anwalt schreien sich an.“ Heß wollte die harte Linie, wollte die Sache politisch durchziehen. Es kann doch nicht sein, dass wir Leute abschieben, weil Reeder Gewinn machen wollen! Es gab Solidaritätsveranstaltungen hier, sonntags war die Kirche proppenvoll. Ausgetretene kamen zurück, sogar Liedermacher Wolf Biermann spielte. Doch der Anwalt wollte verhandeln.

Als es vorbei war, engagierte sich Heß im Flüchtlingsrat, später auch bei Fluchtpunkt. In Eimsbüttel suchte nie wieder jemand Schutz. Die Stephanuskirche war verbrannt.

Das Kirchenasyl sei heute erfolgsorientierter, es sei professionell geworden, sagt Heß: „Ich war naiv.“

Er predigt jetzt draußen in Bergedorf. Eine Vorstadtgemeinde. Seine Haut ist weich geworden und sein Haar ergraut. Noch drei Jahre bis zur Pensionierung. Als vor einiger Zeit Hamburger Kurden in den Hungerstreik traten, da bot ihnen Heß noch einmal an, zu kommen. Doch die Kurden lehnten ab. Wollten in ihrem Stadtteil bleiben. St. Georg, in Hauptbahnhofsnahe. Dort gibt es mehr Presse.

„Name geändert“

ARBEITGEBER Die Kirche beansprucht für sich als Arbeitgeber eine Sonderrolle. Streiks gelten als systemfremd, der Lohn soll friedlich ausgehandelt werden. Gewerkschafter sehen das natürlich anders

Für Gotteslohn

VON GERNOT KNÖDLER

Wie viel brauchen die Mitarbeiter kirchlicher Einrichtungen? Ganz nach der Losung des Kirchentages glauben die Kirchen zu wissen, welcher Lohn ihren Angestellten zusteht. Sie verstehen sich als ein Arbeitgeber, der sich nicht der Profitmaximierung verschrieben hat und dessen Mitarbeiter daher nicht zum Arbeitskampf greifen müssen, um einen gerechten Lohn zu erhalten.

Doch dieses Bild hat in den vergangenen Jahren Risse bekommen. Das Bundesverfassungsgericht hat den Kirchen aufgetragen, ihre Einrichtungen auch entsprechend zu führen. Sonst wäre den kirchlichen Sonderrechten der Boden entzogen.

Die Kirchen betreiben längst nicht nur Seelsorge, sondern auch Krankenhäuser, Kindergärten, Altenpflegeeinrichtungen, Zeitschriften und Journalistenschulen.

Rund 450.000 Menschen sind allein in den sozialen Einrichtungen der evangelischen Kirche beschäftigt. Um die Tarife mit die-

verdiente eine neu eingestellte Küchenhilfe mit 5,99 Euro.

„Friedliche Konfliktlösung“

Dienststellenleiter und Mitarbeiter werden dabei nicht als Antagonisten gesehen – schließlich tragen sie ja gemeinsame Verantwortung für den Dienst an der Kirche. Löhne, Arbeitsbedingungen und Urlaubsansprüche werden daher in paritätisch besetzten Kommissionen ausgehandelt. Im Streitfall entscheidet ein neutraler Schlichter. Dieses Verfahren mache Streiks überflüssig. „Arbeitskampfmaßnahmen widersprechen dem kirchlichen Verständnis von friedlicher Konfliktlösung“, heißt es in einem Informationspapier der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

Die Gewerkschaft Ver.di hält dieses Bild für eine fromme Illusion. Die Dienststellenleiter und ihre Mitarbeiter verhandelten mitnichten unter gleichen Voraussetzungen. Das gelte umso mehr, als sich die Rahmenbedingungen, unter denen die Wohlfahrtsverbände der Kirchen, Diakonie und Caritas, arbeiten, radi-

A

Arbeitskampfmaßnahmen widersprechen dem kirchlichen Selbstverständnis von friedlicher Konfliktlösung

Informationspapier der EKD

sen Mitarbeitern auszuhandeln, nimmt die Kirche für sich einen „Dritten Weg“ in Anspruch.

Sie beruft sich dabei auf ihre verfassungsrechtliche Sonderstellung, wonach Religionsgemeinschaften „ihre Angelegenheiten selbstständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes“ ordnen und verwalten können. Die Kirche leitet daraus das Recht ab, von ihren Angestellten die Kirchenzugehörigkeit zu fordern und den Lohn auf Basis der Idee einer „Dienstgemeinschaft“ auszuhandeln.

Der Mindestlohn liegt nach den kirchlichen Anstellungsordnungen zwischen 8,45 und 8,70 Euro pro Stunde – im öffentlichen Dienst bei 8,50 Euro. Nach einer Erhebung des Diakoniebundesverbandes 2012 liegt bei ausgegliederten Firmen das Mittel der niedrigsten Löhne bei 8,41 Euro – die eine Hälfte der Beschäftigten verdient mehr, die andere weniger. Am wenigsten

kal geändert haben. Um die Kosten zu senken, hat die Politik in den 90er Jahren einen Wettbewerb im Sozial- und Gesundheitswesen initiiert. Seither setzen privatwirtschaftliche Träger die kirchlichen Werke unter Druck. „Das Ziel, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möglichst gute Gehälter zu zahlen, kann nur innerhalb dieses Rahmens erreicht werden“, argumentiert die EKD. Die Folge aus Sicht von Ver.di: „Viele kirchliche Einrichtungen handeln wie normale Arbeitgeber: Einsatz von Leiharbeit, Ausgliederung von Betrieben und Lohndrückerei.“

Eine Untersuchung des Wirtschaftlichen und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Gewerkschaften hat ergeben, dass die kirchlichen Werke den Trend zur Tarifverschlechterung beschleunigten. Nicht tarifgebunden könnten sie schneller reagieren und mit ihrer Größe bestimmten sie den Markt. Ende November hat das Bundesarbeitsgericht den Dritten Weg der Kirchen grundsätzlich bestätigt.

■ „Diakonie im neoliberalen Umfeld. Dritter Weg oder Tarifvertrag?“ Freitag, 18 Uhr, Gemeindezentrum Palmstraße 2. Ver.di-Chef Frank Bsirske und Franz Segbers von der Uni Marburg, Mitherausgeber des Buches „Streik in Gottes Häusern“ (VSA-Verlag), diskutieren mit Vertretern der Diakonie



Immer im Dienst, auch wenn andere streiken: Zwei Nonnen warten auf dem Bahnhof Osnabrück; die Lokführer sind gerade im Ausstand Foto: F. Gentsch/dpa

Komisches Gekuschel

ZDF-TALK Markus Lanz spricht auf dem Kirchentag mit Bundespräsident Joachim Gauck und Samuel Koch

Auch wenn es nicht im gedruckten Programm des Kirchentags stand, man hätte es sich denken können, nein müssen: Wer, wenn nicht Markus Lanz, sollte eine Diskussion für das ZDF mit Bundespräsident Joachim Gauck und dem seit seinem Unfall bei „Wetten, dass..?“ querschnittgelähmten Samuel Koch führen? Mit allen bekannten Risiken und Nebenwirkungen: Es war der echte Lanz. Inklusive Moderationsstil.

So saß Lanz also da auf dem Podium, vor ihm gut 5.000 Kirchentagsbesucher auf Faltpapphockern, neben ihm Gauck, Koch und die Unternehmerin Monika Labruier sowie der Paralympics-Sieger, Comedian und Pfarrer Rainer Schmidt. Hinter der Bühne hängt ein grauer Vorhang in der großen, grauen Messenhalle, neben den Stühlen stehen Zierpflanzen und Aufsteller des ZDF. Das Vorprogramm ist die Band „Rosi und die Knallerbsen“. Lanz' Thema: Wie geht die Gesellschaft mit Behinderten um? Und, typisch Kirchentagsfrage: Was



Macht eine gute Figur: Bundespräsident Gauck in der Hafencity Foto: dpa

kann die Gesellschaft, können wir, ich & du, noch besser tun?

Gaucks Botschaft war klar, sie stand schon in der Überschrift der Diskussion: „Eine starke Gesellschaft“ – ohne Fragezeichen. „Verglichen mit meiner Jugend ist uns viel gelungen, ein bisschen fehlt noch, daran arbeiten wir noch“, sagte er. Gauck erzählt von seinen Erlebnissen bei Behindertensportveranstaltungen,

wie heiter dort doch die Stimmung sei. „Dich springt dort ein Ja zum Leben an.“ Die Menschen seien Vorbilder an Lebensfreude und Lebensbejahung für die ganze Gesellschaft. Die Halle applaudiert.

Samuel Koch selbst sagt nicht viel, die beiden ausgebildeten Pfarrer Gauck und Schmidt reden am meisten. Lanz fragt Koch sehr direkt. Etwa wie die Begrü-

ßung mit Podiumsgast Schmidt gelaufen sei, der ja selbst verkürzte Arme und keine Hände hat. Koch gibt bereitwillig Auskunft. Sagt, dass sie unorthodox gewesen sei, „ein ganz komisches Gekuschel“.

Koch kennt solchen Fragen. Er ist nicht das erste Mal zu Gast bei Lanz, der Thomas Gottschalk als Moderator bei „Wetten, dass..?“ beerbt hat. Als Koch von mit ihm sympathisierendem Applaus unterbrochen wird und den Faden verliert, sagt er: „Wo war ich sitzen geblieben?“ Natürlich fragt Lanz auch ganz detailliert nach seiner Behinderung, lässt sich erklären, wie sich die Nervenschäden auswirken. Und selbstverständlich darf Koch auch noch mal erklären, dass ihm sein Glauben an Gott geholfen hat, mit dem Unfall klarzukommen. Ob aufrichtig oder nicht: Das freut das Publikum – und auf dem Podium den einstigen Pfarrer Gauck: „Ich möchte den Satz nicht kommentieren, aber Gott dafür danken, dass ich ihn gehört habe.“ DANIEL KUMMETZ

Mehr taz zum Kirchentag auf www.taz.de

SO EIN TAG, SO WUNDERSCHÖN WIE HEUTE ...



Wo früher die Barrikaden loderten, brennen heute die Lagerfeuer: Das Schanzenviertel in der Nacht des 1. Mai Foto: Malte Christians/dpa

Der Mann auf dem Hamburger Schulterblatt hat fast Glatze. Mit seinem blau-weißen Schal könnte er auch Fußballfan sein. Schalke spielt heute doch gar nicht. „Wissen Sie, warum hier so viel Polizei unterwegs ist?“ Von den traditionellen Krawallen am Ersten Mai hat er noch nie etwas gehört. Am Nachmittag zeigt sich Hamburg von seiner besten Seite. Die Sonne steht über der Hansestadt, und die

Vorfreude auf den Abend ist groß. Auf dem Strandkai warten die Menschen entspannt auf den Beginn des Kirchentags. Ein Vater läuft mit seinem Baby durch die Stuhlreihen, die Lieder für den Gottesdienst werden noch mal geprobt, und dann geht es los. Ein tiefes Schiffshorn ertönt, und Tausende Blechbläser steigen nach kurzer Zeit ein. Im Hintergrund ertönt ein Martinshorn. Auf der Schanze, dem Szeneviertel Ham-

burgs, steht der Schwarze Block den Hundertschaften der Polizei gegenüber. Aber weiter passiert nichts. Höhepunkt des Abends: Die Polizei geht bei einem Streit eines jungen Pärchens dazwischen, das sich in die Haare bekommen hat. Ein paar der Protestler zünden hinter der Roten Flora, dem Wahrzeichen der Besetzerzene, ein Lagerfeuer an. Autos bleiben in diesem Jahre verschont.

Ähnlich gemütlich geht es in der Eckkneipe zu, in der sich die Menschen langsam zum Fußballspiel der Bayern gegen den FC Barcelona einfinden. Zehn Minuten vor Spielbeginn findet sich noch problemlos ein Tisch direkt vor dem Fernseher. Stimmung kommt nicht richtig auf. Spätestens nach dem 0:1 ist das Spiel gelaufen. Die Straßen sind noch voller Polizisten, die gelangweilt auf einen Einsatz warten.

Plötzlich ist was los: Ein paar Leute haben es doch auf die Schienen geschafft. Bus und Bahn fallen aus. Der Kirchentagsbesucher nimmt das gelassen und wartet geduldig, bis es weitergeht. Viel protestantisch, wenig Protest. Es scheint, als hätte die friedlichfromme Kirchentagsstimmung die Hamburger Innenstadt erfasst. **DENIZ AYKANAT, FRIEDRICH GÖRING, PAUL TAYLAN KILIC, CHRISTINA STEENKEN**

TERMINE AM FREITAG

Christen im Nahen Osten

Christen sind seit vielen Jahrhunderten in den Ländern des Nahen Ostens zu Hause. Doch mit der Radikalisierung eines Teils der Muslime und der Destabilisierung der Staaten im Gefolge der arabischen Revolution scheint dieses Zusammenleben seine Selbstverständlichkeit zu verlieren. Es diskutieren u.a. Erzbischof Primas Karekin Bekdjian von der armenisch-apostolischen Kirche, Generalbischof Anba Damian von der koptisch-orthodoxen Kirche und Uwe Gräbe, Nahostreferent der Evangelischen Mission in Solidarität. **19–21.30 Uhr, Syrisch-Orthodoxe Kirche, Im Neugrabener Dorf 40**

Schulden und Vergeben

„... und vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern“. Dieses Versprechen aus dem Vaterunser ökonomisch zu wenden, versuchen Thomas Jorberg, Vorstand der gemeinwohlorientierten GLS Bank, die Marburger Theologin Claudia Janssen und der Leipziger Theologe Peter Zimmerling. **„Bank und Beichte“, 11 bis 13 Uhr, Halle B 4, OG, Messegelände**

Planspiel Nazis

Bei einem interaktiven Planspiel sollen die Teilnehmer in einer Sitzung des Gemeindegemeinderates über ein fiktive Ereignis diskutieren. Das Szenario: Ein heiteres Dorffest entpuppt sich als völkische Sonnwendfeier. Die wichtige Frage: Ab wann sind Nachbarn Nazis?

„Ist das schon rechts? – Menschenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft“, 11 und 15 Uhr, CCH, Saal A, Marseiller Str. 2

Kultur finanzieren

Gehört Kultur in die öffentliche Hand, ist privates Engagement gefragt oder ist Kultur nur Luxus? Was der Gesellschaft Kultur wert sein sollte, diskutieren unter anderem Bundestagspräsident Norbert Lammert, der Herausgeber der *Zeit* Josef Joffe und Theaterintendant Ingolf Huhn.

„Was macht die Kunst? – Sie geht nach Brot“, 11 bis 13 Uhr, Hauptkirche St. Katharinen, Katharinenkirchhof 1

Zwangsprostitution

Um die Geschichte von jungen Frauen in Osteuropa, die zur Prostitution gezwungen werden, geht es bei „The Price of Sex“. Der Dokumentarfilm begibt sich auf eine Spurensuche von Moldawien bis in den Mittleren Osten, um das Schicksal der Frauen zu porträtieren. Im Expertengespräch spricht Gauri Guli von der Abteilung Frauenrechte bei Human Rights Watch.

„The Price of Sex“, 20 bis 23 Uhr, CCH, Saal C1, 1. OG

ALTERNATIVE BIBELKUNDE – 3. FOLGE

Gerechtigkeit ...

Seigetreu bis in den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben. (Johannes-Offenbarung 2,10)

Gezockt, gelogen, geklaut: Hoeneß, Wulff und Guttenberg. All diesen Fällen, und man könnte diese Liste beliebig mit zeitnahen Alternativbeispielen (siehe das OLG München) erweitern, ist immanent, dass sie den Moraldiskurs des Landes medienwirksam bestimmten und bestimmen. Die Lust daran – insbesondere der Presse, insbesondere auf der Straße –, andere zu richten, hat rasant zugenommen. Ebenso sehr wie das Sehnen nach wirksamer gesellschaftlicher Läuterung. Uli Hoeneß gab der Wochenzeitschrift *Die Zeit* kürzlich ein dem entsprechendes Interview.



Foto: dpa

Im Kern des prozessualen Geschnatters steht ein tiefes Bedürfnis nach dem, was hinlänglich Gerechtigkeit genannt wird. Auf beiden Seiten des Grabens gibt es eine immense Lust daran, diese zu empfinden. Es gibt die Majorität im Land, die sich geifernd an den Fallenden weidet. Geschichte ihnen recht so! Deren Spiegelbild ist der Zwilling des Gefühls: das Selbstgerechte. Ein „so schlimm

war es doch auch nicht“. Gerade den angesprochenen, öffentlich deklarierten Delinquenten haftet an, sie seien dies immer gewesen. Hoeneß, der Altruist, hat Steuern hinterzogen. Guttenberg, der Shootingstar, hat geklaut für seine Doktorarbeit. Wulff, der Präsident, hat gelogen. Alle haben sie sich selbst die Treue gehalten, bis es nicht mehr anders ging, unfähig zur Reflexion.

Dogmatisch haben sie beharrt auf dem eigenen Standpunkt, nichts falsch gemacht zu haben, oder schlicht geschwiegen, bis der Druck unerträglich wurde. Deswegen ist die Häme so groß und in bestimmten Situationen der Wunsch nach Strafe so ausgeprägt. Daraus wird schnell ein Zorn, der sich mit Plattitüden wie: „Die dürfen nicht davonkommen, die nicht“, ummantelt. Auch das ist selbstgerecht.

Die berühmte Stelle aus der Offenbarung des Johannes galt verfolgten Christen. Sie war als ideale Stütze in existenzieller Not gedacht. Sie sollte bekräftigen, hoffnungsvoll mit Nachsicht dem oder der anderen und mit fundamentaler Güte, auch wenn diese einem nicht entgegengebracht wird, zu antworten. Auch diese

Haltung kann dogmatisch sein. Im schlimmsten Fall kann sie – davon können die Protestanten wahrlich ein Lied singen – jene ausschließen, die eigentlich eingeschlossen werden sollen. Dennoch: Eine kritische Nächstenliebe, die Strafe nicht ausschließt, sondern als Teil des Vergebens leise beherzigt, ist ebenso zeit- wie alternativlos. Vielleicht wird man dadurch wirklich dem anderen und durch ihn letztlich sich selbst gerecht.

■ **Jan Scheper**, 31, ist Volontär bei taz.de. Er wuchs in einer ökumenischen Familie auf

Humanistentag am Rande

Sie wollen sich absetzen, sie halten den Kirchentag für religiöse Mainstreampropaganda – und Glauben für irrational und menschenfeindlich: Das sind jene, die in Hamburg in den Fliegenden Bauten am Rande des Heiligengeistfelds (!), in Gucknähe zum Millerntorstadion des FC St. Pauli, den Deutschen Humanistentag 2013 veranstalten. Unter **www.deutscher-humanistentag.de** ist das Programm bis in die späten Stunden des Sonnabends

zu ersehen. Es sind genau genommen die Fragestellungen, die auch der Kirchentag aufgewirft: Ethik oder Religion im Schulunterricht?, Jugendweihe oder Konfirmation?, Patientenverfügung usw. Auch eine Veranstaltung „Warum ich Atheist geworden bin“ erinnert daran, dass das Vorbild dieser Alternativgeschichte womöglich der Kirchentag ist. Kultureller Höhepunkt ist der Auftritt am Samstagabend von Frank Spilker von den „Sternen“. **JAF**

Kaffee trinken und Zeitung lesen ist eine wunderbare Kombination. Eine Zeitung sollte unabhängig sein. Und der Kaffee fair gehandelt.

Kosten Sie den tazpresso am taz-Stand auf dem Kirchentag und lesen Sie dazu eine druckfrische taz.

2. – 4. Mai 2013, Hamburg Halle B1, Stand D03

taz.kirchentagsteam

Aus der Redaktion: Daniel Kummetz, Gernot Knödler, Jan Feddersen, Jan Scheper, Kristiana Ludwig, Mathias Königsschulte, Wolfgang Gast
 Aus der taz Panter Stiftung: Christina Steenken, Deniz Aykanat, Friedrich Göring, Paul Taylan Kilic.
 Am taz-Stand auf dem Markt der Möglichkeiten: Andrea Kickuth, Felix Obée, Laura Haedler, Matthias Baumarth, Miriam Kniep, Susanne Knechten, Thomas Gastmann



Weniger ist manchmal mehr

BILANZ Innensenator und Polizeipräsident klopfen sich auf die Schultern: Selten sei der 1. Mai so friedlich verlaufen wie diesmal. Kreuzbergs Bürgermeister Franz Schulz fordert, die Zahl der Polizisten zu reduzieren

VON PLUTONIA PLARRE

Stolz und voll des Lobes für ihre Ordnungshüter traten Innensenator Frank Henkel (CDU) und Polizeipräsident Klaus Kandt am Donnerstag vor die Presse. „Dieser 1. Mai war einer der friedlichsten seit dem Beginn des Gewalttrials 1987“, vermeldete Henkel. Polizeipräsident Klaus Kandt leitete daraus die Prognose ab: „Ein völlig friedlicher 1. Mai ist seit Mittwoch keine Utopie mehr“.

In der Walpurgisnacht und am 1. Mai waren rund 7.000 Polizisten im Einsatz. Gerade genug, um die vielen zum Teil kriti-



Soooo viele seid ihr! 1.-Mai-Begegnung in Kreuzberg Foto: Piero Chiussi

„Es war kein harter Strahl“

POLIZEIPRÄSIDENT KANDT ZUM EINSATZ DES WASSERWERFERS IN SCHÖNEWEIDE

schen Einsätzen zu bewältigen, meinte Kandt. Als besondere Herausforderung bezeichnete er die NPD-Demonstration und die Gegendemonstrationen in Schöne-weide und die 18-Uhr-Demonstration in Kreuzberg. In Schöne-weide hatte die Polizei gegen einen Teil der Gegendemonstranten Pefferspray, Schlagstöcke und Wasserwerfer eingesetzt.

Kandt verteidigte das damit, dass 300 vermummte Personen versucht hätten, hinter die Absperrungen zu gelangen. Sie seien aber nur beregnet worden. „Es war kein harter Strahl.“

Die Polizei habe einen Protest in Sicht- und Hörweite größtenteils verhindert, lautet eine weitere Klage von Gegendemonstranten. Kandt führte das am

Donnerstag auf die beengten räumlichen Gegebenheiten zurück. Last, not least warfen Abgeordnete von Land und Bund wie Udo Wolf (Linke) und Christian Ströbele (Grüne) dem Einsatzleiter Michael Knappe vor, sie nicht durch die Absperrung gelassen zu haben. Henkel konzedierte: „Das ist nicht gut gelaufen.“ Es gebe eine klare Regelung für Ab-

geordnete und Journalisten. „Das müssen wir nacharbeiten.“

Laut Polizei wurden an beiden Tagen 94 Personen festgenommen und 54 Polizisten verletzt. 2012 waren es 133 verletzte Beamte und 123 Festnahmen. Die Anzahl der verletzten Beamten ist für die Politik ein wichtiger Indikator für den Verlauf der Maifeierlichkeiten. Am 1. Mai 2011, der

als einer der erfolgreichsten Einsätze gilt, wurden 74 Polizisten verletzt. Auch der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit meldete sich zu Wort: „Ich bin stolz auf die Bürgerinnen und Bürger und die Polizei, die diesen entspannten 1. Mai 2013 möglich gemacht haben.“ Polizeipräsident Kandt sagte, die Polizei habe gezeigt, dass man sich auf sie verlassen kann. Er spielte darauf an, dass die „Revolutionäre 1. Mai Demonstration“ allen Skeptikern zum Trotz ihr Ziel Unter den Linden erreichte. „Wer friedlich ist, kommt bis zum Endpunkt.“ Auch der Senator betonte immer wieder, die „Besonnenheit und Präsenz“ der Polizei habe für den friedlichen Verlauf gesorgt.

Bezirksbürgermeister Franz Schulz (Grüne) deutete das gegenüber der taz ganz anders: Es habe sich „etwas verändert in der politischen Selbstwahrnehmung und Zielsetzung“ von Feiern und Demoteilnehmern. Henkel sei aufgefordert, das anzuerkennen und die Zahl der eingesetzten Beamten beim nächsten Mal deutlich zu reduzieren.

Dieser Forderung wollte sich der Innensenator nicht anschließen: „Das ist ein zu schlichter Schluss.“

Kommentar SEITE 1
Der Tag SEITE 2

ANZEIGE

taz. die tageszeitung

Kaffee klatsch

Kaffeeklatsch ist die kleine Schwester des Berliner Naschmarkts

Samstag 4. Mai
10–18 Uhr
Markthalle Neun
Kreuzberg

www.naschmarkt-berlin.de

Stillstand auf den Gleisen

ANSCHLAG Linksradikele bekennen sich dazu

Durch einen politisch motivierten Anschlag wurde am Donnerstag die Bahnstrecke zwischen Berlin und Potsdam lahmgelegt. Mutmaßlich linksradikale TäterInnen zündeten in der Nacht einen Kabelschacht an. Deshalb konnten auf dem Gleis bis in den Abend hinein keine Züge fahren. S-Bahnen und Regionalzüge fielen aus, wurden umgeleitet oder durch Busse ersetzt.

Eine Gruppe, die sich „Vulkan Grimsvötn“ nennt, hat sich zur Tat bekannt. Man habe den 1. Mai „praktisch wie inhaltlich“ verlängern wollen, heißt es in einem online veröffentlichten Bekenner schreiben. Die Verfasser protestieren gegen „das Diktat der europäischen Wirtschaftseliten in Gestalt der Troika“ und die „Kürzungspolitik“ in Südeuropa. Man wende sich auch gegen die Fahrpreiserhöhung der BVG und das „Milliardengrab Flughafen-neubau BER“. Sie kritisieren auch die Revolutionäre 1.Mai-Demo, die sich „in einer toten, aufstandsgesicherten Regierungsmitte tot [gelaufen]“ habe. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt, konkrete Verdächtige gibt es bislang nicht. SE

„Nazis blockieren ist legitim“

ANTIFA Der Aktivist Henning Obens hat am 1. Mai die Demoroute der NPD blockiert – angekettet in einer Betonpyramide. Ein Gespräch über gebrochene Arme, überdimensionierte Polizeiaktionen und die Aussicht, Blockadeziele künftig auch zu erreichen



Angekettet: Henning Obens (links) am Morgen des 1. Mai in Schöne-weide Foto: Christian Mang

taz: Herr Obens, Sie haben mit drei anderen Männern und einer Betonpyramide am Mittwoch fünf Stunden lang die NPD-Demoroute blockiert. Das ganze Gebiet war sehr gut von der Polizei bewacht. Wie sind Sie da überhaupt hingekommen?

Henning Obens: Wir sind schon gegen 7.30 Uhr in die Brückenstraße gefahren. Die Polizei hatte da den Tramverkehr bereits zum Stehen gebracht. Wir haben die Betonpyramide mitten auf die Gleise gestellt und dann ziemlich schnell unsere Arme dort reingesteckt.

Sie waren in der Pyramide angekettet. Bei Bewegung der Betonblöcke wären Ihnen und den drei anderen wohl der Arm gebrochen worden. Ist das Verhindern eines Naziaufmarschs es wert, so ein Risiko einzugehen? Wir setzen uns nicht gern der Gefahr aus. Aber wenn man nichts riskiert, führt das nur dazu, dass die Nazis ungestört ihren Terror verbreiten können. Und wir wollten deutlich machen, dass die Polizei selbst mit einer überdimensionierten Absperrung nicht alle Blockadeversuche unterdrücken kann. Sie muss sich immer wie-

der auf etwas Neues gefasst machen.

Die Polizei hat die Pyramide nicht auseinandergenommen, sondern per Kran samt Ihnen abtransportiert. Die Nazis konnten wie geplant loslaufen. War alles umsonst?

Ach, das würde ich nicht sagen. Wir haben ja ein deutliches Signal gesetzt. Wir hatten gehofft, dass die Blockade länger dauert. Aber es war etwas unglücklich, dass genau die Expertengruppe der Polizei aus Niedersachsen mit entsprechendem Equipment vor Ort war.

Die Polizeiexperten, die solche Blockaden von den Anti-Castor-Protesten kennen, waren nach eigenen Angaben nicht zufällig, sondern sehr geplant vor Ort – samt Spezialbreitern, Schmierseife, Zugseilen und Kran. Haben Sie Respekt vor deren Arbeit?

Die Polizei kann für diese Auseinandersetzung Steuergelder raushauen. Wir können nur Engagement und Zeit dagegensetzen. Immerhin haben selbst die Profis fünf Stunden gebraucht. Wenn die Polizei so gut vorbereitet ist, hat sich das Mittel der Betonblockade für die Protestbewegung nicht überholt? Nein, das wird weitergehen. Das ist nur ein Ansporn für linke Bewegungen, sich da noch zu verbessern. Es gibt genug technischen und tüftlerischen Sachverstand. Wir werden uns da was einfallen lassen.

Sie wurden samt Pyramide auf einen Parkplatz gebracht. Die Polizei sagte, damit sei ihre Arbeit erledigt. Wie sind Sie da wieder rausgekommen? Wir haben bei der Polizei eine Nagelfeile angefordert, mit der wir uns aus der Verankerung in der Pyramide befreien konnten.

Wurden Sie festgenommen? Wir wurden bis zum Abend in Gewahrsam genommen. Der Vorwurf lautet auf Nötigung.

Würden Sie es wieder machen? Nazis zu blockieren ist legitim und notwendig. Ich werde das

auch weiterhin machen. Wenn es nötig ist, auch mit wenigen Menschen und Technik – lieber jedoch gemeinsam mit Tausenden anderen eingehakt auf Massenblockaden.

INTERVIEW: GEREON ASMUTH

Henning Obens

Der Berliner Antifa-Aktivist engagiert sich in dem 2005 gegründeten Netzwerk der Interventionistischen Linken.

ANZEIGE

zitty BERLIN
Das Magazin über die Hauptstadt

FÜR DIE PERFEKTE LANDPARTIE

Mit Rad-Touren für jede Saison

Jetzt für 8,50 Euro am Kiosk oder versandkostenfrei bestellen unter: shop.zitty.de, (030) 29021-529

Leseprobe unter: www.zitty.de/brandenburg

www.zitty.de

NACHRICHTEN

AB NACH NEUKÖLLN
SchwuZ zieht um

Das Berliner Schwulenzentrum SchwuZ zieht im Herbst vom Kreuzberger Mehringdamm in die ehemalige Kindl-Brauerei in Neukölln. Akuter Platzmangel, Mietpreissteigerung und nachbarschaftlicher Ärger seien ausschlaggebend für den geplanten Ortswechsel, so Geschäftsführer Marcel Weber. Mit den neuen Räumlichkeiten soll auch das Angebot erweitert werden. Neben dem Clubbetrieb sind größere Konzerte, Musikfestivals, Lesungen und Ausstellungen geplant. Von den neuen Nachbarn im Rollbergkiez wünscht sich Weber vor allem Akzeptanz und Unterstützung. **GS**

NEUES PILGERZENTRUM
Apple Store eröffnet

Nach zweijähriger Bauzeit wird Apple am Freitag den ersten Berliner Apple Store und das größte Kundenbetreuungszentrum in Europa am Ku'damm eröffnen. Das denkmalgeschützte Gebäude war 1913 als eines der ersten Kinos in Berlin gebaut worden. In dem renovierten Kinosaal sollen künftig nicht nur Kundenveranstaltungen, sondern auch Konzerte und Kulturevents stattfinden. Der kalifornische Konzern betreibt weltweit 404 Apple Stores, darunter 81 in Europa und elf in Deutschland. 2012 erzielte Apple einen Umsatz von 18,8 Milliarden Dollar. (dpa)

CHAMPIONS-LEAGUE-FINALE
Fanmeile am Brandenburger Tor geplant

Fußballfans können sich voraussichtlich auf einer Fanmeile am Brandenburger Tor zum Finale der Champions League am 25. Mai treffen. „Wir hatten schon vor dem 1. Mai einen formlosen Antrag des Veranstalters vorliegen“, sagte der Bezirksbürgermeister von Mitte, Christian Hanke (SPD), am Donnerstag. Das Bezirksamt Mitte ist die zuständige Genehmigungsbehörde. „Wir kriegen das wohl hin, weil es keine anderen großen Veranstaltungen am 25. Mai gibt“, sagte der Bezirksbürgermeister. Bezirksstadtrat Carsten Spallek (CDU) ergänzte, er rechne nicht vor Ende nächster Woche mit ei-



Da fiel wohl ein Tor Foto: dapd

ner Entscheidung. Die Finanzierung müsse der Veranstalter auf eigenes Risiko stemmen. Spallek verwies darauf, dass ein besonderes Sicherheitskonzept gebraucht werde. So müsse überlegt werden, wie Fangruppen getrennt werden, damit es nach dem Spiel nicht zu Auseinandersetzungen komme. Die Straße des 17. Juni dürfe aber nicht zur Dauerfestmeile werden, sagte der Bezirksbürgermeister. „Doch bei diesem deutschen Champions-League-Endspiel sind die Emotionen sehr stark, dass es ein schönes Fest werden könnte“, sagte Bezirksbürgermeister Hanke. (dpa)

HAUPTBAHNHOF
Doch mehr Dach?

Das Dach des Hauptbahnhofs könnte nun doch auf das ursprünglich geplante Maß verlängert werden. „Wir prüfen das bis zur Sommerpause“, sagte ein Bahnsprecher am Donnerstag. Die Bahn reagiere damit auf Forderungen von Haushaltspolitikern des Bundestags. Das bundeseigene Unternehmen hatte das Dach 2006 bei 321 Metern statt der geplanten 450 Meter belassen, damit der Bau zur Fußball-WM fertig wurde. Geprüft werde nun, welche finanziellen Folgen der Ausbau hätte und wie die Bahn während der nötigen Vollsperrung die Fahrgäste transportieren kann. (dpa)

Drogeriekette rationiert Babynahrung

WELTWIRTSCHAFT In Berlin wird das Milchpulver für Babys knapp, weil die Chinesen massenhaft kaufen

Hinten, in der letzten linken Ecke steht das Regal mit der Babynahrung. Von Anfangsmilch bis Grießbrei ist alles ausgeschil- dert, doch das Regal ist fast zur Hälfte leer. Deshalb hat die dm-Filiale in der Friedrichstraße die Produkte der Marke Aptamil rationiert. „Max. 3 Packungen“ dürfe ein Kunde kaufen, heißt es auf einem A4-Blatt, das an verschiedenen Stellen im Geschäft hängt. In anderen Filialen der Drogerie-Kette sieht es ähnlich aus.

Grund für die ungewöhnliche Maßnahme ist die starke Nachfrage, die der Hersteller Milupa in Fernost vermutet. „Wir bekommen tagtäglich Anfragen nach unseren Produkten aus dem süd- ostasiatischen Raum, besonders aus China“, sagt Hanne Holm von der Pressestelle. Daher sei es „sehr wahrscheinlich“, dass asiatische Käufer hier Produkte kaufen und nach China verschicken. Chinesische Eltern vertrauen ihren Herstellern seit einem Skandal mit verunreinigter Milch 2008 nicht mehr. Tausende chinesische Babys erkrankten, mindestens sechs starben.

Auf verschiedenen Wegen gelangt seitdem verstärkt deutsches Milchpulver nach China. Privatleute kaufen es in deutschen Geschäften und verschicken es per Post. Andere reisen aus China nach Deutschland, um einzukaufen. Die taz berichtete vor wenigen Wochen über den Chinesen Wang Yanfei, Vater einer damals 8-monatigen Tochter. Zweimal innerhalb eines Jahres flog er nach Deutschland: mit Handgepäck hin, mit zwei Kisten Milchpulver zurück.

Wiederum andere verdienen sich mit Babynahrung gutes Geld. Auf „Taobao“, dem chinesischen Gegenstück zu eBay, wird Anfangsmilch von Milupa in der 800 Gramm-Verpackung für 246 Yuan verkauft. Umgerechnet sind das 30 Euro. Bei dem kostete das gleiche Produkt nur ein Drittel.

Auch beim dm-Konkurrenten Rossmann sind in vielen Filialen mehrere Babynahrungsartikel ausverkauft. Dennoch wolle Rossmann Milchpulver nicht rationieren, erklärt eine Konzernsprecherin. **MIMOZA TRONI**

Urteil wider Willen

SOZIALES Von einer Entscheidung des Landessozialgerichts war der Anwalt der Klägerin überrascht: Er wollte mehr Geld für Hartz-IV-Empfänger – die Richter wollen weniger



Künftig kälter: Hartz-IV-Empfänger bekommen zu viel Geld zum Heizen, finden Richter Foto: Thomas Trutschel/Phototek

VON SEBASTIAN HEISER

Dieses Ergebnis hat er nicht gewollt: Sebastian Leonhard ist der Anwalt der Hartz-IV-Empfängerin, deren Klage vor einer Woche zu einem überraschenden Urteil des Landessozialgerichtes führte. Demnach ist der Senat zu großzügig mit den Heizkosten für die 303.000 Berliner Haushalte, denen der Staat die Kosten für Heizung und Unterkunft zahlt (taz berichtete). Das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig, der Senat kann noch vor das Bundessozialgericht ziehen.

Das Urteil ist Ergebnis einer neuen Prozessmöglichkeit. Bis zum Jahr 2010 konnte ein Hartz-IV-Empfänger nur seinen eigenen einzelnen Fall vor Gericht überprüfen lassen. Eine Ver-

schlechterung war dabei nicht möglich, sondern nur eine Abweisung der Klage oder eine Verbesserung: Wenn der Kläger recht bekam, erhielt er fortan mehr Geld vom Amt – aber nur er. Das Urteil war für andere Jobcenter und Empfänger nicht bindend.

Doch zum Jahresbeginn 2011 führte die schwarz-gelbe Koalition auf Bundesebene eine neue Normenkontrollklage ein für die Bestimmungen, mit denen Kommunen oder Bundesländer festlegen, wie teuer Hartz-IV-Empfänger vor Ort wohnen und heizen dürfen. Geprüft wird grundsätzlich nicht der Einzelfall, sondern die ganze Regelung.

Anwalt Leonhard hatte nicht wegen der Heizkosten geklagt. „Der Kernstreitpunkt war von

Für Anwalt Leonhard heißt das nicht, dass er mit seiner Argumentation gescheitert ist

unserer Seite, ob der Senat bei den Wohnkosten einfach nur die Werte aus dem Mietspiegel abschreiben darf, die mehrere Jahre alt sind, ohne die Preissteigerungen seither zu berücksichtigen.“ Wenn das Gericht dieser Argumentation gefolgt wäre, hätte der Senat die Werte anheben müssen.

Das Gericht hat dann aber einen anderen Punkt gefunden: Bei der Frage, welche Heizkosten vom Jobcenter gezahlt werden, hat der Senat die Zahlen aus dem

bundesweiten Heizkostenspiegel übernommen. Darin werden die Heizkosten von Gebäuden verglichen und dann in vier Kategorien eingeteilt: „niedrig“, „mittel“, „erhöht“ und „zu hoch“. Der Senat übernimmt die Zahlen aus der Kategorie „zu hoch“. Damit werde Verschwendung zum Grundsatz gemacht, meinten die Richter.

Für Anwalt Leonhard heißt das nicht, dass er mit seiner ursprünglichen Argumentation gescheitert ist – denn darauf seien die Richter aus Bequemlichkeit gar nicht eingegangen, sagt er. „Für das Gericht ist es prozessökonomisch, nur den ersten Punkt zu nehmen, der für die Unwirksamkeit der Verordnung reicht, und nicht jedes Detail zu prüfen.“ Bei einem weiteren Anlauf könnte es also doch noch klappen, meint er.

Sozialsenator Mario Czaja (CDU) möchte erst abwarten, bis die schriftliche Urteilsbegründung vorliegt. Dann werde er entscheiden, ob er in Revision geht, auch wenn er schon dazu neige: „Wir sind daran interessiert, die Verordnung höchstrichterlich prüfen zu lassen“, sagte er nach der Urteilsverkündung. Bis ein rechtskräftiges Urteil vorliegt, gilt die bisherige Regelung zu den Heizkosten.

In Kürze soll allerdings der neue Mietspiegel veröffentlicht werden. Weil die Mieten weiter gestiegen sind, werden in der Folge auch die zulässigen Beträge der Wohnkosten für Hartz-IV-Empfänger erhöht. Derzeit zahlt der Staat 1,4 Milliarden Euro pro Jahr an Miete und Nebenkosten für bedürftige Berliner.

LOKALPRÄRIE

SPRACHEN

■ Italienischer Muttersprachler mit langjähriger Erfahrung als Lehrer gibt Italienischunterricht (Grammatik und/oder Konversation) auf jedem Niveau. Vereinbaren Sie Ihre individuellen Termine mit mir. Ich freue mich darauf, Sie telefonisch (☎ 0176 200 768 59) zu beraten.

STELLENANGEBOTE

■ Ökologischer Biergarten Tempelhof/Steglitz sucht freundliches, flinkes vor allem engagiertes Servicepersonal. - 400,00€ Basis und mehr möglich. Anruf unter ☎ 030 24645905.

AUFRUF

■ Jetzt mitmachen und für das Volksbegehren des Berlin Energieversorgungs unterzeichnen. Gemeinsam die Energieversorgung demokratisch, ökologisch und sozial gestalten. Unterschriftenlisten unter: www.berliner-energetisch.net

SONSTIGES

■ Beiladungen, Umzüge, Umzugsmaterial, BRDweit, Standby, sofort umzugsbahnhof, zapf.de ☎ 0800 61 61 612

Kritik an Senator Müllers Wohnungs-Plan

ALLIANZ Zu viel Neubau, sagen Mieter, BUND und Kleingärtner. Sie fürchten hohe Mieten und Verdrängung

Eine Allianz aus dem Berliner Mieterverein, dem Umweltverband BUND und dem Landesverband der Gartenfreunde hat am Donnerstag die Wohnungsbau- politik von Stadtentwicklungs- senator Michael Müller (SPD) kritisiert. Der von Müller vorgelegte Entwurf des Stadtentwicklungsplans Wohnen setze zu einseitig auf Neubau. Häuser aufzu- stocken oder nicht genutzte Gewerbebauten umzuwandeln, werde hingegen vernachlässigt. Die Senatsverwaltung, die am gleichen Tag eine neue „Leitstelle für Wohnungsbau“ als Ansprechpartner vorstellte, wies die Kritik zurück: Natürlich habe man auch das im Blick.

Der Stadtentwicklungsplan, kurz Step, soll die Planungs- grundlage bis zum Jahr 2025 sein und Ende des Jahres vom Senat beschlossen werden. Der aktuelle Plan datiert aus dem Jahr 1999. Mieterverein, BUND und Kleingärtner vermissen in dem Entwurf eine soziale und ökologische Handlungsstrategie. „Das stimmt nicht“, sagte Müller-Sprecherin Daniela Augenstein der taz, Leitlinien dazu stünden sehr wohl in dem Entwurf.

Günstige Mieten fehlen

Die Dreier-Allianz kritisiert zudem, dass der Plan nicht genau ausweise, wo Wohnungen mit günstigen Mieten entstehen sol-

len. „Denn darum geht es doch vor allem“, sagte Mietervereins- Geschäftsführer Reiner Wild. Augenstein räumte ein, dass es eine solche Festlegung tatsächlich nicht gibt – weil sie nicht möglich sei: „Zu sagen, auf diesem Grundstück darf nur genau das entstehen, ist unrealistisch.“

Für den BUND muss verantwortungsvolle Stadtentwicklungs- politik in Berlin „mehr sein als große und wertvolle Freiflächen zuzubauen“. Der Umweltverband lehnt vor allem die Bebauung des Tempelhofer Felds ab. Hier hat der Mieterverein eine etwas andere Haltung: Er hinterfragt zwar, ob wirklich 4700 Wohnungen entstehen müssten,

schließt eine Randbebauung aber nicht aus.

Die Gartenfreunde wiederum fordern, Kleingartenanlagen dürften „dem Bauboom nicht geopfert werden“. Es gehe nicht darum, einen Generalangriff auf diese Gärten zu starten, erwiderte Augenstein gegenüber der taz. 95 Prozent der Anlagen seien zudem dauerhaft gesichert. Grundsätzlich aber könne man nicht mehr und erschwingliche Wohnungen fordern, Neubau aber dann ablehnen, wenn er konkret werde. Senator Müllers Haltung dazu sei: „Wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass man nicht bauen kann, ohne dass man es merkt.“ **STEFAN ALBERTI**

taz.veranstaltung

Discussion

Myanmar/Burma: Challenges of transition

Political, social and ecological problems are challenging the transition from military to democratic rule. Issues like landgrabbing and ethnic tensions create new problems. How is the situation in the country and what should be done?

Speakers:

Salai Isaac Khen, Gender and Development Initiative & Gender and Peace Study Center

Cin Khan Lian, Ar Yone Oo Social Development Association

Moderation:

Sven Hansen, taz-Asia Desk

Eine Veranstaltung der Burma-Initiative im Asienhaus mit der taz.die tageszeitung.

Dienstag, 7. Mai 2013, um 19 Uhr | Eintritt frei
taz Café, Rudi-Dutschke-Straße 23, Berlin-Kreuzberg



Freie Fahrt: jugendlicher Schaffner in der Wuhlheide Foto: Uwe Steiner/ Imago

Jenseits der geraden Strecke

FREIZEIT Die Parkeisenbahn Wuhlheide war viele Jahre ein beliebtes Ausflugsziel – bis ein Missbrauchsskandal die Bahn in Misskredit brachte. Seitdem hat sich einiges getan

VON UTA EISENHARDT

Per Hand kurbelt ein Teenager die Schranken herunter. „Ist nicht schwer“, sagt er. Er scheint im Winter gewachsen zu sein, die Hose seiner dunkelblauen Uniform ist ihm zu kurz geworden. Sein jüngerer Kollege verkündet den „lieben Kindern“ und den „geehrten Damen und Herren“, dass in Kürze der Zug in Richtung „S-Bahnhof Wuhlheide / Freilichtbühne“ einfahren wird. Dann ertönt ein lautes Hupen und die kleine blaue Diesellok Gunther taucht aus dem dichten Blattwerk der Wuhlheide auf, dem Waldpark im Südosten Berlins, in dem das FEZ liegt.

Lok Gunther zieht an diesem sonnigen Frühlingstag drei Wagons durch die Wuhlheide. Der mit den offenen Seiten ist der Favorit: Überall sitzen Kinder, die von ihren Eltern eine kleine Schaffnerkelle spendiert bekommen haben. Deren Stiel ist mit bunten Perlen aus Zucker gefüllt.

Vor einigen Wochen hat die Berliner Parkeisenbahn ihren Betrieb in der Wuhlheide wieder aufgenommen. Es ist ihre 58. Saison, in der sie an jedem Wochenende und in den Ferien vor allem Familien und Konzertbesucher transportiert – von der „Freilichtbühne“ zum „Haus Natur und Umwelt“, zum „Badese“ oder „Eichgestell“. Pro Jahr sind es etwa 60.000 Fahrgäste. Eine Rundfahrt dauert eine halbe Stunde, im 15-Minuten-Takt ziehen die Züge ihre Runden.

Missbrauch in großem Stil

Im Oktober 2011 war die beliebte Schmalspurbahn in die Negativschlagzeilen geraten. In der Folge wurde von sieben Hobby-Eisenbahnern berichtet, die sich in diversen Prozessen wegen sexuellen Missbrauchs von 28 minderjährigen Jungen verantworten mussten. Einige von ihnen waren zuvor selbst Opfer von Übergriffen gewesen, die bereits seit den 1990er Jahren auf dem Bahngelände, bei Ausflügen und in den Wohnungen der Täter stattgefunden hatten.

Mittlerweile sind alle Pädophilen verurteilt, einer von ih-

nen sogar zu einer Haftstrafe von drei Jahren und neun Monaten: Der einschlägig Vorbestrafte hatte seine Opfer nicht nur im Intimbereich berührt, sondern auch zum Anal- und Oralverkehr gezwungen. Bei der Berliner Parkeisenbahn dürfen sich die Täter nicht mehr blicken lassen. Doch wie sorgt die Gemeinschaft der rund 150 Ehrenamtler dafür, dass sich solche Vorfälle nicht wiederholen?

Im November 2011 wurde bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, der die Parkeisenbahn als anerkannter Träger der Jugendhilfe mit rund 16.000 Euro jährlich unterstützt, ein „Runder Tisch Parkeisenbahn“ eingerichtet. Dort guckte man sich den ehemaligen Bezirksbürgermeister Klaus Ulbricht als Eisenbahnbeauftragten aus.

Schon während seiner Amtszeit als Bezirksbürgermeister, berichtet der rüstige 74-Jährige bei einer Tasse Kaffee im Parkeisenbahncafé, lag ihm die kleine Bahn am Herzen – weil sie ein Angebot für technikinteressierte Kinder ist, das sich durch ein überdurchschnittlich hohes ehrenamtliches Engagement auszeichnet. Als Ulbricht als Parkeisenbahnbeauftragter seine Arbeit aufnahm, empfand er die Stimmung unter den Hobby-Eisenbahnern als gedrückt. Sie fühlten sich von den Pädophilen benutzt. „Für viele ist die Bahn der Lebensinhalt“, meint Ulbricht. „Und wenn der so einen Makel bekommt, bricht die Welt zusammen.“

„Vorsicht an der Bahnsteigkante“, warnt eine jugendliche Stimme kurz vor der Abfahrt der Bahn. Sie klingt souverän und dennoch angenehm, eben nicht nach der Routine langer Dienstjahre. Da schenkt man sogar der Ansage Glauben, dass „die Sicherheitsketten von Ihrem freundlichen Zugpersonal geschlossen werden“. Dem Schaffner, einem Jungen mit langem Zopf, zeigt man jedenfalls gerne seine Fahrkarte.

Die erste sichtbare Maßnahme zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs bestand darin,

dem damals gerade im Umbau befindlichen Gebäude am Bahnhof „Eichgestell“ viel Glas zu verpassen. „Man kann sich dort nicht mehr verstecken“, sagt Klaus Ulbricht. Nach und nach sollen nun auch die anderen Bahnhöfe so gestaltet werden.

Relativ schnell folgte dann die Anweisung: Kein Kind soll mehr mit einem Erwachsenen allein sein. Als nächstes bot der Verein „Berliner Jungs“ Beratung an. „Dafür interessierten sich zunächst herzlich wenige“, erinnert sich Ulbricht. Die Präventionsveranstaltungen aber mussten alle besuchen – die Kinder, die Jugendlichen, die Erwachsenen und die Eltern. Jeder Zielgruppe erklärten die „Berliner Jungs“, wie Sexualstraftäter vorgehen, welche strukturellen und organi-

Es gibt nun eine Kinderschutzbeauftragte und ein Kinderschutzkonzept

satorischen Möglichkeiten man zustopfen müsse. „Da fand ein Umdenken statt“, sagt Ulbricht. „Anfangs hieß es: Lassen Sie mich in Ruhe, ich habe damit nichts zu tun.“

Im Mai 2012 wurde dann der Geschäftsführer abberufen, nachdem durch die gerichtliche Aufarbeitung bekannt geworden war, dass er seit mindestens zehn Jahren vom Missbrauch wusste, aber nichts dagegen unternommen hatte – um die Existenz der Eisenbahn nicht zu gefährden.

Mittlerweile gibt es drei GeschäftsführerInnen, darunter eine Frau mit pädagogischer Ausbildung, sie kümmert sich um den Bereich Kinder und Jugend. Eine Kinderschutzbeauftragte wurde installiert, man entwickelte einen „Verhaltenskodex zum Kindeswohl“ und ein „Kinderschutzkonzept“, das allen Eisenbahnern etwa ein erweitertes Führungszeugnis abverlangt. Viel Wert wird nun auch auf die Mitsprache aller gelegt, einschließlich der Kinder und Jugendlichen.

Trotz dieser Veränderungen mussten die Eisenbahner bald einsehen, dass sie zwar „Bahn können“, aber eben niemanden haben, der professionell die Kinder und Jugendlichen betreuen kann. Ein Kooperationspartner wurde gesucht und mit der Jugendtechnikscheule der Technischen Jugendfreizeit- und Bildungsgesellschaft gefunden. Diesem obliegt auch die Fachaufsicht über die beiden Sozialpädagogen, welche künftig die 56 minderjährigen, zumeist männlichen Eisenbahner betreuen – nachdem der Senat in einer versteckten Ecke des Doppelhaushaltes das Geld für diese anderthalb Stellen „gefunden“ hatte, wie es Geschäftsführer Heiko Copius bezeichnet.

Auf einer Rundfahrt durch die grünenden Laubbäume der Wuhlheide berichtet der ebenfalls ehrenamtlich Arbeitende, der selbst ehemaliger Parkeisenbahner ist, dass achtzig Prozent seiner Vereinskollegen hauptberuflich bei der Bahn arbeiten. Er selbst ist Kriminalist beim Landeskriminalamt und kümmert sich in seiner Freizeit um den Bereich Kommunikation der Parkeisenbahn.

Dabei, sagt er, lägen ihm zwei Dinge besonders am Herzen: Er möchte, dass das Thema Missbrauch von allen aufgearbeitet wird und bei der Parkeisenbahn präsent bleibt – es soll nicht mit einem „Das war einmal und ist nicht mehr“ beiseite geschoben werden. Außerdem brauche die Parkeisenbahn dringend Nachwuchs. Zwar hätten infolge des Skandals nur eine Handvoll Kinder ihren Dienst quittiert und die meisten Eltern sehr sachlich reagiert – es gebe aber zu wenig Neuanmeldungen von Kindern ab neun Jahren. „Man hat die Zurückhaltung in der Bevölkerung schon gespürt“, sagt Copius.

Dabei sind die Hobbyeisenbahner wohl diejenigen, die derzeit gut vor Übergriffen geschützt sind. Vielleicht schlüpfen sie bald in eine Vorbildrolle – für andere Vereine, in denen das Verhältnis zwischen Kindern und Erwachsenen noch nicht so genau beleuchtet worden ist.

Amateursingen startet in die neue Saison

MAUERPARK Spenden von über 3.000 Euro sichern Kult-Karaoke. Bezirk rechtfertigt erhöhte Gebühr

Das Kult-Karaoke im Mauerpark ist gerettet – zumindest vorerst. Am Sonntag soll die erste Party des Jahres steigen, „auch wenn es ein bisschen nieseln sollte“, stellt Veranstalter Joe Hatchiban in Aussicht. Er hat seit voriger Woche über einen Facebook-Spendenauftrag mehr als 3.000 Euro eingenommen. Damit ist die drastisch erhöhte Sondernutzungsgebühr des Bezirks in Höhe von 3.500 Euro für alle Sonntage bis Ende Oktober fast abgedeckt. „Das Geld kommt von knapp 300 Leuten aus Wedding, Prenzlauer Berg, anderen Bezirken und der ganzen Welt“, freut sich Hatchiban. Lokale Firmen hätten sogar angeboten, sämtliche Betriebskosten zu übernehmen.

Das berühmte Amateursingen im Amphitheater, das in keinem Berlin-Reiseführer mehr fehlen dürfte, sieht zwar aus wie Kleinkunst und Umsonst-Bürgerkultur. Für das zuständige Tiefbauamt Pankow handelt es sich dabei aber um eine Veranstaltung, für die eine Sondernutzungsgebühr fällig ist: 3.500 Euro für die 27 Sonntage will das Amt vom Veranstalter haben. Und auch wenn dieser Betrag zehn Mal höher ist als noch vor zwei Jahren, wehrt sich der Bezirk Pankow gegen den Vorwurf, die Gebührenerhöhung sei ungerechtfertigt. Vielmehr sei der Bezirk dem Veranstalter sehr weit entgegengekommen, erklärt der Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Jens-Holger Kirchner (Grüne). „Knapp 130 Euro für eine öffentliche Veranstaltung an einem Sonntag im

Grünen, das ist absolut nicht zu viel!“ Man könnte angesichts von Tausenden Zuschauern für jeden Sonntag 3.500 Euro verlangen, so der Stadtrat. Stattdessen werde nur die Fläche des Amphitheaters zur Berechnung des Preises herangezogen.

Kirchner fühlt sich von Karaoke-Veranstalter Hatchiban durch dessen Facebook-Offensive in die Ecke gedrängt. „Wir haben zu Beginn im Jahre 2009 nur die eineinhalb Quadratmeter Stand-

„Das ist absolut nicht zu viel!“

BEZIRKSSTADTRAT JENS-HOLGER KIRCHNER (GRÜNE)

fläche seines Gepäckfahrrades berechnet. Das geht natürlich nicht länger.“ Der Bezirk behandelte Hatchiban überaus wohlwollend: Er sei der einzige in der Stadt, der für jeden Sonntag bis Ende Oktober eine solche Sondernutzungserlaubnis erhalte, so Kirchner. Außerdem sei er als Veranstalter nicht gemeinnützig, was sonst häufig ein Möglichkeit biete, die Gebühr zu verringern.

Sein Kollege, der Bezirksstadtrat Kultur, Umwelt und Bürgerservice, Torsten Kühne, (CDU), stößt ins gleiche Horn: Hatchiban solle froh sein, dass er nicht auch noch die Müllentsorgung bezahlen muss – wie andere Veranstalter mit viel Publikumverkehr. Auf diesen Kosten bleibe Pankow trotz der Sondernutzungsgebühr weiterhin sitzen.

CHRISTIAN OTT

ANZEIGE

taz. die tageszeitung präsentiert:

Späth'er Frühling

4. + 5. Mai, 9-18 Uhr

Frühlingsfest mit 150 Ausstellern, großer Tulpenschau, floristischen Workshops, viel Musik & Hexenkessel Hoftheater

Eintritt: 5 € (Kinder bis 16 Jahre frei)

SPÄTH BAUMSCHULEN Späthstraße 80/81 in Berlin-Treptow
www.spaethsche-baumschulen.de

taz. veranstaltung

Diskussion

Ludwig Erhard 2.0

Wie entwickeln wir eine nachhaltige Marktwirtschaft?

Weltweit wächst das Bewusstsein, dass bestehende Strukturen kein nachhaltiges Wirtschaften anregen. Was aber verlangen soziale Marktwirtschaft und Gemeinwohl von Wirtschaft und Gesellschaft gemäß der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung?

Es diskutieren:

Michael Müller, Staatssekretär a. D., Naturfreunde Deutschland

Annelie Buntensch, DGB (angefragt)

Gottfried Härle, UnternehmensGrün

Stephan Schulmeister, Wirtschaftsforscher aus Wien

Petra Pinzler, Redakteurin Politik DIE ZEIT

Moderation: **Marcus Franken**, Chefredakteur zeo2

taz
zeo2

Freitag, 3. Mai 2013, 19 Uhr | Eintritt frei
taz Café, Rudi-Dutschke-Straße 23
Berlin-Kreuzberg

UnternehmensGrün
Beratung für gute Wirtschaft



VERWEIS

Krasse Abfahrt im Flying Star

Wen ein plötzlicher Heißhunger überfällt und wer auch vor zwei, drei Tüten voller gebrannter Mandeln nicht zurückschreckt, die zur Vollendung des Vergnügens ordentlich durchgeschüttelt werden sollen im beschleunigten Fahrbetrieb – der muss raus in die Hasenheide zu den Neuköllner Maientagen. Das große Parkfest, der Rummel im Grünen, findet noch bis zum 20. Mai statt: Auf Unterhaltungswillige warten ein tägliches Nonstop-Bühnenprogramm und Angebote von über 70 Schaustellern, darunter der Shaker, Flying Star, Magic, Atlantis Rafting, der Kettenflieger „Around the world“, die Nessi-Achterbahn, das Laufgeschäft SkiParty und nicht zuletzt der Jolly Joker, die einmalige Verlosung mit Fahrstuhl.

BERLINER SZENEN

IM HOTEL MERCURE

Leadership Training

Als wir den Saal im Hotel Mercure betreten, endet gerade die Aufführung der indischen Tanzgruppe. Hier treffen sich die Bürgerplattform „WIN – Wir in Neukölln“ sowie Vertreter des Jobcenters, IHK und HWK. Die Videoprojektion im Hintergrund lässt vermuten, dass dafür eine gewisse DICO verantwortlich zeichnet.

Auf die Bühne treten eine junge Frau von Milli Görüs und ein gefühlter 21-jähriger Mann, der sich als Theologiestudent vorstellt. Mit seinem Anzug und Bürstenhaarschnitt erinnert er mich an diesen Typen in dem amerikanischen Südstaaten-Film, der eine Reihe künstlicher Zähne zeigend in einer evangelikalen Erweckungsmesse in die Menge ruft: „Seit der Blitz in mich eingeschlagen ist, bin ich Geistheiliger!“ Dann ruft der Moderator: „Drehen Sie sich doch mal um! Vielleicht kennen Sie da jemanden noch nicht und lernen sich nun kennen!“ Zum Glück kenne ich die links von mir schon, und dem Tonmann gebe ich auch fünf, was ihn kurz aus dem Konzept bringt.

Junge Menschen, die ein leadership training gemacht haben,

„Einen Applaus für meinen Fallberater!“, fordert die Kundin

betreten die Bühne: „Jeder kann ein leader werden! Früher war ich unsicher und habe nur rumgegangen – jetzt kann ich hier stehen und zu Ihnen sprechen!“ Ich wüsste so gerne, was ein leadership training ist. Jedenfalls gibt es zum Abschluss ein „Zertifikat“. Vom ominösen DICO.

Die Frage, ob ich das alles noch lustig finde, wird beantwortet, als eine Frau die Bühne betritt: „Mein Fallberater im Jobcenter glaubte nicht, dass ich als alleinerziehende Mutter von vier Kindern eine Ausbildung machen kann. Dann habe ich täglich acht Stunden geputzt, und er hat Vertrauen gefasst. Nun mache ich eine Ausbildung zur Altenpflegerin! Einen Applaus für meinen Fallberater!“ Motivierter Kunden sind das Wichtigste, wie es der Mann vom Jobcenter später etwas weniger impulsiv formuliert.

ANTONIA HERRSCHER

Das ist die Flut, die keiner bestellt hat

DING DONG DOM Ein vielgliedriger blauer Organismus windet sich durch die staubige Kuhle. Am 1. Mai feierten Showcase Beat Le Mot die baldige Eröffnung ihres Theaters auf dem Holzmarktgelände mit einer Performance

VON ULRICH GUTMAIR

Der kommende Aufstand findet ohne uns statt. Die Couchs vor dem Café Kotti sind zu bequem. Trotzdem genießen wir das Schauspiel des Feuers, das gegen zwei plötzlich unter dem U-Bahnhof Kottbusser Tor lodert. Schließlich ist Walpurgisnacht, und trotz des Widerwillens, den wir angesichts des vitalistischen Kriegertums der Militanz empfinden, ist es doch immer wieder schön, dass in der Nacht zum 1. Mai die Ordnung außer Kraft gesetzt wird. Der 1. Mai ist die Berliner Form des Karnevals. Nach einer Viertelstunde kommt die Feuerwehr und löscht.

Anderntags soll auf dem Holzmarktgelände Spatenstich gefeiert werden, weswegen vollverstrahlte Raver mit ungesunder Gesichtsfarbe sich mit mäßig verpeilten Eltern und Kindern treffen. Der Bahnhof Jannowitzbrücke spuckt immer neue Leute aus. Draußen vor der Nummer 25 stehen drei Polizisten und melden ihrer Zentrale, dass sich gut zweitausend Personen auf dem Gelände aufhielten. Irgendein Problem scheint es damit zu geben, dabei organisieren sich die Leute ganz gut selber. Showcase Beat Le Mot, die vierköpfige „Performance-Boygroup“ (Wikipedia), die der Gießener Schule zugerechnet wird (Volksmund), werden sich in der Kuhle gleich neben der Hüpfburg versammeln, sagen sie, da sei noch Platz.

Kurz nach vier ziehen Showcase Beat Le Mot ein blaues Tuch aus einem blauen Plastikmülleimer. Worin 55 Löcher sind, in denen alsbald 55 Köpfe stecken, animiert von Nikola Duric, der mit einem Trümmertuntenoutfit und Megafon versucht, die Aufmerksamkeit der Menschen in der staubigen Kuhle auf sich zu lenken, was angesichts des



Nikola Duric von Showcase Beat Le Mot lockt die blaue Multitude über den Holzmarkt Foto: Joanna Kosowska

Bummbummbumms, das von weiter oben herüberweht, gar nicht so einfach ist.

Unter dem langen blauen Tuch stecken nun Körper von Erwachsenen und Kindern, großen und kleinen Menschen. Nikola Duric hat die Aufgabe, den vielgliedrigen Organismus zu gemeinsamem Tun zu animieren, und das macht er ganz ruhig, als würde er jeden Tag einen 55 Köpfe und 110 Beine zählenden blauen Wurm vorbei am Matsch, über Erdhügel und schließlich mitten durch den Dancefloor führen, dabei ein Langgedicht improvisierend, das sich ungefähr so an-

„Ihre Kleidung war mitleiderregend, jetzt sehen Sie gut aus“, sagt Nikola Duric

hört: „Sie sind so blau wie ein Fluss, so blau wie ein Bewässerungssystem. Sie sind ein Biotop für Wale, Quallen und Tiefseefische. Welche Farbe hat der Himmel? Sie sehen gut aus jetzt! Sie sahen vorher traurig aus, Ihre Kleidung war mitleiderregend. Sie sind das größte Bekleidungsstück Berlins. Das ist kein Tuch

der Schande, mit dem die Bauprojekte des Senats verhüllt werden sollen. Das ist nicht die Bred & Butter. Das ist nicht die Mercedes Benz Fashion Week. Das ist der Spiegel des Himmels. Das ist die Flut, die keiner bestellt hat. Ein gutes Versteck für Steuer-sünder. Hier wird das Meer des Vergessens über Sie gestülpt.“

Die Aktion ist das Reenactment einer Performance der neo-konkreten brasilianischen Künstlerin Lygia Pape und hat ihren Anlass darin, dass Showcase Beat Le Mot im Sommer auf der hinteren Ecke des Holzmarktgeländes ein temporäres Theater

bauen und in den kommenden zwei Jahren bespielen werden. Das Architekten- und Künstler-team Frauke Köberling und Martin Kaltwasser hat die Pläne für den Ding Dong Dom erstellt, der ein Theater der Zukunft beherbergen soll, in dem 99 Zuschauer Platz finden werden. Zur Einweihung wird man diese per Boot vom Hebbel am Ufer abholen, zwei Stunden später wird man am Holzmarkt anlegen. Aber bis dahin ist noch Zeit. Jetzt ist die Stunde der Kinder und Hunde, die das blaue Wesen tunneln, von links nach rechts und wieder zurück.

Den Alltag der Folter erzählen

KEIN THEATER In „Der deutsche Stuhl“ im Kreuzberger Theater Aufbau spielen acht Libanesen ihre Zeit in syrischen Gefängnissen nach

Ein Sternchen zielt den Titel des Theaterstücks „Der Deutsche Stuhl“. Weiter unten auf dem Programm heißt es in einer Fußnote als Erklärung: „Der Deutsche Stuhl ist eine Foltermethode, mit der dem Opfer die Wirbelsäule gebrochen werden kann.“ Acht Männer, die gefoltert wurden, sind nun mit einer Live-Performance im Heimatland des gefürchteten Stuhls zu Gast. Die Libanesen wollen sich mit dem Theaterstück eine Stimme verleihen, die Opferrolle abstreifen und von ihrer grausamen Vergangenheit in syrischen Foltergefängnissen berichten. „Wir sind hier, um über unsere Folter zu erzählen“, sagt Ali Abou Dehn bescheiden. 13 Jahre Willkürhaft waren es bei ihm: fünf im Gefängnis von Palmyra, weitere acht in der Nähe von Damaskus, bevor er im Jahr 2000 im Rahmen einer Amnestie freikam und in den Libanon zurückkehrte. Die Wirbelsäule wurde ihm nicht gebrochen.

Wie ein Theaterstück fühlte sich, was am Mittwochabend im Kreuzberger Theater Aufbau zu sehen war, nicht an. Links auf der Bühne die Gemeinschaftszelle Nummer 21, rechts drei Einzelzellen. Kein Schauspiel, sondern Nachspiel: ein Vormittag in Palmyra. Keine eigentliche Handlung, sondern Folteralltag: beim

Essen, beim Schlafen und einfach so zwischendurch. Mit Peitschen, Stöcken oder Fußstritten, bis zum Tod.

Mal wird der Gefangene in verrenkter Körperhaltung in einen Autoreifen gezwängt, Füße hoch, und auf die Fußsohlen geschlagen, bevor er blutend auf der Stelle marschieren muss. „Du Hurensohn!“, brüllt der

Sie spielen, weil Worte nicht ausreichen, um den Schrecken zu beschreiben

Wächter immer wieder, immer lauter, immer eindringlicher. „Ich bin Herr über Leben und Tod!“ Mal müssen die Gefangenen auf den *kursi almani*, wie es im Arabischen heißt, auf den deutschen Stuhl. Der Metallstuhl, auf den der Gefangene geschlachtet wird, um ihm die Wirbelsäule zu überdehnen, soll über die Stasi nach Syrien gekommen sein, andere Quellen berichten, dass geflohene Nazischerger die Foltermethode nach Syrien brachten.

Dass die Libanesen nach einer ersten Performance im Libanon nun in Berlin und in den nächsten Tagen in Stuttgart sowie auf

dem Evangelischen Kirchentag in Hamburg ihren Schrecken auf die Bühne bringen, hat jedoch nichts mit der Herkunft des Folterstuhls zu tun. Das Gastspiel ist Monika Borgmann zu verdanken. Die deutsche Filmemacherin und Projektleiterin der Performance lebt seit Jahren in Beirut. „Die Libanesen haben den Krieg überhaupt nicht aufgearbeitet“, sagt sie. Deshalb setzt sich Borgmann für die Vergangenheitsbewältigung im Libanon ein. Von 1975 bis 1990 suchte der Bürgerkrieg das kleine Land heim. Der große Nachbar Syrien griff ein und hielt den Libanon bis 2005 besetzt. Noch immer sollen Hunderte libanesische Gefangene aus dieser Zeit in syrischen Gefängnissen sitzen – oder längst in Massengräbern verscharrt sein.

Als Borgmann vor einigen Jahren in Beirut auf die Ex-Insassen traf, die sich lose in dem Verein „Former Lebanese Political Detainees in Syria“ zusammenschlossen hatten, seien diese immer wieder aufgesprungen. Sie hätten Szenen nachgestellt, erzählt Borgmann, gestikuliert, um ihre grausame Vergangenheit zu verbildlichen. „Wenn ihr so fit seid und spielen wollt, machen wir eben eine Live-Performance“, habe sie gesagt. „Weil Worte nicht ausreichen, um die-

sen Schrecken zu beschreiben.“ Nach 45 Minuten Folter auf der Kreuzberger Bühne stehen die Schauspieler, die keine Schauspieler sind, vor dem Publikum und danken für das Interesse.

Eine Zuschauerin will von den ehemaligen Gefangenen wissen, warum sie denn eigentlich nach Syrien verschleppt worden seien. „Wir waren politische Gefan-

gene“, antwortet Raymond Bouban, einer der acht. Politisch sei er allerdings nie gewesen, habe nur die falschen Kontakte gehabt. Dann sagt er höflich: „Was Sie gesehen haben, genau das ist wirklich passiert.“

Als würde ein Theaterautor die Idee für ein derart grausames Stück haben können.

JANNIS HAGMANN

taz.veranstaltung

Gespräch Generación Y

Die Kubanerin Yoani Sánchez ist innerhalb weniger Jahre zur international bekanntesten unabhängigen Stimme ihres Lands geworden. Auf ihrem Blog Generación Y beschreibt sie seit 2007 ungeschönt den Alltag.

Moderation: Bernd Pickert, taz



Die Veranstaltung findet auf Spanisch mit deutscher Übersetzung statt. Wegen der begrenzten Zahl verfügbarer Plätze wird um Anmeldung an rog@reporter-ohne-grenzen.de gebeten.

Mittwoch, 8. Mai 2013 um 19.30 Uhr | Eintritt frei Instituto Cervantes Berlin, Rosenstr. 18-19, 10117 Berlin



Mal eben weg

Der wegen zahlreicher Straftaten angeklagte Hamburger Ex-SPD-Sprecher, Bülent Ciftlik, wird nach einem Verkehrsunfall mit Fahrerflucht in Indien festgehalten. Nun droht das Verfahren gegen ihn zu platzen SEITE 22

Der Charme des Unfertigen

Schaumstoffrest und Putzlappen, Pappkarton und Klebeband: Mit ihrem „Zirkus des Fortschritts“ gastiert jetzt die Berliner Puppentheatertruppe „Das Helmi“ in Hannover. Von der Zusammenarbeit mit den vollflexiblen Knautschgesichtern verspricht sich nicht zuletzt das ehrwürdige Staatstheater Ideen für die Zukunft SEITE 23



Konkurrenz aus Karlsruhe

DROGERIEMARKT

Budnikowsky und dm buhlen um dieselbe Kundschaft. Gerade hat die zehnte dm-Filiale in Hamburg eröffnet, in Steinwurfnähe zum „Budni“-Flaggschiff. Das Komplizierte daran: Die Konkurrenten sind zugleich verpartnert

VON AMINA ARABI UND KAI VON APPEN

Keinen Steinwurf entfernt vom Flaggschiff der Hamburger Drogeriekette Budnikowsky in der Europapassage, einer zweigeschossigen Filiale mit Produkten des gehobenen Standards und Einkaufswagen-Paternoster, hat am 2. Mai die süddeutsche Drogeriekette dm eine Filiale im Schlemmermarkt am Rathausmarkt eröffnet. Auch wer in St. Pauli oder Altona unterwegs ist, kann seine Drogerie-Artikel nicht nur bei Budni einkaufen, sondern seit einiger Zeit auch bei dm.

Budni muss sich daher nicht nur gegen den hannoverschen Konkurrenten Rossmann behaupten, sondern hat einen weiteren Räuber um Marktanteile im hanseatischen Revier. Die Karlsruher Drogeriekette dm hat sich bislang aus dem Hamburger Markt herausgehalten, wohlweisend um die starke Stellung der Lokalkette Budnikowsky. Eine Einkaufskooperation ermöglichte es dm, ab 1999 seine Eigenmarken durch Bundi vertreiben zu lassen. Seit 2008 eröffnet dm jedoch immer mehr Filialen in Hamburg. Damit entsteht eine neue Konkurrenzsituation auf dem Hamburger Drogeriemarkt.

Angefacht wurde die Hamburg-Expansion der Drogeriekette dm zunächst durch die Schlecker-Pleite. Hinzu kommt



Wird von der Drogeriemarktkette DM unter Druck gesetzt: Budnikowsky Foto: Miguel Ferraz

der hohe Umsatz von dm in den vergangenen Geschäftsjahren, die Investitionen im Wert von über 160 Millionen Euro erlaubt. „Wir wollen unser Filialnetz zunehmend auch in Gebieten verdichten, in denen die Kunden noch keinen dm-Markt in ihrer Nähe haben“, sagt Markus Trojansky, als dm-Geschäftsführer verantwortlich für den Bereich Expansion. Ein Teil davon wird in den Hamburger Raum investiert. Bislang gibt es zehn Filialen in Hamburg. Ob die Karlsruher darüber hinaus weiter expandieren wollen, dazu werden keine Angaben gemacht.

In Budni-Kreisen spricht man hinter vorgehaltener Hand von einem „Frontalangriff“. Doch Cord Wöhlke, Geschäftsführer bei Budnikowsky, beschwichtigt: Man sehe die Karlsruher nicht als große Gefahr. „Schließlich sind wir als bundesweit Kleinster sehr stark in der Metropolregion Hamburg verankert“, sagt Wöhlke.

Dessen ist man sich wohl auch bei dm bewusst, dennoch scheint die Karlsruher Drogeriekette zuversichtlich: „Wir wissen natürlich, dass Budni im Raum Ham-

„Wir setzen darauf, dass die Hamburger weiterhin ihren regionalen Hamburger Budni unterstützen werden“

CORD WÖHLKE, BUDNIKOWSKY

burg etabliert ist, aber wir erfahren von unseren Hamburger Kunden sehr positive Resonanz“, sagt Markus Trojansky, Geschäftsführer von dm.

Seit einiger Zeit bietet Budnikowsky auch verstärkt Eigenprodukte an. Außerdem soll künftig in Kosmetikstudios in den Budni-Filialen und in die eigene Naturkosmetik-Marke Alioula investiert werden. „Das dient jedoch nur der Profilschärfung und ist keine Reaktion auf die Konkurrenz von dm“, sagt Wiebke Spannuth, Sprecherin von Budnikowsky. Stattdessen sieht man die Konkurrenz bei Budni ganz gelassen. „Selbstverständlich besteht am Markt immer ein Wettbewerb – auch bei Kooperationspartnern“, sagt Wöhlke. „Wir setzen darauf, dass die Hamburger weiterhin ihren regionalen Hamburger Budni unterstützen werden.“

Die Einkaufskooperation wird unabhängig von der Expansion von dm weiterlaufen. Denn bislang sei das Verhältnis noch gut, heißt es bei Budnikowsky, und man will sich auch weiterhin nicht mit dem Konkurrenten dm anlegen.

Gewitter über Budni-Land

GEGENWIND Die Drogeriekette Budnikowsky gerät unter Druck. Die Gewerkschaft Ver.di verlangt Tarifverträge und will Betriebsräte durchsetzen und das „Hamburger Abendblatt“ schießt gegen eine fünf Jahre alte abgeschaffte Kleiderordnung

Die dm-Expansion kommt für Budni zu einem Zeitpunkt, zu dem das soziale Image des Hamburger Familienbetriebs mit seinen 150 Filialen in Hamburg, Lübeck, Lüneburg und Sylt in der Öffentlichkeit angekratzt ist. Denn hinter dem sozial-partnerschaftlich anmutenden Slogan „Wir sind Budni“ hat die Familie Wöhlke schon längst Ärger mit der Gewerkschaft Ver.di. Während der in die Insolvenz gegangene Schlecker-Konzern trotz seines rüpelhaften Rufs Betriebsräte hatte und den Einzelhandelsarbeitsvertrag anerkannte, gibt es bei Budni keine tarifliche Bezahlung oder Betriebsräte.

Die im vergangenen Jahr ins Management aufgerückte Personalchefin Julia Wöhlke lehnt so etwas ab: „Wir zahlen nicht schlechter als Tarif, nur anders.“ Sie ist der Meinung, dass das Unternehmen, anders als die Konkurrenz auf den Einsatz von Leiharbeitskräften unter Mindestlöhnen verzichtet und trotz Konkurrenzdruck für die Branche gute Löhne zahlt. Das Budni-Vergütungssystem orientiere sich nicht mehr an der absolvierten Berufsausbildung, sondern an der tatsächlichen Tätigkeit. So hält Julia Wöhlke es nicht mehr für zeitgemäß, dass Kassiererinnen gleich hinter dem Marktleiter in der höchsten Tarifgruppe eingestuft werden, obwohl die Scanner-Technologie den Arbeitsplatz revolutioniert habe, so dass jede Mitarbeiterin nach kurzer Einarbeitungszeit die Kasse bedienen könne. „Wir zahlen zum Beispiel einer Fachverkäuferin Naturkosmetik oder einem Filialleiter über Tarif“, sagte Wöhlke jüngst gegenüber dem *Hamburger Abendblatt*. Schließlich habe sich die Fachverkäuferin besonderes Wissen und Fachkompetenzen erworben.

Geld nach Gefühl

Was sich modern anhört, ist für Arno Peukes von der Gewerkschaft Ver.di Willkür. „Jeder kriegt Geld nach Nasengefühl“, sagt Peukes der taz: „Es gibt keine eigene Lohnstruktur bei Budnikowsky. Wenn eine Verkäuferin 12,49 Euro pro Stunde verdient, weiß man genau, wer das ist, weil die Kollegin nur 11,54 für dieselbe Arbeit bekommt.“

Die Ver.di-Versuche, im Jahr 2005 einen Betriebsrat zu gründen, vereitelte Firmen-Chef Cord Wöhlke, indem er wegen der daraus entstehenden Kosten Druck auf die Mitarbeiter ausübte. Er schlug stattdessen vor, eine Mitarbeitervertretung zu installieren. Das Gros der Budnianer knickte ein. Und wenn die Mitarbeitervertretung heute von sich selber sagt, bei Urlaubsfragen, Versetzungen, Abmahnungen und Kündigungen mitbestimmen zu dürfen, sieht sie sich selbst nur in einer „moderierenden und schlichtenden Rolle“. Mitarbeitervertretungen, die Ge-

werkschaften sonst nur aus kirchlichen Einrichtungen kennen, hätten keine gesetzlichen Rechte wie ein Betriebsrat, sagt Peukes: „Selbst wenn die Mitarbeitervertreterin wollte, kann sie bei Konflikten nur knurren.“

Budni nimmt die Kritik inzwischen ernst. „Wir sind grundsätzlich offen für Kritik und sehr interessiert daran, uns zu verbessern“, sagt Geschäftsführer Cord Wöhlke, Geschäftsführer. „Daher prüfen wir intensiv, was wir verbessern können und dafür suchen wir das Gespräch mit den Gewerkschaften.“

Rasierte Beine, bitte

In die Negativ-Schlagzeilen ist Budni vor einigen Wochen auch durch einen Artikel des *Hamburger Abendblatts* wegen einer angeblich restriktiven Kleiderordnung geraten, die den Mitarbeitern züchtige Outfit-Vorschriften mache. So hätten Mitarbeiter neben der Budni-Weste private Kleidung im „zeitlosen klassischen Stil“ zu tragen. „Modische Dreitagebärte“ passten nicht zum „Budni-Stil“, bei Männern müsse der Haarschnitt kurz und der „Nacken ausrasiert“ sein, Turnschuhe oder HipHop-Schuhe seien out. Auch sichtbare Piercing und Tattoos seien unerwünscht. Frauen mit langen Haaren hätten diese gebunden zu tragen, auffälliges Make-up oder schriller Nagellack sei zu unterlassen. Röcke hätten das Knie zu bedecken, die Schuhe sollten „schlicht und zeitlos“ sein, mit mehr als „sechs Zentimeter“ Absatzhöhe. „Rasierte Beine sollten beim Tragen von Röcken selbstverständlich sein“, heißt in der Bekleidungs-Richtlinie „Ich bin Budni“, die der taz vorliegt und fünf Jahre alt ist.

„In der Tat gab einmal so einen Vorstoß im Jahre 2008, der ist aber nach Protesten von Ver.di sofort zurückgezogen worden“, bestätigt Unternehmenssprecherin Wiebke Spannuth. „Das wusste das *Abendblatt* auch.“ Was in dem Blatt zitiert worden sei, wäre Kopie der damaligen „Empfehlung“ gewesen, die auf einer Schulung diskutiert worden sei. „Es gibt definitiv keine Kleiderordnung oder Verpflichtung, sich irgendwie zu kleiden“, sagt Spannuth. „Das entspricht nicht dem Geist Budnis.“

Um das zu belegen, verweist Spannuth auf ein Statement einer Mitarbeiterin auf der Facebook-Seite zur jüngsten Beinraser-Debatte. „Haarsträhne, auffällig geschminkt, die neuesten Frisurentrends stets im Blick, bunte Nägel in allen möglichen Farben und selten dezenten Schmuck. Das bin ich“, schreibt die Mitarbeiterin. „Schenkt man dem Artikel Glauben, so dürfte ich nicht bei Budni beschäftigt sein – doch das bin ich, werde weder benachteiligt noch habe ich Angst, mein Äußeres zu verändern.“ **KAI VON APPEN**

SÜDWESTER

Armer „Bad Boy“

Werder Bremens suspendierter Fußballprofi Marko Arnautović fühlt sich zu Unrecht als „Bad Boy“ abgestempelt. „Sobald etwas gut geht, bin ich der Gott von Österreich und Weltklasse. Aber sobald ich ein Feuerzeug auf den Boden fallen lasse und die Medien sehen das – dann reden gleich alle von einer Explosion“, sagte er dem österreichischen Wochenmagazin *News*. Okay, stellen wir uns vor, was zur Suspendierung geführt hat: Wahrscheinlich hat die Polizei Arnautović nicht nachts um drei rasend auf der Autobahn gestoppt, sondern als er nachmittags um drei auf dem Osterdeich mit Teamkollege Eljero Elia um die Wette fuhr – auf dem Bonanzrad.

UND HEUTE

NACHRICHTEN

... gibt's wieder
Warnstreiks

Im Tarifkonflikt der Metallindustrie ist am Donnerstag die erste Warnstreikwelle durch Niedersachsen gerollt. Die größte Aktion lief nach IG-Metall-Angaben bei Volkswagen Osnabrück, wo 1.200 Beschäftigte ihre Arbeit für etwa eine Stunde niederlegten. Auch in weiteren Betrieben der Metall- und Elektroindustrie zwischen Harz und Küste liefen Aktionen. Die Gewerkschaft verhandelt in Niedersachsen den Flächentarif für rund 100.000 Menschen. Die Region im Nordwesten des Bundeslandes zählt zum Tarifgebiet Küste, wo die Warnstreiks schwerpunktmäßig dann heute starten sollen.

Ein unbekannter Tierquäler hat in Belm im Kreis Osnabrück 16 Tauben Köpfe und Füße abgetrennt. Eine Joggerin fand die toten Tiere auf einem Feldweg an einem Baumstumpf, teilte die Polizei mit. +++ **Der Mörder des Hamelner Landrates Rüdiger Butte** wusste möglicherweise nicht, was er tat. Ein Sachverständiger habe dem 74-Jährigen in einem früheren Gerichtsverfahren bescheinigt, unzurechnungs- und schuldunfähig zu sein, sagte der Direktor des Amtsgerichts Hameln, Herbert Seutemann. Der 74-Jährige hatte den Landrat des Kreises Hameln-Pyrmont in dessen Dienstzimmer erschossen und sich dann selbst getötet. +++ **Schleswig-Holsteins Energiewende** wird in Itzehoe realisiert. Das Itzehoer

Fraunhofer-Instituts ISIT trägt mit seinem neuen Innovationscluster Leistungselektronik entscheidend dazu bei, wichtige Themen wie die Energiewende zu bewältigen, wie Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) sagte. Damit werde Schleswig-Holstein als Energie- und Wirtschaftsland gestärkt. +++ **Die Vögel im Wattenmeer** haben mit der Brut begonnen. Auf der Vogelinsel Trischen sitzen Kormoran und Löffler bereits auf ihren Nestern, sagte Vogelwartin Julia Baer. Andere Vögel wie Möwen, Austernfischer und Rotschenkel haben auf dem Eiland vor der Küste Dithmarschens bereits ihre Nistmulden vorbereitet. „Die Brutzeit startet in diesem Jahr mit zwei bis drei Wochen Verspätung“, so Baer. +++

ELEKTROAUTOS
Bundesweit größtes
Flottenprojekt

Unter dem Motto „Hamburg – Wirtschaft am Strom“ will die Stadt weiter auf Elektroautos setzen. Bis zu 740 neue Elektrofahrzeuge sollen in Unternehmen aller Branchen und Größen, bei Behörden, Landesbetrieben und städtischen Gesellschaften eingesetzt werden, sagte Wirtschaftssenator Frank Horch (parteilos). Es sei das bundesweit größte Flottenprojekt von Elektroautos und werde vom Bundesverkehrsministerium mit 10 Millionen Euro gefördert. Schon jetzt seien in Hamburg mehr als 300 E-Autos im städtischen Wirtschaftsverkehr unterwegs. (epd)

VORREITER NIEDERSACHSEN
Geburtenkontrolle für Katzen

Der niedersächsischen rot-grünen Landesregierung ist der Katzen-schutz sogar einen Absatz im Koalitionsvertrag wert. Darin heißt es: „Die rot-grüne Koalition will eine Landes-

verordnung zur Katzenkastration einführen, sobald das Tierschutzgesetz des Bundes dieses zulässt.“ Tierschutzvereine erhalten 100.000 Euro für zwei Jahre, um freilebende Katzen einzufangen und kastrieren zu lassen. 50.000 Euro werden dafür bis zum Jahresende verwendet. (dpa)



Foto: dpa

PORTRAIT

Der Verfassungswächter



Niedersachsens höchster Richter:
Herwig van Nieuwland Foto: dpa

Mit der Forderung nach mehr Bürgernähe tritt Herwig van Nieuwland am Sonntag als Präsident des niedersächsischen Staatsgerichtshofs an, dem Landesverfassungsgericht. Der ist zwar Niedersachsens höchstes Gericht, den meisten Bürgern dürfte er aber unbekannt sein. Denn klagen können sie beim Staatsgerichtshof in Bückeburg nicht. Sehen sie ihre Grundrechte verletzt, müssen sich an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wenden.

Das will van Nieuwland, im Hauptamt Präsident des Oberverwaltungsgerichts in Lüneburg, ändern. Seit 2005 gehört er dem Staatsgerichtshof ehrenamtlich an und bei seiner Berufung zum Staatsgerichtshof-Präsidenten im März regte er an, die Verfassungsbeschwerde für Je-

dermann einzuführen. Die gibt es bereits in elf Bundesländern, Niedersachsens Verfassungsgericht können nur Landesorgane anrufen. Und das geschieht selten: Seit 1993 gab es im Schnitt 3,5 Entscheidungen im Jahr. „Da geht noch was“, befand der 60-Jährige bei seinem Amtsantritt vor den Landtagsabgeordneten.

Die haben ihn mit großer Mehrheit berufen, auch von Schwarz-Gelb kriegte er unerwartet Stimmen. Denn noch im Herbst 2012 hatte Ex-Ministerpräsident David McAllister (CDU) offen van Nieuwlands Neutralität angezweifelt. Als der Staatsgerichtshof eine SPD-Klage gegen die Informationspolitik der damaligen schwarz-gelben Landesregierung im Zuge der Affäre um Ex-Bundespräsident Christian Wulff verhandelte, reichte die Staatskanzlei Befangenheitsantrag gegen van Nieuwland ein. Der Auslöser waren Spekulationen, SPD-Spitzenkandidat Stephan Weil könne van Nieuwland zum Minister in seinem Schattenkabinett machen. Weil dementierte, die Staatskanzlei zog den Antrag zurück.

Statt Minister ist van Nieuwland nun auf Weils Vorschlag höchster Richter. Von der Opposition kriegt er trotzdem Zuspruch: Den Vorschlag für eine individuelle Verfassungsbeschwerde werde man aufgreifen, kündigte die FDP schon an. **THA**

200 neue Stellen

VORSTOSS Niedersachsens
grüner Agrarminister
Christian Meyer
verspricht mehr Jobs für
Verbraucherschutz und
Lebensmittelsicherheit

Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) hat dem Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (Laves) mehr Geld und Personal versprochen. Der Minister stellte am Donnerstag in Oldenburg 100 bis 200 neue Mitarbeiter und einen zweistelligen zusätzlichen Millionenbetrag in Aussicht. Das sei nötig, um für kommende Krisen sowie für gestiegene Anforderungen beim Tierschutz und der Lebens- und Futtermittelsicherheit gerüstet zu sein, sagte Meyer. Aktuell verfügt das Laves über 600 Vollzeitstellen.

Finanziert werden sollen die Mehrausgaben durch Gebühren für Kontrollen. „Wenn man sein

Auto zum TÜV bringt, muss man auch eine Gebühr bezahlen“, sagte Meyer. Die Gebühren sollen nach und nach in den nächsten zwei bis drei Jahren eingeführt werden und hauptsächlich die Agrar- und Nahrungsmittelindustrie treffen, sagte Meyer. Bäuerliche Betriebe sollen möglichst wenig belastet werden.

Wenn alle Kontrollen des Laves durch Gebühren finanziert würden, könnten nach seinen Worten bis zu 50 Millionen Euro im Jahr zusammenkommen. Laves-Präsident Prof. Eberhard Haunhorst äußerte sich positiv zu den Plänen. „Auch die Einführung einer Gebührenfinanzierung finde ich wichtig“, sagte er.

Zur Begründung verwies der Minister auf die jüngsten Lebensmittelskandale. „Die Eigenkontrollen der Futtermittelwirtschaft haben nicht nur im Aflatoxin-Geschehen versagt.“ Dabei waren Höfe in ganz Deutschland, darunter 4.400 in Niedersachsen, mit hochgiftigem Mais aus Serbien beliefert worden. (dpa)

Der Angeklagte ist mal eben weg

CIFTLIK-PROZESS Der wegen zahlreicher Straftaten angeklagte Hamburger Ex-SPD-Sprecher wird nach einem Unfall in Indien festgehalten. Das Verfahren gegen ihn droht zu platzen



Darf Indien im Moment nicht verlassen: Bülent Ciftlik Foto: dpa

VON MARCO CARINI

Platz der Prozess gegen den ehemaligen Hamburger SPD-Sprecher Bülent Ciftlik? Der 40-Jährige, dem Anstiftung zum Meineid, Urkundenfälschung und diverse andere Delikte vorgeworfen werden, wird seit anderthalb Monaten in Indien festgehalten. Er steht unter dem Verdacht, in einen Verkehrsunfall verwickelt zu sein. Da ein Strafverfahren aber nur 30 Tage unterbrochen werden darf, muss der Prozess eventuell ganz von vorne aufgerollt werden. Ob es soweit kommt, darüber will das Landgericht nun am 6. Mai entscheiden.

Entscheidend ist laut Strafprozessordnung, ob der Angeklagte die Prozess-Unterbrechung durch eigenmächtiges Handeln verschuldet hat. „Die Staatsanwaltschaft ist dabei, den Sachstand zu ermitteln“, sagt Gerichtssprecherin Ruth Hüttenroth, will sich aber „zu Details nicht äußern“. Die Ergebnisse der staatsanwaltlichen Recherche will das Landgericht kommenden Montag bewerten.

„Es wäre eine mittlere Katastrophe, wenn der Prozess neu aufgerollt werden muss“, sagt der Sprecher der Staatsanwaltschaft Carsten Rinio gegenüber der taz. Denn das Mammut-Verfahren dauert schon seit Februar vergangenen Jahres. Dutzende Zeugen wurden vernommen, die inzwischen aufgehäuften Verfahrensakten füllen Regale.

Nach Auffassung Ciftliks, den die taz in Patilia, einer etwa vier Autostunden von Neu Dehli entfernten nordindischen Stadt aufgefunden machte, ist „der Prozess längst geplatzt“. Denn die Frage, ob er schuldhaft dem Prozess fernblieb, ist aus seiner Sicht eindeutig beantwortet. Am 28. Februar habe er das letzte Mal im Gerichtssaal gesessen, am 11. März sei er aus beruflichen Gründen für eine Woche nach Indien geflogen, in fester Absicht, an der am 25. März angesetzten Fortsetzung der Verhandlung wieder in Deutschland zu sein.

Doch es kam anders: Am Abend des 13. März kam es in Patilia zu einem Autounfall. Ein Autofahrer gab an, im Feierabendverkehr von der Straße gedrängt worden zu sein, die Fahrt endete an einem Baum. Der Geschädigte notierte das Kennzeichen des Unfallverursachers und die Polizei ermittelte, dass Bülent Ciftlik und ein Bekannter in dem Fahrzeug, das sich unerlaubt vom Unfallort entfernt hatte, saßen.

Ciftlik, der „von einem Unfall nichts bemerkt“ haben will, wurde nach eigenem Bekunden zum Unfallzeitpunkt von seinem Bekannten zum Hotel gebracht. Und obwohl dieser wie auch Ciftlik aussagten, das Ciftlik nicht am Steuer saß, ermittelt die Polizei auch gegen den ehemaligen SPD-Sprecher. Es geht um Fahrerflucht und den Verdacht, die Männer könnten die Plätze getauscht haben. Denn Ciftlik und

Die Akte Ciftlik

Bülent Ciftlik, der am heutigen Freitag seinen 41. Geburtstag feiert, ist Sohn türkischer Einwanderer, die 1963 nach Deutschland kamen. Er ist in Hamburg geboren und machte dort sein Abitur.

■ Seit 2001 war Ciftlik als politischer Referent und zwischen 2004 und 2009 als Pressesprecher der Hamburger SPD tätig.

■ 2008 wurde Ciftlik für die SPD in die Hamburgische Bürgerschaft gewählt. Nach seiner erstinstanzlichen Verurteilung wegen Vermittlung einer Scheinehe verließ Ciftlik auf Druck von Landeschef Olaf Scholz Anfang Juli 2010 die SPD-Fraktion. Den gegen ihn verhängten Parteiausschluss hat Ciftlik juristisch angefochten.

■ Der Prozess gegen Ciftlik vor dem Hamburger Landgericht dauert seit Februar 2010 an. Erneut wird die Scheinehe verhandelt, zudem wirft die Staatsanwaltschaft Ciftlik vor, Urkunden gefälscht sowie drei Zeugen zu einer Falschaussage angestiftet zu haben – ein Delikt, das mit einer Haftstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren geahndet werden kann.

sein Beifahrer sehen sich ähnlich, die Zeugenbeschreibung passt auf beide Autoinsassen.

Am folgenden Tag musste Ciftlik seinen Reisepass bei der Polizei abgeben – dort liegt er noch heute. Sofort habe er, so Ciftlik, Kontakt zur deutschen Botschaft und seiner Anwältin Gabriele Heinecke aufgenommen, die umgehend die gegen Ciftlik verhandelnde Strafkammer informierte. Deren Vorsitzender Richter Rüdiger Göbel habe ihn sogar wenige Tage nach dem Unfall angerufen und angekündigt, er werde dafür sorgen, dass sofort ein BKA-Verbindungsbeamter in Indien Kontakt mit Ciftlik aufnehmen.

Obwohl das Gericht daran interessiert sein muss, die Angelegenheit zu beschleunigen, passierte aber erst mal nichts. Erst Mitte voriger Woche, über einen Monat nach dem Telefonat, habe die BKA-Verbindungsbeamtin Sch. zu ihm Kontakt aufgenommen. Eine Ausreise konnte aber auch sie bislang nicht erreichen. „Dass ich hier festgehalten werde, ist absolut nicht mein Verschulden“, sagt Ciftlik: „Außer man unterstellt, mein Einfluss sei so groß, dass ich selbst die Entscheidungen indischer Ermittler manipulieren kann.“

Das bestätigt seine Anwältin Heinecke: „Es ist nicht verboten in einer dreiwöchigen Verhandlungspause zu verreisen, eine Eigenmächtigkeit liegt nicht vor, die Unterbrechungsfrist ist abgelaufen, das Verfahren damit geplatzt.“ Das aber sei überhaupt nicht im Sinn ihres Mandanten: „Eine Wiederaufnahme kostet ihn eine Unmenge von Zeit und Geld. Er müsste mit dem Klammerbeutel gepudert sein, das Verfahren in diesem späten Stadium platzen zu lassen.“ Auch Ciftlik betont, „überhaupt kein Interesse“ an dem Verfahrensabbruch zu haben.

Kommenden Montag wird nun die Staatsanwaltschaft Stellung nehmen. Kann sie nachweisen, dass Ciftlik aus eigenem Verschulden nicht am Prozess teilnimmt, wird dieser in seiner Abwesenheit fortgesetzt werden. Die Recherchen der Staatsanwaltschaft aber scheinen noch nicht so weit gedungen, zumindest spricht einiges für Kommunikationsdefizite im Apparat. Denn obwohl Gabriele Heinecke dem Gericht schon vor Wochen die Situation detailliert schilderte, betonte Staatsanwaltschaftssprecher Rinio jetzt gegenüber der taz: „Ich weiß von einem Unfall, aber nichts von einer angeblichen Fahrerflucht!“

Der Charme des Unfertigen

THEATER Schaumstoffrest, Putzlappen und Pappkarton: Die Berliner Puppentheatertruppe „Das Helmi“ gastiert mit ihrem „Zirkus des Fortschritts“ in Hannover. Von der Zusammenarbeit mit den Knautschgesichtern verspricht sich nicht zuletzt das Staatstheater Ideen



Spontanes Theater: bei der Premiere des Zirkus des Fortschritts“ am 26. April auf dem Küchengartenplatz in Hannover-Linden Fotos: Katrin Ribbe, Jens Fischer

AUS HANNOVER JENS FISCHER

Vorstellungsbeginn in vier Minuten. Der „Froschkönig“ ist angekündigt, in großen Lettern. „Aber der Hauptdarsteller fehlt“, sagt Puppenspieler Emir Tebatabai. Hektik, Panik? Fehlangeize! „Wir nehmen ‚Leon – der Profi‘ aus der anderen Produktion“, erwidert Florian Loycke. Er ist, was man das Mastermind nennen könnte, der Kopf hinter den Berliner Puppentheaterfreaks „Das Helmi“. Puppen? Genau: Mit denen ist der riesige Sack gefüllt, aus dem die gesuchte Spielfigur schließlich hervorgewühlt wird. „Leon“ bekommt das Haupt mit glitzerndem Plastikgekröse gekrönt, die Strenge aus dem Profikillerantlitz gefusselt – fertig zum Auftritt.

Die Eltern sitzen bereits, haben ihre Kleinen auf Matratzen abgelegt. Andere Kinder krabbeln, toben herum, fordern: „Eis!“ Stattdessen gibt's Geschichten. Na ja, eher eine Revue der Einfälle zu Geschichten, locker um den Titel des Stücks herum assoziiert, unterbrochen von antiautoritären Liedern zum Mitsingen. Die Dialoge wirken wie gerade ausgedacht, fast jeder Satz wird lustvoll auf Klischeehaftigkeit und Stereotypisierung untersucht – mit dem Charme des Unfertigen ist dieses spontane Theater purer Jux und anarchistische Dollerei.

Des Theaters Zukunft

Der Spielort Küchengartenplatz in Hannover-Linden ist ein Freiraum, wie ihn jede Stadt kennt: der Boden bedeckt mit einem Teppich aus Kronkorken, Glascherben, Boulevardzeitungsresten und Hundekot. Punker hängen im Gegenwind, Trinker scharren sich, Skater, Biker und Inliner proben Tricks, eine Großfamilie picknickt, Väter schieben Kinder

spazieren, ein paar Männer spielen Boule. Mittendrin, in schwarzes Plastik eingewickelt und mit Stofffetzen geschmückt: zwei Bauarbeitercontainer, das „temporäre Platzhaus“ der Helmis.

„Nicht ganz so krass, aber dem Berliner Helmholtzplatz schon sehr ähnlich ist das hier“, schlägt Florian Loycke die Rolle zurück zu den Anfängen: Nach jenem Platz haben sich die Helmis benannt, dort kreierten sie, in einer umgebauten Bedürfnisanstalt, die ersten Stücke. 2002 war das.

Vier bis sieben der Beteiligten – allesamt unverbildet durch Schauspiel-, Puppentheater-, oder Musik-Studium – sind jetzt in wechselnden Besetzungen bis Anfang Juni in Hannover, um mit ihrem Streichelzoo der grob aus Schaumstoffresten, Putzlappen, Pappkartons und Klebeband zusammengeflackten Knautschgesichtern den „Zirkus des Fortschritts“ zu zelebrieren. Der ist nichts Geringerem gewidmet als der Zukunft des Theaters.

„In Berlin reagiert man auf so was inzwischen mit: ‚Schon wieder so 'ne Kunstschleife‘“, erzählt Aljoscha Begrich, Dramaturg am Staatstheater Hannover. „Hier kommen die Leute freundlich, neugierig vorbei, machen mit.“ Loycke stimmt ein: „Eine alte Frau hat uns zur Begrüßung eine Torte geschenkt, abends kommen die Obdachlosen zum Reden.“ Gemeinsames Kochen und Figurentheater in den umliegenden Kneipen sind angekündigt, nachmittags gibt's Puppenbau-Workshops. Die Materialien werden von Sperrmüllhaufen und aus dem Abfall der Theaterwerkstätten geklaubt, oder im Baumarkt gekauft.

Auf's alternative Linden folgt für den Zirkus den, nun ja, „Rentnerbezirk Südstadt“ und stößt schließlich vor ins „Herz des Konsums, auf den Opernplatz“.

Neue Formen für die Bühne

Mit seinem Aufenthalt in Hannover gestaltet „Das Helmi“ eines von derzeit 17 „Doppelpass“-Projekten der Bundeskulturstiftung. Die gibt für zwei Jahre 100.000 Euro dazu, das Staatstheater Hannover ist als Kooperationspartner mit weiteren 10.000 Euro dabei.

■ Das Ziel ist es, dass die bundesweit 150 hoch subventionierten Bühnen mit ihrer professionellen Infrastruktur einerseits und die kaum geförderten freien Gruppen andererseits „neue Formen der Zusammenarbeit“ erproben und „gemeinsam künstlerische Impulse“ in die deutsche Theaterszene einbringen.

■ Im Norden hat „Doppelpass“ sehr charmante Stadterkundungen zur Folge (Kulturfiliale/Mecklenburgisches Staatstheater Schwerin), sorgt andernorts aber auch für gewisses Fremdeln (Lunatik/Theater Kiel) und noch mal woanders für eher Enttäuschend-Krampfes (Gintersdorfer/Klaben am Theater Bremen). FIS

Da werden dann Staatstheatermimen dazugeholt, für künftige Produktionen. „Die haben häufig Schiss, sich bei uns zu blamieren“, sagt Loycke. Denn: „Wir improvisieren so viel und machen noch mehr Quatsch.“ So soll im Januar 2014 auf der kleinen Bühne des großen Hauses „Der Minator 2“ zur Uraufführung kommen: Schaumstoffpuppen entdecken das Muskelkino Arnold Schwarzeneggers.

Kartoffelsalat im Dialog

Obwohl die Helmis gern gesehene Gäste auf den großen Bühnen Deutschlands sind, heute hier und morgen dort engagiert sind, binden sie sich nun also für zwei Jahre an Hannover. „Wir wollen mal wieder die Stadt erleben und kennenlernen, in der wir arbeiten“, erklärt Loycke. „Aus losen Resten, Zeichen, und Anekdoten eine neue Ordnung konstruieren“, formuliert es Begrich. In der Stadt Kurt Schwitters' möchte Loycke eine neue „Dada-mäßige Bewegung“ initiieren: „Der Kartoffelsalat, den wir gestern im Lokal gegenüber gegessen haben, wird heute in einen Dialog unserer Aufführung eingebaut.“ Gestern lecker, heute Kunst. Jeder Input wird irgendwie Teil des künstlerischen Outputs.

Ganz in Schwitters' Sinne: Der forderte ja „die Zusammenfassung aller erdenklichen Materialien für künstlerische Zwecke und technisch die prinzipiell gleiche Wertung der einzelnen Materialien“. Das Kunstwerk, die Aufführung, wird so endlos aufnahmefähig, also hannover-, ja: welthaltig – und die Helmis sind Zusammenhangbastler, Verknüpfer, Collageure. Mit unbezwingbarem Spieltrieb entsteht für Momente ein spannungsvolles Miteinander. Mehr dadaistische Leichtigkeit des Seins geht wohl nicht.

„Wir machen den ganzen Platz zum Kunstwerk, nutzen ihn als Begegnungsort und kultivieren dort das öffentliche Rumhängen, also Rumhängen mit Drive“, sagt Loycke – „sonst wär's ja Pennerkultur.“ Jeder kann irgendwas, muss es nur einbringen, sei's Singen, Geschichtenerzählen, Torntenbacken oder Über-Poller-BMX-Radeln. In Hannover-Linden lebten ja viele jener oft beschworenen, wiederholt statistisch erhobenen 93 Prozent der Bundesbürger, die nie ins Theater gehen, ergänzt Begrich. Jetzt kommt es zu ihnen.

Von Freien lernen

Die sehr flexiblen und kreativen Arbeitsprozesse der freien Szene seien mit Arbeitszeiten und -abläufen des unbeweglichen Staatstheatersystems nicht vereinbar, sagt Dramaturg Begrich. „Wer dort was will, muss so funktionieren, wie das Haus funktioniert. Da die Helmis daran kein Interesse haben, können sie die

Möglichkeiten des Apparats nicht nutzen.“ Wird also ein Requisite benötigt oder ist ein technisches Problem zu beseitigen, wird's lieber selbst organisiert. „Aber die Theater müssen zusammenkommen“, sagt Begrich. Lernen die Etablierten nicht von den Freien, „werden sie bald nicht mehr existieren“. So seien die gemeinsamen „Doppelpass“-Projekte „Überlebenshilfe“, sagt der Dramaturg – „wenn die Theater sie annehmen“.

Wie zur Nachhilfe dokumentiert Das Helmi neben den Begegnungen mit Hannover und den Hannoveranern auch die zuweilen kafaesken Kämpfe mit dem Staatstheaterbetrieb: Diese Sachberichte kommen ab 6. Juni auf die Bühne.

„Zirkus des Fortschritts“: bis Sonntag, 5.5., Hannover, Küchengarten; 8.–19.5., Stephansplatz; 22.5.–2.6., Opernplatz. Weitere Infos und alle Termine: www.schauspielhannover.de/dashelmi

taz.nord

REDAKTION
IM GESPRÄCH
in Kiel



Esther Geißlinger
Schleswig-Holstein-
Korrespondentin



Daniel Kummert
Redakteur

Auf dem
Asmus-Bremer-Platz
morgen, Samstag,
von 11 bis 13 Uhr

IN ALLER KÜRZE

Das Universum wird runderneuert

Das Universum Bremen bekommt eine runderneuerte Dauerausstellung. Entsprechenden Plänen hat die Wirtschaftsdeputation gestern zugestimmt (taz berichtet). Außerdem soll das Universum in Zukunft intensiver als bisher mit wissenschaftlichen Einrichtungen und forschenden Unternehmen in Bremen zusammenarbeiten. Die Dauerausstellung soll nach dem Umbau die drei Themenebenen Technik, Leben und Natur umfassen. Für den Umbau werden insgesamt fünf Millionen Euro aus dem europäischen EFRE-Programm zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus müssen für etwa eine Millionen Euro Altschulden abgelöst werden. Zudem müssen für den laufenden Betrieb Finanzmittel des Wirtschaftsressorts in Höhe von rund 500.000 Euro pro Jahr bereitgestellt werden. Da Bremen damit den laufenden Betrieb bezuschusst, wird die Stadt das bislang privat betriebene Universum übernehmen. Dazu wird sie die Gesellschafteranteile der UMG für einen Euro übernehmen.

Warnstreik der IG Metall in Bremer Betrieben

Mehrere Tausend Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie sind gestern in den Warnstreik getreten. Insgesamt 70 Betriebe in Norddeutschland hat die IG

Metall dazu aufgerufen. Heute soll im Bremer Daimler-Werk, bei Magna, Desma, Hydro Aluminium und Thyssen-Krupp gestreikt werden, an einer Kundgebung vor dem Airbus-Werk werden sich laut IG Metall MitarbeiterInnen von Mdexx, Premium Aerotec, EADS, Thermo Fischer und Airbus beteiligen. In Bremerhaven sind zweistündige Warnstreiks unter anderem bei der Lloyd Werft, dem Drahtseilwerk, den MWB Motorenwerken und Weserwind geplant. Die Gewerkschaft fordert für die bundesweit rund 3,7 Millionen Beschäftigten 5,5 Prozent mehr Geld für zwölf Monate. Die Arbeitgeber bieten eine Erhöhung von 2,3 Prozent bei einer Laufzeit von 13 Monaten an. Das hat die Gewerkschaft abgelehnt.

Leichtere Anerkennung von Berufsabschlüssen

Die Bildungsdeputation hat auf ihrer letzten Sitzung am Dienstag das „Bremische Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen“ zum Beteiligungsverfahren und zur Behandlung in Senat und anschließender Beschlussfassung in der Bürgerschaft freigegeben. Damit ist Bremen das fünfte Bundesland, das ein Anerkennungsverfahren von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen in landesrechtlich geregelten Berufen gewährleistet. Dazu zählen auch LehrerInnen, ArchitektInnen oder IngenieurInnen. (taz)

„Lokalfernsehen ist nicht CNN“

MEDIEN Die Ursache für das Ende des Lokalsenders „Center.TV“ liegt für den ehemaligen „Executive Producer“ Malte Bastian auch in der Einflussnahme von Zeitungsverlegern

INTERVIEW KLAUS WOLSCHNER

taz: Herr Bastian, das Ende des Projektes Center.TV in Bremen ist nicht die erste Pleite eines regionalen Fernsehsenders. Ist dieses Format durch die Film-Möglichkeiten des Internets schon überholt, bevor sich diese Sender wirtschaftlich etablieren konnten?

Malte Bastian: Das glaube ich nicht. Die große Zeit der regionalen TV-Sender steht uns noch bevor. Sie wird sich natürlich weitgehend online abspielen und nicht mehr im klassischen Fernsehen. Manche dieser Sender haben Probleme bekommen aufgrund ihrer Themenauswahl und ihrer Produktionsweise.

Lokale Nachrichten kann man doch auch mit kleinen Filmen mühelos zu der Zeit, in der man gerade nicht die Kinder ins Bett bringen muss, anklicken.

Richtig. Die ständige Abrufbarkeit ist ein großer Vorteil des Internets. Eine gut gemachte Sendung wählt allerdings die Nachrichten für die Zuschauer aus, das ist ihr großer Vorteil.

Offenbar nicht das, was Center.TV Bremen gesendet hat?

Doch, auch. Center.TV hat seine Zuschauerzahlen in den anderthalb Jahren von 2010 bis 2012 mehr als verdoppelt.

Und woran ist Center.TV gescheitert?

Die meisten solcher Projekte scheitern, wenn man bei der Gründung davon ausgeht, dass Fernsehen als eine Art Nebenprodukt von Zeitung wirtschaftlich erfolgreich gestaltet werden kann. Das ist auch andernorts so gewesen – beispielsweise mit der WAZ und Center.TV im Ruhrgebiet. Gutes Fernsehen kostet sehr viel Geld und muss von Fernsehleuten gemacht werden, denen Investoren vertrauen sollten. Die Zuschauer haben einen hohen Anspruch, egal ob fünf Millionen vor dem Schirm sitzen oder vielleicht nur 5.000. Wenn Zeitungsverleger versuchen, Einfluss auf das Programm zu nehmen, dann kann das nicht gut gehen. Zeitung und Fernsehen sind grundverschiedene Medien.

Center.TV hatte mit Christoph Sodemann einen Profi von „bu-



Center.TV macht in zwei Monaten endgültig Sendeschluss Foto: Center.TV

ten&innen“ als Chef, der wurde 2011 gefeuert.

Christoph Sodemann ist ein toller Kollege, den ich sehr schätze. Aber er ist in guter Gesellschaft: Center.TV hat seit seiner Gründung diverse Chefredakteure verschlissen.

Eine Perle im Programm war die Salat-Schnibbel-Show mit dem Vorstandschef des „Weser-Kuriers“? Wer hatte die Idee dafür?

Das war eine Entscheidung, die wohl auf Gesellschafterebene gefallen ist und mit dem persönlichen Engagement von Dr. Ulrich Hackmack zu tun hatte, der ein Faible für Kochen und für Mathematik hat. Ich finde, das war eine interessante Spielart von Lokalfernsehen. Auch wenn Ulrich Hackmack bei manchen Bremer Medien eine Reizfigur ist: Mir hat die Arbeit mit ihm und seiner Co-Moderatorin an der Sendung „Lecker rechnen“ sehr viel Spaß gemacht.

Die Sparkasse, ein anderer Gesellschafter, hat ihren großen Werbeauftrag im vergangenen Jahr gekündigt.

Das habe ich der Presse entnommen. Sollte das so sein, kann ich es der Sparkasse nicht verübeln. Warum sollte ein Gesellschafter

ständig Geld in ein Unternehmen investieren, dessen Vertrieb offensichtlich keinen Erfolg hat? Mir stellt sich allerdings auch die Frage, warum man nicht früher Konsequenzen bei den Verantwortlichen gezogen hat, um den Sender zu retten.

„Live-Sendungen haben einen großen Teil zur finanziellen Misere mancher Lokalsender beigetragen“

Der Weser-Kurier, der 21 Prozent der Anteile hält, hat vor einem Jahr einen eigenen Ü-Wagen angeschafft. Könnte er selbst die Lücke schließen?

Das glaube ich nicht. Wenn ich die Berichte in den Medien verfolge, hat der Weser-Kurier eine Menge eigener Probleme. Ein Ü-Wagen ist für das lokale Fernsehen zudem völlig ungeeignet. Davon träumen höchstens Zeitungsverleger, weil man per Ü-Wagen die Nachrichten schneller als die Zeitung verbreiten kann. Aber das permanente aktuelle nachrichtliche Fernsehen ist das teuerste Fernsehen überhaupt.

Live-Sendungen haben einen großen Teil zur finanziellen Misere mancher Lokalsender beigetragen. Lokalfernsehen ist nicht CNN en miniature.

Die EWE, die 49 Prozent an Center.TV hält, hat bekannt gegeben, dass sie bei ihren Regional-sendern 11 Millionen Euro zugeschossen hat und nun diese Studios schließen und alles aus Bremen senden will. Gibt es für Heimat live in Cloppenburg, Leer und Cuxhaven eine Perspektive, wenn Center.TV Bremen am Ende sein wird?

Gute Frage. Sobald ich eine kluge Antwort weiß, werde ich mich beim Vorstand der EWE melden. Aber im Ernst: Die Kernidee von Heimat live ist richtig und gut. Es wäre sehr schade, wenn dieses Projekt auch noch Schaden nehmen würde.

Malte Bastian

48, gebürtiger Bremerhavener und Zeitungsredakteur, arbeitet seit 1996 im TV-Geschäft, zuletzt bis zu seiner Entlassung Ende 2012 als „Executive Producer“ bei Center.TV Bremen.



HEUTE IN BREMEN

„Mehr Mut beweisen“

DISKUSSION Über den Zusammenhang von sozialer Herkunft, Chancengleichheit und Pressefreiheit

taz: Herr Schlüter, kommen Sie aus einem Arbeiterhaushalt?

Theo Schlüter: Mein Vater hatte ein kleines Geschäft. Deswegen wohl eher Kleinbürgertum.

Wieso diskutieren Sie am Tag der Pressefreiheit über soziale Herkunft?

Unser Gast, Marco Maurer, hat in seinem Dossier „Ich Arbeiterkind“ in der Zeit gezeigt, dass kaum Journalisten aus dem Milieu der Arbeiterschaft kommen.

ab. Eine solche Erfahrung prägt. Ich bin aber überzeugt, dass man auch als Parteimitglied journalistisch unabhängig sein kann.

Wie schwierig ist das in einer Stadt, in der sich alle kennen?

Es ist leichter, den amerikanischen Präsidenten zu kritisieren als den lokalen Bürgermeister. Lokalredakteure müssen wesentlich mehr Mut beweisen, wenn sie Leuten auf die Füße treten.

Was können Redaktionen für Chancengleichheit tun?

Der ehemalige WDR-Intendant Fritz Pleitgen hat kein Abitur. In einem Interview sagte er mir mal, er

würde heute beim WDR ohne Hochschulabschluss wohl kein Volontariat mehr bekommen. Ob das angesichts der verfassungsrechtlich gesicherten Meinungsfreiheit überhaupt sein darf, ist unter Juristen mindestens umstritten. Zu dem Komplex ist Justiz-Staatsrat Matthias Stauch geladen. Die Frage ist, ob der Zugang zum Journalismus an einem formalen Abschluss hängen darf.

Und, was meinen Sie?

Eine ordentliche Ausbildung ist auf jeden Fall wichtig. Manchmal wäre ich schon zufrieden, wenn Journalisten – ob mit Hochschulabschluss oder ohne – Rechtschreibung und Grammatik beherrschten. INTERVIEW: JPB

18 Uhr, Bremer Presse-Club, Schnoor 27–28

Theo Schlüter

63, ist seit 35 Jahren Redakteur bei Radio Bremen – nach einem Studium und Zeitungsvolontariat.



Wir wollten diskutieren, wie die Wahrnehmung von Wirklichkeit durch die Journalisten von der sozialen Herkunft abhängt.

Wie stark hat Sie Ihre Herkunft als Redakteur geprägt?

Das einzuschätzen, fällt mir schwer. Marco Maurer, der die Debatte angestoßen hat, kümmert sich sehr um soziale Fragen und Benachteiligung.

Wie hilfreich war es für Sie, im roten Bremen in der SPD zu sein?

Ich komme aus Paderborn. Als in Nordrhein-Westfalen noch die CDU regierte, gab es keine Lehrmittelfreiheit, sondern man musste fürs Gymnasium Schulgeld bezahlen. Ich war drittes Kind, und mein Vater konnte das nicht mehr aufbringen. Dann kam der Regierungswechsel und die SPD schaffte das Schulgeld

Weserburg unter „Denkmalverdacht“

IMMOBILIEN-DEAL Der Denkmalschutz für die Weserburg würde einen Umzug, über den das Museum für moderne Kunst seit Jahren nachdenkt, unwahrscheinlicher machen

In die Debatte um die Zukunft des Museums Weserburg ist ein neuer Akteur hinzugekommen: das Amt für Denkmalpflege. „Wir beschäftigen uns intensiv mit dem Gebäude“, sagt Landeskonservator Georg Skalecki auf Anfrage. Es bestehe „ein Denkmalverdacht“. Allerdings befindet sich sein Amt noch in der Recherchephase.

Das Museum für moderne Kunst, das 1991 auf dem Teerhof gegründet wurde, beschäftigt sich seit drei Jahren mit einem möglichen Auszug aus seinem aktuellen Domizil. Hintergrund sind notwendige bauliche Investitionen – wobei auch das schon länger vor sich hin schlingende

Bemühen um einen konzeptionellen Neuanfang eine Rolle spielt. Ob der Umzug in einen Neubau günstiger wäre, ist immer noch nicht abschließend geklärt. Welche Bedeutung hätte eine Unterschutzstellung seitens des Landeskonservators in diesem Zusammenhang?

„Der Museumsbetrieb wäre auf keinen Fall beeinträchtigt“, versichert Skalecki. Kursierende Gerüchte, der Denkmalschutz würde einen Auszug des Museums „wahrscheinlicher“ machen, bezeichnet er gegenüber der taz als „Falschmeldung“.

Wie aber steht es mit dem in Aussicht stehenden Siedentopf-Deal? Die Bremer Immobilienfir-

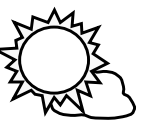
ma ist interessiert am Erwerb der Weserburg – und würde dem Museum im Gegenzug einen Bauplatz in der Überseestadt zur Verfügung stellen. Auch die Errichtung lukrativ zu vermarktender Wohnungen und Büros auf dem Teerhof würde durch den Denkmalschutz nicht unmöglich gemacht, erklärt Skalecki. Seinem Amt gehe es primär um den Erhalt der Fassade mit ihrer Aneinanderreihung der schmalen, giebelständigen Packhaus-Gebäude, die typisch für das Erscheinungsbild der Hafenstadt waren. Skalecki: „Wir wollen die Weserburg als Landmark erhalten.“

Allerdings: Auch ein Umbau im Inneren könne „nicht ganz

beliebig“ erfolgen. Fazit: „Eine Fortsetzung der Museumsnutzung wäre mir unter Denkmalschutz-Gesichtspunkten das Liebste“, sagt Skalecki.

Aus Sicht des Kulturressorts ist alles noch offen. „Denkmalschutz steht unter dem Vorbehalt der wirtschaftlichen Zumutbarkeit“, erklärt Staatsrätin Carmen Emigholz (SPD). So gesehen wäre noch nicht einmal ein Abriss ausgeschlossen.

Immerhin nennt die Behörde einen neuen Termin: Bis zur Kulturdeputation am 11. Juni werden sie ein Museums-Konzept mit allen inhaltlichen, finanziellen und baulichen Aspekten vorlegen können. HENNING BLEYL



IN ALLER KÜRZE

Schweigeminute vor Jobcenter

Etwa zehn Personen haben sich gestern vor dem Jobcenter in Altona versammelt, um eine Schweigeminute für die Opfer von Hartz-IV-Sanktionen abzuhalten. Zu der Kundgebung aufgerufen hatte die Piratenpartei des Bezirkes Mitte, die damit ihre Solidarität mit der Jobcenter-Mitarbeiterin und Hartz-IV-Kritikerin Inge Hannemann bekundete. Hannemann, bis auf Widerruf von ihrem Dienst freigestellt, kritisiert in ihrem Blog die Praktiken der Arbeitsvermittlung und die Vergabe von Sanktionen an Hartz-IV-Empfänger. (taz)

Sexarbeit ist Arbeit

Mehr als 20 Sexarbeiterinnen mit roten Schirmen und überdimensionalen Kondomen haben auf dem Kirchentag für ihren Job demonstriert. Vor der Fischauktionshalle, in der eine Podiumsdiskussion zum Thema Zwangsprostitution stattfand, auf der auch Evangelikale zu Wort kamen, verteilten sie Flugblätter und echte Kondome an die Kirchentagsbesucher. Frauen, die Sexarbeit als die für sie beste Option gewählt hätten, egal ob nur wegen des Geldes oder als „Traumberuf“, bräuchten keine Maßnahmen zur „Zwangsetzung“, die das Leben und die Arbeitsbedingungen nur erschweren, war die Botschaft der Prostituierten. (taz)

Flucht geglückt

Ein achtjähriges Mädchen ist in Hamburg ihrem Entführer entkommen. Der 27-jährige soll das Mädchen in Duvenstedt auf die Rückbank seines Autos gestoßen haben, so die Polizei. Als der Mann wieder auf dem Fahrersitz Platz nehmen wollte, befreite sich das Mädchen. Ein Zeuge hatte sich das Kennzeichen gemerkt, so dass der Halter des Wagens ermittelt werden konnte. Laut Polizei wurde der mutmaßliche Täter festgenommen. (dpa)

Brand auf Autofrachter

Ein Brand auf einem Auto- und Containerfrachter am Mittwochabend im Hafen hat die Feuerwehr viele Stunden in Atem gehalten. Erst am Donnerstagmittag wurden die letzten Nachlöscharbeiten beendet, wie die Feuerwehr mitteilte. Etliche Neuwagen auf dem Frachter wurden beschädigt. (dpa)

1. Hamburger Hanftag

Die Legalisierung von Cannabis ist Thema des 1. Hamburger Hanftages, der am Sonnabend im Schanzepark stattfinden soll. Millionen Menschen in Deutschland seien von einer „unsinnigen, nicht zielführenden und seit Jahrzehnten gescheiterten Drogenpolitik und Gesetzgebung“ betroffen, teilte die Piratenpartei, Die Linke und die Grüne Jugend Hamburg als Veranstalter mit. (epd)

HEUTE IN HAMBURG

„Biofleisch ist keine Lösung“

GESUNDES ESSEN Das „Grunzmobil“ liefert Gründe, warum Massentierhaltung schlecht ist

taz: Herr Halmanseder, Sie zeigen heute in der Mönckebergstraße Videos von Tieren in Massenhaltung. Wollen Sie den Passanten den Shopping-Spaß verderben?

Carsten Halmanseder: Nein, das gerade nicht. Wir wollen niemanden den Appetit verderben, sondern auf die Alternativen zum Fleischkonsum hinweisen. Wenn ich mit Leuten auf der Straße spreche, habe ich den Eindruck, dass mehr als 80 Prozent gegen Massentierhaltung sind.

Fleisch von glücklichen Tieren kann sich aber nicht jeder leisten.

Wir empfehlen kein Biofleisch, sondern vegan oder vegetarisch zu essen. Das ist oft nicht teurer, auch Discounter wie Aldi oder Netto bieten schon vegetarische Schnitzel in Bio-Qualität an. Das Angebot ist enorm gewachsen, die Nachfrage ist also da. Das Problem ist, wenn alle Biofleisch essen würden, hätten wir wieder Massentierhaltung. Deshalb ist Bio für alle auch keine Alternative. Verbraucher haben aber die Macht, die Massentierhaltung auf ihrem Teller abzustellen – und das wollen wir erreichen.

Und wie?

Wir haben eine fünf Meter große Schweineplastik dabei und wollen mit Videobeiträgen die Zustände zeigen. Auch, wie willkürlich wir mit den verschiedenen Tieren umgehen. Wer isst zum Beispiel noch Kaninchenfleisch? Gerade für jüngere Leute sind das mittlerweile Haustiere. Und die isst man lieber nicht.

Es ist eben gesellschaftlich geprägt, welche Tiere zu Nutztieren erklärt werden. Schweine werden in völlig unnatürlichen Verhältnissen gehalten. Ihnen werden die Schwänze abgeschnitten und Hühnern die Schnäbel gekürzt, um sie passgenau für die Massentierhaltung und den maximalen Profit zu machen. Ist das nicht das eigentliche Problem, dass Tiere zu Waren erklärt werden?

Dies ist auch ein Teil unserer Arbeit: Wir versuchen, Urteile zu erwirken, die dafür sorgen, dass Tiere möglichst artgerecht gehalten werden. Um die Käfighaltung von Hühnern zu beenden, sind wir an die Handelsunternehmen mit der Kampagne „Käfigfrei“ herantreten, damit sie die Eier auslisten. Viele Händler haben Käfigeier dann aus dem Sortiment genommen. Allerdings werden sie immer noch in verarbeiteten Produkten verwendet, vor allem in Gebäckwaren, Schokoriegeln und Eiernudeln, weshalb wir uns in Zukunft vermehrt für eifreie Alternativen einsetzen werden.

INTERVIEW: LKA

Aktion gegen Massentierhaltung: 11 bis 19 Uhr, Mönckebergstraße 3

Carsten Halmanseder

46, arbeitet bei der „Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt“ und macht die Kampagne gegen Massentierhaltung.



Von rechts unterwandert? Ein Vorwurf, dem sich jetzt Hamburgs Occupy-Camp ausgesetzt sieht Foto: dpa

Der Feind steht links

VORWÜRFE Nach dem Angriff auf das Occupy-Camp mit einer Nebelgranate ist nun ein Bekenner schreiben aufgetaucht – von einem „Kommando Rosa Luxemburg“

VON ISABELLA DAVID

Zwei Wochen ist es her, dass Unbekannte eine Nebelgranate in das Occupy-Camp am Gertrudenkirchhof warfen. Nun bekennt sich im Internet ein „Kommando Rosa Luxemburg“ in einem Schreiben zu der Tat. Die Gruppierung wirft Occupy vor, von rechtem Gedankengut unterwandert zu sein.

In der vergangenen Woche bereits verdichteten sich Hinweise, dass der Angriff auf das Camp in Zusammenhang mit dem Auftritt der Band „Die Bandbreite“ auf dem „Endless Summer Festival“ der AktivistInnen steht. Aus verschiedenen Quellen wurde Occupy auf einen vermeintlich rechtslastigen Hintergrund der

Band hingewiesen. Auch die Antifa-Hamburg machte darauf aufmerksam, dass „Die Bandbreite“ 2010 von der NPD als „eine volkssozialistische Musikgruppe“ bezeichnet worden sei.

Occupy gab daraufhin bekannt, die Gruppe auszuladen. „Diese Entscheidung haben wir nicht getroffen, weil wir ‚die Bandbreite‘ für rechtslastig halten. Wir haben sie auch nicht wegen der Vorwürfe der Antifa getroffen, sondern als Reaktion auf

„Die Vorwürfe sind völlig an den Haaren herbeigezogen“

OCCUPY-AKTIVIST

die Absagen der Bands, die nicht mit der ‚Bandbreite‘ eine Bühne teilen wollten“, heißt es in einer Stellungnahme. Stattdessen habe man der Band angeboten, zu einer Diskussionsveranstaltung zu kommen, bei der die Vorwürfe zum Thema gemacht werden sollten. Dieses Angebot lehnte wiederum die Band ab.

Am Mittwoch erschien ein Bekenner schreiben zu dem Angriff auf das Camp. „Wir, das Kommando Rosa Luxemburg, bekennen uns zu dem ‚Anschlag‘ auf das Occupy-Camp in Hamburg. Wir protestieren mit dem Nebel gegen die Nebelkerze Kapitalismuskritik, die von Occupy in Hamburg von Anfang an gezündet wurde, um die antisemitischen Rechts-Außen-Mythen der

Bewegung und den im Camp gebilligten und geförderten Sexismus zu vernebeln“, heißt es in dem Bekennerbrief. Rechte Aussagen aus dem Camp würden immer wieder unter dem Mantel der Meinungsfreiheit verteidigt werden. Die linke Position nach außen sei nur Schein.

Den Vorwurf von rechts unterwandert zu sein, weisen die Occupy-AktivistInnen von sich. „Wir sind sprachlos. Die Vorwürfe sind völlig an den Haaren herbeigezogen“, sagt einer der AktivistInnen. Seine Familie habe unter dem NS-Terror leiden müssen. „Wir finden es schade, dass diese Gruppe mit ihrer Kritik nicht den Dialog mit uns gesucht hat, sondern auf Methoden wie die Nebelgranate zurückgreift.“

Ein ruhiger 1. Mai

RITUALRANDALE Die Krawalle blieben in Hamburg nicht aus – sie waren aber weniger heftig als 2012

Hamburg hat im Vergleich zu früheren Jahren erneut einen 1. Mai ohne massive Krawalle erlebt. „Es hat geruckelt – aber es war trotz allem ruhiger als in der Vergangenheit“, hieß es bei der Polizei. Bei der so genannten revolutionären 1.-Mai-Demonstration am Mittwochabend waren Beamte mit Böllern und Flaschen beworfen worden. Die Polizei ging mit Schlagstöcken, Tränengas und mehreren Wasserwerfern gegen Randalierer vor, die Veranstalter lösten den Protestzug daraufhin vorzeitig auf.

Sechs Beamte erlitten den Angaben zufolge leichte Verletzungen. Zehn Menschen wurden festgenommen. Insgesamt waren am 1. Mai in der Hansestadt rund 1.600 Polizisten im Einsatz. „Wir waren gut aufgestellt“, sagte Sprecher Holger Vehren.

Nach dem Abbruch der Demonstration waren kleinere Gruppen in Richtung Schanzenviertel gezogen – und hatten dabei einen Müllcontainer sowie Abfall in Brand gesetzt und Gartenmöbel eines Seniorenheims beschädigt. Außerdem schlugen sie einige Autoscheiben ein. Es

gab aber keine weiteren Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Unter dem Motto „Das Proletariat hat kein Vaterland“ waren am Mittwochabend etwa 2.000 Teilnehmer vom U-Bahnhof Feldstraße am linken Kulturzentrum „Rote Flora“ vorbei in Richtung Altona gezogen. Bereits kurz nach dem Start kam es zu Zwischenfällen, vereinzelt flogen Böller und Flaschen. Beamte wurden nach Polizeiangaben mit Steinen attackiert. Die Demonstranten wurden von einem dichten Polizeispalier – mehreren Hundertschaften mit Schutzhelmen und Schlagstöcken – begleitet. Auch die Walpurgisnacht war in Hamburg weitgehend friedlich verlaufen.

Innensenator Michael Neumann (SPD) bedankte sich bei den Beamten für ihren Einsatz bei mehreren Mai-Demonstrationen, dem Auftakt des 34. Evangelischen Kirchentags und einem Großbrand auf einem Frachtschiff im Hafen. „Selten zuvor hatten Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste mehrere Großlagen parallel zu bewältigen“, erklärte er. (taz/dpa)

Richterschelte für die Polizei

GELDSTRAFE Im Verfahren gegen den Sprayer „Oz“ basierten viele Vorwürfe auf Voreingenommenheit

Eine 18 Sachbeschädigungen umfassende Anklage, acht Monate Verhandlungsdauer, fast 50 Prozesstage und gestern nun das Ergebnis: Amtsrichter Klaus Wohlrab verurteilte den Sprayer Walter Fischer alias „Oz“ wegen Sachbeschädigung zu 40 Tagesstrafen à sieben Euro Geldstrafe. Er hatte an eine Hauswand zwei Tags „md“ gesprüht. In 17 Anklagepunkten sprach Wohlrab den 63-Jährigen auf Kosten der Staatskasse frei.

„In diesem Verfahren hatten wir es in vielen Fällen mit Zeugen zu tun, die eine gewisse Vorbelastung haben, was Ihre Person angeht“, sagte der Richter zur Begründung, warum es überhaupt zu einem Prozess solchen Ausmaßes gegen den „Überzeugungstäter“ gekommen sei. „Sie sind stadtbekannt“, sagte

Wohlrab. Wenn Fischer irgendwo gesehen werde und in der Gegend befinde sich ein Tag, werde es ihm zugeordnet. Besonders „eklatant“ sei dies bei der Anschuldigung des Polizisten Andre H. gewesen, Oz habe auf einem Fahrrad fahrend die Fensterfront des Bramfelder Lidl-Supermarktes „gescratcht“ – 10.000 Euro Schaden. „Laut Akte war alles so sicher wie das Amen in der Kirche“, sagte Wohlrab. Doch dann sei plötzlich „das Verfahren tot“ gewesen. „Da müssen wir uns bei der Verteidigung bedanken, die akribisch und intensiv ermittelt hat“, lobte der Richter.

Die Anwälte Andreas Beuth und Ingrid Witte-Rhode hatten entdeckt, dass sich vor dem Lidl-Markt ein im Verfahren unterschlagener Fußweg befindet, der die Tat per Fahrrad unmöglich macht. „Solche Ermittlungen wünscht man sich eigentlich von der Polizei“, sagte Wohlrab. Oder die Polizei dokumentierte durch ein Foto einen Kringle, halte aber nicht fest, dass „die ganze Wand bereits gruselig“ aussehe, so Wohlrab. „Die Polizei hat ihre Arbeit nicht geleistet.“ KVA

„Laut Akte war alles so sicher wie das Amen in der Kirche – plötzlich war das Verfahren tot“

AMTSRICHTER KLAUS WOHLRAB